

Wo Anarchie herrscht

In Leipzig ist die linksextreme Szene besonders stark und besonders radikal. JF-Reporter Rohbohm hat sie besucht.

POLITIK, Seite 6

Biden muß scheiden

US-Präsident Joseph Biden wird nicht erneut zur Wahl antreten. Was bedeutet das für seine Partei und den Wahlkampf?

AUSLAND, Seite 10

Am Königsstuhl

Sommerzeit nutzen viele Deutsche zum Verreisen. Die JUNGE FREIHEIT hat die Sehnsuchtsinsel Rügen besucht.

REISE, Seiten 18 & 19

Sommer-Doppelausgabe

In der kommenden Woche pausiert die Redaktion. Die nächste JF-Ausgabe 33/24 erscheint am 9. August.



KOLUMNE VON THORSTEN THALER

Pressefreiheit in Gefahr

Rücktritte sind fällig

Die *Deutsche Tribune* war eine der bedeutendsten Zeitungen des deutschen Vormärz, also jener Epoche zwischen 1830 und der Freiheitsrevolution von 1848/49. Ihr Herausgeber Johann Georg August Wirth formulierte programmatisch: „Zu den Ursachen des gedrückten Zustandes Deutschlands, zu den trüben Quellen physischer und geistiger Armut und zu den gerechten Klagen eines edlen, doch verkannten und mißhandelten Volkes gehört hauptsächlich die Unterdrückung der Freiheit der Meinungen.“ In Deutschland soll „Festigkeit und Ansehen der Regierung mit der Freiheit der Meinungen unvereinbarlich sein, soll die freie Presse die Handhabung des Staatsruders unmöglich machen ...“ Den damaligen Schreibduktus außer acht lassend, ging es den Zeitungsmachern vor allem um das hohe Gut der Pressefreiheit.

Pressefreiheit ist nicht teilbar. Sie gegen staatliche Übergriffe zu schützen, ist das Gebot der Stunde.

Tatsächlich herrschte in Deutschland „zu den meisten Zeiten eine strenge Überwachung der Presse“, so der Historiker und Medienwissenschaftler Benjamin Mortzfeld im Kontext des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes, das bußgeldbewehrte Regeln für Anbieter sozialer Netzwerke enthält, nachzulesen auf der Blogseite des Deutschen Historischen Museums. Verfassungsrang erlangte die Pressefreiheit hierzulande überhaupt erst 1949 mit dem Grundgesetz. Daß sie deswegen nicht in Stein gemeißelt ist, hat Innenministerin Nancy Faeser (SPD) nun mit ihrem Verbot der rechten Zeitschrift *Compact* bewiesen, handstreichartig nach dem Vereinsgesetz exekutiert. Mit von der Partie: der Verfassungsschutz, der unter seinem Präsidenten Thomas Haldenwang immer mehr zum Regierungsschutz verkommt. So wehrt sich aktuell auch die linksextreme Tageszeitung *Junge Welt* vor Gericht gegen ihre Erwähnung im Verfassungsschutzbericht. Niemand muß mit den genannten Publikationen sympathisieren oder gar ihre Positionen gutheißen. Darum geht es mitnichten. Auf dem Spiel steht die Freiheit der Presse als ein zentraler Wesenskern der demokratischen Ordnung. Meinungs- und Pressefreiheit bilden ihr Fundament. Und beide Freiheitsrechte sind nicht teilbar. Sie gegen einen übergriffigen Maßnahmenstaat zu schützen ist das Gebot der Stunde. Politiker haben nicht darüber zu entscheiden, was Medien innerhalb ihrer Freiheitsrechte und geltender Gesetze berichten und wie kritisch-zugespielt immer sie Geschehnisse kommentieren – so sehr es den Regierenden auch zuwider sein mag. „Eine Zensur findet nicht statt“, heißt es im Artikel 5 Grundgesetz. Weder eine Innenministerin noch der Verfassungsschutz dürfen die Pressefreiheit mit fadenscheinig-konstruierten „Begründungen“ aushebeln. Tun sie es dennoch, sind Rücktritte der Verantwortlichen von ihren Ämtern unvermeidlich.

Stoppt den Zensur-Staat

„Compact-Affäre“: Wie die Regierung immer härter die Pressefreiheit untergräbt / Protest unter Juristen und Publizisten wird lauter

Interviews und Beiträge auf den Seiten 1, 3, 4, 5, 7 und 9



FOTO: JF-MONTAGE

Die Polarisierung nimmt zu

Biden dankt ab: Für den Kampf um die Präsidentschaft müssen die Demokraten nun auf Kamala Harris setzen

GEORG MENZ

Jetzt also doch: Nachdem sich der amtierende US-Präsident Joseph Biden zunächst drei Wochen nach dem katastrophalen Fernsehduell am Amt des Kandidaten auf die US-Präsidentschaft festklammern konnte, nahm zunächst schleppend, dann anschwelkend, der interne Druck aus der Partei der Demokraten derart zu, daß er sich zum Rücktritt als Kandidat, nicht aber als Staatschef gezwungen sah. Viele der Parteigranden sprachen scheinbar über Nacht – aber wohl doch schon mit längerem Anlauf vorbereitet – seiner Vize Kamala Harris ihr Vertrauen aus. Die 59jährige Kalifornierin ist vorerst nominiert, doch bis zum Parteitag in Chicago ist noch Zeit: Undenkbar ist jetzt kaum etwas, auch ein erneutes Umsteuern nicht. Traditionell bedient man sich in der US-Spitzenpolitik gern unter kompetenten Gouverneuren mittleren Alters: daher gelten Gavin Newsom aus Kalifornien und Gretchen Whitmer aus Michigan als Favoriten. Denkbar ist aber auch eine Ablösung von Harris; als Vizepräsidentin war sie blaß und wirkte inkompetent, als Senatorin positionierte sie sich hingegen sehr wohl, und zwar klar links in Fragen wie Abtreibung, Einwanderung und Wirtschafts- und Sozialpolitik. Eine ideologische Neuausrichtung ist also vom ersten schwarzen weiblichen Vizepräsidenten Harris nicht zu erwarten: eher positionieren sich die Demokraten im Falle eines Wahlsieges noch weiter links. In der Außenpolitik hieß das harte Konfrontation mit Rußland und eine unetere, aggressive Haltung im Nahen wie im Fernen Osten. Auch gegenüber Deutschland und Europa würde sich wenig ändern:

die Region ist im Grunde genommen als wirtschaftliches Protektorat und militärische Aufmarschzone gegen Rußland vorgesehen. Unproblematisch ist die vorläufige Ernennung Harris' keineswegs. Angesichts schlechter Umfragewerte ist völlig schleierhaft, wie die Demokraten vorhaben, mit der selben Personalie und denselben Ideen Wechselwähler anzusprechen. Die bereits anfangende Medienkampagne blendet Wählerbewegende Kernthemen wie Inflation und Masseneinwanderung aus, da Harris hier wenig zu sagen hat. Sie war mit der Sicherung der Südgrenze betraut und hat in dieser Sache in der ihr eigenen Mischung aus Inkompetenz, Arroganz und ideologischer Verbohrtheit für die weitere Öffnung gesorgt. So hat man sich durch Apathie und Ideologie in eine Problemsituation hineinmanövriert, die fast noch schlimmer ist als die europäische. Denn längst sind nicht mehr alle Asylbewerber Mexikaner oder Lateinamerikaner. Es besteht ein Ansturm aus der ganzen Welt. Noch mehr ungelentete Masseneinwanderung, die Löhne nach unten und Immobilienpreise nach oben drückt, dazu ein sündhaft teurer Krieg in der Ukraine, Preisschub und woke Innenpolitik: außerhalb des gefestigten linken Lagers wird Harris wohl kaum punkten. Mit dem Gemengekomplex der Frage nach der Abstammung („race“) haben sich die Demokraten auf glattes Eis begeben. Die Minister in Bidens Kabinett bilden die demographische Realität der USA nicht ab, im Gegenteil sind heterosexuelle Amerikaner nordwesteuropäischer Abstammung

– immerhin die Bevölkerungsmehrheit – sogar stark unterrepräsentiert. Identitätspolitik und de facto rassistische Personalpolitik – wenn auch mit verdrehten Vorzeichen – sind keine graue Theorie für die amerikanischen Linken. Wer geglaubt hat, daß Harris zwar klar aufgrund ihrer Hautfarbe und Abstammung als Vize nominiert wurde, gleichwohl aber auch eine gewisse Kompetenz mitbringen sollte, aufgrund ihrer Berufserfahrung als Generalstaatsanwältin von Kalifornien, wurde schnell eines Besseren belehrt. Auch hier stellt sich die Frage, ob nicht auch diese Nominierung letztlich eben nicht ihrer Kompetenz, sondern anderen Faktoren geschuldet war – zum Beispiel ihrer langjährigen Affäre mit dem ehemaligen Bürgermeister von San Francisco, in dessen Amtszeit ihre Ernennung fiel. 2020 standen die Dinge bei den Vorwahlen schlecht für Biden, und zu allem Überfluß warf ihm Mitarbeiterin Harris auch noch indirekt Rassismus vor, weil dieser in den 1970er Jahren die brachiale Politik der Desegregation von Schulen durch die gezielte Einschulung von schwarzen Schülern an vormalig überwiegend weißen Schulen kritisiert hatte. Daß diese Politik seinerzeit wie auch heutzutage von schwarzen wie weißen Amerikanern kritisch beäugt wird, weil sie die Beziehungen der Abstammungsgemeinschaften insgesamt eher verschlechterten, war Harris zwar entgangen, spielte aber links der Mitte auch keine Rolle. Letztlich waren es dann die schwarzen Wähler im Bundesstaat South Carolina, die bei den Vorwahlen Bidens Kandidatur retteten, und als quid pro quo erfolgte Harris Nominierung, obgleich letztere

strenggenommen ja keine echte Afroamerikanerin, sondern Tochter eines jamaikanischen Professoren und einer indischen Biowissenschaftlerin ist. Die Republikaner haben mit Donald Trump und J. D. Vance ein Duo ins Rennen geschickt, das für eine neue amerikanische Rechte steht. Links wäre zwar auch eine Neuausrichtung denkbar, also zum Beispiel mit dem Duo Newsom-Whitmer einschließlich Kurskorrektur Richtung Mitte, aber unwahrscheinlich. Trump-Vance hingegen stehen für die Neue Rechte, die links der Mitte für Hysterie sorgt und auch unter den Republikaner, die der Partei George W. Bushs hinterhertrauern, nicht für Begeisterung sorgt. Die Neue Rechte ist die Partei der Niedrigverdiener und der Mittelschicht, distanziert sich vom Neoliberalismus und Wohlfahrtsstaatrückbau, verfolgt wirtschaftlichen Protektionismus, konservative Einwanderungspolitik und eine zielgerichtete Außenpolitik, die die sinnlosen militärischen Verwicklungen der Linken „humanitärer“ Art (also etwa Clintons Krieg im Ex-Jugoslawien) ebenso vermeidet wie die neo-imperialen der alten Rechten (also etwa den Irakkrieg der frühen Nullerjahre). Das Ganze ist dann noch garniert mit Rückbau des Washingtoner Beamtenapparates und dem Abräumen der linken Kulturpolitik der 2010er Jahre, ob die Fetischisierung von „Vielfalt“, die zur Karikatur verkommene Zelebrierung sexueller Spielarten oder eben auch die vormals liberale Abtreibungsregulierung in den meisten Bundesstaaten. Fairerweise gilt: auch hiermit kann man links der Mitte kaum ankommen, es sei denn bei den enttäuschten Anti-Establishment-Linken, die sich 2016 hinter Bernard Sanders versammelten. Zum Wahlsieg könnte es aber dennoch reichen, insbesondere wenn die Demokraten tatsächlich nicht alle Pferde austauschen, sondern auf ein plumpes „Weiter so“ setzen.



Europäische Union EUR 6,50
Schweiz CHF 7,25

Gerichtsentscheidung zu Asyl-Regeln

Rückführung ist machbar

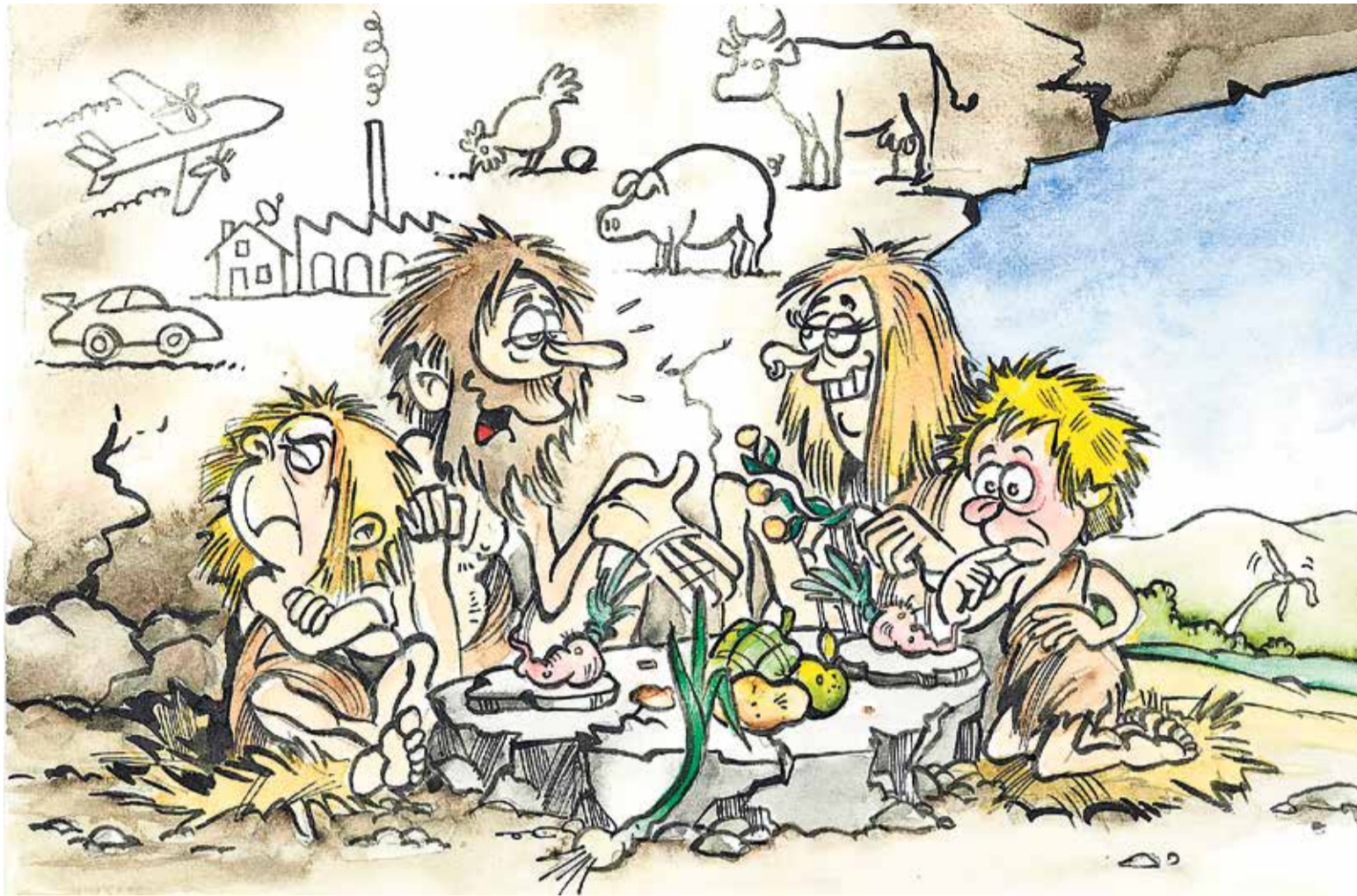
Von Michael Paulwitz

Keine allgemeine Bedrohungslage für Zivilisten in Syrien, von daher auch kein einklagbarer individueller „subsidiärer Schutz“ vor Abschiebungen in dieses Land – das bahnbrechende Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster wirft grundlegende Fragen auf: Warum erst jetzt, und welche Konsequenzen zieht die Politik daraus?

Für eine vernunftorientierte Regierung wäre dieses Urteil der letzte Anstoß einer Reihe überfälliger Maßnahmen: Überprüfung aller Aufenthaltstitel von „Flüchtlingen“ aus Syrien, Widerruf aller Abschiebestopp in dieses Land, umgehende Verhandlungen mit der syrischen Regierung über die Rücknahme ihrer Staatsbürger, Vorbereitung einer Serie von Repatriierungsflügen.

Unter den gegebenen Machtverhältnissen wird das alles nicht geschehen. Die Ampel stellt sich nicht nur wie ihre Vorgänger taub und blind für die realen Verhältnisse und Veränderungen in den Herkunftsländern, sie tut mit verschwenderischen Sozialleistungen, großzügigen Aufenthaltserleichterungen und Masseneinbürgerungen auch noch alles dafür, um unberechtigte Asylmigranten dauerhaft im Land zu halten.

Dennoch ist der juristische Paukenschlag aus Münster ermutigend. Das Gericht hat der Lobby der Migrationsextremisten einen zentralen Vorwand weggenommen. Die Rückführung illegaler Migranten aus Ländern wie Syrien ist nicht nur machbar, sondern auch rechtlich zulässig. Was zählt, ist der politische Wille.



„Klimaneutral! Wir haben's geschafft!“

Zahl der Geburten pro Frau sinkt weiter

Arm an Zukunft

Von Birgit Kelle

Deutschland stirbt aus, es stört seit Jahrzehnten keinen, aber es findet sich sicher ein Beamter, der bereits die Bedarfspläne für Geburtsstationen nach unten korrigiert hat, um Kosten zu sparen.

Nur noch 1,26 Kinder bekommt eine deutsche Frau im Schnitt, man darf die Familienpolitik der Bundesrepublik für gescheitert erklären – daß man jetzt sogar noch das Ehegattensplitting abschaffen möchte, paßt ins Programm einer familienfeindlichen Regierung, die Frauen nur als Arbeitsmarktpotential und Steuerzahler und Kinder wahlweise als klimafähigende CO₂-Schleudern oder als ideologische Verfügungsmasse betrachtet, die man schnellstmöglich aus den Fängen ihrer reaktionären Elternhäuser in staatlichen Erziehungsanstalten in ihr „frei gewähltes Geschlecht“ und die richtige politische Meinung hineinziehen muß.

Daß es auch anders geht, beweist das Ausland. Als Vierfachmutter wäre ich in Ungarn für den Rest meines Lebens steuerbefreit. In Frankreich hätte ich schon seit dem dritten Kind keine Steuern mehr bezahlt. In Deutschland ist der Kipp-Punkt, bei dem Familien unter die Armutsgrenze fallen, dasselbe dritte Kind und mit jedem Kind steigt bei Frauen die Wahrscheinlichkeit auf Altersarmut.

Wer die demographische Krise lösen will, muß das Kinderkriegen belohnen statt bestrafen und vor allem Familien in Eigenverantwortung agieren lassen. Die Lösung sind nicht mehr Kitas und kostenlose Mittagessen in Schulen, sondern weniger Familienpolitik und radikal weniger Steuern für Eltern.

Von der Leyen wiedergewählt

Um der Macht willen

Von Albrecht Rothacher

Noch eine solche Wahl und die EU ist verloren. Nichtsdestotrotz bestätigte das Europaparlament mit überraschend großer Mehrheit die von den EU-Regierungschefs benannte alte und neue EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Eine erneute Auflage der Allparteienkoalition aus Grünen, Sozialisten (SPE), Linksliberalen (Renew) und Christdemokraten (EVP) bis zu Teilen von Italiens Regierungschefin Giorgia Melonis Fratelli d'Italia (Teil der rechten EKR) stützt sie. Nein-Stimmen erhielt sie von der kommunistischen Linken sowie den drei Rechtsfraktionen EKR, den neuen Patrioten für Europa und den Souveränisten um die AfD. Auch Macronisten, FDP, französische Republikaner und irische Linke (wegen der Israelpolitik) gaben an, sie abgelehnt zu haben. Pikanterweise war von der Leyen am Vortag vom EU-Gerichtshof wegen der „Intransparenz“ ihrer 34-Milliarden-Euro-Bestellung von Covid-Impflosen bei Pfizer scharf gerügt worden. Die Parlamentsmehrheit beindruckte dies wenig.

Auch in ihrer Wahlrede blieb von der Leyen wie gewohnt vage und zugleich pathetisch. Sie gab jedem, was er hören wollte. Ein milliardenschwerer „Clean Industrial Deal“ für die Transformation energieintensiver Fertigungen, ein Kommissar, der sich um das Mittelmeer kümmern soll (wohl ein Trostpflaster für Meloni), sowie ein neuerlicher Umbau des EU-Haushaltes zugunsten der Netto-Empfängerländer des Südens und Ostens. Und so sammelt sie weiter Macht und Kompetenzen.

Nancy läßt grüßen

Der Deutsche Journalisten-Verband will nicht mehr mit der AfD sprechen

Feindbild AfD. Die Hysterie im links-grünen Medien-Milieu schlägt immer neue Kapriolen. Der Vorstand des Deutschen Journalisten-Verbandes (DJV) will keine Gespräche mehr mit der AfD führen, „egal auf welcher staatlichen Ebene“. Das steht in einem Positionspapier, das die Journalistengewerkschaft veröffentlicht hat.

Es offenbart ein merkwürdiges Verhältnis zur Pressearbeit und zur Demokratie unmittelbar vor den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg. Denn der DJV will auch keine Vertreter mehr zu Veranstaltungen schicken, die von „verfassungsfeindlichen und ihnen nahestehenden Organisationen initiiert oder dominiert werden“. Der DJV-Vorstand wirkt wie ein Sprachrohr des Verfassungsschutzes. Thomas Haldenwang und die „Ich-bin-im-Kampf-gegen-Rechts-Ministerin“ Nancy Faeser lassen grüßen. Fehlt nur noch, daß die obersten Journalisten-Gewerkschaftler das Verbot der Partei fordern.

Mindestens so bizarr wie der Text im Positionspapier ist die Begründung des DJV-Bundesvorsitzenden Mika Beuster: „Die AfD versucht, Diskurs zu zerstören.“ Die Frage ist allerdings, wie man etwas zerstören kann, was der notwendige andere erst gar nicht anfangen mag? Es ist der DJV, der keine Gespräche mehr will. Und damit jeglichen Diskurs von vornherein ausschließt.

Mehr als 27.000 Journalisten sind im DJV organisiert. Redakteure und Reporter von Tages- und Wochenzeitungen, Magazinen oder sonstigen Publikationen. Aber auch Fotografen, sowie Tausende Fernsehjournalisten in den unterschiedlichsten Sendeformaten. Kaum anzunehmen, daß alle 27.000 das Papier ihres Bundesvorstandes unterschreiben würden. Gefragt wurde ohnehin niemand.

Deutschland feiert in diesem Jahr den 75. Geburtstag seines Grundgesetzes, in dem „die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film“ garantiert sind und in dem es vor allem heißt: „Eine Zensur findet nicht statt.“ Ausgerechnet da kommt die Journalistengewerkschaft um die Ecke und verpaßt sich de facto eine Selbstzensur. Der DJV-Bundesvorsitzende Mika Beuster und seine Vorstandskollegen verbreiten dabei in ihrem Positionspapier eine Mischung aus

Untergangsszenario und Verschwörungstheorie: „Es ist nicht mehr auszuschließen, daß extreme und pressefeindliche politische Kräfte in den Bundesländern in Regierungsverantwortung kommen und ihre verfassungsfeindlichen Vorstellungen von Medienpolitik umsetzen.“ Ein Satz, der auch aus der Feder von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) stammen könnte.

Der DJV rechtfertigt sein seltsames Gebaren im übrigen mit den üblichen alten Kamellen: Die AfD schüre Haß und Hetze und Sorge für ein gesellschaftliches Klima, das am Ende zu Übergriffen auf Journalisten führe. Doch wer

VON HANS-HERMANN GOCKEL

„Diskurs zerstören? Wie kann man etwas zerstören, was gar nicht erst begonnen wurde?“



hat gerade erst bewiesen, wie man einem unbequemen Medium in Handumdrehen den Stecker zieht und kritische Journalisten mundtot macht? Faeser – DJV-Beusters Schwester im Geiste, die das Compact-Magazin verboten hat.

Der Deutsche Journalisten-Verband liegt mit der AfD seit deren Gründung über Kreuz. Belege dafür finden sich reichlich. Der Journalist, das offizielle DJV-Magazin, fragte in seiner Titelseite vom November 2017, wenige Wochen nach der damaligen Bundestagswahl: „Haben wir die AfD groß gemacht?“ Dazu wurde das Foto einer Pressekonferenz mit Alice Weidel und Alexander Gauland abgebildet, auf dem sich Journalisten und Kamerteams drängten. Die AfD hatte damals 12,6 Prozent geholt. Fast sechs Millionen Wähler stimmten für sie. Seitdem bemühen sich Scharen von Journalisten, die Partei wieder klein zu bekommen. Nur die Wähler hören jetzt wohl nicht mehr auf die Journalisten.

DJV-Mitglieder mit missionarischem Eifer haben viele Möglichkeiten, die Berichterstat-

tung über die AfD „richtig einzuordnen“. Nicht nur im Fernsehen, auch im Lokalen findet der links-grüne Haltungsjournalismus ein weites Feld, das es zu beackern gilt. So wurden die Redakteure der Sächsischen Zeitung vor der am 1. September anstehenden Landtagswahl mit einer internen E-Mail gebrieft. Überschrift: „Umgang mit der AfD“. Gleich im ersten Satz heißt es: „Die AfD ist keine Partei wie alle anderen, deswegen behandeln wir sie auch nicht wie alle anderen.“

Beim Zwangsgebühren-TV, in den Publikationen der Mainstream-Presse und im roten Imperium des DJV in herausragenden Positionen. Sie geben quasi den Ton an und bestimmen, was der Nachrichtenkonsument serviert bekommt und was ihm vorenthalten wird.

Bei der Sächsischen Zeitung kommt noch eine Besonderheit hinzu. Mit Bertelsmann war der größte deutsche Medienkonzern bislang Hauptanteileseigner. Dessen Chef Thomas Rabe hatte kürzlich der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung ein denkwürdiges Interview gegeben und dabei Mitarbeitern, die die AfD unterstützen, ein Nachdenken über eine Kündigung nahegelegt. Rabe wörtlich: „Wenn die AfD in Umfragen bei 20 Prozent liegt, dann werden auch einige unserer Mitarbeiter sie unterstützen. Diese Mitarbeiter sollten sich prüfen, ob sie zu uns und unseren Werten passen. Wenn nicht, würde ich mir jedenfalls überlegen, ob Bertelsmann das richtige Unternehmen für mich ist.“ Wummms.

Ist es denkbar, daß sich ein AfD-Sympathisant oder gar AfD-Mitglied in einer Redaktionskonferenz der Sächsischen Zeitung outet, wenn damit seine berufliche Existenz und das Auskommen der Familie auf dem Spiel stehen würden? Wohl kaum.

Der Bertelsmann-Sender RTL und die Bertelsmann-Tochter Stern veröffentlichen jede Woche die Umfrage-Ergebnisse des Meinungsforschungsinstituts Forsa. Dessen langjähriger Geschäftsführer Manfred Güllner sagte einst im Deutschlandfunk über die AfD: „Das ist ein brauner Bodensatz. Das sind keine normalen Menschen. Man muß sie ächten.“ Es wäre ganz im Sinne des DJV.

ZITATE

„Die heilige Aufgabe des Secret Service ist es, die führenden Politiker unserer Nation zu schützen. Am 13. Juli haben wir versagt.“
Kimberly Cheatney, ehemalige Direktorin des Secret Service, am 22. Juli

„Egal, was sie offiziell über die Zusammensetzung der Einwohnerschaft behaupten, Mannheim ist eine weitgehend orientalische Stadt. Sagte sogar ein muslimischer Bekannter, Doktorand im benachbarten Heidelberg, der den gastronomischen Cicerone machte und in dessen Schlepptau ich durchs Zentrum irrte mit dem dort schwer erfüllbaren Verlangen – also was mich betrifft, der Gute nimmt den Koran beim Wort –, ein Lokal zu finden, in dem Wein ausgeschenkt wird. Zwar ist der gesamte Marktplatz (...) eine einzige Freiluftgaststätte, Lokal reißt sich an Lokal, aber das Publikum ist südländisch, und nirgends gibt es alkoholische Getränke. Man möge sich vorstellen, lästert Freund ***, im Zentrum einer arabischen Stadt säßen lauter deutsche Einwanderer herum, die ausschließlich Schweinefleisch verzehrten.“

Michael Klönovsky, Journalist und Schriftsteller, auf seinem Blog Acta Diurna am 21. Juli

„Gehen Sie mit offenen Augen durch europäische Großstädte. Exorbitante Immobilienpreise, Luxuswohnungen, die leer stehen. Solche Entwicklungen werden auch von Schwarzgeld getrieben. Oder nehmen Sie die Firma, die auf so viel schmutzigem Geld sitzt, daß sie immer billiger ist als die Konkurrenz. Die auch keinen Kredit für Investitionen braucht (...). Da können legal wirtschaftende Unternehmen nicht mithalten. So breiten sich diese kriminellen Kraken immer weiter in der Gesellschaft aus, zerstören sie von innen.“

Catherine De Bolle, Vorsitzende von Europol, im „Spiegel“ am 20. Juli

„Maximal zerknirscht und lernfähig nach der Europawahlklatsche präsentiert sich nun die Grünen-Spitze. Frei nach dem alten Schröder-Motto, das der SPD-Kanzler nach einer ebenfalls vergebigen Europawahl den deutschen Wählern zurief: 'Wir haben verstanden.' Was der nicht an falscher Bescheidenheit leidende SPD-Macho vor 25 Jahren geschickt als Demutsgeste verkaufte, gerät jedoch bei den Grünen-Vorsitzenden Ricarda Lang und Omid Nouripour zur Gruppentherapie mit der Grünen-Basis samt Motivationstraining.“
Thomas Holl, Journalist, in der „FAZ“, am 19. Juli

„J. D. Vance ist seit seiner Versöhnung mit Trump definitiv nach rechts gerückt und hat einige extrem verantwortungslose Dinge gesagt. Aber wenn er Vizepräsident wird, gibt ihm genau das viel mehr Freiheiten, seine politische Basis zu formen, als von ihr geformt zu werden. Er ist gebildet und gut informiert, wäre also in der Außenpolitik berechenbarer, was immer seine Positionen da sein mögen. Und Vance' ursprüngliche Reaktion auf Trump gibt mir eine gewisse Hoffnung. Aber die Parteibasis ist im Moment extrem radikal, während die Rechtsintellektuellen große Pläne für einen Umbau des amerikanischen Staatsapparates haben. Meine Hoffnung ist, daß er das Niveau der Partei ein bißchen heben, sie mehr in die Mitte rücken wird. Aber im Moment muß er das Knie vor dem Biest beugen, das Trump erschaffen hat. Das alles erinnert mich an die Bemerkung des französischen Radikalen Ledru-Rollin während der Revolution von 1848: 'Ich bin ihr Anführer, ich mußte ihnen folgen.'“

Mark Lilla, US-amerikanischer Politologe, in der „Zeit“, am 18. Juli

Aufgeschnappt

Wenn Exotik amtlich markiert wird

Von Matthias Bäcker

Luan Thanh Nguyen und Sascha Disselkamp staunten nicht schlecht, als sie Ende Juni ein amtliches Schreiben – drei Seiten plus Anhänge – aus ihrem Briefkasten fischten. Dem Veranstalter des Asian Streetfood Festivals in Berlin-Kreuzberg und dem Gastro-Dienstleister werden darin antisemitische Leuten gelesen. Absender ist die 2021 vom rot-rot-grünen Senat eingesetzte „Jury gegen diskriminierende und sexistische Werbung“, die bei dem kulinarischen Event „einige kritische Elemente“ entdeckt haben will, wie der Berliner Tagesspiegel berichtet. Nguyen und Disselkamp trügen zur „Verfestigung von Stereotypen“ bei. Bereits die Bezeichnung „Asian Food“ reduziere die Vielfalt des Kontinents und werde den diversen „kulinarischen Traditionen und kulturellen Spezifika nicht gerecht“, belehrt Jury-Vorsitzende Iris Rajanavagam streng. Auch der Begriff „exotische Welt asiatischer Straßenküche“ sei problematisch, da der Begriff „exotisch“ Menschen häufig als „nicht dazugehörig“ markiere. Deshalb fordert Rajanavagam, die postkoloniale Studien studiert hat und jetzt bei der Bundeszentrale für politische Bildung ihre Brötchen verdient, die Festival-Veranstalter innerhalb einer Frist auf, Stellung zu „daraus resultierenden Schritten“ zu nehmen.

Bild der Woche

Jakobiner- mütze

Olympische Spiele: Bescheuerte Maskottchen kreieren können nicht nur wir Deutschen. Das schafft auch der Franzmann. Das Maskottchen für die 33. Sommerspiele, zum dritten Mal in Paris, soll eine Phrygische Mütze darstellen. Sie hat Wackelbeinchen, die Paralympic-Version gar eine Prothese.



FOTO: PICTURE ALLIANCE/DPA

„Wir hören nicht auf zu kämpfen“

Interview: Es ist der schwerste Angriff auf die Pressefreiheit seit der Spiegel-Affäre 1962: Das Compact-Verbot ist ein Novum – und für dessen Gründer und Chefredakteur Jürgen Elsässer ein Anschlag auf das Grundgesetz

Herr Elsässer, ist das das Ende von „Compact“?

Jürgen Elsässer: Compact wird noch Schlagzeilen machen, wenn Frau Faeser längst vergessen ist! Was wir in unserem Motto als „Mut zur Wahrheit“ bezeichnen, das läßt sich nicht verbieten: Sie können uns die Arbeitsmittel rauben, sie können uns die Konten sperren – aber sie können uns nicht unsere Ideen nehmen und die Kraft, mit der wir an sie glauben. Unser Schatz ist das, was wir im Kopf haben und im Herzen tragen, und wir werden nicht aufhören, damit dieses Regime zu bekämpfen!

Starke Worte, aber ist das nicht nur Pfeifen im Walde?

Elsässer: Ich bin überzeugt, daß dieser selbstherrliche Schlag gegen die Demokratie und die Freiheit der Presse Frau Faeser noch leid tun wird. Am Ende wird sie sich damit das eigene politische Grab geschaufelt haben und zum Sturz des Regimes beitragen.

„Regime“ – diese radikale Rhetorik ist eines der Argumente, mit denen die Ministerin das Verbot begründet.

Elsässer: Genau wie die Mainstream-Presse erweckt Frau Faeser den Eindruck, wir wollten das „System“ stürzen. Kostprobe aus ihrer achtzigseitigen Verbotsbegründung: „Der Sturz des politischen Systems wird offensiv als zentrale Zielvorstellung vertreten. So Elsässer exemplarisch offiziell auf einer Compact-Spendengala 2023: ‘Wir wollen das Regime stürzen.’“

Moment, „Regime“ und „System“ sind nicht dasselbe.

Elsässer: Eben, das ist ein bedeutender Unterschied! Bei „System“ könnte man mißverstehen, daß wir die freiheitlich-demokratische Grundordnung bekämpfen und sie durch ein autoritäres System ersetzen wollen. Das aber ist mit Sicherheit falsch! Aber genau deshalb münzt die Verbotsbegründung „Regime“ auch einfach zu „System“ um. Tatsächlich steht Compact voll und ganz hinter unserer demokratischen Ordnung und dem Grundgesetz. Und es sind wir, die diese gegen die wahren Verfassungs- und Demokratiefeinde verteidigen, die heute nämlich in der Regierung sitzen und deren Regime wir stürzen werden.

Sie wollen eine demokratisch gewählte Regierung stürzen?

Elsässer: Wir wollen sie demokratisch stürzen, wie 1989 bei der Friedlichen Revolution in der DDR und den anschließenden freien Wahlen. Zuerst wird das Regime durch friedliche Massendemonstrationen verunsichert und zerbricht, muß dann freien Wahlen zustimmen, die in einer Art Runder Tisch organisiert werden. Und diese freien Wahlen führen dann zu einer neuen Regierung, die den echten Volkswillen repräsentiert.

Regime hin oder her, freie Wahlen haben wir doch. Was soll also Ihre „freie Wahlen“ von unseren heute unterscheiden?

Elsässer: Wir haben heute keine freien Wahlen. Die Altparteien verhindern die freie Artikulation der AfD, die Medien sind gleichgeschaltet wie in der DDR, dazu der Straßenterror der vom Staat finanzierten Antifa. Freie Wahlen bedeutet Gleichberechtigung für alle Parteien in der öffentlichen Darstellung. Das war der Unterschied zwischen den freien Wahlen in der DDR im März 1990 und den vorherigen unfreien Wahlen im Mai 1989.

Wenn wirklich alles rechtsstaatlich ablaufen soll, warum dann ständig diese zweideutige Sprache, die zwar in der Tat demokratische, aber ebenso revolutionär-gewaltsame Prozesse beschreiben kann?

Elsässer: Unsere Ausdrucksweise ist nicht zweideutig, sondern im Gegenteil sehr präzise: Denn die Ampel ist nicht nur eine Regierung, sondern auch Teil eines Regimes. Das sehen Sie daran, daß mittlerweile, ganz gleich wie die Wahlen ausgehen, immer die gleiche Politik gemacht wird und teilweise gar die gleichen Parteien und Politiker an der Macht sind. Weil nämlich das demokratische System der Regierungswechsel längst von antidemokratischen Machtstrukturen überwuchert ist.

„Regime“ aus Blockparteien, Medien und Vorfeldorganisationen“

Was meinen Sie? Es steht dem Volk frei, bei der nächsten Bundestagswahl die AfD, das BSW oder auch zum Beispiel die Tierschutzpartei an die Macht zu wählen.

Elsässer: Theoretisch ja, tatsächlich aber haben, ähnlich wie in der DDR, die BRD-Blockparteien ein Gespinnst aus Vorfeldorganisationen und GEZ-Medien geschaffen, das – verflochten mit den privaten Medien und gesellschaftlichen Organisationen, deren Personal sich aus dem gleichen soziokulturellen Milieu rekrutiert – zu einer Art politischem Betonblock ausgehärtet ist. Und dieser ist es, was ich mit „Regime“ meine. Deshalb reicht es eben nicht, nur alle vier Jahre die Regierung neu zu wählen, sondern es müssen auch diese Strukturen aufgelöst werden. Denn nur dann kann sich wieder das freie Spiel der Demokratie entwickeln, in dem der Wählerwille auch einen wahren Politikwechsel zu bringen vermag. Und nur dann kann auch wieder echte Meinungspluralität entstehen, statt daß, wie jetzt, in den zentralen gesellschaftlichen Fragen die relevanten Medien alle mehr oder weniger die gleiche Richtung vertreten. Und wenn

diesen deshalb irgendwann die Leser davonlaufen, werden sie mit Staatsgeldern gepöppelt.

In den Siebzigern und Achtzigern waren Sie organisierter Kommunist. In den Neunzigern wurden Sie zu einem der bekanntesten linksradikalen Journalisten Deutschlands, der etwa offen forderte, dem angeblich rechten Historiker Ernst Nolte „auf’s Maul“ zu hauen oder „Baseballschläger“ gegen Antisemiten einzusetzen. Haben Sie wirklich aufgehört, den Staat stürzen und Gewalt einsetzen zu wollen, nur weil Sie im Laufe der 2000er Jahre zur Rechten gefunden haben?

Elsässer: Ich bin ja nicht der erste Linke, der früher Schwachsinn geredet, inzwischen aber gereift sich besonnen hat. Diesen Wandel, ein Prozeß, der sich über zehn Jahre hinzog, habe ich 2022 in meiner Autobiographie „Ich bin Deutscher. Wie ein Linker zum Patrioten wurde“ beschrieben.

„Wenn ich ‘Bill Gates’ sage, meine ich ‘die Juden’ – das ist doch gala!“

Was um so bemerkenswerter ist, da Sie als der Begründer der sogenannten „Antideutschen“ gelten, einer besonders rabiaten antinationalen Strömung innerhalb der deutschen Linken, der selbst die übliche antinationale Linke noch zu „national“ ist.

Elsässer: Eine wichtige Rolle für mein Umdenken spielte die Erkenntnis, wie sehr wir uns als antinationale Linke vom Volk entfernt hatten, für welches einzutreten doch Sinn und Zweck der Linken ist. Deshalb muß sich die Linke heute mit dem Großkapital verbünden, um ihre von der Mehrheit des Volkes nämlich meist abgelehnte Politik durchzusetzen, wofür sie sich dann im Gegenzug zur Lobby dieser Kräfte macht. Zum Beispiel Bill Gates: früher wäre er das klassische Ziel linker Kritik gewesen, heute ist die Linke sein eifrigster Unterstützer.

Genau solche antisemitischen Reden wirft Frau Faesers Verbotsbegründung Ihnen ebenfalls vor.

Elsässer: Das ist doch völlig gala! Weder ist Gates Jude, noch hat meine obige Aussage auch nur das Geringste mit Juden zu tun. Dennoch aber, so in der Tat die Logik von Frau Faesers Verbotsbegründung, kritisiere ich „Bill Gates stellvertretend für die Juden“.

Was hat es damit auf sich?

Elsässer: Es handelt sich angeblich um sogenannten „politischen Antisemitismus“: Weil wirkliche Antisemiten glauben, daß die Juden die Weltelite kontrollierten, reicht es bereits, daß ich von „globalistischer Elite“ beziehungsweise von Leuten wie Gates oder Klaus Schwab spreche, um meine Person als antisemitisch zu verleumdern. Auch wenn ich gar nicht behaupte, daß „die Juden“ irgend etwas mit diesen Leuten zu tun haben – wundern Sie sich nicht, wenn Ihnen das wirr vorkommt!

Auch wenn sich in der Tat die Verbotsbegründung in großen Teilen wie eine Verschwörungstheorie liest, wollen Sie mit „Compact“ neben normalen Bürgern auch Extremisten ansprechen? Zumindest scheinen Sie keine Berührungängste diesbezüglich zu haben.

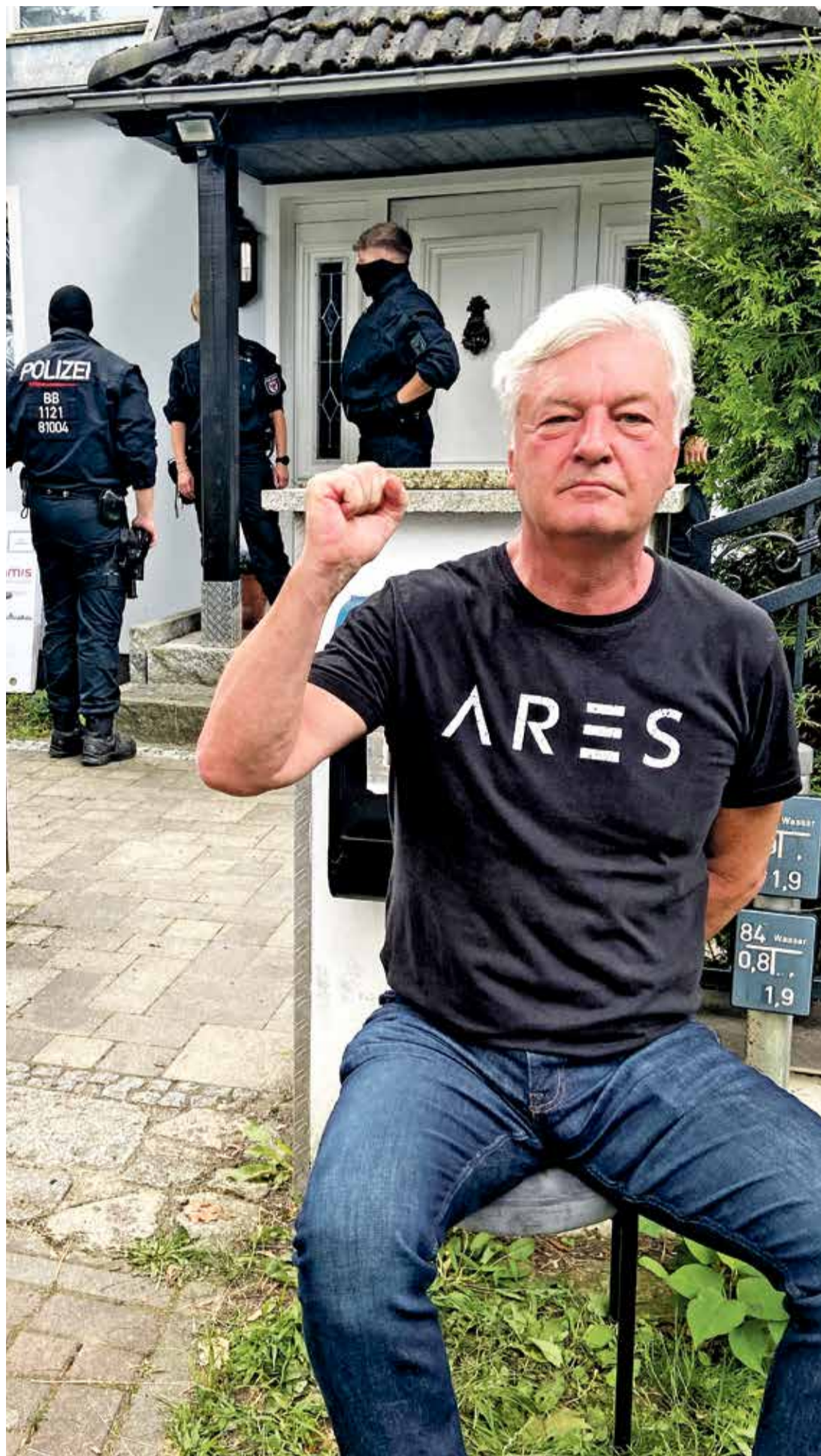
Elsässer: Wir verkaufen, was Kunden nachfragen. Wir sind Geschäftsleute. Was nicht auf dem Index steht, wird angeboten.

Nicht nur in dieser Hinsicht erinnert „Compact“ an Ihre linke politische Herkunft, wo Abgrenzung gegenüber Extremisten bekanntlich unüblich ist. Auch Ihr Selbstverständnis als Journalist und zugleich politischer Aktivist und Organisator – so ein weiterer Vorwurf der Verbotsbegründung – wirkt ehrlich gesagt klassisch links.

Elsässer: Durchaus, nehmen Sie die linken Blätter, für die ich früher geschrieben habe, Konkret oder die Junge Welt, die haben alle ein entsprechendes aktivistisches Verständnis ihrer journalistischen Arbeit – nur werden sie dafür nicht kriminalisiert. Allerdings muß ich klarstellen: Wir sprechen von meiner Person, nicht vom Medium Compact. Es entspricht meinem persönlichen Naturell als Journalist, für das wofür ich schreibe auch im politischen Leben einzustehen. Wovon wir also wie gesagt nicht sprechen, ist Compact, denn alles was unsere Redaktion organisiert, Konferenzen oder Pressefeste, sind klassische Mittel, um für das Magazin zu werben. Was Compact tut, ist also nicht, wie die Verbotsbegründung behauptet, politischen Widerstand zu organisieren, sondern politischen Widerstand publizistisch zu begleiten. Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Im März 2020 habe ich im Editorial den Begriff „Corona-Diktatur“ erfunden. Wie ein Lauffeuer hat sich das von unserer Leserschaft aus in der Corona-kritischen Szene popularisiert, wurde später gar zum „Unwort des Jahres“. Publizistik kann also etwa Begriffe prägen, die die Massen ergreifen und so das Volk aufbringen.

Jürgen Elsässer

galt zeitweilig als einer der profiliertesten Köpfe der linksextremen Publizistik. Geboren 1957 im badischen Pforzheim, wurde der Deutsch- und Geschichtslehrer als Student Mitglied, später Funktionär des Kommunistischen Bunds. Ab 1994 schrieb er für die Ex-FDJ-Tageszeitung Junge Welt, bis es 1997 zur Spaltung der Redaktion kam, eine Gruppe um Elsässer das Blatt verließ und die



Elsässer mit „Trump-Faust“ während der Razzia: „Hundertmal populärer als vor dem Verbot“

Deshalb also der zuspitzende, propagandistische Stil, den „Compact“ pflegt und der Ihnen den Vorwurf des „Populismus“ einbringt?

Elsässer: Wir sind stolz, Populisten zu sein, und zwar weil Demokraten Populisten sein müssen! Denn nur wenn man das Volk so informiert, daß es die Dinge versteht, kann es sich auch eine Meinung bilden. Dagegen ist doch das Schlimme am herrschenden Diskurs, daß so verschwurbelt argumentiert wird, daß keiner mehr weiß, um was es eigentlich geht. Was bitte ist denn heute „Rassismus“? Was „Haß und Hetze“? Und was „Delegitimierung des Staates“? Deshalb bin ich stolz darauf, daß wir bei Compact klar und deutlich schreiben – etwa von „Impfverbrechern“ oder davon, daß „Habeck in den Knast“ gehört.

„Die Herrschaftskritik ist von der Linken zur Rechten ausgewandert“

Woran liegt es, daß Ihre Art zu reden und zu schreiben, solange Sie links waren, über Jahrzehnte nicht zu Ihrer öffentlichen Ausgrenzung geführt hat – wohl aber innerhalb kürzester Zeit, seit Sie es von rechts tun?

Elsässer: Das ist in der Tat sehr spannend, denn es zeigt deutlich die Verschiebung der politisch-ideologischen Vektoren. Früher, als die Linke noch kapitalismuskritisch und antiautoritär war, waren herrschaftskritische Diskurse bei ihr zu Hause. Doch inzwischen ist sie zum Vorkämpfer ihrer einstigen Gegner geworden, des Finanzkapitalismus, des Amerikanismus und der neuen Weltordnung. Ihre Herrschafts- und Kapitalismuskritik dagegen ist zur Rechten ausgewandert. Und damit komme

ich zur Antwort auf Ihre Frage: Diese ist dort für die Herrschenden viel gefährlicher, als sie es auf der Linken je war! Denn auf der Rechten verbindet sie sich mit einer immer breiter werdenden Volksströmung. Was, solange sie auf der Linken beheimatet war, nicht drohte, da die aus gutem Grund im Volk schon lange nicht mehr sonderlich populär war.

„Mißbrauch des Rechtsstaats, um oppositionelle Kräfte aufzureiben“

Auch wenn Sie sich zu Beginn dieses Gesprächs siegesicher gezeigt haben und Ihnen auch etliche Experten einen juristischen Sieg voraussagen: Dieser Kampf wird enorme Mengen an Geld, Zeit, Kraft verschlingen und Jahre dauern. Am Ende könnten Sie juristisch erfolgreich, zugleich aber ökonomisch ruiniert sein.

Elsässer: Genau das ist nach meiner Meinung auch der Plan dahinter! Faeser weiß genau, daß sie Recht und Verfassung bricht, aber es ist ihr egal, denn sie hat quasi unbegrenzte Mittel aus dem Steuersäckel zur Verfügung. Es geht also nicht um Recht, sondern um den gezielten Mißbrauch des Rechtsstaats, um oppositionelle Kräfte zu binden und aufzureiben. Und trotzdem wird sie damit nicht durchkommen! Ja, im Grunde ist sie jetzt schon gescheitert: Compact und Elsässer sind jetzt schon hundertmal populärer als vor dem Verbot. Deshalb habe ich auch am Tag der Razzia vor den Fotografen die Trump-Faust geballt, die der nach den Schüssen auf ihn in Pennsylvania so entschlossen emporgereckt und dabei gerufen hat: „Fight!“

MORITZ SCHWARZ



Lucy Chebout. Mit der vom Gendermilieu gefeierten Anwältin wird erneut eine woke Juristin Verfassungsrichterin.

Gebärende Väter

BJÖRN SCHUMACHER

Nur das linke Spektrum konnte bisher die Berliner Rechtsanwältin Lucy Chebout. Das änderte sich schlagartig, als das Abgeordnetenhaus sie jüngst zur Richterin am Berliner Landesverfassungsgericht wählte. In vertraulichen Gesprächen einigten sich die Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und Linken auf sechs neue Richter. Die AfD blieb natürlich ausgeschlossen, konnte also keinen Kandidaten nominieren. Das ist mehr als nur eine Diskriminierung, denn Richterwahlen sind immer auch politische Weichenstellungen.

Lucy Chebout kam 1984 in Naumburg als Kind einer DDR-Lehrerinnenfamilie und eines algerischen Schlossers zur Welt. Der Kontakt zum Vater brach ab, als er nach Ablauf des Entsendeabkommens mit Algerien das Land verlassen mußte. Chebout studierte zunächst Islamwissenschaften plus Gender Studies und schloß 2016 ein Jura-Studium an der Humboldt-Universität zu Berlin ab, wo sie wissenschaftliche Mitarbeiterin Susanne Baers war. Die Professorin für Öffentliches Recht gründete und leitete das „GenderKompetenzZentrum“ der HU, bevor sie von 2011 bis 2023 Richterin am Bundesverfassungsgericht war, wo ihr Schützling Chebout die Wahlstation ihres Referendariats durchlief.

Seit 2018 angestellte Anwältin einer Wirtschaftskanzlei, vertritt sie engagiert gleichgeschlechtlich „verheiratete“ Mütter und ihre Kinder. Letztere haben oft nur Unterhalts- und Fürsorgeanspruch gegen die leibliche Mutter, weil der das zweite Abstammungsverhältnis regelnde Paragraph 1592 BGB allein die Ehe zwischen Mann und Frau erlaubt. So muß die „Ehefrau“ der Mutter zum Knüpfen familienrechtlicher Bande das Kind adoptieren. Darin sieht Chebout einen Widerspruch zur 2017 eingeführten „Ehe für alle“ und Verstöße gegen das Benachteiligungsverbot des Grundgesetzes. Sechs ihrer Fälle liegen mittlerweile dem Bundesverfassungsgericht zur Entscheidung vor.

Kritiker fürchten, Chebout fördere die wissenschaftsferne Fehlentwicklung des Rechts durch ideologisierte Richter.

Vom Gesetzgeber fordert die neue Berliner Verfassungsrichterin die Reform des Paragraph 1592, biologische Mutter und lesbische „Mit-Mutter“ sollten künftig Elternpaar im familienrechtlichen Sinne sein. Für ihren woken Aktivismus feiern die Gendermiliereus sie als moderne Jeanne d’Arc. Und längst Vizepräsidentin des Deutschen Juristinnenbundes, wurde Chebout 2023 vom Spiegel zur „Heldin des Alltags“ gekürt. Kritik breitet sich derweil in den sozialen Medien aus. Sprachliche Verrenkungen Chebouts wie „gebärender Vater“ irritieren ihre Kritiker. Die fürchten, sie treibe die wissenschaftsferne Fehlentwicklung des Rechts durch ideologielastige Richter weiter voran.

Tatsächlich tobt längst ein Kampf um die Deutungshoheit in der Justiz und es ist nicht zuletzt ein Kulturkampf um Karlsruhe. Verfassungsrichterin wie Susanne Baer und die von Chebout hochgelobte Gabriele Britz prägten zwei fragwürdige Grundsatzentscheidungen: Dem Beschluß zum Personenstandsgesetz (2017) verdanken wir den biologisch absurden Geschlechtseintrag „divers“ und das „m/w/d“-Kürzel in Stellenanzeigen. Und im auf fatale Weise epochalen Klimaschutzgesetz-Beschluß (2021) mutierten die Grundrechte von individuellen Abwehrrechten des Bürgers gegen den Staat zur staatlichen Verpflichtung, Klimaschutzpolitik zu betreiben. Es ist also leider nicht zu leugnen, daß die Sorgen der Kritiker Chebouts berechtigt erscheinen.

Nur die Wahrheit

Analyse des „Compact“-Verbots: Nach Faesers Auslegung werde die Pressefreiheit dann mißbraucht, wenn etwas anderes als regierungsloyale Ansichten verbreitet werden



„Compact“-Gründer und Chefredakteur Jürgen Elsässer: Mildere Maßnahmen als das Totalverbot scheinen für das Innenministerium nicht in Frage gekommen zu sein

ULRICH VOSGERAU

Das „neue“ Verständnis der Grundrechte beim Innenministerium wie beim Verfassungsschutz sieht die Grundrechte als zivilreligiösen Tugendkatalog an, anhand dessen der Staat die Verfassungsfreundlichkeit seiner Bürger beurteilt und beaufsichtigt. „Menschenwürde“ bedeutet dann nicht mehr, daß der Staat gegenüber den Bürgern keine Umerziehungsmaßnahmen ins Werk zu setzen hat, sondern vielmehr, daß der Bürger auch millionenfache Einwanderung in die Sozialsysteme nicht kritisieren darf, weil Einreiserecht wie Versorgungsanspruch eben Ausdruck der Menschenwürde der Einwanderer seien. „Gleichheit“ bedeutet nicht mehr, daß der Staat Beamte nur nach Befähigung und Eignung und ohne Rücksicht auf Geschlecht oder Migrationshintergrund einzustellen hat, sondern daß der Bürger aktivistische Gleichstellungsmaßnahmen oder gar Quotenregelungen nicht in Frage zu stellen hat; denn sonst würde er sich an der Verfassung verletzen und gilt schnell als „Verfassungsfreund“.

Neuestes Beispiel für diese maßnahmen- und erziehungsstaatliche Begründungstechnik, die mit den rechtsstaatlichen Vorgaben des Grundgesetzes wenig bis nichts zu tun hat, ist nun der seitens des Bundesinnenministeriums in Gestalt von 40 verummerten Polizisten morgens um sechs Uhr an der Haustür dem Journalisten Jürgen Elsässer überreichte Verbotsbescheid, der dessen „Compact-Magazin GmbH“ betraf.

Herkömmlicherweise müßte dem Erlaß eines solchen Bescheides eine Anhörung des Betroffenen vorausgehen, und müßte die Erhebung einer Klage gegen die Maßnahme deren Vollziehung bis zur Rechtskraft aussetzen, dies allein aus Gründen der Rechtssicherheit.

Hier allerdings hat das Innenministerium nicht nur von einer vorherigen Anhörung abgesehen, sondern auch die sofortige Vollziehung angeordnet, damit nicht Elsässer am Ende Schreibische, Drehstühle und Computer irgendwo versteckt, um privat heimlich weiterschreiben zu können. Die vom Erscheinen des Magazins Compact ausgehenden Gefahren für die freiheitlich-demokratische Grundordnung seien so groß, daß nicht nur keine mildere Maßnahme als das endgültige Totalverbot in Frage komme, sondern dieses auch sofort ausgeführt werden müsse.

Dies ist angesichts des Umstandes, daß Compact während seines langjährigen Erscheinens offenbar noch nie einer Straftat (wie etwa „Volksverhetzung“) überführt worden ist, sondern das Verbot ausschließlich mit Äußerungen „unterhalb der Strafbarkeitsgrenze“ begründet wird, die im Verfassungsstaat des Grundgesetzes eigentlich der Freiheit beziehungsweise der Privatautonomie des Bürgers und Journalisten unterfallen und die von Anfang an keine staatlichen Eingriffsmaßnahmen rechtfertigen würden, eine erstaunliche Begründung.

In der Sache wird das Verbot wesentlich damit begründet, das Magazin äußere sich laufend „offen

rassistisch, antisemitisch, fremden-, migranten-, muslimen- und minderheitenfeindlich“ und enthalte „Polemik, Tabubrüche, Grenzüberschreitungen sowie tendenziös-verzerrende und selektivmanipulative Darstellungen“.

„Compact“ befürwortet die Einführung von „mehr Demokratie“

Selbst wenn das alles stimmte – mit „Verfassungsfreundlichkeit“ im Sinne eines grundgesetzlich vorgesehenen Vereinsverbots hätte dies von vornherein nichts zu tun. Denn dazu wäre es erforderlich, daß ein Verein sich aktiv und kämpferisch gegen den Wesenskern der freiheitlich-demokratischen Grundordnung wendet, also gegen die Menschenwürde als solche, die Volkssouveränität als solche oder gegen Rechtsstaat und unabhängige Gerichte per se positioniert.

Gerade, was den Punkt Volkssouveränität und Demokratie angeht, so ist aus der 79seitigen Verbotsbegründung selber herauszulesen, daß Compact gerade nicht die Wiedereinführung einer Königsherrschaft propagiert, sondern vielmehr „mehr Demokratie“ in Gestalt von Volksabstimmungen verlangt und die Abgehobenheit der Eliten vom Volkswillen etwa im Hinblick auf die Migrationsproblematik geißelt.

Gegen die Menschenwürde sei Compact, weil man dort offenbar ethnisch Fremde „nach Möglichkeit“ nicht ins Staatsvolk aufnehmen wolle. Hier sind natürlich die Worte „nach Möglichkeit“ entscheidend, die das Bundesinnenministerium nicht weiter erläutert. Sofern damit – was naheliegt – die rechtlichen Möglichkeiten gemeint sein sollten, was eben nach Recht und Gesetz zur Erreichung eines politischen Ziels möglich ist, bleibt unerfindlich, was daran „verfassungsfreundlich“ sein soll.

Das Magazin erhebe weiter die Forderung nach dem „Erhalt des deutschen Volkes in seinem ethnischen Bestand“, deren als selbstverständlich vorausgesetzte Verfassungsfreundlichkeit der Bescheid nicht weiter begründet. Gleich mehrfach kommt der Bescheid auf den Umstand zu sprechen, daß ein Wäsche-Werbekatalog, in dem auf 34 Seiten nur farbige Modelle abgebildet gewesen sein sollen, im Magazin auf höhnische Ablehnung getroffen sei. Es ist aber schlechterdings keine verfassungsrechtliche Pflicht privater Bürger zu erkennen, derartige Werbekataloge zu loben, um das Totalverbot ihres Mediums zu vermeiden.

Auf die rechtlichen Probleme des Totalverbots eines Mediums ohne Gerichtsentscheidung und ohne auch nur den Verdacht einer Straftat geht der Bescheid nicht weiter ein, weswegen sich sagen läßt, daß er einer juristischen Begründung im engeren Sinne entbehrt.

Es ist zwar richtig, daß das Vereinsgesetz, auf das die Innenministerin sich beruft, auch „Wirtschaftsvereinigungen“ wie die GmbH grundsätzlich mit einschließt. Dennoch erlaubt es kein Totalverbot von Pressemedien, dies schon deswegen, weil der Bund, der das Vereinsgesetz erlassen hat, gar nicht die Regelungskompetenz für das Presserecht hat. Dieses ist vielmehr in den Presse- und Mediengesetzen der Länder angesiedelt, die ein Totalverbot

eines Mediums von vornherein nicht vorsehen. Das bestätigt das Vereinsgesetz, indem es die Pressefreiheit nicht unter den von ihm eingeschränkten Grundrechten auflistet.

Auch hätte das Totalverbot eines Pressemediums bereits nach der „Wesentlichkeitstheorie“ des Bundesverfassungsgerichts in einem einschlägigen parlamentarischen Spezialgesetz mit Tatbestandsvoraussetzungen, Verfahren und Zuständigkeiten vom Gesetzgeber selbst geregelt worden sein müssen, statt vom Innenminister so freihändig wie überraschend als Reflex des Vereinsrechts postuliert zu werden – falls dergleichen unter dem Grundgesetz überhaupt möglich sein sollte.

Am erschreckendsten ist jedoch die Auseinandersetzung des Bescheides mit den Grundrechten der Betroffenen. Die Presse- und Meinungsfreiheit stehe einem Verbot insofern nicht entgegen, als hier „Medienerzeugnisse“ ja nur „mißbraucht“ worden seien, um (vermeintlich) verfassungsfreundliche Auffassungen zu verbreiten. Belegt wird dies mit einem Zitat Elsässers: „Und auch noch ein wichtiger Unterschied zu anderen Medien: Wir wollen dieses Regime stürzen. Wir machen keine Zeitung, indem wir uns hinter dem warmen Ofen oder den Computer verziehen und irgendwelche Texte wie eine Laubsägearbeit auf den Markt bringen. Sondern das Ziel ist der Sturz des Regimes. Und nur wenn man das Ziel vor Augen hat, kann man auch entsprechende Texte schreiben.“

DDR-Rechtsauffassung werde in den Medien normalisiert

Und auch auf die Menschenrechte der Europäischen Menschenrechtskonvention könnten sich Elsässer und Compact nicht berufen, da ihre „Ideologie“ mit den „Grundwerten der Konvention unvereinbar“ sei. Hier führt das Bundesinnenministerium eine geradezu hanebüchene Theorie der Grundrechtsverwirkung ein, die die von seiten eines Presseorgans kritisierte Bundesregierung selber (und in eigener Sache) feststellen kann, wenn sie die mediale Kritik als übertrieben, unsachlich und empörend empfindet.

Nicht nur also, daß ausgerechnet die Grundrechte den Bürger zur Loyalität gegenüber den politischen Ideen der jeweiligen Regierung verpflichten sollen; die Presse- und Meinungsfreiheit berechtigt nach Ansicht der Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) offenbar ausschließlich zur Äußerung von im weiteren Sinne regierungsloyalen Ansichten, ansonsten werde sie „mißbraucht“. Das war im heutigen Revolution, anders als in den Revolutionen in längst vergangenen Epochen wie der Französischen (1789) oder der Russischen Revolution (1917) nicht mehr Bahnhöfe und Postämter

besetzt werden, sondern Begriffe, war etwa Bundesjustizminister Heiner Geißler (CDU) schon in den 1970er Jahren aufgefallen. Er dachte dabei allerdings kaum an den rechtlichen oder verfassungsrechtlichen Diskurs, sondern an genuin politische, zumal mit dem Umverteilungsgedanken verbundene und dabei hochabstrakte Begriffe wie „soziale Gerechtigkeit“ oder „Freiheit“.

Daß der Kampf nicht auf der Barrikade, sondern im medialen Raum und um Begriffe sich erstens auch auf die – politisch in Wahrheit viel relevanteren – konkreten Begriffe des Verfassungsrechts bezieht, und daß dies zweitens impliziert, daß der juristische Fachstab, eigentlich als solcher im Innern bereits uneinig genug, kaum seine „Oberhoheit“ über die Auslegung der verfassungsrechtlichen Begriffe würde behaupten können, sondern die Verfassungsauslegung maßgeblich auch auf Parteien, „pressure groups“ und Medien übergehen würde, hat bereits der Rechtsprofessor Peter Häberle in seinem aus heutiger Sicht visionären Aufsatz „Die offene Gesellschaft der Verfassungsinterpreten“ (1975) vorhergesehen.

In Anlehnung an Luhmanns Diktum „Was wir über die Welt wissen, wissen wir aus den Massenmedien“ gilt heute eben auch: Was wir über den Inhalt der Verfassung und ihre richtige Auslegung wissen, wissen wir ebenfalls nur aus den Massenmedien. Vom juristischen Fachstab hingegen nur und insoweit, wie ARD und ZDF – die die Auslegung des Grundgesetzes vorwiegend Politikern ohne abgeschlossene Ausbildung, Klimaklebern oder NGO-Vertretern wie etwa den „Seenotrettern“ überlassen – es für opportun halten, ihn zu Wort kommen zu lassen. Woraus wiederum ein gewisser Druck auf dessen Vertreter herrührt, sich möglichst so über verfassungsrechtliche Fragen zu äußern, daß linke Haltungsjournalisten es zu würdigen wissen.

Die Revolution im Verständnis der Grundrechte

Sobald der im Verlauf des langen 19. Jahrhunderts von bildungsbürgerlichen Schichten geschaffene Verfassungsstaat, in dem mit formaljuristischen Mitteln ein Spiel von „checks and balances“ ins Werk gesetzt wird, dem politisch-medialen Komplex gewichen ist, unter dessen Herrschaft die Welt nicht mehr verändert werden soll, sondern ihr eine mediale Erzählung entgegengesetzt wird (deren Glaubhaftigkeit entgegen allen äußeren Tatsachen dann alsbald ein Oppositionsverbot erfordert), kommt es nicht mehr darauf an, etwa durch äußeres Handeln, notfalls gewaltsam, die Verabschiedung eines neuen Verfassungstextes zu erzwingen, was etwa das große Thema der Amerikanischen Revolution (1763) gewesen war. Sondern das scheinbar unverändert geltende Recht wird laufend revolutionär uminterpretiert, was gestern noch als überhitzte Phantasie halbverrückter Staatsfeinde galt („Offene Grenzen“, „Bleiberecht für alle“) darf einige Jahre später und nach viel medialem Getummel als die politische Moral der „Mitte“ gelten. Faktisch („Realverfassung“ nannte dies August Bebel) wird die Verfassung heute nicht mehr durch Bundestag und Bundesrat und

mit Zweidrittelmehrheit geändert, sondern durch ARD, ZDF und NGOs im Wege ständiger Wiederholung bestimmter moralisierender Phrasen.

Die revolutionäre Umdeutung des Verfassungsrechts und die sprunghaft eingeleiteten Veränderungen der Verfassungsauslegung haben etliche Aspekte. Wegmarken waren etwa die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zur europäischen Schuldengemeinschaft entgegen der klaren Vertragslage (übergeordnete politische Ziele lassen rechtliche Regeln leerlaufen) oder des Bundesverfassungsgericht (BVerfG) zu „Corona“ wie zum Klimaschutz (alle Grundrechte stehen unter dem Vorbehalt der Lagebeurteilung durch die Regierung und den von ihr eingesetzten „Experten“-Panels). Hier interessiert vor allem die völlige Umdeutung der Funktion und Bedeutung der Grundrechte, die in den letzten zwei Jahrzehnten durch die laufende Publikationstätigkeit teils staatlich, teils von undurchsichtigen überseeischen Milliardenstiftungen finanzierten NGOs bewirkt wurde, aber auch durch deren Rezeption in den Verfassungsschutzberichten des Bundes wie der Länder.

Grundrechte sind im freiheitlichen Verfassungsstaat Abwehrrechte des Bürgers gegen den Staat, die dem Schutz der Privatautonomie und der persönlichen Freiheit dienen. Ihr Gebrauch setzt keine besondere Verfassungstreue, Staats- oder gar Regierungsloyalität voraus. Da die Grundrechte nur den Staat binden, nicht aber den Bürger, kann dieser gar nicht „verfassungswidrig“ handeln, allenfalls verfassungsfreundlich. Zwar enthalten die Grundrechte neben der Abwehr- auch eine Schutzfunktion, die den Staat verpflichtet, sich nicht nur selber Grundrechtseingriffen zu enthalten, sondern als Inhaber des Gewaltmonopols den Bürger auch aktiv vor der Verletzung grundrechtlich geschützter Rechtswerte durch Private zu bewahren. Das führt etwa dazu, daß die ordentlichen Gerichte bei der Anwendung des Zivilrechts die Meinungsfreiheit nicht nur vor staatlichen, sondern auch vor privatrechtsförmigen Einschränkungen schützen müssen, nicht aber dazu, daß der Bürger selber durch Grundrechte oder vermeintlich aus ihnen abzuleitende „Werte“ in die Pflicht genommen würde.

Wir leben in merkwürdigen Zeiten. Müßten nicht eigentlich früher oder später internationale Sanktionen gegen die Bundesrepublik Deutschland eingeleitet werden? Zumindest ein Vertragsverletzungsverfahren auf EU-Ebene wegen Verletzung grundlegender rechtsstaatlicher Maßstäbe und Verfahren erscheint nun nicht mehr fernliegend.



Dr. jur. habil. Ulrich Vosgerau, Jahrgang 1974, Privatdozent, lehrte Rechtswissenschaften und Rechtsphilosophie an verschiedenen Universitäten. Als Verfahrensbevollmächtigter hat er die AfD bereits mehrfach vor dem Bundesverfassungsgericht vertreten.



Innenministerin Nancy Faeser: Rücktritte sind seit der Ära Merkel aus der Mode gekommen

„Frau Faeser ist mit ihrem Amt überfordert“

Im Gespräch: Das Vorgehen von Innenministerin Nancy Faeser beim Verbot des Compact-Magazins ist nicht verfassungskonform, zeigt sich der Hamburger Rechtsanwalt Joachim Steinhöfel überzeugt

Herr Steinhöfel, warum muß Innenministerin Faeser Ihrer Ansicht nach zurücktreten?

Joachim Steinhöfel: Der Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Wolfgang Kubicki (FDP), hat sich in der letzten Woche auf den Standpunkt gestellt, daß der Rücktritt von Frau Ministerin Faeser unvermeidlich sei, wenn das von ihr zu verantwortende Verbot der rechtsextremen Zeitschrift Compact vor Gericht keinen Bestand habe. Daß solche öffentlichen Äußerungen aus den Reihen der Ampel und nicht aus der Opposition kommen, zeigt, wie umstritten Frau Faeser mittlerweile selbst regierungintern ist. Sie ist offenkundig fachlich und intellektuell mit dem Amt überfordert. Es kann bei der „Verfassungsministerin“ auch keine Rolle spielen, ob sie wichtige Grundrechte wie die Meinungs- und Pressefreiheit einfach nicht in ihrer Tragweite zu erfassen vermag oder ob sie sich „cäsarisch“ (so kürzlich Jan Fleischhauer) darüber hinwegsetzt. Daß ihr Ministerium den „Bericht über Muslimfeindlichkeit“ nach einer von Henryk M. Broder durch uns gegen die Bundesrepublik Deutschland erwirkten einstweiligen Anordnung des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg eingestampft hat, verkommt da schon fast zur Randnotiz.

Allerdings ist die Frage: Wird Sie auch zurücktreten?

Steinhöfel: Natürlich wird Frau Faeser nicht freiwillig zurücktreten. Rücktritte sind seit der Ära Merkel aus der Mode gekommen. Lieber beschädigt man weiter das Amt und die Glaubwürdigkeit der Regierung.

Was macht Sie denn so zuversichtlich, daß „Compact“ vor Gericht siegen wird? Immerhin ist nicht das Heft an sich verboten worden, sondern der Verein, der es trägt, und Vereine sind nicht von der Pressefreiheit geschützt.

Steinhöfel: Prognosen über den Ausgang des bevorstehenden Rechtsstreits wären unseriös, schon deshalb, weil ich die Akte und die Verbotsverfügung noch nicht gelesen habe. Daß es sich bei dem kommenden Rechtsstreit um eine für den Grundrechtsstaat eminent wichtige Auseinandersetzung handelt, ist allerdings klar. Ich bewerte das von Frau Faeser gewählte Verfahren aus einer Reihe von Gründen als nicht verfassungskonform. Es wird

auch interessant sein zu recherchieren, wer neben der Ministerin für dieses Vorgehen in ihrer Behörde die Verantwortung trägt, zu diesem Vorgehen geraten oder es als verfassungskonform erachtet hat. Die von Herrn Kubicki in den Raum gestellten Konsequenzen dürfen dann nicht lediglich den Rücktritt der Ministerin, sondern müssen auch die Entlassung weiterer Beamter umfassen. Frau Faeser war dabei so „klug“, in ihrer Pressemitteilung schon in der Überschrift deutlich zu machen, worum es ihr geht, nämlich nicht um ein Verbandsverbot. Die Überschrift lautet: „Bundesinnenministerin Nancy Faeser verbietet das Magazin Compact“.

Wenn juristisch nur der Verein verboten ist, warum eigentlich darf dann nicht das Heft dennoch vertrieben werden? Immerhin ist die neue Ausgabe gerade frisch gedruckt und könnte noch in den Verkauf gehen.

Steinhöfel: Das aktuelle Verbot erfaßt auch das Heft. Solange das Verbot Bestand hat oder die Vollziehung nicht ausgesetzt wurde, ist der Vertrieb auch zukünftiger Ausgaben untersagt.

Es geht um die Machtanmaßung des Staates

Könnten Sie kurz definieren: Was darf in „Compact“ (oder einem anderen Medium) alles stehen, ohne daß es verboten werden kann? Und was müßte darin stehen, damit ein Verbot rechtmäßig wäre?

Steinhöfel: Kurz? All das, was Artikel 5 unseres Grundgesetzes erlaubt. Und das ist sehr viel und vor allem viel mehr, als sich Frau Faeser vorzustellen vermag. Das Bundesverfassungsgericht formuliert klar: „Die mögliche Konfrontation mit beunruhigenden Meinungen, auch wenn sie in ihrer gedanklichen Konsequenz gefährlich und selbst wenn sie auf eine prinzipielle Umwälzung der geltenden Ordnung gerichtet sind, gehört zum freiheitlichen Staat.“ Wirft man einen Blick in die Pressemitteilung des Innenministeriums, so ist dort textbausteinartig und floskelgesättigt als Verbotsbegründung all das zusammengetragen, was man sagen darf. Eine tragende Erwägung für das Verbot lautet, daß es in dem Heft „verzerrende und manipulative Darstellungen“ gegeben habe. Die gibt es gelegentlich in sämtlichen Medien, egal

welcher weltanschaulichen Ausrichtung, die gibt es im öffentlich-rechtlichen Fernsehen und die gibt es in den Bundestagsreden von Frau Faeser. Vielleicht hätte die Ministerin kürzlich in der Bundespressekonferenz nicht so indigniert von „Unsinn“ sprechen sollen, als sie mit der Frage konfrontiert wurde, ob sie nicht selbst eine Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung sei. Wenn eine Ministerin ein Pressemedium rechtswidrig untersagt, dann ist sie aber genau das. Die Gerichte werden entscheiden, ob das der Fall war.

Sie beobachten Ministerin Faeser ja schon länger, haben erst im Februar vor Gericht gegen sie gesiegt. Für wie gefährlich für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung halten Sie sie?

Steinhöfel: Es genügt, wenn man ihre politischen Leistungen festhält. Sie ist erfolglos bei der Bekämpfung von Kindesmißbrauch, entläßt Herrn Schönbohm auf Zuruf eines öffentlich-rechtlichen Pausenclowns. Die skandalösen Fehler beim Verbot von Hamas und Samidoun wurden auch von den Sicherheitsbehörden kritisiert. Grenzsicherung, Abschiebung, Schließung des Expertenkreises Politischer Islamismus, und dann der Gratismut beim Tragen der „One Love“-Binde in Katar. Wo Faeser draufsteht, ist Amtsversagen drin.

Was halten Sie von den Reaktionen der Medien auf das Verbot? Geben Ihnen diese Hoffnung oder machen sie Ihnen eher Angst?

Steinhöfel: Ich habe in der letzten Woche bei einer Veranstaltung des Hamburger Presseclubs länger mit dem Chefredakteur des Spiegel über den Fall gesprochen, mit einem stellvertretenden Chefredakteur der Zeit sowie mit zahlreichen anderen führenden deutschen Journalisten telefoniert, ich habe viele kluge und durchdachte Texte über die Sache gelesen, in der Welt, dem Spiegel, der Zeit und in vielen anderen Medien. Mein Eindruck ist, daß man unabhängig von der jeweiligen weltanschaulichen Ausrichtung sehr genau verstanden hat, um was es hier geht. Nämlich nicht um die Verteidigung einer rechtsextremistischen Publikation, sondern um die Frage, ob diese Machtanmaßung des Staates grundrechtskompatibel ist oder nicht.

MORITZ SCHWARZ

Joachim Steinhöfel

Der „Top-Anwalt für Wettbewerbs- und Presse-recht“ (Wirtschaftswoche) und „Pitbull in Robe“ (FAZ) gilt als Vorkämpfer der Meinungsfreiheit. Er war Kolumnist bei Bild und schrieb unter anderem für die Weltwoche, den European oder den Stern. Bekannt wurde der 1962 geborene Hamburger zudem als Radio- und TV-Moderator auf RTL und RTL2 sowie als Werbeführer für MediaMarkt. Neben seiner Kanzlei betreibt er den liberal-konservativen

Blog „Steinhöfel“ und ist Gründer der Initiativen „Meinungsfreiheit im Netz“ und „Facebook-Sperre. Wall of Shame“. Gerade erschienen ist sein Bestseller „Die digitale Bevormundung. Wie Facebook, X (Twitter) und Google uns vorschreiben wollen, was wir denken, schreiben und sagen dürfen“.

► www.steinhoefer.com
► <https://facebook-sperre.steinhoefer.de/>



Türsteher der Demokratie

Exklusiv: Wenn die Pressefreiheit in Gefahr ist, müssen kritische Köpfe ihre warnenden Stimmen erheben / Die JF hat einige von ihnen eben darum gebeten

„Aus dem Wörterbuch einer Demokratie Neuen Typs elässern: Das eigene Verbot im Bademantel erwarten. faesern: Mit Haß und Hetze gegen „Haß und Hetze“ kämpfen. rumfüßen: Die Grenzen des Sagbaren mit Meinungsfreiheit verwechseln. qualitätspressen (1): Die Schreie von jemandem im Tellereisen nach B-Note bewerten. qualitätspressen (2): Überlegen, ob das Pflaster auf dem Ohr des knapp einem Attentat entkommenen Präsidentschaftskandidaten dem von Van Gogh ähnelt. qualitätspressen (3): Sie hätten uns gezeigt, wie richtige DDR geht. Selbst die Stasi hätten sie besser gekannt als diese zurückgebliebenen Osis. qualitätspressen (4): Regierung beklatschen, Opposition unter „Haltung zeigen“ bekämpfen, nach oben buckeln, nach unten verachten. Sich dabei toll vorkommen. goebbeln: Für das Richtige ist alles richtig.“

Uwe Tellkamp, Schriftsteller, zuletzt erschien „Der Schlaf in den Uhren“, eine Fortschreibung seines Bestsellers „Der Turm“

„Die Bundesinnenministerin verkündet das Verbot einer Zeitschrift. Doch die ist nur vorgeschoben. Das Verbot hat eine viel größere Zielgruppe im Blick: uns alle. Es soll Verunsicherung, Angst und Selbstzensur bei jeder Äußerung erzeugen. Ideologisierte Redaktionen treiben das, als ‚Schild und Schwert der Partei‘, kräftig voran. All das bezweckt eines: die Entmündigung des Menschen, der sich, nach Kant, ‚seines Verstandes ohne Leitung eines anderen bedienen‘ will. Für etliche Akteure in Politik und Medien liegt darin die Gefahr für die Macht, über welche sie verfügen. Die Anleitung des Verstandes, mithin die Unmündigkeit des Menschen, sind das Ziel, das sie verfolgen. Es geht nicht um eine Zeitschrift. Es geht um Grundsätzliches. Seit Jahren werden im Grundgesetz verbriefte Freiheiten und Rechte angetastet. Eine ‚gelenkte Demokratie‘, ein ‚vormundschaflicher Staat‘ wird über das Land gebracht. Autoritäres und Totalitäres eingeschlossen. Die ostdeutsche Revolution von 1989 wollte genau das beseitigen. Aber die Konterrevolution marschiert.“

Jörg Bernig, Schriftsteller, zuletzt erschien „Habe Mut“, eine Textsammlung aus zwei Jahrzehnten

„Ich hatte mich einst auf der Hochzeitsfeier von Martin Sellner einen ganzen Abend mit dem sehr gemühtlichen Jürgen Elsässer und seiner wunderbaren Frau unterhalten. Wir sprachen über unsere früheren linken Irrtümer und wie wir zu Konservativen wurden. Also erkannten, um Joachim Fest zu zitieren, daß ‚die Wirklichkeit rechts‘ ist, weshalb die linken Zuchtmeister und Ideologen wohl so entschlossen gegen Rechts vorgehen. Eine Zeitschrift zu verbieten ist ein finsterner Anschlag auf die Pressefreiheit, noch finsterner aber ist, daß meine Ex-Kollegen beim

Spiegel das bejubeln, dessen Herausgeber Rudolf Augstein einst für die Pressefreiheit über hundert Tage in den Knast ging – zurücktreten mußte damals ein Minister.“

Matthias Matussek, langjähriger „Spiegel“-Journalist, Buchautor, zuletzt erschien der Roman „Armageddon“

„Die vom Grundgesetz geschützte Pressefreiheit kennt keine Brandmauern. Im Gegenteil: Brandblasen beim Schreiben sind die Lorbeerkränze für Journalisten. Und die Redaktion ist Maschinenraum des Schlachtschiffes „Meinungsfreiheit“. Ich bin stolz darauf, mir mit meiner Webseite www.Alexander-Wallasch.de öfter die Finger zu verbrennen. Was nicht strafbar ist, wird veröffentlicht. Das Verbot von Elsässers Compact ist jetzt der Frontalangriff eines sich inmitten unserer schützenden Demokratie ausbreitenden Totalitarismus. Journalismus ist der Türsteher der Demokratie! Die Bankkündigungen, die staatlich geförderten Ausgrenzungen, die kriminellen Übergriffe von Linksextremisten, das Schauen nach links und rechts beim Verlassen des Hauses ist längst unser Alltag geworden. Ich werde mich nie dran gewöhnen. Deshalb Solidarität mit Elsässer – aber bitte mit Eiern in der Hose und ohne gefügigen Disclaimer.“

Alexander Wallasch, Schriftsteller, Journalist und Blogger, Autor des Romans „Deutscher Sohn“

„Was waren das für gute Zeiten, als die Linke noch auf den „zwanglosen Zwang des besseren Arguments“ (Jürgen Habermas) vertraute! Freilich agierte sie damals in einer „idealen Sprechsituation“ für die eigene Sache, nämlich getragen vom Aufwind kommender kultureller Hegemonie. Jetzt aber beginnt die woke-grünlinke Vormacht im Politik- und Medienbetrieb zu zerfallen, geschädigt vom Scheitern eigener Ideologeme an der Wirklichkeit. Also schlägt das Imperium zurück. Die Kampfmittel sind die altbekannten: Ächtung von Worten und Gedanken, Ausgrenzung von Unliebsamen, Entzug wirkungsträchtiger Plattformen. Doch auch hier wird gelten: „No pasarán!“ Gegen kritische Ideen, deren Zeit gekommen ist, half nämlich Repression noch nie.“

Werner Patzelt, Politikwissenschaftler, zuletzt erschien „Ungarn verstehen“

„Cicero kannte zwar Compact noch nicht. Doch in seiner Philippika 80 v. Chr. prägte er bereits einen trefenden Satz für diesen Fall. Nur zwei Worte: Cui bono? Frei übersetzt: Wem nützt es? Ein Schlüsselrezept für die Kriminalistik bis heute.

Angewandt auf den Compact-Zensur-Skandal: Es nützt eindeutig CDU und CSU. Kein Ampel-Wähler tut sich freiwillig dieses Blatt und den Videokanal an. Keiner! Panik hat allein die Union, die in ihrem 30-Prozent-Turm eingemauert ist. Also muß alles „Rechte“ weg. Dafür wurde die entsprechende Frau (wieder) in Brüssel inthronisiert. Und der entsprechende CDU-Funktionär rechtzeitig an der Spitze des Verfassungsschutzes installiert und der Vorgänger expediert. Der Neue leistet nun als Zuträger ganze Arbeit, so daß SPD-Nancy dankbar zusammen konnte. Alles perfekt inszeniert: Drei CDU-Landesregierungen als Helfershelfer involviert, Polizei postiert und die TV-Meute positioniert. Cui bono? Wer diese Strippenzieher nicht sieht, glaubt auch an den Weihnachtsmann. Alleiniges Ziel: Vernichtung des Konkurrenten AfD! Jüngster Beweis: das Ampel-Unions-Komplott im Bundestag zum „Schutz“ (!) des Bundesverfassungsgerichtes.“

Peter Hahne, langjähriger Fernsehmoderator und Bestsellerautor, zuletzt erschien „Ist das euer Ernst?“

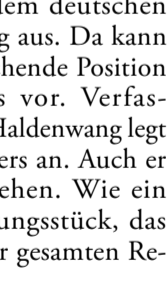
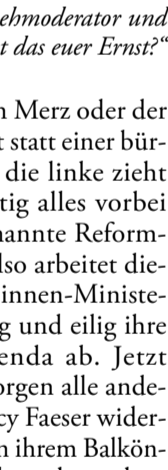
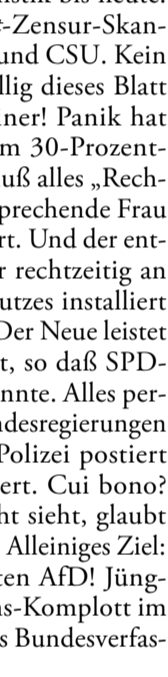
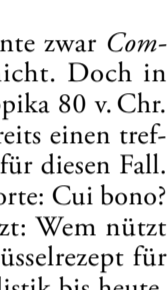
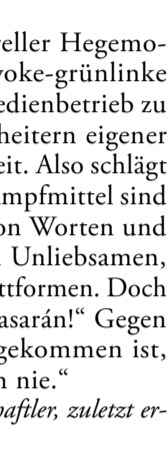
„Nächstes Jahr – falls Friedrich Merz oder der nächste CDU-Kanzlerkandidat statt einer bürgerlichen Karte nicht wieder die linke zieht – ist endgültig alles vorbei für die sogenannte Reform-Koalition. Also arbeitet diese absolute Binnen-Ministerin zielstrebig und eilig ihre Verbots-Agenda ab. Jetzt Compact, morgen alle anderen, die Nancy Faeser widersprechen. Von ihrem Balkönchen über dem deutschen

Abgrund sieht alles abgründig aus. Da kann man vorbehaltlos jede abweichende Position verbieten. Putin macht es vor. Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang legt als nützlicher Idiot die Dossiers an. Auch er will in die Geschichte eingehen. Wie ein schlecht gewaschenes Kleidungsstück, das schrumpft. Wie das Recht der gesamten Republik.“

Heimo Schwilk, Publizist und Buchautor, Ernst-Jünger-Biograph, zuletzt erschienen zwei Tagebuchbände „Mein abenteuerliches Herz I & II“

„Ich habe die Zeitschrift Compact noch nie gelesen. Ob sie – wie Frau Faeser behauptet – rechtsextremistisch ist, kann ich daher nicht beurteilen. Aber unabhängig von dieser Frage läßt sich verfassungsrechtlich beurteilen, ob das Verbot rechtmäßig ist. Die Antwort lautet ganz klar ‚nein‘. Die Pressefreiheit gemäß Artikel 5 des Grundgesetzes schützt nicht nur die Tätigkeit der Presse, sondern auch das Presseunternehmen als Organisation. Deshalb läßt sich das Verbot eines Presseunternehmens nicht auf die Vorschriften über Vereinsverbote stützen. Außerdem schützt die Meinungsfreiheit nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts bis zur Grenze der Strafbarkeit auch extremistische Meinungen. Das Verbot ist ein frontaler Angriff auf die Meinungs- und Pressefreiheit.“

Dietrich Murswiek, emeritierter Professor für Staats- und Verfassungsrecht



Ampel und Union wollen Grundgesetz ändern

BERLIN. Ampel und Union haben sich auf eine geplante Grundgesetzänderung zum „besseren Schutz des Bundesverfassungsgerichts“ verständigt. Am Dienstag stellten in Berlin die Rechtspolitiker von SPD, FDP, Grünen und CDU/CSU gemeinsam mit Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) die wesentlichen Punkte ihres Vorhabens vor. Demnach soll künftig in der Verfassung festgeschrieben werden, was bisher nur einfachgesetzlich geregelt ist. So unter anderem der Status des Gerichts und seine Geschäftsordnungsautonomie, die Anzahl der Senate (zwei) und Richter (16) in Karlsruhe sowie ihre Amtszeit (12 Jahre) und Altersgrenze (68 Jahre). Zudem soll ein sogenannter „Ersatzwahlmechanismus“ eingerichtet werden, um zu verhindern, daß eine Sperrminorität in Bundesrat oder Bundestag die Wahl eines Richters blockiert. Mit dieser Reform sollen nach Meinung der fraktionsübergreifenden Initiatoren „Rechtsstaat und Demokratie resilient gegen Verfassungsfeinde“ werden. Heftige Kritik kam von der AfD. Mit dem Vorhaben werde „nicht die Unabhängigkeit des Bundesverfassungsgerichts, sondern die politische Macht der Altparteien durch die Einflußnahme in der Besetzung des Bundesverfassungsgerichts“ geschützt, monierte der verfassungsrechtliche Sprecher der Bundestagsfraktion, Christian Wirth. Mehr Resilienz sei nur zu erreichen, wenn die Besetzung der höchsten Gerichte entpolitisiert werde. Die AfD fordert, dafür eigens Richterwahlausschüsse zu schaffen. Ampel und Union wollen dagegen möglichst bald einen Gesetzentwurf im Bundestag einbringen und das Verfahren noch in dieser Legislaturperiode abschließen. (vo)

Urteil: „Keine ernsthafte Bedrohung“ in Syrien

MÜNSTER. Das nordrhein-westfälische Oberverwaltungsgericht in Münster hat entschieden, daß für Syrer in ihrem Heimatland keine ernsthafte Bedrohung mehr besteht. Mit dieser Begründung wies das Gericht die Klage eines syrischen Staatsangehörigen ab, der in Deutschland subsidiären Schutz erhalten wollte. Nach Angaben eines Gerichtssprechers handelt es sich um das erste derartige Urteil eines Oberverwaltungsgerichts. In dem Urteil heißt es, „die ernsthafte, individuelle Bedrohung des Lebens oder der körperlichen Unversehrtheit von Zivilpersonen infolge willkürlicher Gewalt im Rahmen eines innerstaatlichen Konflikts“ sei in Syrien nicht mehr gegeben. Vereinzelt käme es zwar noch zu bewaffneten Auseinandersetzungen oder Anschlägen. Diese „erreichen jedoch kein solches Niveau (mehr), daß Zivilpersonen beachtlich wahrscheinlich damit rechnen müssen“, verletzt oder getötet zu werden. Darüber hinaus könne der Kläger auch nicht als Flüchtling anerkannt werden, da ihm in Syrien keine politische Verfolgung drohe. Zudem habe er sich vor der Einreise nach Deutschland im Jahr 2014 als Schlepper betätigt und wurde in Österreich wegen der Einschleusung von Personen zu einer Freiheitsstrafe verurteilt. Daher lehnte auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) die Zuerkennung der Flüchtlings-eigenschaft und des subsidiären Schutzes für den Mann ab. Ob und wie der Fall die Debatte um Abschiebungen nach Syrien beeinflusst, ist aktuell noch unklar. Die Bundesregierung stiftet Syrien bislang als unsicheren Herkunftsland ein und lehnt Abschiebungen dorthin ab. Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) meinte mit Blick auf das Urteil, man müsse die Sicherheitslage in Syrien differenziert betrachten. (dh)

■ Kommentar Seite 2



Vermummte bewerfen im Leipziger Stadtteil Connewitz Polizisten mit Steinen: „Verpiß dich“

„Deal mit Linksradi-kalen“

Antifa Area: In Leipzigs Stadtteil Connewitz haben Extremisten rechtsfreie Räume geschaffen

HINRICH ROHBOHM, LEIPZIG

Es wirkt wie das Ende der zivilisierten Welt. Wie bei einem Grenzübergang in ein totalitäres Land kündigt sich das Bermuda-Dreieck von Leipzig-Connewitz an, in dem Sicherheit und Rechtsstaat bereits seit Jahrzehnten verschollen sind. Farb- und Graffiti-schmierereien auf Treppen und Geländern am S-Bahnhof, der Eingangspforte in eine der berühmtesten deutschen Antifa Areas, die sich in einem geographischen Dreieck zwischen Bornaischer Straße, Prinz-Eugen-Straße und Wolfgang-Heinze-Straße befindet. Ihre drei Eckpunkte bilden sich aus dem Kulturzentrum Conne Island, dem Connewitzer Kreuz und dem erwähnten S-Bahnhof.

Entstanden ist das Ganze aus der Hausbesetzer-Szene. Und seit Jahrzehnten kommt es hier immer wieder zu Straßenschlachten zwischen der Polizei und links-extremen Gewalttätigen der Antifa. Es ist eine Zone, in der die Farb- und Graffiti-Schmierereien zur Regel gehören statt zur Ausnahme. In der noch immer Punker mit gefärbten Haaren und Irokesen-Frisuren das Bild auf den Straßen prägen. Und in der die Speisen in den Restaurants zumeist mit dem Hinweis „vegan“ versehen sind.

Eine Gegend, in der Polizei nicht gern gesehen ist und in der Beamte bei Erscheinen sich darauf einstellen können, bestenfalls beschimpft, im schlechtesten Fall angegriffen zu werden. Botschaften wie „No Cops“ und die für „All cops are bastards“ stehende Abkürzung ACAB sind hier immer wieder an Hauswänden zu lesen. Und obwohl Polizei und zumindest Teile der Politik immer wieder den rechtsfreien Raum in Connewitz kritisieren, ändert sich an den Zuständen nichts.

Warum ist das so? Warum schafft es der Staat hier nicht, Recht und Gesetz durchzusetzen? Schon der Frage vor Ort nachzugehen gestaltet sich schwierig. „Warum willst du das überhaupt alles wissen?“

Biste von den Bullen oder was?“, lautet sofort die mit Argwohn gespickte Gegenfrage einer von der JUNGEN FREIHEIT inkognito befragten Punkfrau. Andere Leute innerhalb des Bermuda-Dreiecks reagieren kaum freundlicher. „Verpiß dich“, „hau ab“, lauten einige der Antworten, verbunden mit grimmigen Blicken.

Doch selbst in Connewitz gibt es Menschen, die mit der Entwicklung ihres Stadtteils alles andere als einverstanden sind. Einer von ihnen ist der Ladenbesitzer Rainer Schuster. So jedenfalls wird die JF ihn bezeichnen. Seinen wirklichen Namen und den Namen seines Geschäfts will er lieber nicht nennen. „Verstehen Sie mich nicht falsch, ich bin wirklich kein Feigling. Aber wenn die hier mitbekommen, daß ich es bin, der öffentlich erzählt, wie Schläger und politische Kriminelle hier ihr Unwesen treiben, hauen die mir den Laden kaputt.“

Daß er kein Feigling ist, hatte Schuster in der Vergangenheit bereits oft genug bewiesen. „Seit mehr als 25 Jahren wehre ich mich gegen diese Leute. Wir hatten zusammen mit anderen Gewerbetreibenden sogar einen Bürgerverein ins Leben gerufen, um uns gegen das hier herrschende Unrecht besser zu organisieren.“ Sie hatten einen Brandbrief an den Oberbürgermeister geschrieben, Stadträte, Landtags- und Bundestagsabgeordnete angesprochen. Genützt habe das alles wenig. „Diese Leute werden von einflußreichen Stellen und Personen aus dem linken Spektrum der Politik gedeckt und erhalten außerdem ein hohes Maß an juristischer und finanzieller Unterstützung“, erläutert der Geschäftsmann. Das jedenfalls sei seine Erfahrung und die anderer Connewitzer während der Auseinandersetzungen mit der Antifa-Szene gewesen.

Die hat einen zentralen Anlaufpunkt: das sogenannte Kulturzentrum Conne Island, ein im 19. Jahrhundert errichtetes ehemaliges Ausflugslokal, das während der Zeit der NS-Diktatur ironischerweise als Gruppenheim für die Hitlerjugend fungierte. Unter dem SED-Regime der DDR diente es deren Jugendorganisation FDJ als Jugendclub.

Nach der Einheit nahmen Hausbesetzer das Gebäude illegal in Beschlag und drohten: „Kommt ein Teil der Kultur nicht in unsere Hand, setzen wir die Stadt in Brand.“

Die Stadt gab der Drohung nach, überließ das Gebäude dem von Linksradi-kalen gegründeten Träger „Projekt Verein e.V.“, der auch heute als Betreiber des sogenannten Kulturzentrums fungiert. „Seitdem hatte man einen Rückzugsort für Straftäter aus der Antifa-Szene geschaffen“, sagt Schuster verbittert. Aktuell etwa für die berühmte „Hammerbande“ rund um die wegen Gewaltstraftaten zu mehreren Jahren Haft verurteilte Lina Engel und deren untergetauchten Verlobten Johann Guntermann, die in Leipzig ihren Schwerpunkt hat.

„Mir ist erst nach Jahren klargeworden, daß die Stadt offenbar so eine Art stillschweigenden Deal mit den Linksradi-kalen hat“, resümiert Schuster. Demnach ließen Politik und Verwaltung die Antifa in ihrem Kiez weitestgehend unbehehlt, würden sie – wie im Falle des Kulturzentrums Conne Is-



JF-Serie (4)



Szene-Treff „Conne Island“ in Leipzig: Hohe Zuschüsse aus dem Haushalt der Stadt

Parteien, Verbände, Personen

CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Innerhalb kurzer Zeit haben vier Parlamentarierinnen der CDU ihren Rückzug aus der Politik nach Ablauf dieser Legislaturperiode angekündigt. So wollen die Saarländerin Nadine Schön, Katja Leikert aus Hessen, Yvonne Magwas aus Sachsen und Annette Widmann-Mauz aus Baden-Württemberg bei der nächsten Bundestagswahl nicht wieder antreten. Schön war 2021 nur durch den Mandatsverzicht von Annett Kramp-Karrenbauer und Peter Altmaier wieder in den Bundestag eingezogen. Die langjährige Frauenunion-Vorsitzende Widmann-Mauz hatte es zuvor schon nicht mehr ins Parteipräsidium der CDU geschafft. Bundestagsvizepräsidentin Magwas beklagte, das gesellschaftliche Klima sei auch durch die AfD „erheblich rauer geworden“. www.cducusu.de



Magwas

Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen

Nur kurz dauerte der Ausflug in die Politik: Hessens Wirtschaftsminister Kaweh Mansoori (SPD) hat nach nur sechs Monaten seine Staatssekretärin Lamia Messari-Becker entlassen. Die derzeit offiziell Krankge-

schriebene ist mit sofortiger Wirkung durch Ministerpräsident Boris Rhein (CDU) in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden. „Ein nicht hinnehmbares Fehlverhalten, das meinen Werten und Ansprüchen an meine engsten Mitarbeitenden widerspricht, entzog mir die Grundlage für eine weitere vertrauensvolle Zusammenarbeit mit ihr. Da sich der Vorfall außerhalb des Dienstverhältnisses ereignete, werde ich mich zu den Einzelheiten nicht äußern“, teilte Mansoori mit. Hintergrund soll Gerüchten zufolge eine Auseinandersetzung mit einem Lehrer der Tochter Messari-Beckers sein. Die „grundsätzliche fachliche Eignung“ der 51-jährigen stehe nicht in Frage, betonte der Minister, der die Professorin für Gebäudetechnologie und Bauphysik stets als „streitbare Quereinsteigerin“ gelobt hatte. www.wirtschaft.hessen.de

Paritätischer Gesamtverband

Die ehemalige Vorsitzende der Linkspartei, Katja Kipping, wird Geschäftsführerin und Leiterin der Abteilung Sozialpolitik beim Paritätischen Gesamtverband. Die 46-jährige saß von 2005 bis Januar 2022 im Bundestag und war anschließend bis 2023 Sozialsenatorin von Berlin. www.der-paritaetische.de

Mitteilungen für diese Rubrik bitte an: redaktion@jungefreiheit.de

Ländersache: Mecklenburg-Vorpommern



„Belogen und betrogen“

CHRISTIAN SCHREIBER

In der veröffentlichten Meinung ist die Asylkrise derzeit kein großes Thema. Doch ein Beispiel aus einer kleinen Gemeinde in Mecklenburg-Vorpommern zeigt, daß vor Ort die Probleme immer größer werden. Dabel, so heißt diese Ortschaft im Nordosten des Landkreises Ludwigslust-Parchim in Mecklenburg-Vorpommern, hat derzeit rund 1.400 Einwohner. Einige von ihnen stammen aus Syrien.

Das ist wichtig, um die derzeitige Diskussion zu verstehen. Denn während der großen Flüchtlingskrise 2015 nahm das Dorf rund 60 Menschen aus dem arabischen Land auf. Bürgermeister Jörg Neumann betont diesen Fakt derzeit besonders häufig, um den Eindruck zu widerlegen, in seiner Gemeinde wimmelte es von Fremdenfeinden und Rassisten. Denn die Verwaltung des zuständigen Landkreises hat ohne Einverständnis der Gemeinde beschlossen, daß eine ehemalige Kaserne zu einer Asylunterkunft für bis zu 500 Personen umgebaut werden soll. „Wir

sind nicht gegen Flüchtlinge per se, sondern gegen den Mechanismus, daß es da einfach eine Zuteilung gibt und daß da 500 Menschen kaserniert werden sollen“, sagt Neumann. In der Gemeinde und drumherum wird die Stimmung zunehmend hitzig. Es gab mehrere Demonstrationen gegen die geplante Unterkunft. Anfang Juni wurde auf das Haus einer jungen Familie, die die Proteste mit organisiert hatte, ein Brandanschlag verübt. Es kam zu einem Sachschaden von bis zu 150.000 Euro.

Landrat Stefan Sternberg (SPD) hatte zuvor versucht, die Bedenken der Bevölkerung zu zerstreuen. Die geplante Unterkunft werde nach einem „Dorf im Dorf“-Prinzip gebaut. In der Unterkunft soll es dann eine Einkaufsmöglichkeit, Ärzte, Kinderbetreuung und mehr geben. Dieses Konzept habe früher auch funktioniert, als das Areal noch als Kaserne benutzt wurde. Kritiker weisen darauf hin, daß Teile des Geländes seit Jahren als Industriegebiet genutzt werden. Bürgermeister Neumann fürchtet unterdessen eine Spaltung der Dorfgemeinschaft. Das Ehepaar, das die Proteste organisiert hat, habe angekündigt, sich ins Privatleben zurückzuziehen.

Andere aus der Gemeinde halten die Kritik für zu pauschal. Sie stören sich eher daran, daß der Landrat die Entscheidung über ihre Köpfe hinweg getroffen habe. Diese Initiative hat derzeit rund 500 Unterschriften gesammelt und fordert, nach Alternativlösungen zu suchen.

Die Situation erinnert fatal an die Ereignisse, die sich vor rund einem Jahr in Upahl (Landkreis Nordwestmecklenburg) zugetragen haben. Das kleine Dorf im Westen des Landes war bundesweit in die Schlagzeilen geraten, weil sich große Teile der Bevölkerung gegen den Bau einer Asylunterkunft zur Wehr setzten. Im vergangenen Herbst wurde schließlich ein Kompromiß gefunden. Statt der ursprünglich angepeilten 500 Flüchtlinge kamen lediglich 250. Und der Betrieb der Anlage sollte auf ein Jahr befristet sein.

Doch davon ist plötzlich keine Rede mehr. Im Juni teilte der Landkreis mit, das Containerdorf müsse länger genutzt werden. Nun gehen die Proteste von neuem los. In der vergangenen Woche fand eine Demo unter dem Motto „Upahl – belogen und betrogen“ statt.

Nancy cancelt fancy

Compact-Verbot: Faesers „Schlag gegen rechten Extremismus“ halten Juristen für rechtlich sehr bedenklich

MARTINA MECKELEN / FRANK HAUKE

Der 16. Juli 2024 wird in die Annalen der vom Grundgesetz garantierten Presse- und Meinungsfreiheit der Bundesrepublik Deutschland eingehen. Denn an diesem Tag ließ Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) das rechte Polit-Magazin *Compact* verbieten. Faeser hat nicht nur das Magazin, sondern auch die Compact GmbH und die dazugehörige Videoproduktionsfirma Conspact Film GmbH verboten. Damit könnte sie das verfassungsrechtlich garantierte Zensurverbot unterlaufen. Um den Schlag gegen *Compact* überhaupt ausführen zu können, nutzte sie das Vereinsrecht. Der erste frenetische Beifall, medien- und parteiübergreifend mit Ausnahme der AfD, ist einer Katerstimmung gewichen. Denn eines scheint klar: Solch ein Verbot, sollte es Bestand haben, könnte jeden treffen.

Freimütig räumte Faesers Ministerium in der offiziellen Begründung zum Verbot des „rechtsextremistischen *Compact*-Magazins“ ein, die Behörde habe auf „eine Anhörung des betroffenen Vereins“, die nach dem Verwaltungsverfahrensgesetz „grundsätzlich vor dem Erlass eines belastenden Verwaltungsaktes erforderlich ist“, verzichtet. Faeser bezog sich dabei auf eine Ausnahmeregelung, wonach „eine sofortige Entscheidung wegen Gefahr im Verzug oder im öffentlichen Interesse notwendig erscheint“. In ihrer Pressemitteilung zitierte sie allerdings nur das „öffentliche Interesse“, nicht aber die „Gefahr im Verzug“.

In einem Video auf X sagte die Innenministerin, daß *Compact* eine klare Agenda verfolge: „Rechtsextremisten zu vernetzen und antisemitische Verschwörungsideologien zu verbreiten.“ Das Magazin hetze und agiere auf unsägliche Weise gegen Juden, gegen Menschen mit Migrationsgeschichte und gegen unsere parlamentarische Demokratie. „Deswegen ist unser Verbot ein weiterer harter Schlag gegen den Rechtsextremismus.“

„Jede weitere Tätigkeit ist untersagt und strafbar“

Daß das Magazin tatsächlich zu radikaler Sprache neigt, machen Zitate deutlich, die das BMI in seiner Begründung anführt. So schrieb *Compact*: „In ihrem perversen suizidalen Drang, uns auf ihrer Schußfahrt in den Abgrund mitzunehmen, nutzen sie das durchschaubare Vehikel, das Land durch Masseneinwanderung zunächst bis zur Unkenntlichkeit zu entstellen, den Krieg der Ethnien auf deutschem Boden zu provozieren und uns damit dem Sturz in den unweigerlichen Abgrund zu überantworten.“ Faeser wertet die Sätze als Beleg dafür, daß das Magazin „bürgerkriegsähnliche Szenarien heraufbeschwört“. Die Fragen lauten allerdings: Wäre das strafbar und rechtfertigte das sogar ein Verbot? Oder fällt es nicht vielmehr unter die Meinungsfreiheit?

Die 79seitige Verbotsbegründung des Bundesinnenministeriums (BMI), die der JUNGEN FREIHEIT vorliegt (siehe Seite 4), wird in den der Verbotsverfügung folgenden Tagen von einer Vielzahl Juristen und Medien kritisch diskutiert. Vieles, was die Faeser-Behörde aufzählt, ist bekannt. Über mehrere Seiten werden einzelne Titelseiten des 2010 gegründeten Blatts gezeigt. Artikelzitate sind zu lesen. Die Gesellschafterverhältnisse sind dargestellt. Alles bekannt, nichts geheim. Aber da das Magazin seit Jahren bereits als gesichert rechtsextrem gilt, konnte der Verfassungsschutz auch mit geheimdienstlichen Methoden gegen die Journalisten vorgehen. So geht einiges, was das Papier aufführt, auf abgehörte Gespräche zurück. „Ich



FOTO: PICTURE ALLIANCE/OPA

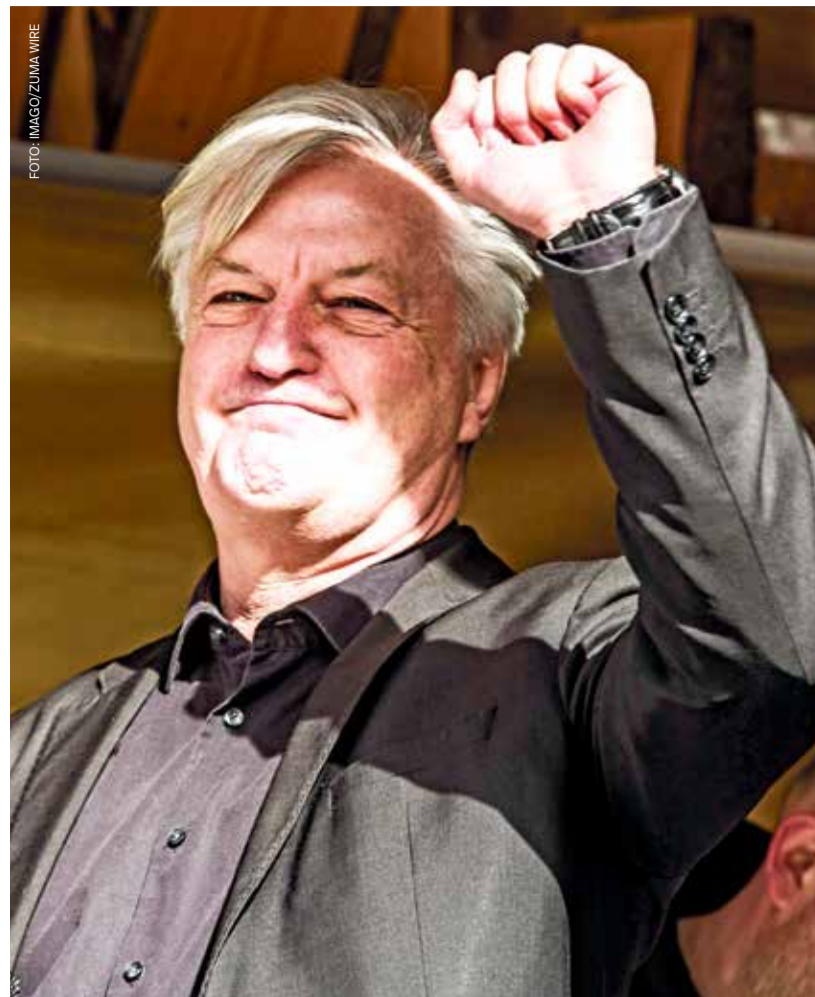


FOTO: IMAGO/STIMME

Kontrahenten Nancy Faeser (SPD) und Jürgen Elsässer: Vorwürfe auch aufgrund abgehörter Gespräche

hab' schon überlegt, ich hab' ja hier die Knarre, ich müßte dem Habeck mal ein Auge ausschließen“, wird ein Gespräch zwischen Elsässer und einem Mann zitiert. Das Ministerium nimmt das Zitat als Beleg für „das Schüren der beständigen Ablehnung der verfassungsmäßigen Ordnung“. Ob solche Beispiele für ein Totalverbot ausreichen?

Das Fachportal *Legal Tribune Online* hegt Zweifel, ob überhaupt ein Medienverbot über das Vereinsrecht zulässig ist. „Denn im Gegensatz zum Vereinsrecht liegt die Gesetzgebungskompetenz für das Presserecht nicht beim Bund, sondern bei den Ländern.“ Das Portal zitiert David Werdermann. Er ist Jurist bei der Gesellschaft für Freiheitsrechte (GFF) und der Auffassung, daß es sich bei dem Verbot in der Sache um eine Presseregulierung handle, welche in die Gesetzgebungskompetenz der Länder falle.

Der „Verfassungsblog“, eine Plattform zu rechtspolitischen Themen, macht darauf aufmerksam, daß das Verbot von Medien oder Presseerzeugnissen über das Vereinsrecht „keine ganz neue Idee“ sei: So verbot 2005 der damalige Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) auf diese Weise die islamistische türkischsprachige Zeitung *Anadolu da Vakit* wegen systematischer Volksverhetzung. 2016 tat es der damalige Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) mit der rechtsextremistischen Internetplattform „Altermedia Deutschland“, und 2017 folgte das Verbot des gewaltorientierten linksextremistischen Internetportals „linksunten.indymedia“. Der Blog: „Das Bundesverwaltungsgericht ließ die gewählte Konstruktion ziemlich unaufgeregt durchgehen, ohne dem Argument der klagenden Vereinsmitglieder, die eigentliche Zielrichtung sei die Abschaltung der Internetplattform gewesen, Bedeutung beizumessen. Die Gesetzgebungskompetenz der Länder für das Medienrecht komme nicht zum Tragen, weil die Publikationen nur als Folge des vereinsrechtlichen Organisationsverbotes verboten würden.“ Das Bundesverfassungsgericht nahm damals die Verfassungsbeschwerde gegen das Urteil wegen formaler Mängel gar nicht ernst.

Unabhängig von den Rechtsfragen kann Elsässer zwar noch über seine Privatkonten verfügen, aber die Geschäftskonten sind eingefroren. Er spricht von einer „hohen sechsstelligen Summe“. Seine rund 25 Mitarbeiter sind Knall auf Knall arbeitslos geworden. Der JF liegen Schreiben des Bundesverwaltungsamtes an die Angestellten vor. Die Behörde weist darauf hin, daß sie vom Innenministerium zur Vermögensverwalterin des Vereins bestellt wur-

de. Und sie warnt die *Compact*-Angestellten, „daß jede weitere Tätigkeit für den verbotenen Verein ab dem 16.07.2024 untersagt und strafbar ist“. Dies gelte sowohl für direkte „Vereinsmitglieder“ als auch für Dritte, die durch ihre Tätigkeit die verfassungswidrigen Bestrebungen des Vereins unterstützen und fördern. Was darunter zu verstehen ist, erklärt das Bundesamt im folgenden Satz: „Ihr Arbeitsverhältnis mit dem Verein ist damit faktisch beendet“. Wohl um der Fürsorgepflicht gegenüber den jetzt Arbeitslosen nachzukommen, empfiehlt das Amt, „sich umgehend (innerhalb von 3 Tagen ab heutiger Kenntnisnahme) bei der Agentur für Arbeit arbeitssuchend zu melden“. Im übrigen haben die Mitarbeiter ihre Dienst-Handys beim Landeskriminalamt abzugeben.

Panne: Elsässers Anwälte lüften Mitarbeiter-Pseudonyme

Kritik und Zweifel gibt es allerdings auch an den Razzien. Noch während der laufenden Maßnahmen am Dienstag vergangener Woche geht ein brisantes Foto durch die Medien. Es zeigt Elsässer im Bademantel im Rahmen seiner Haustür stehend. Woher wußte der Journalist von der anstehenden Durchsuchung? Schon bei den Festnahmen der Reichsbürger um Prinz Reuß waren Reporter und Fotografen vor Ort gewesen. Ein klarer Verstoß gegen die Privatsphäre der Betroffenen, urteilen Kritiker. Und nun wieder bei den Durchsuchungsmaßnahmen bei *Compact*. „Das scheint offensichtlich ein Markenzeichen von Frau Faeser bei solchen Aktionen im rechtsextremistischen Bereich zu sein“, sagte der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, Alexander Throm, der *FAZ*. Der Sprecher des Bundesinnenministeriums meinte dazu am Mittwoch vergangener Woche vor der Hauptstadt-Pressen: „Uns ärgert das, wenn vorher Informationen durchdringen. Das ist nicht in Ordnung, dem wird auch nachgegangen.“

Durch die Razzien ist das Bundesinnenministerium an für den Verfassungsschutz interessante Daten des Verlages gekommen: Namen, Anschriften, Telefonnummern und Kontodaten der Abonnenten von *Compact*. Auch Informanten des Magazins dürften nun auffliegen.

Die JF schickte zwei Fragenkataloge an Faesers Ressort. Wir wollten unter anderem wissen: Was wird aus der bereits gedruckten *Compact*-August-Ausgabe? Wird die eingelagert oder vernichtet? Ist

es strafbar, alte *Compact*-Hefte zu besitzen? Ist es strafbar, T-Shirts mit dem Logo des Magazins zu tragen? Mit welchen Strafen muß der Betreffende rechnen? Was passiert mit den Adressen der Abonnenten? Wie stellt das BMI sicher, daß Adressen, Konten und alle privaten Daten von Abonnenten nicht an Linksextremisten gelangen? Gibt es Ermittlungen gegen die Fotografen, die pünktlich zur Hausdurchsuchung von Elsässers Haus in Falkensee standen und die Bademantel-Bilder schossen? Ist es strafbar, solche Termine durchzustechen? Gibt es ein Interesse des Ministeriums, solche Durchsuchereien zu unterbinden? Wird der Informantenschutz verletzt, wenn Rechner und Handys aus-gelesen werden?

Die Antwort des BMI gegenüber der JUNGEN FREIHEIT fiel nichtssagend aus: „Vereinsverbote des BMI richten sich nach den Vorschriften des Vereinsgesetzes und unterliegen der richterlichen Kontrolle durch das Bundesverwaltungsgericht. Zu Ihren Fragen verweise ich auf die einschlägigen gesetzlichen Grundlagen.“

Wenigstens beantwortete das Ministerium in der Regierungspressekonferenz die Fragen zur Strafbarkeit des Besitzes und Zeigens von Merchandising-Produkten. Diese dürften „für die Dauer der Vollziehbarkeit des Verbots nicht mehr öffentlich, in einer Versammlung oder in einem Inhalt, der verbreitet wird oder zur Verbreitung bestimmt ist, verwendet werden.“ Zuwiderhandlungen gegen das Verbot würden gemäß Paragraph 86a Strafgesetzbuchs geahndet. Dort ist von einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren oder einer Geldstrafe die Rede. Der „reine Besitz von *Compact*-Magazinen bzw. -Merchandise“ stelle für sich genommen keine Straftat dar. Außerdem sei keine strafbare Handlung gegeben, wenn das Zeigen der Hefte der „staatsbürgerlichen Aufklärung oder der Abwehr verfassungswidriger Bestrebungen diene“.

Herausgeber Elsässer (JF 48/14) hat ein Anwalts-team beauftragt, gegen das Verbot vorzugehen. Frühestens in der kommenden Woche wolle man einen Eilantrag beim Bundesverwaltungsgericht stellen, hieß es auf Anfrage der JUNGEN FREIHEIT. Allerdings haben die Juristen gleich zu Beginn ein folgenreiches Eigentor geschossen: Sie veröffentlichten die Verbotsbegründung ungeschwärtzt. Heißt: Alle darin genannten Mitarbeiter – auch diejenigen, die unter Pseudonymen arbeiteten – sind erkennbar. Übrigens griff diese Information die Linksextremisten-Plattform „Indymedia“ dankbar auf. Sie sicherte und verlinkte die ungeschwärtzten Seiten.

CDU-General gegen schwarz-grüne Koalition

BERLIN. CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann hat einer möglichen Koalition mit den Grünen nach der Bundestagswahl eine Absage erteilt. „Mit diesen Grünen ist eine Koalition nicht denkbar“, sagte der Christdemokrat der *Rheinischen Post*. Für seine Partei komme „nur ein Bündnispartner in Frage, mit dem wir einen echten Kurswechsel einleiten können“. Dabei stehen demnach für die CDU die Themen Migration, Bürgergeld, Wettbewerbsfähigkeit sowie die überbordende Bürokratie in Deutschland im Mittelpunkt. Zur Debatte, wer die Grünen in den Bundestagswahlkampf führen werde, äußerte Linnemann: „Mir ist egal, wen die Grünen aufstellen.“ Die Frage nach einer CDU-Grünen-Koalition auch auf Bundesebene ist nicht neu. Bereits Anfang des Jahres sorgten entsprechende Gedankenspiele für Unruhe in der Union. Während sich CDU-Chef Friedrich Merz dem nicht grundsätzlich verweigern wollte, stießen solche Pläne in der CSU auf wenig Gegenliebe. (ag)

Mehrheit in der SPD gegen erneute Scholz-Kandidatur

BERLIN. Die große Mehrheit der SPD-Mitglieder hat sich gegen eine erneute Kanzlerkandidatur von Olaf Scholz (SPD) ausgesprochen. Nur jeder dritte Sozialdemokrat spricht sich laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa im Auftrag des RND für eine erneute Spitzenkandidatur von Scholz aus. Genauso viele wünschen sich Verteidigungsminister Boris Pistorius als Kanzlerkandidaten der SPD. Acht Prozent der SPD-Mitglieder sprachen sich für Parteichef Lars Klingbeil aus. Grundsätzlich zeigten sich 55 Prozent der Sozialdemokraten mit der Arbeit von Scholz zufrieden. Parteichef Klingbeil und SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert kommen auf Zustimmungswerte von 79 beziehungsweise 65 Prozent. Mehrheitlich unzufrieden sind die SPD-Mitglieder mit der zweiten Parteivorsitzenden Saskia Esken (Zufrieden: 44 Prozent / Unzufrieden: 54 Prozent). Mit Blick auf das schlechte Abschneiden bei der EU-Wahl, bei der die SPD 13,9 Prozent der Stimmen erreichte, ist dies für 51 Prozent der SPD-Mitglieder ein Zeichen dafür, daß sich die Partei in einer existenziellen Krise befinde. 46 Prozent glauben nur an eine vorübergehende Schwächephase. Als Ursachen für das schlechte Ergebnis machen die SPD-Mitglieder die allgemeine Unzufriedenheit mit der Bundesregierung (34 Prozent), die fehlende Wahrnehmung der SPD-Leistungen und der Regierung (23 Prozent) und die Führungsschwäche von Scholz (19 Prozent) aus. Weitere wichtige Gründe für die SPD-Mißerfolge seien die Streitigkeiten in der Ampelkoalition (14 Prozent), die schlechte Stimmung unter den Wählern (elf Prozent) sowie der Rechtsruck in der Gesellschaft (acht Prozent). Auch auf die kommende Bundestagswahl blicken die SPD-Mitglieder ohne großen Optimismus. Zwei Drittel der befragten Genossen glauben demnach nicht, daß die SPD noch einmal stärkste Kraft werden könne. Bei der vergangenen Bundestagswahl erreichte die SPD mit 25,7 Prozent knapp den ersten Platz vor der Union mit 24,2 Prozent. Aktuell wird die SPD von den Demoskopern bei 14 bis 15 Prozent taxiert. Die Union kommt auf 30 bis 32 Prozent. An zweiter Stelle liegt die AfD mit 16 bis 19 Prozent. Die Grünen können auf elf bis 13 Prozent hoffen. Das Bündnis Sahra Wagenknecht liegt bei sieben bis neun Prozent und die FDP bei fünf bis sechs Prozent. Keine Chance auf einen Wiedereinzug in den Bundestag hätte die Linkspartei mit etwa drei Prozent. (ho)



Zwischen Reichstag und Kanzleramt

Fleischlos nach Shanghai

PAUL ROSEN

Wer mit einem Grünen auf Reisen geht, kann was erleben. So erging es der Delegation, die mit Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck im vergangenen Monat nach China und Südkorea reiste. Der Vizekanzler war mit einem Flugzeug der Luftwaffe unterwegs, wo normalerweise Verpflegung wie auf Lufthansa-Flügen gereicht wird.

Doch nicht so bei Habeck, der vegan lebt. Er erzählt gern die Geschichte, wie er bei einem Besuch in einem Schlachthof ansehen mußte, wie Rinder geschlachtet wurden. Seitdem habe er kein Fleisch mehr angerührt. Er wolle aber niemandem vorschreiben, wie er oder sie sich zu ernähren habe, hatte Habeck schon mehrfach in Interviews betont. „Ich möchte keine Konsumenten-Demokratie, sondern die Politik muß für bessere Zustände sorgen“, sagte er andererseits aber auch. Und für „bessere“ beziehungsweise andere Zustände sorgt Habeck in

seinem unmittelbaren Einflußbereich: Die Mitreisenden auf dem Flug nach China und Südkorea (und zurück) bekamen bei den Mahlzeiten kein Fleisch. In Berichten mitreisender Journalisten hieß es, die Flugbegleiter würden jetzt vor einer warmen Mahlzeit nicht mehr „Huhn oder Rind?“ fragen, sondern jetzt dürften die Gäste zwischen veganen oder vegetarischen Gerichten wählen. Es gebe Gemüsecurry, Sojafrikadellen und Käsebrötchen. Das alles sei auf Weisung des Wirtschaftsministeriums geschehen, wurde von dort gegenüber Medien bestätigt.

Offenbar ist aber nicht jeder bereit, die eingeschränkte Speisekarte des Grünen-Ministers hinzunehmen und sich darüber hinaus ständig etwas von grüner Transformation erzählen zu lassen. Für die Teilnahme an seiner Reise nach Asien gab es für Wirtschaftsvertreter ein bundesweites Interessenbekundungsverfahren. Unternehmensvertreter, die mitreisen wollten, mußten „aktuelle Projekte mit Flankierungsbedarf in den Zielländern“ haben. Angestrebt wurde außerdem eine „ausgewogene Mischung aus Großunternehmen sowie kleinen

und mittelständischen Unternehmen“. Doch davon konnte keine Rede sein. Die deutschen Großunternehmen zeigten dem Wirtschaftsminister die kalte Schulter. Nur ein Vertreter eines DAX-Konzerns, des Labor-Ausrüsters Sartorius, gehörte zur Delegation. Ansonsten waren nur Vertreter kleinerer und mittlerer Firmen dabei.

Nachdem die angestrebte „ausgewogene Mischung“ in Habecks Delegation nicht zustande kam, drehte das Ministerium den Spieß um und schrieb in einer Pressemitteilung: „Minister Habeck wird auf der Reise von einer Wirtschaftsdelegation begleitet, deren Fokus bewußt auf mittelständische Unternehmen gelegt wurde.“

Statt beim unbeliebten Wirtschaftsminister ins Flugzeug zu steigen, fliegen die Wirtschaftsvertreter offenbar lieber mit Kanzler Olaf Scholz (SPD) mit. Als der Regierungschef nach China aufbrechen wollte, standen Vertreter der DAX-Konzerne Schlange, um dabeisein zu können. An Bord der Kanzler-Maschine wurden selbstverständlich auch Gerichte mit Fleisch serviert.



Flaggenstreit der Woche

Die Fahne runter

VINCENT STEINKOHL

Seit Jahren thront sie majestätisch über den Köpfen der Badegäste im Pforzheimer Wartbergfreibad: die Deutschlandfahne. Ganz unkontrovers, schwarz-rot-gold. Auf dem Zehn-Meter-Turm. Doch damit ist Schluß. Seit einigen Wochen ist der Fahnenmast verwaist. Was war passiert? Ein Mitarbeiter des Bades sagte der JUNGEN FREIHEIT, es habe sich um eine Dienstweisung der CDU-geführten Stadtverwaltung gehandelt – da könne man nichts machen. „Wir würden mit der Fahne die vielen Badegäste mit Migrationshintergrund provozieren“, gibt der Angestellte die Begründung wieder. Bereits in der vergangenen Badesaison hätten sich vereinzelt Badbesucher beschwert. Keine Bürgerinitiative, keine Unterschriftenaktion – nur einige wenige Einzelpersonen. Die Chefs des Bades hätten das nicht ernstgenommen, schildert der Mitarbeiter gegenüber der JF. Bis am 21. Juni

dieses Jahres dann die offizielle Dienstweisung kam, das unliebsame Textil zu entfernen. Noch am selben Tag leistet die Badleitung Folge. Auf Nachfrage der JUNGEN FREIHEIT bestätigte ein Sprecher der Stadt die Anweisung, die Fahne abzunehmen. Es hätten sich „tatsächlich Gäste beschwert, daß die Deutschlandfahne dort hängt. Es haben sich danach aber auch Gäste beschwert, daß die Fahne abgehängt worden ist“. Das Bad sei „ein Dienstgebäude der Stadt“. Dort würden „die Regelungen der Verwaltungsvorschrift des Staatsministeriums Baden-Württemberg zur Beflaggung der Dienstgebäude“ gelten. Weil der Sprungturm keine Vorrichtung zur Anbringung einer Fahne habe, bestünde die Gefahr, „daß die Fahne herabfällt und es zu Verletzungen von Badegästen kommt“. Apropos Schutz der Gäste: Seit einem Jahr patrouillieren eigens drei Sicherheitskräfte an Becken und Liegewiese. Weil es – anders als früher – vermehrt zu „Auseinandersetzungen“ zwischen Besuchern kam. Unklar, ob es dabei um die Fahne ging ...

Frauenrechtler fordern Kopftuchverbot für Kinder

BERLIN. Die Frauenrechtsorganisation Terre des Femmes hat ein bundesweites Kopftuchverbot in Schulen für Mädchen bis zum Alter von 14 Jahren gefordert. „Terre des Femmes setzt sich seit langem für eine bundesweite Regelung gegen das Tragen sogenannter Kinderkopftücher in öffentlichen Bildungseinrichtungen ein“, machte die Organisation deutlich und ergänzte: „Die Neuregelung zum sogenannten Kinderkopftuch soll das Verbot aller religiösen und weltanschaulichen Symbole in Schulen umfassen.“ Hintergrund für die erneute Forderung ist eine nicht-repräsentative Umfrage unter 784 Lehrern, die Terre des Femmes durchgeführt hatte. Darin gaben 71 Prozent der befragten Lehrer an, daß sie Mädchen unter 14 Jahren unterrichten, die in der Schule ein Kopftuch tragen. 31 Prozent der Lehrer hatten laut der Umfrage „immer“ beziehungsweise „häufig“ den Eindruck, daß die Mädchen ihre Kopftücher nicht freiwillig tragen. Eine Lehrkraft wird etwa mit den Worten zitiert: „Das Kopftuch wird zumeist als Symbol der Abgrenzung getragen. Häufig gepaart mit anderen klassisch muslimischen Kleidungsstücken. Es geht lange nicht mehr nur um ein Kopftuch. Auch radikalere Formen wie ein Tschador sind häufig schon ab Jahrgang 5 oder 6 zu sehen [...]. Westlich gekleidete Mädchen gelten oft als 'unrein' oder 'haram'. Die Bezeichnung Kuffar ist häufig zu hören... [Anmerkung: Kuffar kommt aus dem Arabischen und kann mit Ungläubige übersetzt werden].“ Im Deutschen Bundestag hatte die AfD im März ebenfalls ein bundesweites Verbot des Kinderkopftuchs in öffentlichen Kindertageseinrichtungen und Schulen gefordert. Der Antrag war von allen anderen Parteien abgelehnt worden. (dh)

Klaus von Dohnanyi stellt sich hinter Wagenknecht

BERLIN. Das SPD-Urgestein Klaus von Dohnanyi hat sich im Streit mit seiner eigenen Partei hinter Sahra Wagenknecht (BSW) gestellt. „In der SPD kritisiert so gut wie niemand, daß der Kanzler nur für Kanonen wirbt und nicht zugleich auch für Verhandlungen“, sagte der ehemalige Erste Bürgermeister von Hamburg und einstige Bundesbildungsminister vorigen Freitag den Zeitungen der Funke-Mediengruppe gegenüber. Er bedauere den Kurs der Bundesregierung im Ukraine-Krieg sehr. „Deshalb unterstütze ich Sahra Wagenknecht, weil sie für Verhandlungen mit Russland eintritt.“ Die SPD habe im Lauf ihrer Geschichte immer wieder aus zwei Wurzeln Kraft gezogen, nämlich aus der Friedens- und der Sozialpolitik. „Seitdem die SPD die Wurzel Friedenspolitik abgehackt hat, verdient sie zu Recht keine besseren Wahlergebnisse als sie heute bekommt“, so der 96-Jährige. Die Sozialdemokratie sei derzeit drauf und dran, sich selbst zu verraten. Austreten wolle er aber dennoch nicht. „Die SPD muß mich ertragen – so wie ich sie ertrage.“ Von Dohnanyi gehört zu den bekanntesten Vertretern der deutschen Sozialdemokratie. Als Bundesminister für Bildung und Wissenschaft arbeitete er zwischen 1972 und 1974 in der Regierung Willy Brandts. (fw)

Bleistift, Maulkorb, Geodreieck

Neutralität an Schulen: Viele Schüler trauen sich im Unterricht nicht mehr, offen zu reden / Die AfD fordert mehr Fairneß im Klassenzimmer

CHRISTIAN SCHREIBER

Die Diskussionen über Meinungsfreiheit an deutschen Schulen haben in den vergangenen Monaten wieder Fahrt aufgenommen. Seit Ende der siebziger Jahre stellte der sogenannte Beutelsbacher Konsens so etwas wie die Leitlinie einer demokratischen politischen Bildung dar, nachdem insbesondere durch die 68er-Unruhen eine Debatte über die Neutralitätspflicht von Lehrern entstanden war.

Wichtigster Bestandteil der Deklaration, die auf Betreiben der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg zustande kam, war dabei das sogenannte Überwältigungsverbot. Demnach ist es nicht erlaubt, Schüler mit welchen Mitteln auch immer im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der „Gewinnung eines selbstständigen Urteils zu hindern“. Hier verlaufe nämlich die Grenze zwischen politischer Bildung und Indoktrination. Indoktrination aber sei unvereinbar mit der Rolle des Lehrers in einer demokratischen Gesellschaft, „und der rundum akzeptierten Zielvorstellung von der Mündigkeit des Schülers“.

Bayer-„Gerechtigkeitsstudie“ zeigt viel Mißtrauen im Klassenzimmer

Glaubt man einer aktuellen Studie, dann ist von diesem hehren Prinzip indes nicht mehr viel übrig – insgesamt 33 Prozent der Schüler in Deutschland verspüren demnach eine große Unsicherheit darüber, was sie im Klassenzimmer überhaupt noch sagen dürfen und was nicht. Jeder fünfte äußert gar, dem Lehrer keine ehrlichen Fragen mehr stellen zu können. Die „Gerechtigkeitsstudie“ erscheint einmal jährlich und wird vom Pharmakonzern Bayer in Auftrag gegeben. Die hohen Mißtrauenswerte bei vielen Jugendlichen spiegeln sich auch in ihrem Verhältnis zur Politik, wie der Studienleiter, der Erziehungswissenschaftler Holger Ziegler erläuterte: „In ihrer Wahrnehmung sind sie von der Politik ungesehen und ungehört.“ Dabei korreliere die Anzahl der Schüler, die mit der Meinungsfreiheit an ihrer Schule unzufrieden sind, mit der Anzahl derer, die der Demokratie in Deutschland ein schlechtes Zeugnis ausstellen. 78 Prozent der Jugendlichen seien der Überzeugung, keinen Einfluß auf die Politik zu haben. 72 Prozent dächten gar, Politiker interessierten sich nicht für sie. 57 Prozent der Jugendlichen zweifelten sogar am Willen von Politikern, Probleme überhaupt lösen zu wollen.

Wie reagieren die derart angezählten Verantwortungsträger auf die Vorwürfe? Im März erst kam es im Deutschen Bundestag zu einem erbiterten Schlagabtausch zwischen der AfD und allen

Jeder dritte Schüler in Deutschland ist verunsichert, was man im Unterricht noch sagen darf und was nicht: Wenn 1+1=3 ist

anderen Fraktionen. Anlaß der aktuellen Stunde war ein Polizeieinsatz an einem Gymnasium in Ribnitz-Damgarten, bei dem es um Inhalte in den sozialen Medien ging. Die AfD warnte während der Plenardebatte vor einem „Überwachungsstaat“. Die Beamten waren wegen des Verdachts gerufen worden, eine 16-Jährige habe möglicherweise staatschutzrelevante Inhalte über Social-Media-Kanäle verbreitet. Informiert wurde die Polizei vom Schulleiter, dieser hatte zuvor eine anonyme Mail erhalten.

Obwohl sich der Vorfall nicht gänzlich aufklären ließ, war die rot-rote-Landesregierung in Schwerin unmittelbar danach voll des Lobes für die Schulleitung. „Es gibt keine Neutralität gegenüber den Regeln und Werten unseres Grundgesetzes oder des demokratischen Rechtsstaates. Wer sich neutral verhält, wenn rechtsextreme Codes und Parolen verbreitet werden, der ist eben nicht neutral, sondern macht sich zum Steigbügelhalter der Feinde unserer Verfassung“, verteidigte der SPD-Fraktionschef im Schweriner Landtag, Julian Barlen, seinerzeit das Vorgehen der Regierung von Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD).

In bemerkenswerter Offenheit brachte diese einen Antrag ein, in dem es hieß: „Schule ist nicht neutral, sondern gebunden an die Werte von Grundgesetz und Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Positionen oder Verhaltensweisen, die diesen Werten widersprechen oder diese angreifen, sind deshalb auch nicht neutral zu behandeln.“

Es gab in den vergangenen Monaten und Jahren immer wieder Beispiele, in denen die Neutralitätspflicht an Schulen offenbar mißachtet wurde. In bemerkenswerter Nachsichtigkeit wurde Schulschwänzen nicht verfolgt, wenn sich die abgängigen Schüler an den Klimaprotesten von „Fridays for Future“ beteiligt haben. Deutschlandweite Aufmerksamkeit erregte beispielsweise der Fall eines

Berliner Lehrers, der seiner Klasse die Teilnahme an einer Demonstration von „Fridays for Future“ nahelegte. Er hatte an seine Schüler und deren Eltern geschrieben: „Falls am Freitag am globalen Klimastreik teilgenommen wird, dann finde ich das persönlich sehr loblich“. Er bitte lediglich darum, daß ein Zettel mit Unterschrift der Eltern abgegeben werde, „damit wir Bescheid wissen“. Zudem schickte er einen Link zum Demoauftritt in der E-Mail mit.

Der Lehrerverband kritisierte anschließend zwar die Art und Weise des Vorgehens, plädierte aber für Nachsicht und Milde bei möglichen Strafen. Gleichzeitig hatte der Verband immer wieder das Vorgehen der AfD kritisiert. Er ihrerseits wiederum Schüler dazu aufgerufen hatte, Verstöße gegen die Neutralitätspflicht auf Meldeportalen anzuzeigen. So startete die AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft bereits 2018 die Online-Aktion „Neutrale Schulen Hamburg“. Auch die AfD-Landtagsfraktion in Niedersachsen hatte unlängst ein ähnliches Infoportal gestartet, weil sie die parteipolitische Neutralität an Schulen als gefährdet erachtete.

Vor allem in puncto AfD gerät die schulische Neutralität ins Wanken

Der Landtagsabgeordnete Harm Rykena (AfD), selbst Grundschullehrer von Beruf und ehemaliger Konrektor, kritisierte etwa, daß Schulleitungen zu Demonstrationen gegen seine Partei aufgerufen hätten. Er monierte zudem, daß die Partei häufig nicht zu Podiumsdiskussionen an Schulen eingeladen werde. „Das gesellschaftliche Klima auch in Niedersachsen verschärfte sich zunehmend. Staatlich inszenierte Kampagnen wie eine frei erfundene Wannseekonferenz, tägliche Hetze in den Medien

gegen die AfD sowie Staatsdemonstrationen gegen rechts spalten unser Miteinander zusehends“, hieß es dazu in einer Mitteilung.

In der Tat hatte es zuvor mehrere Berichte darüber gegeben, daß Lehrer den Unterricht dazu nutzen, über die vom linken Portal „Correctiv“ als „Potsdamer Geheimtreffen“ bezeichnete Zusammenkunft rechter Politiker und Influencer zu sprechen und zur Teilnahme an „zivilgesellschaftlichen“ Demonstrationen aufzurufen. Das konservative Medium Nius berichtete in diesem Zusammenhang von einem Fall aus Bayreuth, wo ein Politiklehrer aus der Oberstufe die Schüler gefragt habe, wer am Montag auf der Anti-AfD-Demo gewesen sei. Den entsprechenden Schülern habe er dann eine Eins eingetragen. Auf Nachfrage der Journalisten hatte die Schulleitung damals eine Auskunft verweigert, den Vorfall aber auch nicht geleugnet. Zudem sei an einer Schule in Braunschweig ein Mailverteiler verwendet worden, um für einen Fototermin unter dem Motto „Menschenrecht statt rechte Menschen“ zu werben.

Die traditionell linke Gewerkschaft „Erziehung und Wissenschaft“ fand an diesen Fällen nichts Anstößiges. Sie ereiferte sich lieber über die AfD. Die Partei versuche, „kritische Lehrkräfte“ einzuschüchtern. „Demokratiebildung ist zentraler Bestandteil des staatlichen Bildungs- und Erziehungsauftrags der Schule. Die Landesschulgesetze beschreiben die Ziele. Lehrkräfte sollen demokratische Werte wie Würde und Gleichheit aller Menschen, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität vermitteln. Wenn es in der Schule um politische Bildung geht, müssen sich Lehrkräfte nicht neutral verhalten“, betonte die Gewerkschaft.

Damit läßt sie die Katze aus dem Sack: Lehrkräfte müßten eine klare Haltung zum Beispiel gegen Rechtsextremismus zeigen – fragt sich nur, wer definiert, was Rechtsextremismus bedeutet.



FOTO: CONTRASTWIRE/STOCK-ADOBEE.COM

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

Seit 8 Jahren versuchen Presse und Politik gemeinsam mit Geheimdiensten, Polizei und Justiz zu verhindern, dass Donald J. Trump Präsident der USA sein kann.

■ Am 8. November 2016 gewann ein völliger Außenseiter mit einer Siegeschance von nur 15 Prozent die US-Wahl: Donald Trump. Er versprach, die US-Geheimdienste zu reformieren, gute Beziehungen zu Russland zu pflegen, die »immerwährenden Kriege« der USA zu beenden und den Einfluss des »militärisch-industriellen Komplexes« zu stützen.

Da begann eine nie da gewesene Kampagne des Staatsapparates, der US-Geheimdienste, sogenannter »Nichte-Regierungsorganisationen und aller großen Medien, den gewählten Präsidenten der Vereinigten Staaten zu sabotieren, zu diffamieren, zu diskreditieren und zu stürzen. Einige Medienvertreter riefen sogar offen zu seiner Ermordung auf.

Wenn man einen Sumpf trockenlegt, kommen Schlangen und Krokodile heraus

Baulöwe und Reality-Star Donald Trump, der ultimative Washington-Außenseiter ohne politische Erfahrung, versprach, den »Sumpf« der Korruption in Washington trocken-zulegen. Dabei hatte er vermutlich unterschätzt, wie viele Schlangen aus diesem Sumpf gekrochen kommen würden – und wie giftig sie wären.

Zunächst versuchten die Trump-Hasser, dem Republikaner Russland-Kontakte anzudeuten. Da es diese nicht gab, wurden aberwitzige Verbindungen konstruiert – sogar unter Beteiligung des britischen und deutschen Geheimdienstes. Dann hinterließ der scheidende Präsident Barack Obama ein Untergrund-Netzwerk aus seinen Parteigängern, um die demokratisch gewählte Nachfolgerregierung zu sabotieren. Dies reichte bis 2020, als Beamte aus der CIA und dem Pentagon eine Amtsenthebung des US-Präsidenten anstrebten. Im Wahljahr 2020 wurden dann durch eine »gut finanzierte Kabale mächtiger Menschen« (*Time Magazine*) die Wahlergebnisse auf verfassungswidrige Weise außer Kraft gesetzt und der Weg für den möglicherweise größten Wahlbetrug der Geschichte geebnet.

Wer aber steuert diese endlose Hexenjagd gegen Trump? Wer bezahlt Anwälte, Spione, Journalisten? Wer instrumentalisiert Geheimdienste und das Justizministerium?

Trotz aller Angriffe steht Donald Trump 2024 wieder kurz davor, das Weiße Haus zu erobern. Dieses Buch zeigt auf, wie wir 8 Jahre lang belogen und manipuliert wurden – und wie eine Handvoll unerschrockener Wahrheitskämpfer die Verschwörung gegen Donald Trump ans Licht brachten.

Collin McMahon: *Trump gegen den Deep State*
gebunden • 334 Seiten • Best.-Nr. 991 110 • 23,- €

www.kopp-verlag.de



Die Kontinuität der Willkür

Strukturwandel der Öffentlichkeit: Der Maßnahmenstaat erstickt die Pressefreiheit

THORSTEN HINZ

Was wir von der Gesellschaft und ihrer Welt wissen, wissen wir fast ausschließlich durch die Massenmedien“, schrieb der Soziologe Niklas Luhmann. Ein unabhängiger Medienpluralismus ist deshalb das Kernelement einer Öffentlichkeit, die den Namen verdient. Er bezeichnet jene Sphäre, in der Menschen im Vollbesitz ihrer Meinungs-, Informations- und Debattefreiheit zusammenkommen, um die Angelegenheiten des Gemeinwesens zu beraten, ihre Interessen einzubringen und um politische Lösungen zu ringen. Das Verbot der Zeitschrift *Compact* verleiht dem Strukturwandel der Öffentlichkeit neues Tempo. Die Inhaber der Staatsmacht üben Zensur aus und zerschlagen ein fundamentaloppositionelles Medium. Sie haben keine Scheu mehr, über das postdemokratische System hinaus in die repressive Phase des Maßnahmenstaates einzutreten, die Normen des Rechts- und Verfassungsstaates ins Gegenteil zu verkehren. Die Öffentlichkeit droht zum Kasernenhof zu verkommen.

Die Pressefreiheit wurde kurz nach der Reichsgründung beschränkt

Damit scheint sich eine Zeitschleife zu vollenden. Vor fast genau 250 Jahren, am 2. Juli 1774, schrieb der Dichter und Publizist Christian Friedrich Daniel Schubart in der Vorbemerkung zu seiner *Deutschen Chronik*: „Ein verzweifelter Entschluß ist's, in unseren hyperkritischen Tagen ein Wochenblatt zu schreiben, der bei der zahllosen Menge anderer noch Leser finden soll.“ Doch der „schläfrige Ton der meisten Zeitungsverfasser, der in schwülen Tagen so manchen Politiker im Großvaterstuhl in Schlummer wiegt“, gaben ihm die Verpflichtung auf. Neben den wirtschaftlichen Risiken war er sich auch persönlicher Gefahren bewußt. Sie gingen vom „Staatszensor“ aus, denn „wer noch nach dessen weise Verfügung eine Unwahrheit begeht, dem wird die Nase abgeschnitten“.

Dennoch propagierte Schubart die Aufklärung, schrieb gegen den Aberglauben und fürstliche Mätressenwirtschaft an. Seine Nase verlor er zwar nicht, doch zehn Jahre seiner Freiheit. Im Januar 1777 wurde er auf Veranlassung von Herzog Carl Eugen aus der Freien Reichsstadt Ulm auf

württembergisches Territorium gelockt, verhaftet und für zehn Jahre in der Festung Hohenasperg eingekerkert. Schubart habe, hieß es im Haftbefehl, es „in der Unverschämtheit so weit gebracht“, daß „fast kein gekröntes Haupt und kein Fürst auf dem Erdboden sei“, den er nicht in seinen Schriften „auf das frelichste angetastet“ habe. Zu einem regulären Prozeß kam es nie. Was Recht und Gesetz war, bestimmte der adelige Machthaber.

Zwar wurde *Compact*-Chef Jürgen Elsässer weder auf den Hohenasperg noch nach Stammheim verbracht, und der Anblick verummter Polizisten, die, statt Messerstecher, Kopftreter und Drogenhändler zu jagen, Büromöbel aus dem Haus schleppen, hat sogar etwas Komisches. Entscheidend aber ist die Kontinuität der Willkür, die einst im Vor- und jetzt im Spätstadium der Pressefreiheit exekutiert wurde.

Die gesetzlich verbriefte Pressefreiheit in Deutschland datiert auf das Jahr 1815. In Artikel 18, Absatz D, der Akte des Deutschen Bundes hieß es: „Die Bundesversammlung wird sich bey ihrer ersten Zusammenkunft mit Abfassung gleichförmiger Verfügungen über die Preßfreyheit und die Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger gegen den Nachdruck beschäftigen.“ Das bedeutete eine erste Einschränkung der monarchischen Arkanpolitik, denn die politischen Entscheidungen und handelnden Personen im Staat waren künftig der öffentlichen Erörterung unterworfen. Jedoch währte diese Phase nur kurz. Der politische Mord an dem Schriftsteller August von Kotzebue und weitere Exzesse in deutschen Städten führten 1821 zu den Karlsbader Beschlüssen, die unter anderem eine Vorzensur für Druckerzeugnisse vorsahen, die weniger als 20 Bögen (320 Seiten) umfaßten. Ihr Spiritus rector war der Schriftsteller Friedrich von Gentz, die rechte Hand des österreichischen Staatskanzlers Klemens Wenzel Lothar von Metternich und ein Anhänger des englischen Philosophen Edmund Burke. Burke war ein scharfer Gegner der Französischen Revolution gewesen und hatte für eine evolutionäre Entwicklung der Gesellschaft plädiert.

Golo Mann hat die Karlsbader Beschlüsse in seiner 1947 erschienenen Gentz-Studie milde beurteilt. Im Grunde seien sie ein „Schlag ins Wasser“ gewesen. Zeitgenossen empfanden sie weniger harmlos. E.T.A. Hoffmann, der auch ein preußischer Kammergerichtsrat war, hat in der Erzählung „Meister Floh“ den Büttelgeist des Zensors karikiert. Er heißt hier Knarrpanti und vertritt den Standpunkt, daß, wenn erst einmal der Ver-

brecher dingfest gemacht worden ist, sich auch ein dazugehöriges Verbrechen findet. In den Notizen eines festgesetzten Studenten findet er das Wort „mordsfaul“, woran er die Überlegung knüpft, ob es wohl eine verderbtere Gesinnung geben könne als jene, die bedauert, zu faul gewesen zu sein, einen Mord zu begehen. Erinnert diese Knarrpanti-Logik nicht an die aktuelle Hermeneutik des Verfassungsschutzes?

Die gesellschaftlichen Folgen der Zensur hat der österreichische Dichter Anton Alexander Graf von Auersperg alias Anastasius Grün in dem 1831 erschienenen Gedichtband „Spaziergänge eines Wiener Poeten“ festgehalten: „Seht, sie haben an das Rathaus aufgeklebt ein neu Edikt, / drauf aus den geschlungenen Lettern noch man andre Schlinge blickt. / Ein possierlich kleines Männlein liest's und hält sich still und stumm, / unterfängt sich nicht zu murren. Leise fragt es nur: Warum?“ Das Leben erstarb in der Tautologie des Bestehenden. Der Publizist Ludwig Börne faßt das in seiner einfühligen Rezension in die Worte: „Und darum ein Volk zum Steine machen, daß es als Grabstein über gestorbene Völker prange!“

Die DDR verbot es gar, von Zensur zu sprechen

Die Tautologie wurde aufgestört durch Revolutionen, Staatsgründungen, wirtschaftliche und soziale Umwälzungen. 1874 wurde das Reichspressgesetz verabschiedet, das die Pressefreiheit grundsätzlich zusicherte, dem Staat aber viele Eingriffsmöglichkeiten einräumte. Der Kulturkampf gegen die katholische Kirche und das 1878 beschlossene Sozialistengesetz, die beiden großen Sündenfälle Bismarcks, führten zusätzlich zu schweren Mißbräuchen. Bis Ende Juni 1879 wurden 217 SPD-nahe Vereine, 127 periodische und 278 nicht-periodische Druckschriften verboten, darunter das Parteiorgan *Vorwärts*. Im Laufe der Jahre gewann die Presse jedoch an Selbstbewußtsein und nahm auch höchste Kreise des Reiches ins Visier, wie die Eulenburg- oder *Daily-Telegraph*-Affäre zeigten.

In der Weimarer Republik sah das Republikrechtsschutzgesetz, das 1922 nach der Ermordung von Außenminister Walther Rathenau beschlossen wurde, Einschränkungen der Presse- und Meinungsfreiheit vor. So machte sich strafbar, „(w)er öffentlich oder in einer Versammlung die verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform des Reichs oder eines Landes beschimpft

oder dadurch herabwürdigt, daß er Mitglieder der republikanischen Regierung des Reichs oder eines Landes beschimpft oder verleumdet (...).“ Die Paragraphen 20 bis 22 regelten das Verbot und die Beschlagnahme von Druckerzeugnissen, die allerdings zeitlich befristet blieben. Bei Tageszeitungen betrug das Maximum vier Wochen, sonst sechs Monate. Diese Eingriffe verstießen gegen die Verfassung, weshalb der Reichstag mit Zwei-Drittel-Mehrheit ausdrücklich eine „Verfassungsdurchbrechung“ durchsetzte.

Die nach dem Reichstagsbrand erlassene Notverordnung setzte die Grundrechte offiziell außer Kraft. Die Linkspresse wurde verboten, die übrigen Presseorgane unterlagen der „Gleichschaltung“. Im Oktober 1933 trat das Schriftleitergesetz in Kraft. Paragraph 14 enthielt die Verpflichtung, aus den Zeitungen „alles fernzuhalten“, was irgendwie dem NS-Staat widersprach. Wer im Medienbereich tätig sein wollte, mußte der Reichspressekammer angehören. Sie unterstand dem Propagandaministerium als eine Unterkammer der Reichskulturkammer. Die Presse wurde als Instrument des Maßnahmenstaates verpflichtet. Sie hatte die NS-Politik dem Volk näherzubringen, nicht zu hinterfragen oder gar zu beanstanden. Aus taktischen Gründen wurden gewisse Nischen geduldet – und ausgefüllt.

In der DDR garantierte Artikel 27 der Verfassung vordergründig die „Freiheit der Presse, des Rundfunks und des Fernsehens“ sowie das Recht eines jeden Bürgers, „seine Meinung frei und öffentlich zu äußern“. Allerdings unter der Voraussetzung, daß dies gemäß „den Grundsätzen dieser Verfassung“ geschah. Artikel 1 aber schrieb die unumstößliche Oberhoheit der „marxistisch-leninistischen Partei“, also der SED, fest. Wer sie in Frage stellte, hatte jegliche Freiheit verwirkt.

Der Staat will seine Wucht und Durchschlagskraft steigern

Der belastete Begriff „Zensur“ wurde sorgsam vermieden, man sprach vom „Druckgenehmigungsverfahren“. Als sich 1979 mehrere Schriftsteller mit einem Protestschreiben an Regierungschef Erich Honecker wandten, in dem es hieß: „Durch die Koppelung von Zensur und Strafgesetzen soll das Erscheinen kritischer Werke verhindert werden“, wurden sie vom Präsidenten des Schriftstellerverbandes, Hermann Kant, zurechtgewiesen: „Der Ausdruck 'Zensur', Herrschaften, ist besetzt (...). Wer die staatliche Lenkung und Planung auch des

Verlagswesens Zensur nennt, macht sich nicht Sorgen um unsere Kulturpolitik – er will sie nicht.“ Die Zensur war real und zugleich ein Tabu.

Wichtiger und prägender als einzelne Verbote und Zensurmaßnahmen, die es in der Bonner Republik gab, erscheint ein Phänomen, das der Schriftsteller Hans Magnus Enzensberger als „Bewußtseinsindustrie“ analysierte. Der Philosoph Jürgen Habermas griff das Wort in seiner 1962 erschienenen Habilitationsschrift „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ auf. Die „Öffentlichkeit“ sei eine Errungenschaft des bürgerlichen Zeitalters gewesen und mit ihm an sein Ende gekommen. Entscheidungen würden nun in die Verwaltung verlagert, Parteien, Verbände, Vereine setzten ihre Interessen „ohne Umweg über die institutionalisierten Verfahren der politischen Öffentlichkeit“ durch und betrieben dafür um so intensiver „Öffentlichkeitsarbeit“ – vulgo: PR oder Propaganda.

Die Medien seien darin eingebunden. Habermas konstatierte eine auf sich selbst geworfene Wende: „Einst mußte Publizität gegen die Arkanpolitik der Monarchen durchgesetzt werden: sie suchte Person oder Sache dem öffentlichen Raisonement zu unterwerfen und machte politische Entscheidungen vor der Instanz der öffentlichen Meinung revisionsfähig. Heute wird Publizität umgekehrt mit Hilfe der Arkanpolitik der Interessenten durchgesetzt: sie erwirbt einer Person oder Sache öffentliches Prestige und macht sie dadurch in einem Klima nicht öffentlicher Meinung akklamationsfähig.“

62 Jahre später klingen diese Feststellungen harmlos. Sie sind aber ausbaufähig. Akklamationsfähigkeit, das heißt Zustimmungsfähigkeit, wird heute durch künstlich erzeugte Hysterieschübe erreicht. Scharf in den Blick zu nehmen wären die Oligarchisierung des Politikbetriebs und die Herausbildung eines politisch-medialen Komplexes sowie das Wirken multinationaler Konzerne und transnationaler Großorganisationen. Metternich hatte aus Furcht vor neuen europäischen Bürgerkriegen lediglich eine reaktionäre Politik betrieben. Die Transformationen, die heute propagiert werden, hingegen weisen totalitäre Züge auf – und wollen noch mehr.

Medien, die sich daran nicht beteiligen, waren schon seit jeher von indirekten Zensurmaßnahmen betroffen: von Kontokündigungen, vom Damoklesschwert des Verfassungsschutzes, von der uferlosen Ausweitung des Delikts „Volksverhetzung“, von Restriktionen im Internet. Proportional zur zunehmenden Lebensfeindlichkeit der Transformation werden nun die Wucht und die Schärfe der staatlichen Maßnahmen gesteigert.

Finnland: Abschiebungen künftig erlaubt

HELSINKI. Am Montag ist das Abschiebe-gesetz in Kraft getreten. Es ermöglicht den finnischen Grenzbehörden, Asylbewerber, die an der 1.340 Kilometer langen Ostgrenze zu Russland in Finnland einzureisen versuchen, an der Einreise zu hindern oder abzuschleppen. „Ein Gesetz, das von der Verfassung abweicht und für unsere nationale Sicherheit von entscheidender Bedeutung ist, wurde jetzt verabschiedet. Ich verstehe die Spannungen, die mit dem Gesetz verbunden sind“, schrieb Präsident Alexander Stubb vergangene Woche auf Instagram. In der vergangenen Woche hatten die Parlamentarier den Gesetzentwurf der Rechtsregierung – bestehend aus der konservativen Nationalen Sammlungspartei, der Finnen-Partei, der Schwedischen Volkspartei und den Christdemokraten, mit 167 zu 31 Stimmen verabschiedet. Aufgrund des umstrittenen Charakters der Gesetzesänderung war für die Verabschiedung des Gesetzes eine Mehrheit von fünf Sechsteln der zum Zeitpunkt der Abstimmung im Parlament anwesenden Abgeordneten erforderlich. „Instrumentalisierte Migration ist eine Möglichkeit, wie Russland Druck auf die Sicherheit und soziale Stabilität Finnlands und der EU ausüben und diese beeinträchtigen kann“, so das finnische Innenministerium gegenüber *Politico*. Mit diesem neuen Gesetz bereite sich Finnland auf die Möglichkeit vor, daß Russland noch lange und in größerem Umfang Druck ausüben könne. Das Abschiebe-gesetz würde im Falle eines nationalen Notstands eine vorübergehende Ausnahme von der Verfassung zulassen. Neben dem Abschiebe-gesetz schreiten die Planungen für den Bau eines Zauns entlang der finnischen Ostgrenze nach Angaben des Nachrichtenportals YLE planmäßig voran. Auf einer Länge von 45 Kilometern im Südosten Finnlands seien bereits Bäume gefällt worden. Der Bau des eigentlichen Zauns wird nach Angaben Erkki Matilainens, Projektleiter für den östlichen Grenzraum, Ende August in der Nähe des Grenzüberganges Nuijamaa beginnen. Die erste Phase werde eine Länge von 70 Kilometern umfassen. (ctw)

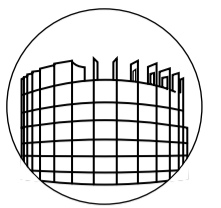
Cyberkriminalität: Staaten müssen aufrüsten

DEN HAAG. Die europäische Polizeibehörde Europol hat an die Mitgliedstaaten appelliert, ihre Bemühungen angesichts der steten Veränderungen und neu auftretenden Bedrohungen im Bereich der Cyberkriminalität im letzten Jahr zu verstärken. „In dem Maße, wie sich Kriminelle anpassen, müssen auch die Strafverfolgungsbehörden und die Gesetzgeber innovativ sein, um die Nase vorn zu haben, und versuchen, aus neuen und sich entwickelnden Technologien Nutzen zu ziehen“, so Europol. Im Jahr 2023 seien Millionen von Opfern in der EU täglich online angegriffen und ausgenutzt worden, so das Ergebnis. Ransomware-Gruppen hätten es zunehmend auf kleine und mittlere Unternehmen abgesehen, da diese über geringere Cyberabwehrmaßnahmen verfügten. Vor allem habe die KI-gestützte Cyberkriminalität gerade erst begonnen. KI-gestütztes Material über sexuellen Kindesmissbrauch (CSAM) sei hier eine besorgniserregende Bedrohung, die genau beobachtet werden müsse. Auch die gängigen Kommunikationsplattformen mit Ende-zu-Ende-Verschlüsselung (E2EE) würden zunehmend von Straftätern genutzt, erklärt Europol und unterstreicht, daß auch die Verwendung von Kryptowährungen in einer Reihe von Kriminalitätsbereichen deutlich zugenommen habe. (ctw)



US-Vizepräsidentin Kamala Harris und ihr Mann Douglas Emhoff: Gut gelaunt in der Zentrale der Harris-Kampagne in Wilmington (Delaware County)

Grüße aus ...
Straßburg

**In der Schlangengrube**

Von **Curd-Torsten Weick**

Es ist ein Wanderzirkus, der da zwischen Brüssel und Straßburg nicht nur die Expeditionen auf Hochtouren hält, um wichtige Kisten mit Akten hin- und her zu schicken. Um an den zwölf terminierten viertägigen Plenartagungen in Straßburg teilzunehmen, machen sich die 720 EU-Abgeordneten (MEP) mit ihrem Mitarbeitertrio in Brüssel auf, um gen Süden nach Straßburg zu reisen. Nicht weil sie viele MEPs hübscher finden, sondern weil sich seit „Anfang der 1990er Jahre mehr oder weniger die aktuelle Regelung etabliert“ habe, daß die Ausschüsse und Fraktionen in Brüssel und die Plenarsitzungen in Straßburg stattfinden, schreiben die EU-Offiziellen.

Ja, Straßburg hat seinen Münster, ein Gutenberg-Denkmal und eine bildschöne Altstadt. Die Tram-Verbindungen sind vorbildlich, und der Autoverkehr spielt nur die letzte Geige. Also auf nach Straßburg.

Auch der Europarat und das EU-Parlament liegen in einer grünen Gegend im Norden der Stadt. Zwar unterscheiden sich die beiden Parlamente im Äußeren, doch innen gleichen sie sich wie ein Ei dem anderen. Es ist ein Wirrwarr an Gebäudeteilen, Gängen, Sitzungsräumen und Cafés. Einem Ameisenhaufen gleich, in dem sich viele als besondere Ameisen fühlen. Schon die Kleidung vieler Abgeordneter hebt sich vom Business-Stil ab. Man verdient gut.

„Höchste Zeit, den sinnlosen Wanderzirkus des EU-Parlaments zwischen Brüssel und Straßburg zu beenden.“

In Straßburg bekommt man in der Flower-, Swan- oder River-Bar kaum einen Platz. Die Schlangen an den Theken dort, wo man ein Baguette, einen Kaffee, Wasser, Bier oder Champagner bestellen kann, sind lang. Hier einen Politiker anzusprechen ist schwer. Viele telefonieren oder stecken ihre Köpfe zusammen, um die aktuellsten Probleme zu besprechen. Das ist hier wie eine „Schlangengrube“, wird mir öfter erzählt. Keiner traut dem anderen über den Weg.

Über den Weg laufen einem dann aber viele Politiker, die man kennt. Auch wenn die meisten MEPs ziemlich gestreift durch die Gänge hetzen, haben sie ein offenes Ohr, wenn man sie anspricht. Auch bei Fragen nach einem Ort wird mir sofort und freundlich weitergeholfen. Interessant wird es, wenn der Befragte dann im schönsten Elsässisch antwortet. So zwei Tage braucht man schon, um sich zurechtzufinden – sowohl in Straßburg und in Brüssel.

„Es ist höchste Zeit, den sinnlosen Wanderzirkus des Europaparlaments zwischen Brüssel und Straßburg zu beenden“, fordert der EU-Abgeordnete Harald Vilimsky (FPÖ) immer wieder und verweist auf Umzugskosten von 100 und 200 Millionen Euro pro Jahr. Doch wie sollte das gehen?

Für jede Änderung des gegenwärtigen Systems sei eine Änderung des EU-Vertrags erforderlich, so das Parlament. Diese müßte dann von den Regierungen aller Mitgliedsstaaten einstimmig vereinbart und von allen nationalen Parlamenten ratifiziert werden.

Joesschweres Erbe

USA: Nach dem Rücktritt Präsident Bidens suchen die Demokraten Geschlossenheit

LIZ ROTH

Die politischen Ereignisse um die kommende Präsidentschaftswahl der USA am 5. November überschlagen sich, insbesondere mit dem überraschenden Rückzug von Präsident Joe Biden aus dem Präsidentenrennen, der am vergangenen Sonntag auf seinem Profil im sozialen Netzwerk X veröffentlicht wurde.

Nachdem Herausforderer Donald Trump jüngst auf einer Wahlveranstaltung angeschossen wurde und die Republikaner ihn in der darauffolgenden Woche zum designierten Kandidaten der Partei für die Wahl erklärt hatten, folgten die Demokraten nur wenige Tage später mit Joe Bidens überraschender Erklärung. „Obwohl es meine Absicht war die Wiederwahl anzustreben, glaube ich, daß es im besten Interesse meiner Partei und des Landes ist, wenn ich zurücktrete und mich für den Rest meiner Amtszeit ausschließlich auf die Erfüllung meiner Pflichten als Präsident fokussiere“, heißt es. Dem amerikanischen Journalisten Tucker Carlson zufolge erfuhren die meisten Angestellten des Weißen Hauses erst mit der Veröffentlichung auf X von der Entscheidung.

Geraune über die Hintergründe von Joe Bidens Rücktritt

Die Hintergründe und der Zeitpunkt des Rückzuges werden seitdem allseits heftig diskutiert. Als Reaktion auf die Nachricht sagte der ehemalige Präsident Donald Trump, daß sein Rivale schon seit seinem desaströsen Auftritt bei der Debatte im vergangenen Monat aufgeben wollte. „Glaubt wirklich jemand, daß 'Krummer Joe' Covid hatte? Nein, er wollte seit dem 27. Juni, der Nacht der Debatte, in der er völlig vernichtet wurde, aussteigen“, schrieb Trump am Sonntag nachmittag auf seiner Plattform Truth Social. „Das war der große Moment in Joe Bidens Untergang. Das war der Zeitpunkt, an dem Biden als das entlarvt wurde, was er ist: ein inkompetenter Mann, der niemals Präsident hätte werden dürfen. Joe Biden ist nicht diensttauglich – er zerstört unser Land!“

Trump Vize J.D. Vance sieht die Entscheidung Bidens, nicht mehr anzutreten, zwiesgespalten. „Wenn Joe Biden seine Wiederwahlkampagne beendet, wie kann er dann rechtfertigen, daß er Präsident bleibt? Nicht zur Wiederwahl anzutreten wäre ein klares Eingeständnis, daß Präsident Trump immer recht hatte, daß Biden geistig nicht fit genug ist, um als Oberbefehlshaber zu dienen. Es gibt keinen Mittelweg.“

Robert F. Kennedy Jr., der als Parteilosser am Rennen um die Präsidentschaft teilnimmt, kritisierte seine ehemalige Partei für die Vorgehensweise und den Rückzug Bidens. „Bereits vor über einem Jahr sagte ich voraus, daß Joe Biden an einem degenerativen Zustand leidet, der sich nicht verbessern und ihn unfähig machen würde, effektiv zu regieren.“ Kennedy klagte die Führung der Partei an, daß sie ihre Macht genutzt und die Regeln für den Prozeß der Vorwahlen so verändert habe, damit „keiner mit Präsident Biden konkurrieren und seine Unzulänglichkeiten aufdecken“ könne. Für Kennedy war es von Anfang an unverantwortlich, Biden erneut antreten zu lassen.

Viele Namen wurden bereits in den Ring geworfen, wer Biden nun beerben könnte. Er selbst sprach sich zwar in seiner Verzichtserklärung nicht für seine Vizepräsidentin Kamala Harris als Nachfolgerin aus. Allerdings wird kurze Zeit später eine Nachricht auf Bidens X-Konto veröffentlicht, die sich zu Harris als Kandidatin für die Präsidentschaft bekennt. „Wieso steht nichts von Kamala Harris als Nachfolgerin in der Erklärung? Aber sie unterstützen sie durch einen kurzen Beitrag auf X?“, fragt Tucker Carlson sich in seiner Sendung.

Auch die ehemalige Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton bezieht zügig Position für Harris. Ex-Präsident Barack Obama veröffentlichte ebenfalls eine Erklärung am Sonntag. Obama lobte Biden in einer ausführlichen Erklärung für seine „bemerkenswerte Karriere“ und sagte, er habe „jedes Recht, zur Wiederwahl anzutreten und die Arbeit zu beenden, die er begonnen hat“.

„Joe versteht besser als jeder andere, was bei dieser Wahl auf dem Spiel steht – wie alles, wofür er sein ganzes Leben lang gekämpft hat, und alles, wofür die Demokratische Partei steht, auf dem Spiel steht, wenn wir Donald Trump wieder ins Weiße Haus lassen und den Republikanern die Kontrolle über den Kongreß geben“, sagte Ex-Präsident Ob-

ama. Eine direkte Unterstützung für Harris ist in der Stellungnahme nicht zu finden.

Der populäre Republikaner Vivek Ramaswamy, von dem erwartet wird, daß er eine zentrale Position in der nächsten Trump-Regierung innehaben wird, erklärte im Interview mit Sean Hannity auf Fox News, daß er davon ausgehe, daß Michelle Obama die Kandidatin für die Präsidentschaft der Demokraten werde. „Als jemand, der bereits vor einem Jahr vorhergesagt hatte, daß Biden nicht der Kandidat der Demokraten bei dieser Wahl sein kann, sage ich jetzt voraus, daß auch Kamala Harris nicht die Kandidatin sein wird. Der Grund dafür ist, sie werden jetzt ihre Chance nutzen, die Wahl zu gewinnen, und das ist eindeutig nicht Kamala Harris. Sie haben nun viele potentielle Kandidaten und ich würde Michelle Obama nicht abschreiben. Sie erfüllt alle politischen Kriterien.“

Im August wollen die Demokraten endlich Klarheit schaffen

Der Nominierungsparteitag der Demokraten findet zwischen dem 19. und 22. August in Chicago statt. Dann werden sie ihren Spitzenkandidaten verkünden. Anders als in der Vergangenheit ist der Parteitag eine sogenannte „brokered Convention“. Da es keine Vorwahlen bei den Demokraten dieses Mal gab, wird keiner der möglichen Kandidaten vorab über eine Mehrheit bei den Delegierten verfügen. Es wird also so lange unter den Delegierten verhandelt und abgestimmt, bis eine Mehrheit für einen Kandidaten zustande kommt.

Mit Bidens Rücktritt sind die Spenden für die Demokraten rasant gestiegen. In den Medien hat bereits eine Kampagne für Kamala Harris als nächste Präsidentschaftskandidatin begonnen, und Zeitungen wie die *New York Times* und *Washington Post* gehen davon aus, daß sie das Rennen im August machen wird. Bis dahin werden viele Namen ins Spiel gebracht, unter anderem Senator Joe Manchin aus West Virginia, der nach dem Linksruck der Partei als Unabhängiger im Senat sitzt. Oder auch der kalifornische Gouverneur Gavin Newsom und die Gouverneurin aus Michigan Gretchen Whitmer. Beide bekannten sich öffentlich bereits zu Kamala Harris, und laut CBS News werden sie als Vizekandidaten längst in Betracht gezogen.

Petition für Demokratie

Gleich zeichnen!

Grenzen für Illegale schließen!

Abschiebungen auch nach Afghanistan und Syrien!

schon 50.006 Unterzeichner!

Stand Dienstag, 23. Juli 2024, 17:45 Uhr Ziel: 50.000 Unterzeichner

Eine Initiative der JUNGEN FREIHEIT

petitionfuerdemokratie.de

Links schwenkt – marsch!

EU: Statt auf die rechtskonservative EKR-Fraktion zuzugehen hofiert Ursula von der Leyen linke und Grüne für ihre Wiederwahl

CURD-TORSTEN WEICK

Basta. Kurz nach der Wiederwahl von Ursula von der Leyen als EU-Kommissionspräsidentin ließ Carlo Fidanza, Leiter der Delegation von Fratelli d'Italia (FdI) im EU-Parlament, die Bombe platzen. „Die in den vergangenen Tagen getroffenen Entscheidungen, das politische Programm und die Suche nach einem Konsens zwischen der Linken und den Grünen haben unsere Unterstützung für die Wiederwahl von Ursula von der Leyen unmöglich gemacht“, erklärte der 47-jährige und fuhr fort: „Wir haben dies getan, obwohl wir in den vergangenen Monaten den Geist der Zusammenarbeit geschätzt haben, der die Beziehungen zwischen von der Leyen und Italiens Präsidentin Giorgia Meloni in bestimmten Fragen geprägt hat. Wir denken dabei insbesondere an die Umsetzung des italienischen Aufbau- und Resilienzplans und auch an den Umschwung, der dank der Impulse der italienischen Regierung in Migrationsfragen eingetreten ist.“

„Die antidemokratische Brandmauer hat groteske Ausmaße“

Dieser Schritt kam nicht von ungefähr. Hatte sich doch von der Leyen nach ihrer Wiederwahl (401 Ja-Stimmen bei 284 Nein-Stimmen) im Plenarsaal des EU-Parlaments von Martin Schirdewan und Manon Aubry, beide Co-Vorsitzende der Fraktion Die Linke, herzlich beglückwünschen lassen.

Nicht nur in der rechten EKR-Fraktion brodelt es. „Die Fraktion der Patrioten für Europa vertritt mehr als 80 Millionen Europäer, deren Rechte von der finsternen antinationalen, globalistischen, linken politischen Allianz unter der Führung der Europäischen Volkspartei und Ursula von der Leyen systematisch mit Füßen getreten und verweigert werden“, betonte Hermann Tertsch von der spanischen Vox gegenüber der JUNGEN FREIHEIT und legt die Finger auf die Wunde: „Die antidemokra-

tische Brandmauer von Gruppen und Parteien, die mit von der Leyens selbstmörderischer Politik des repressiven Sozialismus, des generalisierten Interventionismus, des Regulierungsfanatizismus, der Invasions von Einwanderern und des Einheitsdenkens nicht einverstanden sind, nimmt groteske Ausmaße an.“

Diplomatisch zeigte sich Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán, der mit seiner Fidesz-Partei bei der EU-Fraktion Patrioten für Europa ist. Von der Leyens Leistung in den vergangenen fünf Jahren sei sehr schwach gewesen. Europa habe in der Frage des grünen Übergangs versagt, und wenn es so weitergehe, werde die europäische Industrie zerstört, sagte der Premier. Von der Leyen sei „nicht unsere politische Gegnerin, sondern unsere Mitarbeiterin“, ihre Aufgabe als EU-Kommissionspräsidentin sei es, die von den Ministerpräsidenten der Mitgliedsstaaten festgelegten Richtlinien auszuführen, sagte er.

„Ursula von der Leyen wird aus der EU-Kasse bezahlt, sie ist also abhängig; sie muß tun, was die Ministerpräsidenten sagen.“ Das wahre Gewicht der europäischen Politik liege beim Europäischen Rat, erklärte Orbán und verwies optimistisch darauf, daß „die nächste Stufe des Wandels“ in der EU bei den kommenden nationalen Wahlen erwartet werde. „In Österreich finden noch in diesem Jahr Wahlen statt, und in Europa wackeln viele Regierungen“, so daß vorgezogene Neuwahlen anstehen, sagte er im öffentlichen Rundfunk. „Ich hoffe, daß sich die Zusammensetzung der Ministerpräsidenten ändern wird und wir in der Lage sein werden, bessere Anweisungen zu geben und [EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen] besser zur Verantwortung zu ziehen.“

Von der Leyen hatte bei ihrer Kandidatur für eine zweite Amtszeit 2024 bis 2029 vergangene Woche in Straßburg die Richtung ihrer Politik unterstrichen. Es gebe den klaren Versuch, unsere Gesellschaften zu spalten und zu polarisieren. Dies werde sie niemals zulassen, erklärte sie. „Und ich werde niemals akzeptieren, daß Demagogen und Extremisten unsere Art zu leben in Europa zerstören. Und ich stehe heute hier und bin bereit, diesen Kampf gemeinsam mit allen demokratischen Kräften in diesem Haus zu führen.“ „Ich habe den



Martin Schirdewan und Manon Aubry, beide Co-Vorsitzende der EU-Fraktion Die Linke: Herzliche Glückwünsche für Ursula von der Leyen für ihre erneute Wahl als Kommissionspräsidentin

demokratischen Kräften in diesem Parlament aufmerksam zugehört. Und ich bin überzeugt, daß diese Leitlinien widerspiegeln, wie viele gemeinsame Anliegen wir haben“, fügte von der Leyen hinzu.

„Warum wurde Frontex nicht schon längst aufgestockt?“

Dabei gehe es darum, an den Zielen des Europäischen Green Deals festzuhalten und den neuen Clean Industrial Deal umzusetzen. „Wir haben massiv in heimische, preiswerte erneuerbare Energien investiert. Und dadurch konnten wir uns von den schmutzigen russischen fossilen Brennstoffen lösen. Gemeinsam werden wir also dafür sorgen, daß die Zeit der Abhängigkeit von russischen fossilen Brennstoffen vorbei ist. Ein für allemal.“

Hinsichtlich des Ukraine-Krieges bestärkte die 65-jährige die Unverbrüchlichkeit der westlichen Hilfe für Kiew. Europa werde der Ukraine zur Seite stehen, solange es nötig sei. Wir müssen der Ukraine alles geben, was sie braucht, um standzuhalten und zu siegen“, unterstrich sie und kritisierte Orbán für dessen Friedensmission nach Moskau: „Rußland baut darauf, daß Europa und der Westen weich werden. Und einige in Europa spielen dabei

mit.“ Nur der Aufbau einer echten Europäischen Verteidigungsunion könne Europa schützen.

Parallel dazu betonte die ehemalige Bundesministerin für Verteidigung, daß auch mehr getan werden müsse, um die EU-Außengrenzen zu sichern: „Insbesondere unsere Ostgrenze ist zur Zielscheibe für hybride Angriffe und Provokationen geworden. Rußland lockt Migranten aus dem Jemen nach Norden und drängt sie gezielt gegen die finnische Grenze. Wir sollten uns immer vor Augen halten: Die Grenze eines Mitgliedstaates ist eine europäische Grenze. Und wir werden alles tun, was wir können, um sie zu festigen. Sicherere Grenzen werden uns auch dabei helfen, die Migration strukturierter und gerechter zu steuern. Der Migrations- und Asylpakt ist ein großer Schritt nach vorn. Das ist einer der Gründe, warum wir Frontex stärken müssen.“

Die angekündigte Aufstockung von Frontex hätte von der Leyen längst in Angriff nehmen können, aber sie werde es wohl wieder nicht tun, kritisierte die FPÖ-EU-Abgeordnete Petra Steger. Ohnehin setze sie lieber auf Abkommen mit unzuverlässigen Staaten und auf den schon jetzt gescheiterten Asyl- und Migrationspakt, der nichts anderes vorsehe als eine Verteilung illegaler Einwanderer.

■ Kommentar Seite 2

Rassemblement National wird weiterhin blockiert

PARIS. Die bisherige Vorsitzende der französischen Nationalversammlung, Yael Braun-Pivet (REN), ist gegen den Protest der linken Wahlsieger auch von den neu gewählten Abgeordneten in ihrem Amt bestätigt worden. Dies wurde durch eine Absprache mit den konservativen Republikanern möglich, die im Gegenzug Xavier Breton und Annie Genevard als zwei von sechs Vizepräsidenten plazieren konnten. Ausschlaggebend für die mit 13 Stimmen Vorsprung gegen den Kommunisten André Chassaigne entschiedene Wahl waren auch die 17 Minister-Stimmen der zurückgetretenen Regierung. Dies könnte unzulässig sein und damit noch ein juristisches Nachspiel haben. Weitere jeweils zwei Vizepräsidenten stellen zukünftig die Präsidentenpartie (Renaissance) und die Wahlsieger des Linksblocks (NFR). Der Rassemblement National Le Pens ging dagegen leer aus, trotzdem ihm mit weit kleinerer Fraktion in der letzten Legislaturperiode noch zwei Stellvertreter zugebilligt wurden. Obwohl zuvor der RN die linken Kandidaten mitgewählt hatte, fühlte man sich auf der Gegenseite zu nichts verpflichtet. Daraufhin verließen die Abgeordneten des RN aus Protest das Parlament. Da in der folgenden Nachtsitzung auch weitere Mitte-Rechts-Abgeordnete fehlten, gelang Jean-Luc Mélenchon Linksblock bei der Besetzung der zwölf Sekretäre der Durchmarsch. Somit entscheidet in Zukunft eine knappe linke Mehrheit im Präsidium über die Handhabung der parlamentarischen Geschäftsordnung. (ftm)

Leeds: Roma-Krawalle nach Polizeieinsatz

LEEDS. Großbritanniens neue Innenministerin Yvette Cooper (Labour Party) hat die gewalttätigen Ausschreitungen in einem Roma-Viertel in Leeds verurteilt. „Ich bin entsetzt über die schockierenden Szenen und Angriffe auf Polizeifahrzeuge und öffentliche Verkehrsmittel in Leeds. Unruhen dieser Art haben in unserer Gesellschaft keinen Platz“, erklärte die 55-jährige auf X. Die Polizei von West Yorkshire teilte mit, daß die Beamten am Donnerstag nachmittag in der vergangenen Woche in die Gegend gerufen worden waren, nachdem Sozialarbeiter berichtet hatten, daß sie in einer Kinderschutzangelegenheit angefeindet worden waren. Dort angekommen seien die Beamten selbst angegriffen worden, als sie die Sozialarbeiter in Sicherheit brachten. Die Polizei teilte weiterhin mit, daß es in der Folge zu „Unruhen“ gekommen sei. Im Internet wurden Aufnahmen veröffentlicht, die zeigen, wie ein Polizeifahrzeug angegriffen wird und eine große Menschenmenge mehrere Feuer gelegt hatte. Auf die Frage nach den im Internet kursierenden Aufnahmen, auf denen zu sehen war, wie Polizeibeamte ein Kind aus einem Haus zerrten, und nach der Wut in der Bevölkerung sagte Cooper gegenüber britischen Medien: „Nun, ich denke, was wir gesehen haben, waren die kriminellen Szenen mit dem angezündeten Bus und dem Angriff auf die Polizeiautos.“ Und wir haben auch einige Probleme mit Fehlinformationen darüber gesehen, daß die Polizei auf einen komplexen Kinderschutzvorfall reagieren muß.“ In einer Erklärung betonte der Stadtrat von Leeds, er werde mit rumänischen und Roma-Organisationen, den Kirchen, dem rumänischen Honorarkonsulat und anderen Familienvertretern zusammenarbeiten, um die Interessen der Familie und der Roma-Gemeinschaft zu wahren. (ctw)

Bisweilen wirkt die Führung hilflos

Kampf gegen den Terror: Die israelische Armee greift mit der „Operation langer Arm“ Huthi-Stellungen im Jemen an

SANDRO SERAFIN

Die Bilanz nach neun Monaten: Rund 1.600 Tote verzeichnet Israel, auf dessen Territorium mehr als 19.000 Raketen gefeuert wurden. Die Armee hat derweil mehr als 36.000 Ziele angegriffen. Im Gazastreifen bewegen sich die Todeszahlen nach Hamas-Angaben auf die 40.000 zu, darunter Terroristen und Zivilisten. Notiert hat das das Israelische Institut für Nationale Sicherheitsstudien. Es sind gigantische Zahlen, die noch weiter steigen werden, denn ein Ende des Krieges ist nicht in Sicht.

Zum Wust der sich wiederholenden täglichen Kriegsmeldungen kommen immer wieder Situationen hinzu, in denen etwas Neues passiert und die Sorge vor einer noch größeren Eskalation zunimmt. Zum Beispiel wenn die libanesische Hisbollah-Miliz ihre Geschosse noch tiefer nach Israel

fliegen läßt, nicht nur – wie ohnehin täglich – auf die Grenzortschaften.

Oder wenn, wie am Freitag vergangener Woche, eine Drohne der jemenitischen Huthi-Miliz mitten in Tel Aviv in ein Wohngebäude einschlägt und einen Menschen tötet. Schon davor hatten die vom Iran unterstützten und in Teilen des Jemen regierenden Huthis rund 200 Geschosse in Richtung Israel gefeuert, als Unterstützung „für Palästina“, doch die Angriffe konnten in der Regel abgewehrt werden.

Gegen religiös Fanatisierte hilft die beste Abschreckung nicht

Der jetzige Vorfall hat für die Israelis nicht zuletzt psychologische Folgen: In Tel Aviv läuft das Alltagsleben in geregelten Bahnen, es gab lange keine direkten Angriffe mehr. Diese relative Si-

cherheit ist erschüttert. Entsprechend reagierten Regierung und Militär mit einem präzedenzlosen Schlag: Erstmals griff die Luftwaffe Huthi-Ziele im Jemen an. Im Hafen von Hudaida am Roten Meer, der für iranische Waffenlieferungen an die Huthis genutzt wird, gab es Explosionen und große Brände.

Hudaida liegt Luftlinie von Tel Aviv in etwa so weit entfernt wie das italienische Neapel. Getauft wurde der Militäreinsatz „Operation langer Arm“. Die Botschaft: Israel kann seine Feinde überall erreichen. Der eigenen Bevölkerung signalisierten israelische Regierungsvertreter, daß die Abschreckung nun wiederhergestellt sei. Dabei haben die vergangenen Monate gezeigt, daß gegen religiös fanatisierte Gegner auch das beste Abschreckungskonzept nur bedingt Wirkung zeigt.

Entsprechend hilflos wirkt die israelische Führung bisweilen – auch wenn es um einen weiteren Deal mit der Hamas zur Freilassung von Geiseln geht, über den seit Monaten verhandelt wird. Den

genauen Stand kennen nur wenige; immer wieder heißt es, ein Abschluß sei nahe, ohne daß tatsächlich etwas geschieht. Entsprechend geheimnisumwittert ist das Thema: Regierungschef Benjamin Netanjahu sieht sich im eigenen Land steten Verdächtigungen ausgesetzt, den Deal zu torpedieren, aus persönlichem machttaktischem Kalkül.

Gelegen kam dem Premier, daß er für diese Woche vom US-Kongreß eingeladen wurde, vor beiden Häusern eine Rede zu halten. Es war Netanjahus vierter Auftritt vor dem Parlament. Hier ist er in seinem Element, kann auf die Gefahr des Iran hin- und Kritik zurückweisen. Gerade nachdem der Internationale Gerichtshof Woche Israel erneut völkerrechtswidrige Praktiken vorgeworfen und die Knesset zum Unmut der Demokraten noch einmal symbolisch die Idee einer „Zwei-Staaten-Lösung“ zurückgewiesen hat. Wäre da nicht das Tohuwabo in der US-Innenpolitik, das Netanjahus Auftritt ein Stück in den Hintergrund rücken ließ.

B M V
Berliner Medienvertrieb
Print und Online

**KLEINE DINGE MIT
GRÖßERE WIRKUNG**

Kleinanzeigen in der JF - Herr Beck
beck@berliner-medienvertrieb.de
Telefon 030 - 86 49 53 - 67

Fraktion im Dialog
**Geldregen für Hamburgs
Politiker: Wie SPD, Grüne und
CDU sich selbst bedienen!**

Krzysztof Walczak, MdHB
Parlamentarischer Geschäftsführer

Montag, 29. Juli, 19.00 Uhr
Hamburger Rathaus

Anmeldung unter:
040 428 312 518 oder
afd-veranstaltungen@afd-fraktion.hamburg.de

**Hallo Du!
Hallo Mitte!
Hallo wach?!**

Dieser einzigartige Roman lässt einen mittelständischen Unternehmer zu Wort kommen. Max Grund müht sich im Alltag mit vielen unvernünftigen politischen Entscheidungen ab: **Energiewende, Fachkräftemangel, Migration, Bürokratie.** Er versteht die deutsche Politik nicht mehr. Alles in ihm sträubt sich und von Medien fühlt er sich oft bevormundet. Als er den Mund aufmacht und sich positioniert – hat es Konsequenzen.

Das laute Schweigen
des Max Grund

Raff M. Ruthardt
210 Seiten | € 23,00
ISBN 978 3 9825 7490 5
Hardcover | eBook | Hörbuch

Im Buchhandel, bei AMAZON, THALIA und auf vielen weiteren Plattformen, wie Spotify.

EDITION PJB

Kamala Harris und Donald Trump brauchen wohlgesonnene Gönner

Milliardenpoker in Amerika

Im zweiten Quartal lag Donald Trump deutlich vor Joe Biden – nicht in den Umfragen, sondern in der Gunst der Spender. 431 Millionen Dollar konnten Political Action Committees (PAC) einsammeln, die ihn unterstützen, während Biden-PACs nur 332 Millionen bekamen. Ausschlaggebend war Trumps problematische Verurteilung in New York, die seiner Basis als Fehlurteil gilt. Die Spendenwelle nach dem Attentat in Pennsylvania sowie Bidens Versagen in der TV-Debatte am 27. Juni werden sich erst auf das dritte Quartal auswirken. Im ersten Quartal lag Biden um 49 Millionen Dollar knapp vor Trump. Beide haben im ersten Halbjahr jeweils über eine halbe Milliarde eingesammelt. Kamala Harris wird mit Millionen überschüttet und sie darf die für das Team Biden/Harris bestimmten Gelder nutzen, bei anderen Kandidaten hätten die Demokraten die Spenden zurückgeben müssen.



von
Thomas Kirchner

„Großspender ermöglichen die Kampagnen, aber Geld allein gewinnt eben doch keine Wahlen.“

Ein Präsidentschaftswahlkampf in den USA kostet jeden Kandidaten eine Milliarde Dollar. Schon die Vorbereitungen zu den Vorwahlen kosten einen zweistelligen Millionenbetrag. Wer so früh nicht selbst tief in die Taschen greifen kann, braucht wohlgesonnene Gönner. Richtig teuer wird es dann im Endspurt zu den Wahlen. Barack Obama war der erste, der 2008 die Milliardenchwelle durchbrach. Bescheiden muten heutzutage die Verhältnisse von 2003 an, als George Soros 100 Millionen Dollar einsetzte, um die Wiederwahl von George W. Bush zu verhindern – bekanntlich blieb sein Einsatz erfolglos, denn Geld allein gewinnt eben doch keine Wahlen. Wahlkampfprofis sehen das natürlich anders, denn die gestiegenen Kosten fließen direkt in ihre Taschen. Auf beiden Seiten des politischen Spektrums tummeln sich Beratungsfirmen, die für Millionenbeträge lokale Wahlergebnisse durch ge-

zielte Kampagnen beeinflussen möchten. Oft sind die Praktiken fragwürdig: Der ehemalige Wahlkampfmanager von Alexandria Ocasio-Cortez besaß gleichzeitig seine eigene Beratungsfirma, die er für die von „AOC“ eingesammelten Wahlkampfspenden engagierte. Im Wahlkampf von 2016 soll eine andere Firma, Democracy Partners, Aktivisten als Provokateure bei Trump-Veranstaltungen eingeschleust haben, um Streitereien auszulösen. Auseinandersetzungen bei dessen Veranstaltungen endeten schlagartig, nachdem Undercover-Journalisten die Praxis öffentlich machten.

Politische Spenden sind eigentlich begrenzt. Umgehen läßt sich das durch ein Super-PAC, das so strukturiert ist, daß es rechtlich keine Wahlkampfhilfe betreibt, obwohl genau das sein Sinn und Zweck ist. Nicht nur Milliardäre nutzen die Vehikel, um ihre Lieblingskandidaten mit Millionen zu unterstützen. Relativ stabil ist seit Jahren das Verhältnis zwischen Groß- und Kleinspenden, die je rund die Hälfte des Aufkommens auf beiden Seiten ausmachen.

Medial dominieren klar Berichte über Großspender: Biden konnte sich auf Internetmilliardäre wie Reid Hoffman (PayPal, LinkedIn), Medienmogule wie Michael Bloomberg und den kürzlich verstorbenen Hedgefondsmanager Jim Simons verlassen. Die drei finanzierten das Super-PAC Future Forward mit mindestens 130 Millionen. Ob sie auch Harris unterstützen werden, muß sich noch zeigen. Trump hat den 81-jährigen Investor Timothy Mellon, die 78-jährige Kasino-Witwe Miriam Adelson oder Ike Perlmutter (bis 2023 Marvel Entertainment) hinter sich. König der Spender ist natürlich, wer auch sonst, Elon Musk. Einst Unterstützer der Demokraten, will er jetzt Trumps Wahl mit monatlich 45 Millionen Dollar finanzieren.



Einzelverpackung von Frischei: In Frankreich müssen Supermärkte seit Juli für entsprechende Produkte, deren Gewicht oder Volumen reduziert wurde, Schilder anbringen. So sollen die Kunden über den gestiegenen Preis je Gramm, Kilo oder Liter informiert werden

Einträgliche Mogelpackungen

Shrinkflation: Die wahre Geldentwertung und die Möglichkeiten des Verbraucherschutzes

DIRK MEYER

Shrinkflation, Skimpflation, Tipflation, Mogelpackung – so wenig offensichtlich die Bedeutungsinhalte, so wenig bewußt sind zumeist auch die dahinterstehenden Phänomene. Doch eigentlich geht es hier immer um das gleiche, die Inflation. Nur zeigt sich die Entwertung der Kaufkraft des Geldes in unterschiedlichen, teils eher schwer wahrnehmbaren Erscheinungsformen.

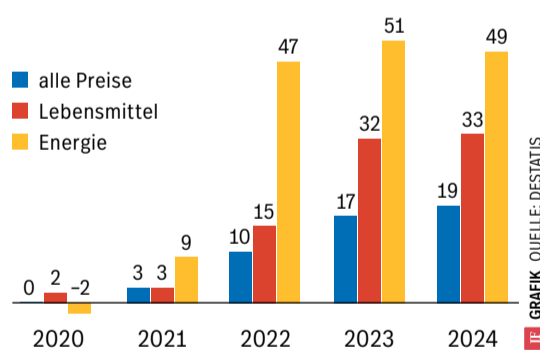
Während die Inflation den durchschnittlichen Preisanstieg auf der Grundlage eines repräsentativen Warenkorb von etwa 700 Güterarten mißt – im Juni lag er im Vergleich zum Vorjahresmonat bei 2,2 Prozent, wird der Preisanstieg für den Kunden an der Supermarktkasse je nach Einkauf ganz unterschiedlich sichtbar: Olivenöl wurde um 46,7 Prozent teurer, Kekse um 13 Prozent, Mineralwasser um 7,3 Prozent; hingegen sanken die Preise für Haushaltsenergie um 3,0 ebenso wie die für Kraftstoffe um 0,6 Prozent. Die Erhöhungen sind ärgerlich für Verbraucher, deren Einkommen nicht oder mit Verzug steigen.

Bei gleichem Preis wird die Füllmenge reduziert

Aber die Erhöhung bleibt transparent. Oder umgekehrt: Gerade weil der Preisanstieg transparent ist, entsteht Ärger. Genau deshalb versuchen manche Unternehmen ihre Preiserhöhung zu verschleiern, damit der Kunde das Produkt weiterhin kauft. So ist die „Shrinkflation“ (to shrink: schrumpfen) eine häufig gewählte Art der versteckten Preiserhöhung.

Verbraucherpreissteigerungen seit Referenzmonat Mai 2020

Alle Preise, Lebensmittel, Energie in Prozent



Aktuelles Beispiel: Die Post bekommt zukünftig mehr Zeit für die Briefzustellung. Gleiche Briefmarke, weniger Service. Die Grünen halten das für klimagerecht, denn so würde CO₂ eingespart. Tatsächlich gäbe es danach noch Steigerungspotential. Auch wird bei Produkten nicht der Preis erhöht, sondern bei gleichem Preis die Füllmenge reduziert.

Oder man kombiniert beides. Auf der Mogelliste der Verbraucherzentrale Hamburg ganz oben steht aktuell die „Dove Advanced Care Duschcreme“ von Unilever. Ehemals mit einer Füllmenge von 250 Milliliter (ml) zu 1,95 Euro bei Rossmann angeboten, gibt es heute 225 ml zu 3,45 Euro – eine Preiserhöhung von 97 Prozent. Auf Nachfrage wird auf die „wesentlich hochwertigere und noch pflegendere Formulierung [Rezeptur] in einer neuen, innovativen Flaschenform“ verwiesen. Rang zwei belegt das „Primadonna natives Olivenöl extra aus Griechenland“ bei Lidl. Statt 750 ml zu 7,49 Euro bekommt der Kunde jetzt 500 ml zu 6,99 Euro.

Ein Preisanstieg von 40 Prozent, der sogar unterhalb des vom Statistischen Bundesamt ausgewiesenen Anstiegs für Olivenöl von 46,7 Prozent liegt – nur halt völlig undurchsichtig dem Verbraucher dargeboten wird. Lidl's Begründung: „Der Inhalt ... wurde dem marktführenden Standard angepaßt. Aufgrund der Rohwarensituation im vergangenen Jahr sind die Preise für Olivenöl jedoch in sehr kurzen Abständen stark angestiegen.“

Experimente australischer Forscher zeigen, daß Verbraucher auf die Variante der Shrinkflation besonders ansprechen, bei der Preissenkungen mit einer noch stärker reduzierten Menge einhergehen. Psychologisch wird dies mit dem „Silberstreifen-Effekt“ erklärt – ein gemischtes Ergebnis, das aus einem kleinen Gewinn (einem niedrigeren Preis) und einem größeren Verlust (einer noch kleineren Größe) besteht, wird günstiger bewertet als nur ein Verlust (Preiserhöhung oder Verkleinerung des Inhalts) allein. Außerdem ist der Preis auffälliger und wird stärker wahrgenommen als der Packungsinhalt.

Psychologisch ebenfalls interessant ist die „Tipflation“, eine im Zuge der Kartenzahlung in Lokalen, Friseursalons oder Taxis praktizierte Weise der „Einforderung“ von Trinkgeld. Wo bei Barzahlung aufgerundet wird – „stimmt so“, gibt man bei digitaler Zahlung einen sogenannten Tip ab. Auf dem Display kann man die in knalligen Farben unterlegten sieben Prozent, zehn Prozent oder gar 20 Prozent antippen. Weniger auffällig gibt es die Optionen „Freie Eingabe“ und „Kein Trinkgeld“.

Diese als „Nudging“ (anstupsen) bezeichnete Form der Manipulation behindert die freie Wahl des Trinkgeldes und legt einen eher höheren Tip nahe. Dieses generöse Verhalten stammt aus den USA,

wo die höheren Trinkgelder zu Corona-Zeiten die generell niedrigen und dann wegbrechenden Einkommen des Servicepersonals ausgleichen sollten. Heute bewirken sie eine ganz persönliche Inflation, die nicht in die offiziell gemessene Rate einfließt.

Offensichtlich treffen hier der Verbraucherschutz und die unternehmerische Freiheit der unregulierten Gestaltung des Angebots aufeinander. In Frankreich hat man sich deshalb für eine Kennzeichnungspflicht entschieden. Seit Juli müssen Supermärkte für entsprechende Produkte, deren Gewicht oder Volumen reduziert wurde, Schilder anbringen. So sollen die Kunden über den gestiegenen Preis je Gramm, Kilo oder Liter informiert werden. Diese Kennzeichnung gilt für zwei Monate nach Markteinführung. Allein die Ankündigung reichte aus, daß die Supermarktkette Carrefour auf von Shrinkflation betroffene Produkte mit einem orangefarbenen Etikett hinwies.

Die unbequeme Kehrseite des mündigen Verbrauchers

Auch für Deutschland fordern die Verbraucherzentrale und Foodwatch eine Kennzeichnungspflicht, so etwa Vorgaben zu Füllmengen, um Luftverpackungen zu vermeiden, oder zu reduzierten Inhaltsmengen. Allerdings gibt es seit 2022 eine geänderte Preisangabenverordnung (PAngV). Neu ist danach die verpflichtende Angabe des Grundpreises pro Kilogramm oder Liter, so daß Transparenz bzgl. verschiedener Packungsinhalte besteht (§ 5 PAngV). Insofern werden die notwendigen Verbraucherinformationen auch bei einer Shrinkflation einheitlich und transparent geliefert.

Jedoch steht in Frage, ob sie wahrgenommen werden. Damit Preiserhöhungen besser einzuschätzen sind, müssen Angaben über Preissenkungen in Bezug zum niedrigsten Preis stehen, der in den vergangenen 30 Tagen verlangt wurde (§ 11 PAngV). So werden „Mondpreisabsenkungen“ vermieden. Auch können Preissenkungen bei prozentual höherer Mengenreduzierung nicht mehr als solche beworben werden. Dennoch ist weiterhin der Wechsel hin zu qualitativ minderwertigen Zutaten möglich („Skimpflation“). Doch auch dafür gibt es die verpflichtende Angabe von Inhaltsstoffen. Es bleibt deshalb die keineswegs neue Erkenntnis, daß die Kehrseite des mündigen Verbrauchers in einer aktiven Bereitschaft zur Aufmerksamkeit bei Einkäufen besteht.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg. www.vzhh.de/mogelpackungsliste

Die woke US-Firma CrowdStrike hat die Welt ins IT-Chaos gestürzt

Quoten statt Qualität

Von **Hadmut Danisch**

Es heißt, die Computerpanne vorige Woche sei die größte aller Zeiten gewesen. Viele Flughäfen, Krankenhäuser, Supermärkte, also kritische Infrastruktur, mußten ihren Betrieb unterbrechen. Schlampe der Unternehmen? Nein, so einfach ist es hier nicht. Während die Ausfälle in Behörden, Unis und Firmen nach Ransomware-Angriffen meist auf Fahrlässigkeit, Inkompetenz und fehlendem Disaster-Recovery-Plan beruhen, traf es hier nun die Vorsichtigen, die – vermeintlich – alles richtig gemacht haben, während andere, die veraltete Systeme oder keine Sicherheitssoftware einsetzen, verschont blieben.

Das Problem ist mangelnde Softwarequalität. Noch ist der genaue Fehlerhergang nicht öffentlich bekannt. Dritte haben herausgefunden, daß der Treiber wegen eines Nullpointers abbrach und so das Hochfahren des Betriebssystems verhinderte – ein klassischer Programmierfehler, der eigentlich nicht passieren dürfte. Hersteller CrowdStrike rühmt sich, Diversität, Inklusion und LGBTQIA+ für seine Unternehmensmission zu halten und politisch zu sein. Doch gerade damit geht ein Verfall von Qualität und Qualifikation einher, weil jetzt jeder mitmachen

darf, obwohl die Komplexität von Software und die Leistungsanforderungen steigen. Microsoft beklagt, daß auch Wettbewerbsanforderungen der EU zum Desaster beigetragen hätten, nach denen auch Dritte Zugang zu den Kernfunktionen von Windows haben müßten, was dem Murks Tür und Tor öffne. Früher sagte man, daß viele Köche den Brei verderben. Heute ist das Credo der Zeit, daß jeder „teilhaben“ kann. Gleichzeitig versagt die Regierung darin, Anforderungen an die Verfügbarkeit von Infrastruktursystemen zu stellen, wie die Fähigkeit, sofort zum letzten funktionsfähigen Stand zurückzukehren.

Daß wir die Kontrolle über unsere hochkomplexe Infrastruktur verlieren, weil sich die Mentalität der tolerierten und akzeptierten Inkompetenz breitmacht, ist nicht nur in der Software – auch der so hoch gepriesenen Open-Source-Software – deutlich zu bemerken, sondern in allen Bereichen. Beispiele sind die Qualitätsmängel bei Boeing wie die 737-Türabdeckung, die man nicht angeschraubt hatte, oder jüngst beim US Secret Service, der längst alles für die Quote, aber nur wenig gegen Präsidentenattentate tut. Es wird mehr solcher Fälle geben.

Die JF stellt ein

Wir haben viel vor. Mit Ihnen.

jf.de/stellenangebote

Chance nutzen – jetzt bewerben

Arbeiten Sie in einer der spannendsten Redaktionen der Hauptstadt. Was Sie erwartet? Interessante Aufgaben und Kollegen. Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung.

WIR SUCHEN AB SOFORT

- ▶ Redakteur/-in für Print und Online
- ▶ Werkstudent/-in Marketing & Kommunikation

Weitere Informationen unter: jf.de/stellenangebote

Telefonische Rückfragen unter: 030-86 4953 - 88



JUNGE FREIHEIT
FÜR ALLE, DIE ES WISSEN WOLLEN.

Die Milliarden, die uns allen fehlen

Steuerpolitik: Verhinderte Aufklärung im Cum-Ex-Skandal / Die ehemalige Staatsanwältin Anne Brorhilker gibt nicht auf

MARTIN KRÜGER

Die Schlagzeilen über die krummen Aktiengeschäfte reißen nicht ab. Zig Milliarden Euro wurden den deutschen Steuerzahlern durch komplexe Finanztransaktionen entzogen. Doch trotz staatlicher Finanznot und steigender Steuern und Abgaben scheint der Aufklärungswille nicht wirklich vorhanden. Es ist höchste Zeit, daß diese fingierten Steuererstattungen zurückgeholt werden. Doch wo sind die erschlichenen Milliardensummen? Und wie kommt man überhaupt noch an sie heran?

Cum-Ex-Geschäfte beziehen sich auf eine Form der Steuerhinterziehung, bei der Investoren Aktien mit (cum) und ohne (ex) Dividendenanspruch rund um den Dividendenstichtag hin und her verkaufen. Ziel ist es, sich Kapitalertragsteuern mehrfach erstatten zu lassen, die aber nur einmal gezahlt wurden. Durch ein Netzwerk von Banken, Fonds und Investoren konnten so Milliardenbeträge an Steuern zurückgefordert werden. Investoren wurden dabei oft Renditen von zwölf Prozent binnen drei Monaten zugesichert. Kursgewinne waren irrelevant, Kursrisiken gar ausgeschaltet. Der Profit bestand aus Steuererstattungen. Oft wurden Aktien zweimal verwendet, manchmal noch häufiger. Die Händler nannten das Recycling oder Looping. Cum-Cum-Deals zielen darauf ab, Ausländern die Rückerstattung der Kapitalertragsteuer zu ermöglichen. Cum-Ex-Geschäfte wurden durch interpretierbare rot-grüne Gesetzesänderungen reali-

sierbar, und sie richteten zwischen 2001 und 2011 massive Schäden an. Cum-Cum-Geschäfte liefen sogar bis 2016 weiter, da die Merkel-Regierungen nur zögerlich Stoppschilder setzten. Obwohl die Cum-Cum-Geschäfte einen noch größeren Schaden verursacht haben. Bei Cum-Ex-Geschäften beläuft sich der Steuerraub allein in Deutschland auf rund zehn Milliarden Euro, der von Cum-Cum-Geschäften auf etwa 28 Milliarden Euro.

Die 2018 von dem grünen Bundestagsabgeordneten Gerhard Schick gegründete Bürgerbewegung Finanzwende setzt sich dafür ein, der Branche „Fesseln“ anzulegen – mit dem Argument: Mit den so entgangenen Steuereinnahmen ließen sich Schulen, Krankenhäuser oder Infrastrukturprojekte finanzieren – oder an anderer Stelle die Steuern senken, wäre hinzuzufügen. Doch medial und in der Lobbypraxis spielte die Finanzwende nicht mal in der B-Liga. Die viel besser finanzierten Klimapaniker von Deutsche Umwelthilfe (DUH), Greenpeace & Co dominierten die NGO-Szene.

Ist Schutz der Banken wichtiger als der Schutz der Steuerzahler?

Doch mit Anne Brorhilker, Ex-Oberstaatsanwältin aus Köln, haben die Finanzmarkt-Kritiker nun zumindest mehr Sachverstand aus der juristischen Praxis auf ihrer Seite. Ihre unermüdliche Arbeit hat bereits einige der Drahtzieher vor Gericht gebracht. „Seit 2015 sei es unzweifelhaft klar, daß die Geschäfte steuerrechtlich nicht in Ordnung sind“, erklärt die 50jährige Topjuristin bei ihrer jüngsten



Ex-Oberstaatsanwältin Anne Brorhilker wurde Geschäftsführerin der Bürgerbewegung Finanzwende: „Man muß sich das vorstellen wie bei einem Flipperautomat. Jedesmal, wenn die Kugel einen Auslöser berührt, macht es 'pling!'. So war es auch im Aktienhandel. Sobald die Aktie beim Käufer ankommt, schüttet das Finanzamt aus.“

Pressekonzferenz. „Man muß sich das vorstellen wie bei einem Flipperautomat. Jedesmal, wenn die Kugel einen Auslöser berührt, macht es 'pling!'. So war es auch im Aktienhandel. Sobald die Aktie beim Käufer ankommt, schüttet das Finanzamt aus.“

Doch trotz der anschaulichen Darstellung scheint das Erreichen einer größeren Öffentlichkeit weiterhin genauso schwierig wie die Aufklärung und Rückforderung der unterschlagenen Gelder. Dabei hatte Brorhilker genau deshalb im April um ihre Entlassung aus dem wohltdotierten Staatsdienst gebeten. Als Geschäftsführerin der Finanzwende hat sie nun sogar weniger Macht. Denn der „Schutz der Banken wiegt für die Finanzbehörden offenbar schwerer als der Schutz von Steuergeldern der Allgemeinheit“, meint Brorhilker. Die Finanzministerien müßten endlich zeigen, auf welcher Seite sie stehen.

Vielleicht war es auch nur Naivität und das Hören auf die Einflüsterungen von Banklobbyisten. US-Banken haben solche Geschäfte bereits 2008 auf ihrem Heimatmarkt eingestellt – die Cum-Ex-Experten zogen weiter nach Europa, vor allem nach Deutschland. Der Finanzsektor sei eine „große, sehr gut vernetzte Branche, die ein großes Interesse

darin hat, effektive Kontrollen und Strafverfolgung zu verhindern, und die damit durchkommt“, sagt Brorhilker mit Blick auf ihre bisherige Sisyphusarbeit. Es sei häufig alles getan worden, um die Cum-Ex-Untersuchungsarbeit zu erschweren und in die Länge zu ziehen: Dokumente seien ins Ausland geschafft worden und könnten angeblich nicht mehr nach Deutschland zurückgeholt werden.

Die Rückholung der durch Cum-Ex/Cum-Cum-Milliarden scheint nach jahrelanger Untätigkeit fast unmöglich. Neben der strafrechtlichen Verfolgung der Verantwortlichen müssen auch die finanziellen Ströme nachverfolgt werden. Internationale Zusammenarbeit ist hierbei unerlässlich, da viele der Transaktionen über Grenzen hinweg erfolgten. Der wichtigste Schritt ist eine Reform des Steuersystems, um Schlupflöcher zu schließen und so sicherzustellen, daß Steuern dort gezahlt werden, wo die Gewinne erwirtschaftet werden. Nur so kann verhindert werden, daß ähnliche Skandale erneut auftreten.

Bürgerbewegung Finanzwende:
► www.finanzwende.de/themen/cumex

Zu wenig E-Autos: „Zehn Milliarden Euro Bußgeld“

PARIS. Der Renault-Konzern hofft weiter auf eine Verschiebung des Verbrenner-Verbots in der EU. „Als das vor zwei Jahren entschieden wurde, war die Position von Frankreich und der Renault-Gruppe: 2035 ist zu früh, man sollte eher 2040 anvisieren“, erklärte Konzernchef Luca de Meo im *Handelsblatt*. „Wir haben damals außerdem gefordert, das Prinzip der Technologieneutralität zu respektieren und bei den CO₂-Emissionen den ganzen Lebenszyklus der Autos zu berücksichtigen – und nicht nur, was aus dem Auspuff kommt.“ Nötig sei mehr Flexibilität: „In der Mehrheit der EU-Länder liegt der E-Auto-Anteil im Markt nicht über sieben Prozent. Von Autobauern werden aber schon nächstes Jahr Quoten von über 20 Prozent erwartet, um die Grenzwerte für ihre Flotten einzuhalten“, kritisierte der 57jährige Italiener, der bis 2020 die VW-Marke Seat führte. Entwickle sich der E-Auto-Markt weiter schleppend, dann werde diese EU-Regulierung „die Hersteller mehr als zehn Milliarden Euro an Bußgeldern kosten“, warnte de Meo. Besser wäre, „Hybridautos voranzutreiben, wie es auch die Chinesen machen. Wenn man Roulette spielt, sollte man nicht alles auf eine Farbe setzen“. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat beim Verbrennerverbot bislang nur eine Ausnahme für synthetische Kraftstoffe (E-Fuels) versprochen. (fs)
► renaultgroup.com/en/our-company

Steuerrabatt für Ausländer stört den Betriebsfrieden

BERLIN. Unternehmer haben den von der Ampel angekündigten Steuerrabatt für eingewanderte „Spitzenkräfte“ kritisiert. „Der Vorschlag widerspricht der Steuergerechtigkeit und sendet ein falsches innenpolitisches Signal. Auch dürfte es vielerorts zu Unruhe im Betriebsfrieden führen“, warnte Rainer Dulger, Chef des Arbeitgeberverbands BDA, in einem dpa-Gespräch. „Mehr Netto vom Brutto für alle“ sei viel attraktiver. „Wenn die Menschen hier ins Land kommen, kriegen sie keine Kinderbetreuung, sie finden keinen Wohnraum. Das sind doch die Probleme“, meinte der Chef der Heidelberger Firma Prominent. Der Industrieverband BDI sieht „Fragen nach der Gleichbehandlung“ aufkommen. Notwendiger sei, „zügig über die Anerkennung ausländischer Abschlüsse und Qualifikationen zu entscheiden“, so BDI-Chef Siegfried Russwurm. (fs)

Der neue Traum von der Entthronung des Greenback

Währungspolitik: Die USA nutzen ihren Dollar als geopolitische Waffe / Hätte ein alternatives BRICS-Zahlungssystem überhaupt eine Chance?

THORSTEN POLLEIT

Seit Anfang des 21. Jahrhunderts setzen die USA ihren Dollar verstärkt als internationales Druckmittel und geopolitische Waffe ein. Juan Zarate, Mitglied des Verwaltungsrats der Neocon-Denkfabrik National Endowment for Democracy (NED) und Ex-Mitarbeiter der Regierung von George W. Bush, bestätigte diesen neuen „Finanzkrieg“ in seinem 2013 erschienenen Buch „Treasury's War: The Unleashing of a New Era of Financial Warfare“. Wer den Weisungen Washingtons nicht folgt, geschweige denn wer ins Fadenkreuz der US-Administration gerät, droht den Zugang zum Dollar-Zahlungssystem oder sogar seine Dollar-Ersparnisse zu verlieren.

Und weil Treue von allen Verbündeten eingefordert wird, erstreckt sich der lange Arm der Amerikaner letztlich auch auf den Euro, den japanischen Yen, das britische Pfund und sogar den Schweizer Franken. Bisheriger Höhepunkt des „Dollar-Waffengangs“ war die Konfiskation der im Ausland gehaltenen russischen Währungsreserven im Frühjahr 2022: Moskau wurden ungefähr 300 Milliarden Dollar eingefroren. Im Juni 2024 legte die EU nach: Ein Kredit in Höhe von 50 Milliarden Dollar an die Ukraine wurde beschlossen, finanziert durch die Zinserträge, die die russischen Währungsreserven erzielen und die durch die Hände des Wertpapierabwicklers Euroclear in Brüssel laufen.

Daher schrillen jetzt die Alarmglocken laut, denn mehr denn je wird Anlegern bewußt, daß das Halten von Dollar nicht risikolos ist: Nicht nur wird die Kaufkraft des Greenback durch Inflation zusehends vernichtet. Die Amerikaner sind auch willens und in der Lage, unliebsame Volkswirtschaften vom globalen Zahlungsgeschäft faktisch auszuschließen. Viele Länder waren sich seit geraumer Zeit dieser Gefahr sehr wohl bewußt. Der Block, der sich gegen den „Dollar-Imperialismus“ stellt, heißt BRICS. 2006 von Brasilien, Rußland, Indien und China vereinbart und 2009 in Jekaterinburg begründet, kam 2010 Südafrika hinzu.

Gegner des „Dollar-Imperialismus“ fürchten ein Ende mit Schrecken

Seit 2024 gehören auch Ägypten, Äthiopien, Iran und die Vereinigten Arabischen Emirate dazu. Saudi-Arabien hat seine Teilnahme noch nicht formalisiert, nahm aber an den BRICS-Treffen teil. Zusammen repräsentieren die zehn Staaten etwa 45 Prozent der Weltbevölkerung und 28 Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung. Und einige Länder haben begonnen, ihre offiziellen Währungsreserven in Dollar, Euro & Co abzubauen. Dazu haben sie im Gegenzug ihre Goldreserven erhöht.

Die BRICS-Kerngruppe arbeitet seit 2018 an einem neuen Zahlungssystem, mit dem bilaterale Transaktionen unabhängig vom Dollar abgewickelt

werden können („Brics Pay“). Es wird bereits darüber spekuliert, wie eine funktionierende Zahlungsalternative zu einem Dollar-System konkret aussehen könnte. Von einer neuen Blockchain-basierten Krypto-Einheit ist die Rede, und es wurde über die Ausgabe einer goldgedeckten BRICS-Handelswährung gemutmaßelt. Trotz allen Ideenreichtums ist die Wahrheit jedoch: Vom Dollar loszukommen, ist schwieriger und wohl auch langwieriger, als viele denken. Denn der Dollar ist nach wie vor die weltweit bedeutendste Währung. Keine andere Währung hat eine größere Verbreitung. 2022 belief sich der tagesdurchschnittliche Umsatz im weltweiten Devisenmarkt auf 7,5 Billionen Dollar.

Der Dollar wurde bei 44 Prozent aller Transaktionen verwendet, der Euro nur bei 15,5 Prozent; der Yen kam auf 8,5 Prozent und das Pfund auf 6,5 Prozent. Der Dollar ist schlichtweg das global wichtigste Zahlungs-, Recheneinheits- und Wertaufbewahrungsmittel. Auch wenn viele nichtwestliche Länder den „Dollar-Imperialismus“ verteufeln, werden sie jedoch davor zurückschrecken, ein Ende mit Schrecken herbeizuführen. Denn von einer relativ reibungslosen Abwicklung des Welthandels und – damit einhergehend – einer Verwendung eines einheitlichen, international akzeptierten Zahlungsmittels profitieren nicht zuletzt sie selbst wirtschaftlich in ganz erheblichem Maße. Ein jähes Ende der Dollar-Dominanz, ausgelöst beispielsweise durch Chinas Verkauf von US-Staatsanleihen in großem Stil, würde hingegen absehbar so große

Erschütterungen in der internationalen Geld- und Wirtschaftsstruktur verursachen, daß nicht nur der Westen, sondern auch viele nichtwestliche Länder ins Straucheln gerieten.

Doch der neue Traum von der Dollar-Entthronung muß keiner bleiben. Viele Marktakteure werden wahrscheinlich ihre Transaktionen weiterhin mit Dollar, Euro & Co abwickeln. Aber sie werden ihre Nachfragen nach ihnen für Spar- und Wertaufbewahrungszwecke zusehends einschränken. Ein solcher Rückgang der Währungsnachfrage geht mit einer Verringerung der Schuldpapiernachfrage und damit anziehenden Zinsen einher. Doch da steigende Kreditkosten allerorten unerwünscht sind, werden die westlichen Zentralbanken immer mehr Schuldpapiere aufkaufen und mit neu geschaffenen Geld bezahlen müssen.

All das liefe zunächst also auf eine große Inflation, eine großangelegte Entwertung der Kaufkraft des Geldes hinaus. Das wiederum könnte dann durchaus zu einer Neuordnung der weltweiten Währungsordnung führen: einer Rückkehr zur Golddeckung des Geldes, einem Durchbruch bei der Verwendung von Krypto-Einheiten in Geldgeschäften. So viel steht jedoch fest: Eine neue Währungsordnung würde wohl nur unter großen Verwerfungen aus der Taufe gehoben.

Prof. Dr. Thorsten Polleit ist Volkswirt und Herausgeber des Börsenbriefs „Boom & Bust Report“.
► www.boombustreport.com

Zahl der Woche

Von 101,4 auf 121,5 Milliarden Euro stieg die Summe der Vermögensübertragungen, die deutsche Finanzverwaltungen voriges Jahr veranlagt haben. Das waren 19,8 Prozent mehr als 2022. Bei den Erbschaften in Höhe von 61,2 Milliarden Euro erhob der Fiskus 7,7 Milliarden Euro Erbschaftsteuer, bei den 60,3 Milliarden Euro an Schenkungen wurden 4,1 Milliarden Euro Schenkungsteuer fällig. Der Hauptanteil der Übertragungen entfiel auf Grundvermögen (45,6 Milliarden Euro), gefolgt vom Finanz- (37,2 Milliarden) und dem Betriebsvermögen (29,8 Milliarden).

Quelle: Statistisches Bundesamt

JF-TV Dokumentation

Die neue JF-TV-Dokumentation mit
Laila Mirzo, Thilo Sarrazin, Ulrich Vosgerau
u. v. a.

In packenden Reportagen und Interviews erfahren Sie, wie schlimm die Asylkrise wirklich ist und wieviel schlimmer sie noch werden könnte; wie verheerend die deutsche Asylpolitik wirkt und welche politischen Maßnahmen das Problem tatsächlich lösen könnten.

Laufzeit 90 Minuten auf DVD.

Bestell-Nr. 97530
Preis 14,95 Euro



► jf.de/dvd

NEU
Jetzt
auf DVD



Der Stolz Afrikas

Reise mit dem berühmten Rovos Rail: Von Kapstadt nach Daressalam – bitte einsteigen

ELKE LAU

Wie pries der Veranstalter den Zug an? „Rovos Rail steht für Genuß auf höchstem Niveau. Menues aus edlen Zutaten, begleitet von erlesenen Weinen, feinste Filets, würziges Wildbret.“ Auf 5.530 Kilometern durch fünf Länder. Die Reise beginnt in Kapstadt, der fast südlichsten Spitze Südafrikas, mit einer Übernachtung in einer Business-Suite des Hotels Radisson Waterfront. Die Suite ist groß wie eine Ferienwohnung, elegant möbliert, keine fünf Meter vom Yachthafen entfernt. Ausgiebiger Blick auf das Meer, die Bergwelt und einen Seelöwen, der sich auf dem Bootsteg räkel.

Beim Abendessen treffen wir auf unsere Mitreisenden und verteilen – nach Aussehen oder Verhalten – die ersten Spitznamen. Dauerredner: „Jelzin“; „Jacob-Sisters“ für zwei korpulente Damen am Stock; und „Gniesbock“ an einen älteren Herrn mit Igelfrisur und verschlagenen Augen. Den Dauerfotografieren nennen wir „Habeck“.

Am nächsten Morgen begrüßt uns der Südafrikaner Rohan Vos mit Handschlag. Er ist Gründer und Chef des nach ihm benannten Eisenbahnunternehmens Rovos Rail und führt uns in die Empfangshalle des berühmten Nostalgiebahnhofs. Antike Möbel, Ledersessel und Kronleuchter, ein Duo spielt klassische Musik und feingewandete Hostessen servieren Champagner und Canapés. Dann werden alle 58 Gäste, Deutsche, Schweizer und Österreicher, namentlich aufgerufen und zum Zug begleitet.

Auf Gleis 23 des menschenleeren Kapstädter Bahnhofs erwartet uns eine Schlange glänzender, grüner Waggons – „Pride of Africa“ – siebzehn Stück an der Zahl, mit Suiten, zwei Restaurant-, zwei Bar- und einem Aussichtswagen. Erwartungsvoll öffnen wir die Tür zu unserem Abteil „Kimberley“ und sind sprachlos: mahagonigetäfelte, breites Doppelbett mit Lümmelkissen, Schrank, Schreibtisch, zwei Sessel, gefüllter Kühlschrank und drei große Fenster. Zwei Kulturtaschen mit Inhalt gibt es zur Begrüßung, dazu ein Beutel mit sämtlichem Kram, der für die kommende Zeit nützlich sein könnte, von Schuhputz über Mückschutz, bis Reisetabletten. Sogar eine Schutzbrille liegt im Schrank, falls wir aus dem offenen Fenster schauen möchten.

Der Zug windet sich durch das Weinbaugebiet des Kaplandes

Das Signal zur Abfahrt ertönt. Kurz nachdem der Zug aufgebrochen ist, gongt es schon zum Mittagessen. Zwei liebevoll restaurierte Speisewagen stehen zur Verfügung. Der hintere, den zwanziger Jahren nachempfunden, der vordere, für den wir uns entscheiden, den Dreißigern, mit breiten Lederbänken und heller Ausleuchtung. Die Tische sind festlich mit Silberbesteck, feinem Geschirr und geschliffenen Gläsern gedeckt. Wir setzen uns an einen Zweier. Sofort erscheint Weinkellner Anton, Anfang 20, mit einem spitzbühnischen Lächeln. Wir bestellen einen Pinotage für Begleiter Uli und einen halbtrockenen Rosé für mich. Das Essen ist phantastisch. Wein wird unaufgefordert nachgeschickt. Bald herrscht eine heitere Atmosphäre, die sich aus Vorfreude und leichtem Rausch kristallisiert. Grund genug, anschließend die Aussichtsplattform aufzusuchen.

Der Zug windet sich durch das Weinbaugebiet des Kaplandes, durchfährt drei Tunnel der Hexriver Berge und hält am frühen Abend für anderthalb Stunden in Matjiesfontein, einem Dorf in englischem Stil. Ein Trompeter lädt die Gäste ein, einen ausrangierten Doppeldeckerbus zu besteigen – für eine zehnminütige Rundfahrt, die im einzigen Pub endet. Danach warten im Abteil Tassen, Kaffeepulver und kochendes Wasser neben Konfekt und Bethupferl auf uns. Es ist kalt, daher belächeln wir die beheizten Betten nicht. Auch am nächsten Morgen herrschen arktische Temperaturen in den Gängen, aber im Restaurant ist es mollig warm.

„Afrika ist ein kalter Kontinent“, begrüßt uns der hagere Bordarzt Dr. Bunte bei seinem Erscheinen.

Die Aussichtsplattform ist gut besucht. Eisenbahnfans starren stundenlang auf den Schienenstrang. Wir beobachten Schafherden, Strauße und Impalas auf den endlosen Steppen der Großen Karoo, die ein Drittel der Fläche Südafrikas einnimmt. Kimberley ist nächster Haltepunkt, heute ein Museumsdorf mit Diamantenschlot „Big Hole“, war einst die größte Diamantenmine der Welt, die 1871 einen Rausch auslöste. Wenige Kilometer nach der Abfahrt verringert der Zug seine Geschwindigkeit schon wieder. Ein rosa Teppich breitet sich vor uns aus. Es ist keine Fata Morgana, sondern zig Tausende Flamingos, die einen flachen See bevölkern.

In der Nacht ruht der Zug fünf Stunden, denn die ausgeleiteten Schienen verursachen wortwörtlich Höllenlärm. Da die Bahnstrecke auch durch Slums und marode Industrieareale führt, wird die Bahn an den Haltepunkten streng bewacht, Fenster und Stahljalousien geschlossen. Gegen zehn Uhr treffen wir in Centurion ein, zehn Kilometer vor der Hauptstadt. Vos hatte eine restaurierte Dampflok bereitgestellt. Die Männer freuen sich wie Kinder, schwingen sich euphorisch auf den hohen Führerstand und lassen sich fotografieren.

Die Lok wird vorgespannt und zieht uns zum Rovos-Bahnhof „Capital Park“ in Pretoria. Wieder nimmt uns der 77-jährige Rohan Vos persönlich in Empfang und präsentiert stolz seine Werkhallen. 35-jähriges Bestehen feiert das Unternehmen in diesem Jahr. Zweihundertvierzig Mitarbeiter verwandeln ausrangierte Waggons in edle dunkelgrüne Salon- und Schlafwagen.

Das Kreuz des Südens taucht in kristallklarer Schärfe auf

Wieder ein Buffet. Es gibt alles her, was das fruchtbare Südafrika zu bieten hat: Muscheln, Hummer und anderes Getier, Pasteten und Köstlichkeiten, die uns in dieser Qualität noch nie begegnet sind. Uli ißt Krokodil und Springbock, dazu die Blüten der Tellerdekoration.

Nach Rückkehr finden wir im Abteil zwei stabile Reisetaschen für den kommenden zweitägigen Aufenthalt vor. Wir packen warme Sachen ein. Am nächsten Morgen stehen am Bahnhof von Zeerust Busse, die uns am Madikwe-Wildreservat an der Grenze zu Botswana absetzen. Das Reservat verdankt seinen Erfolg der Phoenix-Aktion. 75.000 Hektar Grasfelder mit niedrigem Baumbewuchs wurden mit 150 Kilometern Elektrozaun geschützt und Elefanten, Nashörner, Löwen, Leoparden, Büffel und andere Wildtiere angesiedelt. In diesem Reservat befindet sich die „Tau Game Lodge“, zu der uns Ranger in Jeeps chauffieren. Wir beziehen einen kleinen Bungalow und sind starr vor Staunen über Eleganz und Luxus. Keine fünf Meter von unserer Terrasse entfernt zählen wir einunddreißig Elefanten mit ihren Jungen an einer Wasserstelle. Zebras, Gnus, Springböcke und Warzenschweine grasen friedlich, und in Weibervogelnestern herrscht lebhafter Flugverkehr.

Wenig später geht es auf Safari. Nachdem wir beinahe alle hier angesiedelten Tiere zu Gesicht bekommen, trifft sich die Gruppe auf einem Rastplatz zum „Sundowner“ bei spektakulärem Sonnenuntergang. Gniesbock schleicht von Wagen zu Wagen und füllt seine Taschen mit Minischnapsflaschen. Es wird schnell dunkel und kalt. Das Kreuz des Südens taucht in kristallklarer Schärfe auf.

Der Bungalow ist in warmes Licht getaucht, Moskitonetz zugezogen, Heizung angestellt und die Betten vorgewärmt. Nachts erschreckt uns Löwengebrüll, so laut, als stünde das Tier im Zimmer. Aber dafür sind wir ja hier, oder?

Weckruf um 6 Uhr. Winterlich mit Anoraks, Pudelmützen und Handschuhen ausgestattet, klettern wir auf die Jeeps und treffen nach Verlassen des Camps auf unsere Löwen. Sie starren uns mürrisch an, wenden sich ab. Plötzlich hebt eine Elefantenkuh in der Nähe den Kopf und bewegt sich drohend auf uns zu. Ranger Dave klatscht in die Hände und



Kurzer Halt des Rovos Rails mit seinen glänzenden, grünen Waggons – „Pride of Africa“: 17 Wagen mit Suiten, zwei Restaurant-, zwei Bar- und einem Aussichtswagen

brüllt das Tier an. Es läuft um das Fahrzeug herum. Er startet den Motor, denn der Elefant attackiert von achtern, aber der Jeep ist schneller. Über Funk wird eine Sichtung seltener Kaffernbüffel verbreitet. Sie gehören zu den großen Fünf. Dave braust anderthalb Stunden durch unwegsames Gelände, die dicken Räder des Jeeps zermalmen Sträucher und kleine Bäume, bis die Büffel dicht vor uns stehen. Uns wird mulmig, als der Ranger vor der Aggressivität dieser Tiere warnt.

Die Grenzabfertigung nach Botswana läuft problemlos, die Fahrt nach Norden führt über die weiten Ebenen der trockenen Kalahari bis zur Grenze nach Simbabwe. Ein Elefant trabt eine Weile neben uns her und schickt Trompetengröße. In Thompsons Junction bleibt der Zug über Nacht. Am nächsten Tag stehen die Victoriafälle auf dem Programm. Der Himmel ist schwarz vom Kohleabbau, ringsherum verrotten Industrieanlagen.

Die Fahrt zum „Mosi oa Tunya“, zum „Rauch, der donnert“, wie die Fälle in den bantusprachigen Teilen Simbabwes und Sambias genannt werden, dauert nur fünf Minuten. Gischt hat den Wanderweg an der Abbruchkante mit seinen Ausbuchtungen in eine gefährlich glitschige Rutschbahn verwandelt. Die 1,7 Kilometer langen Fälle sind an den Rainbow Falls 108 Meter tief. Die heutigen Fälle fressen sich vom Devil's Cataract in Richtung Norden und waschen das weichere Gestein unter dem vorhandenen Basaltsockel aus. „Habeck“, der allen mit seiner pausenlosen Fotografierei auf den Zünder geht, verliert den Chip mit bereits siebenhundert Fotos und findet ihn trotz Hilfe der Ranger nicht wieder.

Eine Bootstour auf dem Chobe Fluß schließt sich an. Wir sehen Eisvögel, kleine Krokodile, Kudus, abermals Impalas sowie bunte Bienenfresser und signalgrüne Vögel, die ihre Nester einen Meter tief in den Sand graben. Am Ufer des Sees schützt eine Elefantenherde ihren Nachwuchs vor dem lauernden Krokodil. Schulen von mächtigen Flußpferden, die wie Heuschrecken die grasbewachsene Seeoberfläche abfressen, schwimmen Zentimeter neben uns. An der „Chobe Safari Lodge“ werden wir ausgeladen. Massenabfertigung, das Boma-Essen am Abend verlassen wir nach kurzer Zeit. Ohne Malaria-Vorsorge fürchten wir uns vor den Moskitoschwärmen.

Das Mittagessen wird im Victoria Falls Hotel serviert, eine Edelherberge mit Gourmet-Tempel und Blick auf die Fälle. Wir genießen das Spitzenmenü bei spanisch-afrikanischen Rhythmen. Ein Spaziergang in den Ort wird uns wegen der hohen Kriminalität verboten, so warten wir am Bahnhof auf die Einfahrt des Rovos. Eine Vorführung der Mitglieder aus dem Stamm der Shangaan beginnt. Muskulöse junge Männer trommeln, singen und stampfen nach Melodien aus der Oper „Nanu“. Langsam fährt der Rovos ein. Alle kehren augenblicklich zurück, denn gleich wird der Zug für zwanzig Minuten auf der berühmten Victoria-Falls-Brücke halten, die Simbabwe und Sambia verbindet.

Nach kurzem Fußmarsch haben wir einen spektakulären Blick auf Zug, Brücke, 120 Meter tiefe Schlucht und den „Rauch, der donnert“. Bei herrlichem Sonnenschein, für Fotos sozusagen eine eierlegende Wollmilchsau. „Habeck“ hat einen Ersatzchip zur Hand. Hinter der Brücke beginnt

nun der wirklich katastrophale Schienenstrang. Das Schleudern der Waggons erinnert uns an Schiffsbewegungen bei Windstärke 10. Der Rovos wird bei 20 Stundenkilometern von einem Radfahrer mit Gepäck überholt. Neben dem Gleisbett liegt ein Güterzug, der wenige Tage zuvor umgekippt ist. Die Schienen wurden sofort repariert, aber defekte Wagen bleiben liegen. „Wagenfriedhof“ wird diese Teilstrecke genannt.

Wir sitzen auf der Plattform. Terminhügel mit Baumbewuchs, endlose Steppen mit Kuhherden, siebenhundert Kilometer wird sich der Rovos durch Sambia quälen. Wegen des desolaten Gleisbettes hält er alle paar Kilometer. Sofort sind wir umringt von Kindern und Kindern, die Kinder auf dem Rücken tragen. Hier beträgt die Aidsrate fast 40 Prozent. Armselige Hütten auf Müllbergen, Tümpel und Wasserlöcher, in die man Abfälle und Plastikreste entsorgt, obwohl noch Wäsche in dem stinkenden Naß gewaschen wird. Die Menschen lungern träge vor ihren Behausungen. Die Felder hier draußen bleiben unbestellt.

Einstige deutsche Prachtbauten werden wieder restauriert

Da das Reiseunternehmen ein Brunnenprojekt für eine Schule im Dorf Chumsambo unterstützt, sollte um 15 Uhr ein Besuch dort stattfinden. Der Zug hat aber Verspätung. Es ist stockdunkel, als wir uns mit Taschenlampen auf den Weg machen. Von den tausend Schulkindern warten trotzdem noch zweihundert auf unseren Besuch. Es wird geredet und gesungen. Uns ist die Situation nicht geheuer, denn streunende Jugendliche keilen uns ein, zerren an unseren Jacken und betteln aggressiv. Wir warten das Ende der Vorstellung nicht ab.

Über Nacht stand der Zug in der etwa Fünzigtausend-Einwohner-Stadt Kapiri Mposhi auf dem Nebengleis und wechselte nun auf die Spur der 1.800 Kilometer langen TaZaRa-Linie nach Daressalam, Tansania. Hier sind die Chinesen im Geschäft. Auch unsere drei Busse, die uns zu den Chisimba-Wasserfällen chauffieren sollen, tragen chinesische Schriftzeichen. Die in eine grün wuchernde Pflanzenwelt eingebetteten Wasserfälle sind zwar nicht sehr hoch, aber sehenswert. Gegen elf Uhr Ankunft in Makambako mit einer Stunde Aufenthalt. Auf ungepflasterten, staubigen Straßen verkaufen junge Männer die Kleidung, die das Rote Kreuz als Hilfsgüter geliefert hatte.

Abschiedsabend. Viele tragen Abendkleider, die Küche hat noch einmal gezaubert. Leise Wehmut macht sich breit. Nach dem Abendessen lädt die aparte Zugchefin Mart zum Cocktail in die festlich geschmückten Salonwagen. Die Nachtfahrt auf ausgefahrenen Gleisen wird unruhig, bis der Rovos pünktlich um zehn Uhr im Bahnhof von Daressalam einrollt, dem kulturellen Zentrum Tansanias. Eine Polizeikapelle spielt Marschmusik, falsch und voller Inbrunst. Wir nehmen Abschied von unseren zwei Dutzend Zugbegleitern. Zuerst Stadtrundfahrt mit Bussen.

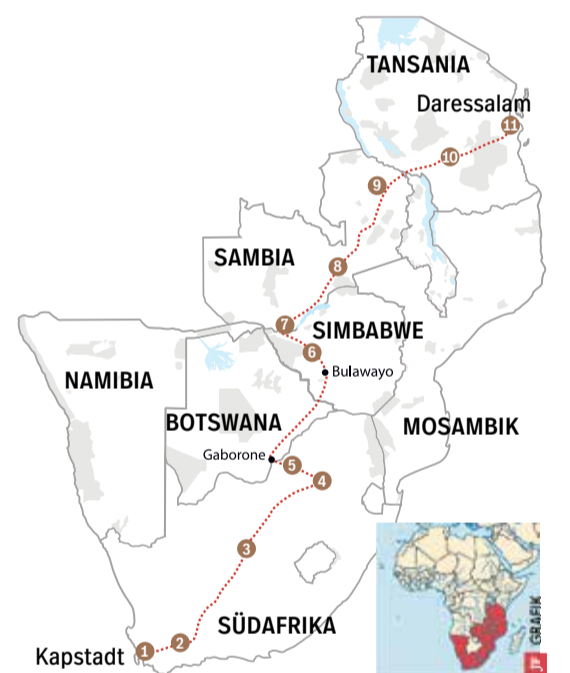
Daressalam mit knapp vier Millionen Einwohnern ist vollgemüllt, die Hinterlassenschaft der Deutschen im ehemaligen Deutsch-Ostafrika zer-

fällt, obwohl die Bundesrepublik Geld in dieses Faß ohne Boden pumpt.

Der einheimische Reiseleiter ist gebildet und präzise. Die Kommentierung des Askari-Denkmal wird falsch und unvollkommen übersetzt, so bittet Uli den jungen Mann, ihm die Ausführungen um die Askaris und den einzigen im Ersten Weltkrieg unbesiegten deutschen General, Paul von Lettow-Vorbeck zu wiederholen. Der Reiseleiter freut sich über das Interesse, nennt ihm alle Schlachten aus dem Stegreif.

Rovos-Reise von Kapstadt nach Daressalam

15 Tage im Luxuszug von Süd nach Nord



Weiterfahrt nach Bagamoyo, ehemalige Hauptstadt der Kolonie des Kaiserreichs, die wegen des fehlenden Tiefseehafens ihre Bedeutung an den heutigen Regierungssitz Dar es Salaam abgeben mußte. Die einstigen deutschen Prachtbauten sind verfallen, werden aber allmählich wieder restauriert.

Wir kehren an den Strand zurück, an dem jetzt lebhaftes Treiben herrscht. 800 Fischer vermarkten ihren Fang oder buddeln ihn im Sand ein. Ein Auktionator zieht einen Packer Fische aus dem Sand, in Plastikfolie geschweißt oder einfach auf eine Schnur gezogen, schreit los, und keine Minute später hat die Ware einen neuen Besitzer gefunden. Ich schieße einige Fotos, als plötzlich ein Fischer aggressiv Geld fordert, obwohl ich ihn nicht fotografiert habe. Der Fahrer unseres Busses unterstützt ihn zu allem Überdies. Zum Glück ist Uli nicht weit entfernt und baut sich drohend neben mir auf. Fischer und Busfahrer trollen sich.

80 Kilometer zurück zum Hotel. Die Fahrt erinnert an Kairo, wo sechs Autos auf drei Spuren nebeneinander fahren. Die Reise ist nach 15 Übernachtungen beendet. Der Veranstalter hatte kein bißchen übertrieben.



Empfangskomitee an den Victoria-Fällen; eine Elefantenkuh die nicht gestört werden will und das Abteil „Kimberley“ (v.l.n.r.): Die Tage im Rovos vergehen wie im Flug

Mit Anstand vor die Hunde gehen

Gedenkblatt: Vor 50 Jahren starb mit Erich Kästner, bekannt vor allem für seine Kinder- und Jugendbücher, auch einer der bedeutendsten Lyriker des 20. Jahrhunderts. Woher rührt die anhaltende Faszination, die seine Gedichte und Geschichten bis heute ausüben?

DIETMAR MEHRENS

Einem „Irrenhaus“ gleicht die Stadt: „Im Osten residiert das Verbrechen, im Zentrum die Gaunerei, im Norden das Elend, im Westen die Unzucht, und in allen Himmelsrichtungen wohnt der Untergang.“ Was klingt wie eine treffendere Beschreibung der heruntergekommenen Spreemetropole unserer Tage stammt aus Fabian. Den 32-jährigen Philologen Dr. Jakob Fabian benutzte Erich Kästner als Sprachrohr, um in Worte zu fassen, wie er am Ende der Weimarer Republik auf die deutsche Hauptstadt blickte. Fabian ist die Hauptfigur des gleichnamigen, 1931 erschienenen Romans mit dem Untertitel „Die Geschichte eines Moralisten“. Eigentlich sollte er „Der Gang vor die Hunde“ heißen. Tatsächlich führt Dr. Fabian ein frivoles und alles andere als moralisches Lotterleben.

Sein Autor hält damit einer Gesellschaft, die er für ähnhlich kaputt erachtet wie kritische Geister das Deutschland der Gegenwart, den Spiegel vor. Und das geht nur mit einer satten Portion Ironie.

Der in kurze Episoden zerfallende Roman über den jungen Fabian, der sich im Berlin der Weltwirtschaftskrise Ende der zwanziger Jahre des vorigen Jahrhunderts als Schreiberkraft und Werbetexter durchschlägt und sich gemeinsam mit seinem Freund Labude, ebenfalls Philologe in prekärer Existenz, laufend mit fehlendem Anstand und mangelnder Mitmenschlichkeit konfrontiert sieht, gilt als das herausragende Prosawerk des gebürtigen Dresdners.

Doch die frivole Erzählung ist es wohl eher nicht, woran als erstes denkt, wer den Namen Erich Kästner hört. Eher fallen einem seine Unterhaltungs- und Kinderbücher mit ihren rundum kinotauglichen Stoffen ein. Mit ihnen ist der Name Kästner ebenso untrennbar wie epochenübergreifend verbunden. Die ihnen innewohnende Lustspiel-Dramaturgie sorgte dann auch – wenig überraschend – dafür, daß „Emil und die Detektive“ (1928), „Pünktchen und Anton“ (1930), „Das fliegende Klassenzimmer“ (1933), „Drei Männer im Schnee“ (1934) und „Das doppelte Lottchen“ (1949) nicht nur zu großen Buch-, sondern auch, und zwar jeweils gleich mehrfach, zu Kinoerfolgen wurden. Die fabelhafte „Konferenz der Tiere“ (1949) diente sogar als Vorlage für den ersten abendfüllenden Zeichentrick-Farbfilm deutscher Provenienz.

Rekordhalter in puncto Verfilmungen ist „Das doppelte Lottchen“. In drei deutschen Produktionen schaffte die Komödie es auf die Leinwand: 2007 kam zur ersten Filmfassung von 1950 und Joseph Vilsmayers moderner Übertragung „Charlie & Louise – Das doppelte Lottchen“ (1994) noch eine niedliche Zeichentrickversion hinzu. Außerdem gibt es einen TV-Film von 2017, und fürs US-Kino wurde der Stoff auch mehrfach adaptiert.

Die zeitlos geniale Ausgangsidee, daß zwei Zwillinge, die wegen der Scheidung ihrer Eltern getrennt voneinander aufwachsen – Luise in Wien, Lotte in München –, einander in einem Ferienhaus zufällig begegnen und daraufhin einen Plan schmieden, die zerrissene Familie wieder zu vereinen, funktioniert immer und überall und kommt in jeder Variante so frisch und fröhlich daher, daß man meint, sie zum ersten Mal zu sehen. Es ist ein Charme, dem fast jeder erliegt, der den berühmten Kästner-Geschichten entströmt. „Etwas wundervoll Beschwingtes weht durch diese Bücher, alles steht sauber und klar an seinem Platz“, charakteristisch sein Zeitgenosse Hans Fallada 1932 in der Zeitschrift *Die Literatur* das Werk seines Kollegen, „und

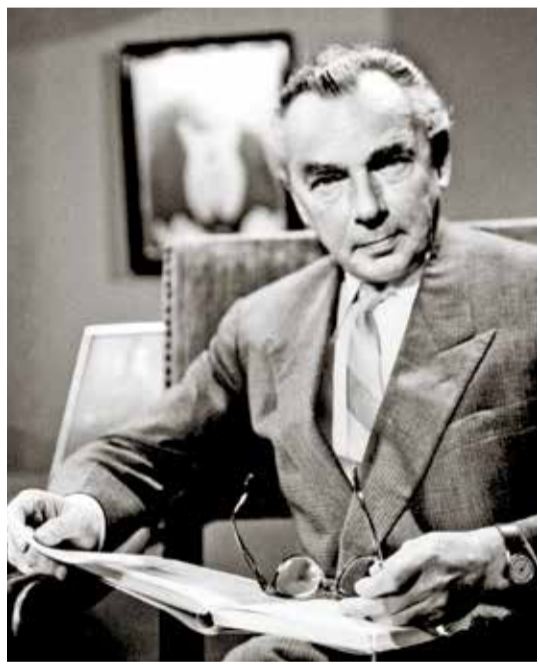
die Moral, die es gibt, ist eine anständige, moralinfreie Moral, die in jedes Milieu paßt“. Mit ihrer gewinnenden Heiterkeit bilden Kästners Kinderbücher einen verblüffenden Kontrast zu der Zeit, in der sie entstanden sind. Sein großes Talent fürs Leichte mußte auch NS-Propagandachef Goebbels anerkennen: Mit einer Sondergenehmigung durfte er in Ungnade Gefallene das Drehbuch zum großen „Münchhausen“-Film (1943) mit Hans Albers schreiben – unter dem (freilich nirgends auftauchenden) Pseudonym Berthold Bürger. Ein Name wie aus einem seiner komischen Romane.

Es war bereits der zweite Weltkrieg, den er am 23. Februar 1899 in Dresden zur Welt gekommene Dichter ab 1939 durchlitt. Im Ersten Weltkrieg hatte er als 17-jähriger bei der Artillerie gedient und die ganze Wucht der durch die Industrialisierung auf eine vollkommen neue Ebene gehobene Technik des Tötens zu spüren bekommen. Für sein späteres literarisches Schaffen sollte das Folgen haben.

Nach dem Krieg studierte er Germanistik, Geschichte, Philosophie und Theaterwissenschaften in Leipzig, Rostock und Berlin. Mit einer Arbeit über Friedrich den Großen und die deutsche Literatur wurde er 1925 promoviert und landete danach als Redakteur bei der *Neuen Leipziger Zeitung*. 1927 wechselte er in die deutsche Hauptstadt, wo er sich als freier Schriftsteller verdingte. Er schrieb Kritiken für die renommierte *Vossische Zeitung* und Carl von Ossietzkys *Weltbühne*. Mit Essays und den für ihn so typischen pointiert-sarkastischen Texten fürs Kabarett gelang es ihm, die Aufmerksamkeit eines wachsenden Publikums zu gewinnen.

Vor allem trifft das aber auf seine Gedichte zu, die bald in Sammelbänden erschienen. Den Anfang machte 1928 „Herz auf Taille“. Es folgten „Lärm im Spiegel“ (1929), „Ein Mann gibt Auskunft“ (1930), „Gesang zwischen den Stühlen“ (1932) und „Dr. Erich Kästners lyrische Hausapotheke“ (1936). Der Zeimode der Neuen Sachlichkeit verpflichtet, mit der die Kunst sich gesellschaftliche Relevanz verordnete, geht es darin oft um Alltägliches. Sozialkritisch werden die Nöte des einfachen, durch die Krisen der Zeit geplagten Bürgers aufgegriffen.

Der Krieg und die stringent antimilitaristische Haltung des linksliberalen Autors („Kennst Du das Land, wo die Kanonen blühen?“) sind ebenfalls Dauerbrenner. Sein Kollege Hermann Kesten nannte ihn „den lyrischen Reporter seines Zeitalters“, Kästner selbst seine Gedichte jedoch im Gestus der Unterbreitung simple „Gebrauchslyrik“. Während sein zeitkritischer Roman „Fabian“ auf



Schriftsteller Erich Kästner (1899–1974)



„Das doppelte Lottchen“ (1950), Literaturverfilmung nach dem gleichnamigen Roman von Erich Kästner, Regie: Josef von Baky

Verfilmungen wie jüngst die von 2021 mit Tom Schilling in der Titelrolle angewiesen ist, um dem Vergessen entrissen zu werden, hat Kästners oft augenzwinkernde Lyrik, die ihn in der Spätphase der Weimarer Republik zu einem der beliebtesten deutschen Literaten seiner Zeit machte, wegen ihrer Lebensnähe die Zeiten überdauert.

Stets verweigerte der Sohn eines Sattlermeisters sich der ideologischen Verzweckung der Kunst und dem Pathos, in dem er das Hypnotische witterte, das Demagogen und Despoten groß macht. Nicht in der proletarischen Revolution sah der Moralist das Heil, sondern in menschlichem Anstand, der sich im Privaten zu realisieren und zu bewähren hatte, ehe er zu einer gesellschaftlichen Größe werden konnte. Miterleben zu müssen, wie sich nach Hitlers Machtergreifung genau das Gegenteil dieses Ideals wie Mehltau über das ganze Land zu legen begann, führte ihn in eine Haltung pessimistischer Resignation. „Linke Melancholie“ warf ihm im gleichnamigen Artikel Walter Benjamin vor, die nicht Position beziehe und daher in fruchtlosen Fatalismus münde.

War es Fatalismus, der den Schriftsteller davon abhielt, sich im Gegensatz zu vielen seiner Kollegen ins Exil zu begeben? Oder wollte er einfach nur die geliebte Mutter Ida nicht im Stich lassen? Jedenfalls machte ihm das NS-Regime, das seinen „Fabian“ bei der Bücherverbrennung mit auf den Das-kann-weg-Haufen geworfen hatte, das Leben alles andere als leicht. Doch der zunächst in die Schweiz Abgewanderte entschied sich, seine Rolle als Zeitschmerz anzunehmen und in Deutschland zu bleiben. In einem Epigramm verglich er sich mit einem schwer zu verpflanzenden Baum. Zweimal kam er in Gestapo-Gewahrsam.

Seine Bücher mußte er wie viele seiner mit Berufsverbot belegten Kollegen im Ausland veröffentlichen. Er wählte die Schweiz. Passend dazu spielen die „Drei Männer im Schnee“ auch in den Alpen. Es folgten „Die verschwundene Miniatur“ (1935) und „Georg und die Zwischenfälle“ (1938).

Ab 1943 waren Kästners Schreibhände gebunden durch ein totales Verbot der literarischen Betätigung. Der Beharrliche überstand die dunklen Jahre, wurde nach dem Krieg in München Feuilletonchef der *Neuen Zeitung*, machte Kabarett an der von ihm mit gegründeten Schaubude und ab 1951 für *Die kleine Freiheit*. Für beide dichtete er auch. Sein letzter Lyrikband „Die 13 Monate“ erschien 1955. Von 1957 bis 1962 war er Präsident des PEN-Zentrums der Bundesrepublik. 1957 erschienen seine Jugenderinnerungen „Als ich ein kleiner Junge war“. Die autobiographischen Notizen wurden 1961 mit „Notabene 45“ fortgesetzt. Ebenfalls 1957 wurde der trotz mehrerer Dauerbeziehungen lebenslang Unverheiratete mit dem renommierten Georg-Büchner-Preis ausgezeichnet. In der letzten Lebensdekade wurde es ruhiger um den vielfach geehrten Poeten, der nach seinem Tod am 29. Juli 1974 selbst zum Namensgeber eines Literaturpreises wurde: Die Erich-Kästner-Gesellschaft in München ehrte mit dem Erich-Kästner-Preis Dichter wie Peter Rühmkorf (1979), Lorient (1984) oder Robert Gernhardt (1999). In diesem Jahr erhielt die in unregelmäßigen Abständen vergebene Auszeichnung der österreichische Autor Wolf Haas.

1956 war für die Bühne „Die Schule der Diktatoren“ entstanden, uraufgeführt im Februar 1957 an den Münchner Kammerspielen. Was offiziell als „Komödie in neun Bildern“ bezeichnet wurde, war in Wahrheit eine bissige Satire auf das schier unermeßliche in der Menschheit schlummernde

Potential, sich von Augenschwärmern, Hochstaplern und Politclowns für dumm verkaufen zu lassen. Entstanden selbstredend unter dem Eindruck der Hitlerjahre, handelt die Posse von einem mit eiserner Hand regierenden Diktator, der sich und seinem Volk eine Herrschaft aufs Lebenszeit verordnet hat. In Wahrheit ist er aber schon lange tot. Seine Hofschranzen, die für jedes totalitäre Regime unerlässlichen Himmlers, Görings und Goebbels, lassen vor den leichtgläubigen Augen eines auf Kurs getrimmten Volkes je nach Anlaß 14 unterschiedliche Marionetten auftreten, ausgebildet in der Schule der Diktatoren, der das Stück seinen Namen verdankt.

Man würde sich eine an die bundesrepublikanische Gegenwart angepaßte Bühnenfassung wünschen, in der Covid-19-Regime, Klimawahn und Gender-Verblödung karikiert werden. Aber wer würde das wagen? Man müßte schon so selbstmörderisch selbstvergessen sein wie Jakob Fabian, der Held des Romans, mit dem sein Autor warnen wollte „vor dem Abgrund [...], dem sich Deutschland und damit Europa näherten“. Mit dem schonungslosen Zeitdiagnostiker nimmt es nämlich ein böses Ende: Als er sich spontan zu einer hochmoralischen Rettungsaktion entschließt, muß er am eigenen Leib erfahren, wie fatal sich Treu und Redlichkeit in einer Zeit auswirken können, die aus den Fugen ist: Der Junge, den er vor dem Ertrinken retten wollte, schwimmt ans Ufer, Fabian geht, genau wie die Gesellschaft, die der Roman porträtiert, vor die Hunde.

Weiterführende Quellen:
Erich-Kästner-Gesellschaft e.V., Schloß Blumenburg, 81247 München
► <https://erichkaestnergesellschaft.de>
Erich-Kästner-Haus für Literatur e.V., Antonstraße 1, 01097 Dresden
► www.kaestnerhaus-literatur.de

In seinen Gedichten greift er oft sozialkritisch die Nöte des einfachen, durch die Krisen der Zeit geplagten Bürgers auf.

Philosophenzunft empfiehlt Unterwerfung unter den woken Ungeist

Angriff auf die Wissenschaftsfreiheit

An der Universität Hildesheim alimentiert die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) ein Forschungsprojekt zur „Geschichte der Philosophie in globaler Perspektive“, das der Frage nachgeht, inwiefern der Kolonialismus zur Entwertung philosophischer Traditionen in außereuropäischen Weltregionen beigetragen habe. An der Uni Jena finanziert die DFG seit 2022, ebenfalls mit einem sechsstelligen Betrag, ein langfristiges Projekt, das sich dem „Rassismus, Sexismus und Antijudaismus“ in den Werken der Immanuel Kant anschließenden Jenaer Meisterdenker Fichte, Schelling und Hegel widmet. Der Deutschen Philosophischen Gesellschaft scheint das noch nicht genug an ideologischer Unterwerfung unter den „erwachten“ Zeitgeist, wie die Philosophieprofessoren Michael Esfeld (Genf), Dieter Schönecker (Siegen) und Carola Frein von Villiez (Bergen) mit ihrer Kritik am jüngsten von der

Deutschen Gesellschaft für Philosophie publizierten Leitfadens über „Antidiskriminierung und inklusive Praxen in der Philosophie“ aufzuziehen. Darin geht es vor allem um die „Umsetzung von Diversität“. Das Papier „empfiehlt“ die „Dekolonisierung der Philosophie“, die Säuberung des Kanons von alten weißen männlichen Denkern und unterbreitet detaillierte Vorschläge zur Umsetzung von „Diversität“ bei Tagungen („Einladung Fachfremder sowie zivilgesellschaftlicher Aktivist:innen“). Zudem enthalte es Leitlinien für „Good Practices“, die das komplette akademische Leben im Fach Philosophie regulieren. Was sich hier noch als „Empfehlung“ tarne, dürfte sich bald zum Angriff auf die Wissenschaftsfreiheit und als Waffe gegen Andersdenkende entpuppen (*Cicero* vom 15. Juli 2024). (wm)

► www.cicero.de

Der erste Papst, der die Biennale in Venedig besucht

Kunst für Ausgegrenzte

Als erster Amtsinhaber hat Papst Franziskus Ende April die 60. Ausgabe der noch bis November in Venedig laufenden Biennale besucht. In erster Linie nicht, um der Kunst willen, sondern um ein gesellschaftspolitisches Zeichen zu setzen. Denn die Zentralausstellung unter dem Titel „Fremde überall“ konzentriert sich auf „Ausgegrenzte, Queere und Indigene“. Der vatikanische Beitrag dazu ist im wohl ungewöhnlichsten Pavillon angesiedelt, dem Frauengefängnis auf der Guadecca-Insel. Der Heilige Stuhl möchte dort die Begegnung zwischen Insassinnen, Künstlerinnen und Gästen fördern, um für die Belange der Ausgegrenzten zu werben. Statt die Schuld anderer anzuklagen oder auch über eigene Schuld zu verhandeln, werden Strafgefangene an Kunst herangeführt. Was dem Kunstverständnis des Papstes entspricht, wie er es für die Mission der Vatikanischen Museen festgehalten hat:

Kunst sei nicht nur ein glaubwürdiger Zeuge für die Schönheit der Schöpfung, sondern auch ein Werkzeug der Evangelisierung. Das die überwiegend nicht-katholischen Künstler aber nicht nutzen, weil sie ihre Arbeiten nicht als Akte der Evangelisierung begreifen wollen. Schließlich gehe es nicht darum, den Wahrheitsanspruch der römisch-katholischen Religion künstlerisch zu formulieren oder ihr einen künstlerischen Wahrheitsanspruch entgegenzusetzen. Längst, so räumen die relativistisch gestimmten vatikanischen Herren des Pavillons ein, gebe es nicht mehr die einzige umfassende Wahrheit einerseits und die multiplen, letztlich unvereinbaren Wahrheiten andererseits: „Das Leben verläuft irgendwo dazwischen“ (*Herder-Korrespondenz*, 6/2024). (dg)

► www.herder.de/hk/

Neue Datenbank zur Religionsfreiheit

BERLIN. Eine neue Datenbank des Internationalen Instituts für Religionsfreiheit (IIRF) soll künftig belastbare und leicht zugängliche Fakten zur weltweiten Religionsfreiheit liefern. Der Präsident des in Bonn ansässigen IIRF, Thomas Schirmacher, stellte die „Violent Incidence Database“ (VID, deutsch: Datenbank über die Häufigkeit von Gewalttaten) bei einer Veranstaltung des Stephanuskreises der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Bundestag in Berlin vor. Die VID sei darauf angelegt, alle Fälle von religiöser Gewalt und Diskriminierung in der Welt zu erfassen, sagte Schirmacher. Ihr Zweck sei, daß Forscher und Politiker die Möglichkeit haben sollten, diese Daten zu nutzen. Die Datenbank erfasse alle großen und kleinen Religionen, nicht nur das Christentum. Das unterscheidet sie etwa von der „World Watch List“ (Weltweite Beobachtungsliste) des christlichen Hilfswerks Open Doors. Weiter sagte Schirmacher: „Wer nicht einbezieht, daß die meisten Menschen auf dieser Welt religiös sind, kann nur schlechte Politik machen – nämlich an den Menschen vorbei.“ Echter Einsatz für Religionsfreiheit sei immer Einsatz für alle Religionen und weltanschaulich geprägten Menschen. „Daß von diesem Einsatz Christen als größte Glaubensgruppierung weltweit immer profitieren, ist zwar nicht Hauptmotivation, aber gut zu wissen.“ Initiator der Veranstaltung war der Arbeitskreis Religionsfreiheit (AKREF) der Evangelischen Allianz in Deutschland. Der nach dem ersten christlichen Märtyrer Stephanus (Apostelgeschichte 7) benannte Stephanuskreis ist ein überkonfessionelles Gesprächsforum innerhalb der Unionsfraktion im Bundestag. Er kümmert sich um die Situation verfolgter Christen in aller Welt. (idea)

► <https://iirf.global/>
► <https://akref.ead.de>

Spiele des Jahres ausgezeichnet

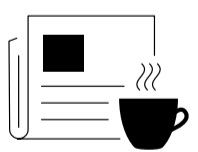
BERLIN. Das Zwei-Personen-Spiel „Sky Team“ ist als „Spiel des Jahres 2024“ ausgezeichnet worden. In dem für Kinder ab 10 Jahren empfohlenen Spiel aus dem Stuttgarter Kosmos-Verlag geht es darum, gemeinsam ein Passagierflugzeug sicher zu landen. Allerdings dürfen die beiden Spieler dabei nicht miteinander sprechen. Sie müssen Würfel den richtigen Feldern im Cockpit zuordnen, um das Flugzeug auszubalancieren, die Geschwindigkeit zu kontrollieren, die Landeklappen und das Fahrwerk auszufahren und den Tower zu kontaktieren. Angestreut werden können mit verschiedenen Schwierigkeitsgraden Flughäfen in aller Welt, von Montreal bis Tokio. „Die kurzen Partien sind im Erfolgsfall hoch belohnend und kitzeln bei einer mißglückten Landung, es sofort erneut zu versuchen“, heißt es in der Begründung der Jury. Zum diesjährigen Kinderspiel-Sieger (ab 6 Jahren) wurde die Schatzsuche „Die magischen Schlüssel“ gekürt. (JF)

► www.spiel-des-jahres.de

Sprachpranger

Harvest Basket

Handelsmarke der Lebensmittelkette Lidl für „Das Lockere“-Kartoffelpüree der Mecklenburger Kartoffelveredlung GmbH in Hagenow



Zeitschriftenkritik: mare

Sylt ohne Partysänger

THORSTEN THALER

Ob Theodor Storm, Christian Morgenstern, Thomas Mann und Max Frisch, die Verleger Peter Suhrkamp, Axel Springer und Henry Nannen, Gerd-Schulte-Hillen, Spiegel-Chefredakteur Rudolf Augstein oder heutige Fernsehpromis wie Günther Jauch und Johannes B. Kerner: Seit jeher übte die Insel Sylt auf zahlreiche Literaten und Medienleute eine große Anziehungskraft aus; ganz zu schweigen von den Reichen und Schönen des Jetset seit den Tagen eines Gunter Sachs und seiner zeitweiligen Ehefrau Brigitte Bardot. Der Feuilletonist Fritz J. Raddatz, ein gebürtiger Berliner, nannte seine Lieblingsinsel Sylt „ein nicht enden wollendes, sich ständig erneuerndes stetes kleines Wunder“. Er schwärmte ebenso von den Sommernächten wie von dem Licht der fahlen Wintersonne. „Das Meer erzählt seine Märchen, sie haben je einen anderen Klang, eine immer andere Farbe, wechselnd zu jeder Jahreszeit“, notierte er 2006 in seinem im Mareverlag veröffentlichten

Dem Leben abgeschaut

Ausstellung: Die Berliner Gemäldegalerie feiert den niederländischen Porträtmaler Frans Hals

REGINA BÄRTHEL

Er ist einem breiteren Publikum längst nicht so bekannt wie seine Zeitgenossen Peter Paul Rubens und Anthonis van Dyck, gehört aber dennoch neben jenen zu den bedeutendsten Porträtmalern der niederländischen, wenn nicht europäischen Kunstgeschichte. Nun bietet die Berliner Gemäldegalerie die Möglichkeit, seine Bilder zu entdecken: In der Ausstellung „Frans Hals. Meister des Augenblicks“ findet sich ein großer Teil des Werkes dieses ungewöhnlichen Malers versammelt – erstaunlicherweise zum ersten Mal in Deutschland.

Doch mit vollem Recht. Frans Hals (geboren 1582/84 in Antwerpen, gestorben 1666 in Haarlem) gehört zu jenen Meistern der Porträtkunst, denen es gelingt, die Dargestellten als Individuen einzufangen. Bereits in seinen frühen, den konventionellen Regeln folgenden Bildnissen ist dies zu erkennen: Es ist die Textur der Haut sowie eine kaum zu bestimmende Leibhaftigkeit und Körperspannung, die den Porträtierten eine ungemaine Lebendigkeit verleihen. Nicht selten strahlen sie Aktivität und Unmittelbarkeit aus, suchen den Blickkontakt zum Betrachter oder greifen gar aus dem ihnen zugewiesenen Rahmen heraus. Dies ist im Sinn des illusionistischen Trompe-l'œil-Effektes, einer perspektivischen Augentäuschung, durchaus wörtlich zu verstehen, wenn Hände aus dem gemalten Bildrahmen herausgreifen und ihn so als ein Fenster in eine nahezu gleichwertige Realität erscheinen lassen.

Doch Frans Hals sprengte auch im übertragenen Sinne den Rahmen, indem er Maßstäbe und Regeln des traditionellen Porträts veränderte. Ungewöhnlich wirken schon die vor der Brust verschränkten Arme, mit denen Hals 1622 Isaac Abrahamssz Massa porträtierte. Eine Geste des fast schon provokanten Selbstbewusstseins, durch die auch der Wohlstand des Haarlemer Kaufmanns und Diplomaten gut zur Geltung kommt, denn sein präzise ausgeführtes brokates Wams ist am Ärmel reich mit Goldfäden bestickt. Zugleich findet man bereits hier die für Frans Hals so typische spontane Malweise, die ihren Wiederhall in der Moderne finden wird: Bei aller Detailgenauigkeit des Bildes löst sich die voluminöse Halskrause aus weißer Spitze in feinste, den Impressionismus vorwegnehmende Pinselstriche auf. Eine Auflösung der Materialität, die immer öfter in den Werken von Frans Hals auftaucht und ihnen eine impulsive Lebendigkeit verleiht. Vom Gros seiner Auftraggeber wurden sie allerdings weniger goutiert, wirkte dieser freie Strich auf sie doch eher skizzenhaft, ja unfertig. (Das schlug sich selbstredend auch in Hals' Einkommen nieder, der finanziell bei weitem nicht so erfolgreich war wie seine beiden oben genannten Vorgänger.)

Seine Pinselführung machte ihn zum Vorreiter der Moderne

Massa hingegen war anderer Ansicht und schätzte den eigenwilligen Malstil. Wenige Jahre später entstand ein weiteres Porträt, das nun gänzlich vom distanzierten Standbild abweicht. Der sitzende Massa hat seinen Arm auf die Rückenlehne des Stuhls gelegt und wendet sich – offenbar im Gespräch – zur Seite. Eine lebendige und kommunikative Geste voller Aufmerksamkeit, die einem



Frans Hals, Malle Babbe, um 1640, Berlin: Eine nachgewiesene historische Person

Diplomaten gut zu Gesicht steht (und möglicherweise wieder Einzug in die internationale Diplomatie nehmen sollte).

Frans Hals verwendet diese Pose mehrfach, so auch beim „Bildnis eines Mannes mit Schlapphut“ aus dem Spätwerk. Es gehört zu den bekannteren Werken des Malers, wurde es doch aufgrund seiner modernen, expressiven Pinselführung von den Secessionisten – darunter Lovis Corinth und Max Liebermann – als ein früher Vorfahr und sogar als Bestätigung ihrer eigenen malerischen Auffassung angesehen.

Frans Hals erweiterte die Regeln des Porträts auch auf andere Art. War es durchaus üblich, prägnante „Köpfe von der Straße“ auf Genrebildern und Charakterstudien darzustellen, malte Hals für den freien Kunstmarkt auch Menschen der unteren, ja niederen Gesellschaftsschichten, darunter Schauspieler, Prostituierte, Vorbestrafte und geistig Behinderte. Das bekannteste unter ihnen ist die

„Malle Babbe“ (1640/46), die verrückte Barbara Barbara Claes aus Haarlem ist eine nachgewiesene historische Person, die 1646 wegen unsittlichen Verhaltens – sie bediente sich wohl schimpflicher Reden in der Öffentlichkeit – in das Haarlemer Arbeitshaus gebracht wurde. Das Gemälde, von Frans Hals so skizzenhaft gemalt wie kaum ein zweites, bewegt sich zwischen naturalistischem Porträt und humorigem, wenn auch schonungslosem Genrebild. Darüber hinaus regte die „Malle Babbe“ über die Zeiten zu unterschiedlichsten Interpretationen an: von der naheliegenden Deutung, Bierkrug und Eule auf dem Bild verwiesen auf das holländische Sprichwort „zo beschenken als een uil“ („so besoffen wie eine Eule“) bis hin zu einer Dämonisierung der breit lachenden Frau mit den ruinösen Gesichtszügen. Die durch das Porträt immerhin Unsterblichkeit erlangte, beeindruckte das

Gemälde doch mehr als 200 Jahre später niemand Geringeren als den französischen Realismus-Maler Gustave Courbet. Einträchtig hängt nun seine Kopie der „Malle Babbe“ neben dem Original.

Die luftig gehängte Ausstellung hält die eine oder andere interessante Entdeckung bereit. In einer Zeit der sinflutartig auf uns herabströmenden Selfies und hochgeschminkten Konterfeis von Politikern zeigt sie auch, was ein Porträt ausmacht – und vermitteln kann. Vor allem aber trägt die Ausstellung durch eine breit angelegte Kooperation erstmalig rund 50 der bedeutendsten Gemälde von Frans Hals aus öffentlichen und privaten Sammlungen in Europa, den USA und Kanada zusammen. Sie wurden zuvor schon in der Londoner National Gallery sowie im Rijksmuseum, Amsterdam, präsentiert, in Berlin aber durch weitere rund 30 Werke erweitert: Sie stammen aus Frans Hals' künstlerischem Umfeld in Haarlem; die Arbeiten seiner Konkurrenten wie seiner Werkstattsschüler lassen interessante Vergleiche zu – und zeigen, wie ungewöhnlich die freie Pinselführung des eigensinnigen Porträtierten zu seiner Zeit war. Später wird sie ihn zum Vorreiter der Moderne werden lassen, wenn sich Ende des 19. Jahrhunderts Impressionisten wie auch Realisten von Frans Hals inspiriert fühlen, was weitere Arbeiten von Gustave Courbet, Lovis Corinth oder Max Liebermann nachvollziehbar machen.

Mit neun Werken besitzt die Berliner Gemäldegalerie übrigens eine der umfangreichsten und damit herausragenden Sammlungen an Bildern von Frans Hals weltweit, darunter auch die berühmte „Malle Babbe“.

Die Ausstellung „Frans Hals. Meister des Augenblicks“ ist bis zum 3. November 2024 in der Berliner Gemäldegalerie, Matthäikirchplatz, täglich außer montags von 10 bis 18 Uhr zu sehen. Der Katalog (Hatje Cantz Verlag) mit 368 Seiten kostet im Museum 39 Euro.
► www.smb.museum/ausstellungen/

Dorn im Auge



Von Christian Dorn

Auf dem Zirkusplatz in Halberstadt, dem Anger, steht ein LKW, auf dessen Ladefläche ein Sarg, an der Seite ein Banner mit der Losung: „Wir werden nicht regiert, / sondern ruiniert.“ Das ruft sogleich zwei Streifenwagen der Polizei auf den Plan, wird doch hier offenkundig der Staat delegitimiert. Sekundiert wird dieses Bild durch die jüngste Meldung des Handelsblatts, der zufolge die Zahl der Insolvenzen in Deutschland in den ersten Jahreshälfte deutlich gestiegen ist. Aber vielleicht reagieren die betroffenen Unternehmen ja nur auf Wirtschaftsminister Robert Habeck und haben bloß entschieden, einfach nicht zu produzieren.

Doch unverhofft öffnet das Zukunftslabor Halberstadt – zur konstituierenden Sitzung des Stadtrats offenbar sich die bundespolitische Perspektive Deutschlands: Eröffnet wird die Versammlung durch den Alterspräsidenten Peter Windhövel von der AfD, der die neuen Stadträte vereidigt und in seiner Rede vor Brandmauern warnt. Zwölf AfD-Abgeordnete bilden mit zwei Abgeordneten der Freien Wähler eine gemeinsame Fraktion (14 Abgeordnete), was – durch das Verbot Hubert Aiwangers – schon zwei Stunden später einen Parteiausschluss zur Folge hat, so die Top-Meldung in den MDR-Nachrichten. Im Gegenzug haben sich die Merz-Gefallenen der CDU mit den Grünen zusammengeschlossen (15 Abgeordnete).

Der politische Irrsinn und die Urlaubssehnsucht rufen nach einer kurzweiligen Erlösung.

London calling im Radio: Memento mori – nicht nur für'n Tory. Washington waiting: Bidens next stage / Coming-of-Age. Doch dann geht es mir wieder durch den Kopf: Stell dir vor, es ist Krieg – und keiner kriegt's hin. Der politische Irrsinn einerseits und die Urlaubssehnsucht andererseits rufen indes nach einer kurzweiligen Erlösung. Diese bietet Anne Hashagen, die nicht nur als promovierte Wirtschaftswissenschaftlerin im Finanzwesen ihren Mann steht, sondern auch als Autorin reüssiert, so auch aktuell in ihrem ebenso expliziten wie witzigen Roman „Fucking Famous“ (Solibro). Dieser nimmt satirisch den delirierenden Digital-Fetischismus aufs Korn. Dessen Untertitel – „Wie ich zu einer Million Followern kam und dabei unendlichen Spaß hatte“ – wirkt dabei auf ganz analoge Weise reziprok: Verspricht die Lektüre doch ein rasantes Lesevergnügen für beide Geschlechter, wie auch die Begeisterung von Tina Roland oder Moses Pelham belegen. Philosophisch versiert erkennt die Erzählerin, daß – mit Sartre gesprochen – Influencer doch heute die eigentlichen Existentialisten seien, bevor sich am Ende die Erkenntnis Bahn bricht, der zufolge die lautmalereische Verwandtschaft von „Influencer“ und „Influenza“ kein Zufall sein kann. Wie aktuell diese epidemische Sichtweise ist, demonstrieren die neuesten Flirt-Varianten des Coronavirus.



Anne Hashagen: „Fucking Famous: Wie ich zu einer Million Followern kam und dabei unendlichen Spaß hatte.“ Roman. Solibro Verlag, Münster 2024, broschiert, 328 Seiten, 16 Euro



CD-Kritik: Emanuel Schikaneder et al. – Der Stein der Weisen

Zauberoper, jugendfrei

JENS KNORR

Seit Entdeckung von Mozarts Namen in einer Kopie der Partitur zu der Maschinen-Komödie „Stein der Weisen oder: Die Zauberinsel“, der Einspielung durch das Boston Baroque (1998) und szenischen Erprobungen ist die Kollektivarbeit der Herren Henneberg, Schack, Gerl und eben Mozart im Auftrag des Schauspielers, Sängers, Librettisten und Komponisten Emanuel Schikaneder im Gespräch. Letztes haben sich Konstantin Krimmel (JF 37/23) und die Hofkapelle München unter Rüdiger Lotter nachdrücklich für die Baritonpartien des Singspiels und überhaupt für das Genre der Zauberoper mit Grips und Stimme eingesetzt.

Nun hat Lotter mit demselben Klangkörper sowie dem Chor der Klangverwaltung und sowohl jungen als auch gestandenen Gesangssolisten die Diskussion um die richtige Fassung mit seiner Version des Singspiels bereichert.

Was das Orchester über die Bostoner Einspielung hinaus der Partitur abzuhorchen sucht, ihren Tief- im Flachsinn, ihre kostbaren musikalischen Momente aus unterster Schublade, hier wie da auf historischen Instrumenten, das nehmen die Sänger der Münchner Einspielung leider nur bedingt auf. Allzusehr scheinen sie das Folgestück, nämlich Mozarts „Zauberflöte“, mitdenken, mitsingen und mitsprechen zu wollen. Das macht bewußt, daß Schikaneders Vorstadoper zwar durchaus auf Tonträger überwinden kann, aber auf die Bühne gehört, mit Scherz, Ironie und tieferer Bedeutung exekutiert, die Scherze bietet stets unter der Gürtellinie, wie es sich für Wolfgang Amadé gehört.



Emanuel Schikaneder Der Stein der Weisen Sony Classical 2024
► www.sonyclassical.de
► <https://hofkapelle-muenchen.de>



Kontakt: mareverlag GmbH & Co. oHG, Pickhuben 2, 20457 Hamburg. Das Einzelheft kostet 13,50 Euro, ein Jahresabo für sechs Hefte 67,50 Euro.
► www.mare.de

Die Hölle im Bühnenformat

Zeitgeschichte auf Leinwand: Sechzig Jahre nach dem Frankfurter Auschwitz-Prozess kommt dessen Adaption fürs Theater durch den Dramatiker Peter Weiss als vierstündiger Filmmarathon ins Kino. Ist das für Zuschauer zu ertragen?

DIETMAR MEHRENS

Die „abgründigste Unmenschlichkeit“ auf die Bühne zu bringen und auf diese Weise eine Katharsis im Volk der Urheber dieses Grauens zu bewirken war das Ziel, das der Dramatiker Peter Weiss (1916–1982) mit seinem Schauspiel „Die Ermittlung“ verfolgte. Ihm lag der von Dezember 1963 bis August 1965 gegen 18 Angehörige des Aufsichts-, Sanitäts- und Wachmannschaftspersonals des KZ Auschwitz geführte Prozess zugrunde, der zwanzig Jahre nach der Befreiung des Tötungslagers auf eine Gesellschaft stieß, die lieber nach vorn als zurück in die Vergangenheit blicken wollte. Die Uraufführung des „Oratoriums in 11 Gesängen“ erfolgte am 19. Oktober 1965 parallel in mehreren deutschen Großstädten sowohl der Bundesrepublik als auch der DDR sowie in London und schrieb damit ein Stück europäischer Theatergeschichte.

Das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau, etwa drei Kilometer von Stammlager zwischen Gleiwitz und Krakau entfernt, war von 1941 bis zum Ende des Krieges in Betrieb. Außer den dorthin deportierten europäischen Juden wurden hier unter Mißachtung des Völkerrechts in großer Zahl auch sowjetische Kriegsgefangene ermordet. Leiter war Obersturmbannführer Rudolf Höß.

Während der Gerichtsverhandlung und eines Vor-Ort-Termins in Auschwitz angefertigte Aufzeichnungen, Prozessberichte aus der Tagespresse (namentlich Bernd Naumanns Beiträge für die FAZ) sowie „Kommandant in Auschwitz“, die in polnischer Gefangenschaft niedergeschriebenen Erinnerungen des vom Obersten Volksgericht Polens abgeurteilten und 1947 hingerichteten Rudolf Höß (in deutscher Sprache 1958 herausgegeben von Martin Broszat), dienen als Grundlage für die dramatische Verdichtung, die Weiss bei der Abfassung des Stücks vornahm. Täter, Mitläufer und Opfer des berüchtigten Konzentrationslagers kommen zu Wort. Die Angeklagten sind dieselben wie die im Frankfurter Prozess vor Gericht gestellten und tragen ihre richtigen Namen. Als „Chor“ des „Oratoriums“ fungiert ein Konzentrat der mehr als 300 Zeugen, die in Frankfurt befragt wurden. Die Kunst war hier vor allem die Kunst der dramaturgisch wirkungsvollen Anordnung der vielen Zeugnisse. Denn natürlich folgt eine Gerichtsverhandlung keiner Theater-Dramaturgie.

Rückgriff auf die antike Kunstform der Klagelieder

Formal griff der Autor zurück auf die antike Kunstform der Klagelieder, die auch ein Buch der Bibel bilden. Tatsächlich gesungen wird aber nicht. Die 33 Abschnitte, in die er sein Dokumentarspiel gliederte, waren als Anspielung gedacht auf die Zahl der Gesänge über das Inferno in Dantes „Göttlicher Komödie“. Denn mit einer Hölle bekommt man es bei den erschütternden Aussagen der Angeklagten und Zeugen, die Peter Weiss auf sein Publikum einprasseln läßt, in der Tat zu tun, jener Hölle, die laut Jean-Paul Sartres „Huis clos“ die anderen sind. „Die Ermittlung“ zeigt, wie wenig nötig ist, damit Menschen ihren Mitmenschen zum Inferno werden.

Nachdem sich in diesem Jahr bereits Jonathan Glazers Experimentalfilm „The Zone of Interest“ (JF 9/24) des Themas Auschwitz angenommen hat, wird es nun bei RP Kahls Filmadaption des Bühnenstücks von Peter Weiss künstlerisch noch radi-



FOTOS: RALF LEONIE/STUDIO5

Richter (Rainer Bock), Staatsanwalt (Clemens Schick), eine Häftlingszeugin (Christiane Paul), Verteidiger (Bernhard Schütz): Zeugenaussagen und Tätereinlassungen werden möglichst unverfälscht und authentisch szenisch reproduziert

kaler: In bester „Dogville“-Manier wird das Medium Film auf Bühnenformat geschrumpft, und mit vier Stunden Spieldauer nähert sich der Regisseur nicht nur thematisch, sondern auch hinsichtlich der Filmlänge Claude Lanzmanns „Shoah“-Dokumentation von 1985 (die sogar noch fünf Stunden länger war) und erschafft damit ein eindringliches Stück Erinnerungskultur. Nach intensiven vierwöchigen Proben erweckten sechzig Schauspieler den Text von Peter Weiss für die Kinoleinwand zum Leben. An insgesamt fünf Drehtagen wurden die einzelnen Gesänge im Studio Berlin-Adlershof mit einem ausgefeilten visuellen Konzept in jeweils nur einer Einstellung gedreht – eingefangen von insgesamt acht Arri-Kameras.

Der Richter (Rainer Bock), der Vertreter der Anklage (Clemens Schick) und Bernhard Schütz als Verteidiger befragen während der Verhandlung 28 Zeugen dazu, was sich hinter den Stacheldrahtzäunen des Vernichtungslagers zugetragen hat. Weitere elf Geladene stammen aus dem Kreis der ehemaligen Lagerverwaltung. Gespielt werden die Zeugen von so prominenten Darstellern wie Karl Markovics, Peter Lohmeyer, André Hennicke, Marco Hofschneider, Nicolette Krebitz, Christiane Paul und Sabine Timoteo. Richter und Staatsanwalt fordern die 18 Angeklagten immer wieder dazu

auf, zu den von den Zeugen geschilderten Tathergängen Stellung zu beziehen. Mit Formulierungen wie „Da war ich gar nicht zuständig“ oder „Es war ein Befehl, ich hatte als Soldat zu handeln“ ziehen sie sich zumeist auf ihre Dienstpflicht und Weisungsgebundenheit zurück.

„Herr Vorsitzender, uns wurde das Denken abgenommen“

Die elf Gesänge, die jeweils ein Luftbild des Konzentrationslagers einleitet, folgen, beginnend mit dem „Gesang von der Rampe“, einer auf Steigerung abzielenden Dramaturgie. Im „Gesang von der Schaukel“ kommen die Folterverhöre politischer Gefangener zur Sprache. Im „Gesang von der Schwarzen Wand“ geht es um die willkürlichen lagerinternen Hinrichtungen. Im 5. Gesang „vom Ende der Lili Toffler“ wird die Legende von der „befehlsbestimmten Verantwortung“ widerlegt: Die Gefangene Lili Toffler wurde erst vom SS-Oberscharführer Wilhelm Boger mit Scheinhinrichtungen gequält und dann mit zwei Herzschüssen getötet, weil sie einen Brief an ihren ebenfalls inhaftierten Freund geschrieben hatte.

Der „Gesang vom Unterscharführer Stark“ exemplifiziert die Auswirkungen von ideologischer Schulung und Drill. „Herr Vorsitzender, uns wurde das Denken abgenommen“, rechtfertigt der zu Beginn seines Dienstes im Lager kaum zwanzig Jahre alte Adjutant sein Mitläuferum, und für Verbrechen gegen die Menschlichkeit liefert Stark mit entwerfender jugendlicher Naivität die Erklärung, ihm sei doch immer wieder „eingehämmert“ worden, wie Juden zu behandeln seien.

Im „Gesang vom Phenol“ geht es um die von KZ-Ärzten veranlaßten tödlichen Phenol-Injek-

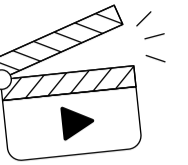
tionen. Am Ende stehen die Gesänge „vom Zyklon B“ und „von den Feueröfen“. Zitiert wird der Ausspruch des Lagerkommandanten: „Jetzt bin ich doch beruhigt, jetzt haben wir das Gas, und all diese Blutbäder bleiben uns erspart.“

„Die Ermittlung“ löste nach der Uraufführung 1965 Diskussionen darüber aus, ob das Grauen der Tötungsfabriken sich überhaupt für eine künstlerische Bewältigung eignet. Konterkariert nicht das Bemühen, die Zeugenaussagen und Tätereinlassungen möglichst unverfälscht und authentisch szenisch zu reproduzieren, den Anspruch an die Kunst zu abstrahieren und zu fiktionalisieren? Formal ein Theaterstück, ist „Die Ermittlung“ in der Wahrnehmung des Zuschauers weniger Kunst als Gericht in Bühnenform. Regisseur RP Kahl hat sich für seine Filmadaption an Interpretationen des Textes orientiert, die auf Stilisierung und Theatralik zugunsten eines zwar – wie vom Autor beabsichtigt – rhythmisierten, ansonsten aber nüchternen, distanzierten und entemotionalisierten Sprechens verzichten.

Das Ergebnis ist, wie immer, wenn Auschwitz verhandelt wird, schwer zu ertragen und erinnert an die schon erwähnte Pionierarbeit von Claude Lanzmann und die Filme über den Eichmann-Prozess von 1961. In Anbetracht von 240 Filmminuten wird sich der Sensationserfolg von „The Zone of Interest“ (JF 9/24) sicherlich nicht wiederholen, aber engagierte deutsche Lehrkräfte all-gemeinbildender Schulen werden die Chance, zwei Gesichte-Doppelstunden in den Kinosaal zu verlegen, wohl in großer Zahl nutzen. Die Deutsche Film- und Medienbewertungstelle in Wiesbaden verlieh dem Film das „Prädikat besonders wertvoll“.

Kinostart ist am 25. Juli 2024

Filmkritik



Zeuge einer Verschwörung

Die Tat eines Einzelnen

Von Werner Olles

Auf einer Aussichtsplattform in Seattle wird am amerikanischen Nationalfeiertag der US-Senator Charles Carroll (Bill Choyce) ermordet. Bei der versuchten Festnahme des Attentäters stürzt dieser in die Tiefe. Zeugen des Attentats sind der Lokalreporter Joe Frady (Warren Beatty), die TV-Reporterin Lee Carter (Paula Prentiss) und Carrolls Berater Austin Tucker (William Daniels). Eine Untersuchungskommission kommt zu dem Schluß, daß der Anschlag die Tat eines Einzelnen war.

Wenig später erhält Frady von Lee die Information, daß weitere Zeugen des Attentats unter dubiosen Umständen ums Leben kamen. Danach wird auch sie tot aufgefunden. Bei Joe erhärtet sich der Verdacht einer Verschwörung, und er sucht nach Hinweisen auf den verschwundenen Tucker. Schließlich findet er Unterlagen der Parallax Corporation, die anscheinend Auftragsmörder rekrutiert. Es gelingt ihm, den untergetauchten Tucker aufzuspüren, doch bei einem Ausflug mit dessen Jacht werden dieser und sein Leibwächter durch eine Sprengladung getötet.



DVD: Zeuge einer Verschwörung. Plaion Pictures, Laufzeit 98 Minuten

Unter falscher Identität läßt sich Frady von der Parallax Corporation anwerben. Er wird etlichen Tests unterzogen, und man spielt ihm einen Film vor, der sich mit den Grundwerten der Verfassung und der Bereitschaft zur Gewalt befaßt. Als er von der Firma seinen ersten Auftrag erhält, verfolgt er den ihm bekannten Attentäter und findet sich in einem riesigen Saal wieder, in dem ein Wahlkampfauftritt von Senator John Hammond (Jim Davis) stattfindet. Der Senator wird von Parallax aus dem Hinterhalt erschossen und der Verdacht auf Joe gelenkt, der ebenfalls von einem Parallax-Killer getötet wird. Die Untersuchungskommission stellt fest, daß die Ermordung des Senators die Tat des Einzelgängers Joe Frady war.

Alan J. Pakulas Politthriller „Zeuge einer Verschwörung“ („The Parallax View“, USA 1974) bildet mit „Klute“ (1971) und „Die Unbestechlichen“ (1976) die sogenannte „Paranoia-Trilogie“ im Werk des Regisseurs. Vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Entwicklung in den USA gilt der Film als symbolischer Ausdruck der paranoiden regierungsfeindlichen Stimmung seit den Kennedy-Attentaten, dem Watergate-Skandal und dem Vietnamkrieg, die dem ganzen Land ihren Stempel aufdrückten. Pakulas Film zeigt, daß das alte Amerika mit seinen anachronistischen Wertvorstellungen endgültig gestorben ist.

TERMINE

- ACHBERG**
Bis 13.10.2024: Schwäbische Impressionisten. Fotomuseum zwischen Neckar und Bodensee 1895–1925. Ausstellung mit mehr als 100 Werken im Schloß, Gartenstraße 107. Sa./So. 11 bis 18 Uhr, Fr. ab 14 Uhr. Info: 0751 / 85 95 10, www.schloss-achberg.de
- ALKERSUM**
Bis 08.09.2024: Schippermütz und feiner Zwirn. Friedrich Wilhelm, alias „Fide“, Struck fotografiert Arbeitswelten an der Waterkant 1930–1933. Ausstellung im Museum Kunst der Westküste, Hauptstraße 1. Täglich außer montags 10 bis 17 Uhr. Info: 046 81 / 747 40-0, https://mkkdw.de
- Bis 03.11.2024:** Frischer Wind. Impressionen im Norden. Ausstellung mit rund 60 Werken im Museum Kunst der Westküste, Hauptstraße 1. Täglich außer montags 10 bis 17 Uhr. Info: 046 81 / 747 40-0, https://mkkdw.de
- Bis 12.01.2025:** 600 Fuß über NN – Das Wattenmeer. Fotografieren von Peter Hamel. Ausstellung im Museum Kunst der Westküste, Hauptstraße 1. Täglich außer montags 10 bis 17 Uhr. Info: 046 81 / 747 40-0, https://mkkdw.de
- ASCHAFFENBURG**
Bis 18.08.2024: Homo sapiens raut Heimspiel für Gresser & Lentz. Ausstellung mit etwa 150 Originalen der beiden Karikaturisten in der Kunsthalle Jesuitenkirche, Pfaffengasse 26. Täglich außer montags 10 bis 17 Uhr. Info: 0 60 21 / 3 86 74-500, www.museen-aschaffenburg.de/kunsthalle-jesuitenkirche
- BAD HOMBURG**
Bis 31.12.2024: „120 Jahre Gordon

- Bennett-Rennen von 1904“ und „E3 Der große BMW und Wundercars“. Doppelexposition im Automobilmuseum Central Garage, Niedersterder Weg 5. Täglich außer montags und dienstags 12 bis 16.30 Uhr. Info: 061 72 / 597-60 57, www.central-garage.de
- BERLIN**
Bis 04.08.2024: Caspar David Friedrich. Unendliche Landschaften. Ausstellung (JF 19/24) mit 110 Werken in der Alten Nationalgalerie, Bodestraße. Täglich außer montags 10 bis 18 Uhr, Fr./Sa. bis 20 Uhr. Info: 030 / 266 42 42-42, www.smb.museum
- Bis 04.08.2024:** Faszination Rom. Maarten van Heemskerck zeichnet die Stadt. Ausstellung mit rund 170 Arbeiten im Kulturforum, Matthäikirchplatz. Täglich außer montags 10 bis 18 Uhr, Do. bis 20 Uhr. Info: 030 / 266 42 42-42, www.smb.museum
- Bis 02.09.2024:** Arbeit und Freizeit in Kunst aus Japan. Ausstellung im Humboldt-Forum, Schloßplatz. Täglich außer montags 10 bis 18 Uhr, Do. bis 20 Uhr. Info: 030 / 266 42 42-42, www.smb.museum
- Bis 02.09.2024:** Auf nach Italien. Mit Liebermann in Venedig, Florenz und Rom. Ausstellung in der Liebermann-Villa am Wannensee, Colomierstraße 3. Täglich außer dienstags 11 bis 17 Uhr. Info: 030 / 805 85 90-0, https://liebermann-villa.de
- Bis 03.11.2024:** Prinzip Held. Von Heroisierungen und Heroismen. Ausstellung des Militärhistorischen Museums der Bundeswehr im Hangar 5 des Flugplatzes Gatow, Am Flugplatz Gatow 33. Täglich außer montags 10 bis 18 Uhr. Info: 030 /

- 36 87-26 66, -26 73, www.mhmbw.de
- BERNRIED**
Bis 12.01.2025: Sammlung Buchheim – Inside Out? Gemälde, Zeichnungen und Drucke. Studioausstellung im Buchheim Museum, Am Hirschgarten 1. Täglich außer montags 10 bis 17 Uhr, Sa./So. bis 20 Uhr. Info: 0 81 58 / 99 70 43, www.buchheimmuseum.de
- BONN**
Bis 29.09.2024: Der Weg zum Grundgesetz. Fotografien von Erna Wagner-Hehrhrie. Ausstellung im Haus der Geschichte, Museumsmeile, Willy-Brandt-Allee 14. Täglich außer montags 9 bis 19 Uhr, Sa./So. 10 bis 18 Uhr. Info: 02 28 / 91 65-400, www.hdg.de
- BREMERHAVEN**
Bis 31.11.2024: Immer weiter – Die Hanse im Nordatlantik. Ausstellung des Deutschen Schiffahrtsmuseums zum Einfluß von Bremer und Hamburger Kaufleuten des 17. Jahrhunderts im Nordatlantik, Hans-Scharoun-Platz 1. Täglich außer montags 10 bis 18 Uhr, Do. bis 20 Uhr. Info: 042 07-0, www.dsm.museum/museum/ausstellungen
- DRESDEN**
Bis 18.08.2024: Jahrhundertzeugen. Irena Rutherford-Rabinowicz – auf den Spuren einer jüdischen Künstlerin. Ausstellung in der Städtischen Galerie, Wilsdruffer Straße 2. Täglich außer montags 10 bis 18 Uhr, Fr. bis 19 Uhr. Info: 03 51 / 488 72 72, https://galerie-dresden.de
- Bis 01.09.2024:** Zeitlose Schönheit. Eine Geschichte des Stilllebens. Ausstellung mit etwa 90 Gemälden im Zwinger, Theaterplatz 1. Täglich außer montags 10 bis 18 Uhr.

- Info: 03 51 / 49 14 20 00, https://gemaeldegalerie.skd.museum
- EMDEN**
Bis 31.12.2024: Expressionismus. Unverstanden, angegriffen, gefeiert. Ausstellung zur Geschichte des Expressionismus in der Kunsthalle, Hinter dem Rahmen 13. Täglich außer montags 10 bis 17 Uhr, Sa./So. ab 11 Uhr. Info: 0 49 21 / 97 50 50, https://kunsthalle-emen.de
- FRANKFURT AM MAIN**
Bis 11.08.2024: Wälder. Von der Romantik in die Zukunft. Mehrteilige Ausstellung im Deutschen Romantik-Museum, Großer Hirschgraben 21, im Senckenberg Naturmuseum, Senckenberganlage 25, und im Museum Sinclair-Haus in Bad Homburg, Löwengasse 15, Eingang Dorotheenstraße. Täglich 10 bis 18 Uhr, Do. bis 21 Uhr. Info: 059 / 1 38 80-0, https://waelder-ausstellung.de
- HAMBURG**
Bis 17.08.2024: In Würde Abschied nehmen. Interaktive Ausstellung der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW) für Pflegekräfte, ärztliches Personal und Ehrenamtliche im Museum der Arbeit, Wiesenrand 3. Täglich außer dienstags 10 bis 17 Uhr, Sa./So. bis 18 Uhr, Mo. bis 21 Uhr. Info: 040 / 428 133 0, www.shm.de
- Bis 01.09.2024:** Expedition Schneeleopard. Interaktive Ausstellung des NABU – Naturschutzbund Deutschland e.V. im Museum der Natur, Bundesstraße 52. Täglich außer montags 10 bis 17 Uhr. Info: 040 / 23 83 17-555, https://hamburg.leibniz-lib.de
- Bis 01.01.2025:** Impressionismus. Deutsch-französische Begegnungen. Ausstellung mit rund 80 Werken in der Lichtwerk-Galerie der Kunsthalle, Glockengießerwall 5. Täglich außer montags 10 bis 18 Uhr, Do. bis 21 Uhr. Info: 040 / 42 81 31-200, www.hamburger-kunsthalle.de
- HANNOVER**
Bis 02.02.2025: Tageszeiten. Caspar David Friedrich in Hannover. Kabinetausstellung mit sechs Gemälden im Landesmuseum, Willy-Brandt-Allee 5. Täglich außer montags 10 bis 18 Uhr. Info: 0511 / 98 07-696, www.landmuseum-hannover.de
- HUSUM**
Bis 08.09.2024: „Durchlaucht läßt bitten ...“ Prinzessin Vilma Lwoff-Parlaghy – Porträtmalerin der New Yorker High Society. Ausstellung im Nordfriesland Museum, Nissenhaus, Nordhusumer Straße 13. Täglich außer montags 11 bis 17 Uhr. Info: 0 48 01 / 2545, www.museumsverbund-nordfriesland.de
- KAISERSLAUTERN**
Bis 22.12.2024: Neuland – 200 Jahre Auswanderung nach Brasilien. Ausstellung im Waggasserhof des Theodor-Zink-Stadtmuseums,

- Steinstraße 48. Mi-Fr. 10 bis 17 Uhr, Sa./So. 11 bis 18 Uhr. Info: 06 31 / 365-2327, www.kaiserslautern.de
- NÜRNBERG**
Bis 26.01.2025: Mikrowelten Zinnfiguren. Sammlung von Alfred R. Sulzer. Ausstellung mit über 100 Szenen und Einzelfiguren im Germanischen Nationalmuseum, Kartäusergasse 1. Täglich außer montags 10 bis 18 Uhr, Mi. bis 20.30 Uhr. Info: 09 11 / 13 31-0, www.gnm.de
- POTSDAM**
Bis 18.03.2024: Karl Foerster. Neue Wege – Neue Gärten. Ausstellung zu dem Gartenpionier im Potsdam-Museum – Forum für Kunst und Geschichte, Am Alten Markt 9. Täglich außer montags 12 bis 18 Uhr. Info: 03 31 / 289 68 68, www.potsdam-museum.de
- Bis 29.09.2024:** Karl Hagemeister. „Die Natur ist groß“. Jahreszeitliche Impressionen. Ausstellung im Potsdam-Museum – Forum für Kunst und Geschichte, Am Alten Markt 9. Täglich außer montags 12 bis 18 Uhr. Info: 03 31 / 289 68 68, www.potsdam-museum.de
- RATINGEN**
Bis 20.07.–03.10.2024: Im Widerstand gegen Hitler: Hans Lukaschek, Paulus van Hussen, Michael Graf Matuschka und der Kreisauer Kreis. Ausstellung im Oberschlesischen Landesmuseum, Bahnhofstraße 62. Mi.–So. von 11 bis 18 Uhr. Info: 021 02 / 96 50, https://oberschlesisches-landesmuseum.de
- WEIMAR**
Bis 15.08.2024: Bauhaus und Nationalsozialismus. Ausstellung im Bauhaus-Museum, Stéphane-Hessel-Platz 1. Täglich außer dienstags



Wassily Kandinsky, Scheveningen – Strand, Öl auf leinenbezogenem Karton, 1904: Ausstellung „Frischer Wind – Impressionismus im Norden“ im Museum Kunst der Westküste in Alkersum auf der Insel Föhr (bis 3. November)

Alle Angaben ohne Gewähr

Fehlt hier Ihr Veranstaltungshinweis? Ankündigungen schicken Sie bitte an: E-Mail: redaktion@jungefreiheit.de oder Brief (Hohenzollerndamm 27a, 10713 Berlin) an die JF-Termintelle.

Meerumschlungen und Kreidegrün

Sehnsuchtsorte: Die Insel Rügen zeichnet sich durch ihre vielfältige Landschaft, eine beeindruckende Bäderarchitektur, lange Sandstrände und ihr Kulturangebot aus. Sie gehört damit zu den beliebtesten Reisezielen der Deutschen. Die JF hat sich dort umgesehen

Die Kreidefelsen sind das Wahrzeichen Rügens: Caspar David Friedrich hielt sie in einem seiner berühmten Gemälde fest



Villa Baltik: Noble Unterkunft



Urlauberin: Entspannung pur



Abendstimmung auf Rügen: Unvergleichliches Farbenspiel auf der Insel der Romantik

HINRICH ROHBOHM, RÜGEN

Der ICE hat den Bahnhof von Stralsund verlassen. Jetzt bewegt er sich auf Deutschlands größte Insel zu. Rügen. Noch eine kurze Fahrt über die Brücke. Erste Passagiere sind bereits dichter an die Fensterscheiben des Zuges gerückt. Dann ist sie zu sehen. Die Ostsee. Tiefblau empfängt sie ihre Gäste heute. Das ist nicht immer so. Gerade die stetig wechselnden Farben des hiesigen Meeres sind es, die im Laufe der Jahrhunderte zahlreiche Künstler in Verzückung versetzten und ihre Inspiration antregten.

Den Maler Caspar David Friedrich etwa, der, in Greifswald geboren, auf Rügen 1818 sein Gemälde vom Kreidefelsen erschuf. Am 5. September wird die Insel seinen 250. Geburtstag feiern. Auch Gerhart Hauptmann, Theodor Fontane, Ernst Moritz Arndt und Johannes Brahms zog die Insel zu ihren Liebsleuten in ihren Bann. Nicht zuletzt deshalb wird Rügen gern auch als Insel der Romantik bezeichnet. Letzte Station. Ostseebad Binz. Der Zug hält. Und draußen scheint die Zeit stehen geblieben zu sein. Ein schmuckes Bahnhofgebäude mit weiß verputzter Fassade, roten Ziegeldächern und einem kleinen Türmchen obendrauf empfängt die Ankommenden. Dann heißt es eintauchen in die gemächlich-geruhige und gemächliche Atmosphäre Rügens, die zum Charme der Insel beiträgt.

versehen. Doch halt. Hatte es in Theodor Fontanes Roman „Effi Briest“ nicht heißen, „nach Rügen reisen, heißt nach Sassnitz reisen“?

Also zunächst auf nach Sassnitz, zur Halbinsel Jasmund, in dessen gleichnamigem Nationalpark sich schließlich auch die Kreidefelsen samt Königstuhl befinden. Villen, Wellen und Möwen müssen warten. Ebenso wie ein gutes Dutzend Reisender, die ebenfalls den Bus in den Erholungsort auf der Halbinsel nehmen wollen. Ist er dann aber mal da, hält er dafür an nahezu jeder Milchkanne. Sage und schreibe 21 Haltestellen klappert das öffentliche Gefährt ab, bis es die knapp 10.000 Einwohner zählende Hafenstadt erreicht.

Wandern durch den Nationalpark oder entlang der Steilküste

Vom Meer aus, so heißt es, soll Sassnitz wie die italienische Stadt Genua aussehen. Vielleicht, weil das Wasser hier am Hafen gelegentlich wie in mediterranen Gefilden grünlich und türkis schimmert. Vielleicht hat aber auch einfach ein Matrose beim Blick vom Meer auf die Stadt vorher zu stark in die Flasche geschaut.

Denn eigentlich ist es ein typisch norddeutsches maritimes Flair, das hier vorherrscht. Fischbrötchen-Buden. Vor Anker liegende Kutten. Und wer die Sassnitzer Küste entlang spaziert, taucht vielmehr tief in die deutsche als in die italienische See ein. Fontane inspirierte der Ort dazu, Anregungen für seinen 1896 entstandenen Roman „Effi Briest“ einzufangen. Caspar David Friedrich war hier, um das unvergleichliche Farbenspiel für seine Malerei auf Rügen“ führte, das Weltruhm erlangen sollte. Und Johannes Brahms komponierte hier 1876 den letzten Satz seiner ersten Sinfonie. Auch die deutsche Kaiserin Auguste Viktoria nutzte Sassnitz 1890 für einen längeren Sommerurlaub in der Villa Martha. Selbst der Kommunistenführer Lenin war hier, befand sich während des Ersten Weltkriegs von seinem

Schweizer Exil aus Richtung Petrograd in Sassnitz auf der Durchreise.

Auf Durchreise befindet sich auch die JF. „Entweder lange wandern oder den Anschluss Richtung Lohme nehmen“, ruft der Busfahrer. Wandern geht hier mehr als ausgiebig. Entweder quer durch den mächtig bewaldeten Nationalpark Jasmund oder unten am Wasser entlang der Steilküste. Besonders reizvoll: der Weg über dem Wasser auf dem Hochuferweg, auf dem man einen noch spektakuläreren Blick auf die Farbenspiele der Ostsee hat. Acht Kilometer Fußmarsch sind das von Sassnitz aus bis zum Königstuhl.

Schneller geht es mit dem Anschlussbus weiter Richtung Lohme, einem alten Fischerdorf, das ebenfalls für einen Vergleich mit Italien herhalten muß und aufgrund seines atemberaubenden Ausblicks auf der Steilküste hinaus auf das Meer als das Capri der Insel Rügen gilt.

Hier heißt es auf einem Großparkplatz im Ortssteil Hagen aussteigen. Der Königstuhl ist von hier aus noch etwa drei Kilometer entfernt. Ein Shuttle-Bus bringt Besucher dorthin. Einige haben sich aber ihren Rucksack auf den Rücken geschultert, wollen lieber zum Königstuhl wandern. Die JF wandert auch mit.

Der Himmel dabei: wenig einladend, von frustgrauen Wolken verdeckt. Caspar-David-Friedrich-Wetter. Hinein geht es ins Dunkel der hochstämmigen Bäume, von denen schon Ernst Moritz Arndt in seinem Gedicht „Heimweg nach Rügen“ schrieb: „O Land der dunkeln Haine, / O Glanz der blauen See, / Du Eiland das ich meine, / Wie thut's nach dir mir weh!“

Das Dunkel der Haine ändert sich nach Erreichen des Nationalpark-Zentrums Königstuhl schlagartig. Auch wenn die See eher grau ist an diesem Tag, so ist das Farbenspiel zwischen Kreidefelsen, Wald und Meer beeindruckend. Ein im April vorigen Jahres neu eingeweihter und freizeitanermpfindende mystische Stimmung eintauchen lassen soll. „Diese Felsen muß der Meeresgott selbst erschaffen haben“, ertönt eine andere Stimme mit einem Zitat des Lyrikers Hanns Cibulka.

Für den Bau der ebenfalls zumeist in weiß gehaltenen Prachtvillen im Ostseebad Binz war hingegen kein Meeresgott verantwortlich, sondern vielmehr Meister der Architektur, die sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts mit ihren kreativen Bauten verewigten.

Im Zentrum des Ganzen: das Kurhaus Binz, dessen imposanter Bau mit seinem zentralen Turm ein Wahrzeichen der Insel ist. Das Kurhaus Binz, dessen imposanter Bau mit seinem zentralen Turm ein Wahrzeichen der Insel ist. Das Kurhaus Binz, dessen imposanter Bau mit seinem zentralen Turm ein Wahrzeichen der Insel ist.



Robben: Auf Rügen lassen sich die Tiere hautnah erleben

Was zum Empfang weht einem eine frische Brise Meeresluft ins Gesicht. Die Brücke vibriert beim Begehen. Kein Wunder. Sie „schwebt“ 118 Meter über dem Meeresspiegel, gehalten von Stahlseilen. In Hufeisenform führt sie mit 90 Metern Länge und knapp 20 Metern Breite über dem Meer. Keine Geringere als die damals amtierende Kaiserin Auguste Viktoria zählt zu den ersten Gästen des Kurhauses.

Was vielversprechend beginnt, endet sechzehn Jahre später zunächst in einer Tragödie. Feuer zerstört das damals noch in Fachwerk erbaute Haus. Doch nur ein Jahr später entschließt sich der Gemeinderat dazu, den Bau neu zu errichten. Diesmal in Stein und nach den Plänen des Berliner Architekten und Jugendstil-Experten Otto Spalding.

Es ist der Beginn des Kurhauses als Wahrzeichen des Binzer Seebades, das in den zwanziger Jahren von dem jüdischen Kaufmann Adalbert Bela Kaba-Klein erworben wird. Gemeinsam mit seiner Frau Anna Dorothea Bergner, einer Sozialdemokratin, leitet er das Hotel. „Schon damals zählen zahlreiche Künstler zu den Gästen des Hauses“, weiß das Personal hier zu erzählen. Dann kommen die Nationalsozialisten an die Macht, alles wird plötzlich anders. Im Zuge der Arierisierung übergeben. Als der Zweite Weltkrieg ausbricht, gehen die Besucherzahlen drastisch zurück. Als er endet, nutzen es Ausgebombte und Flüchtlinge als Zufluchtsstätte.

Das Gebäude selbst übersteht den Krieg ohne Schäden. Auf die Flüchtlinge folgen russische Soldaten als neue Bewohner. 1948 kehrt der ursprüngliche Besitzer Kaba-Klein nach Binz zurück, will sein Eigentum zurück erhalten. Tatsächlich spricht ihm das Landgericht Greifswald das Kurhaus 1950 wieder zu. Doch der Geschäftsmann hatte die Reconstruction ohne das kommunistische Regime gemacht, das jetzt die Macht in der neu geschaffenen DDR ausübt. Nur drei Jahre später enteignet es Kaba-Klein erneut, verurteilt ihn zu zehn Jahren Zuchthaus und übergibt das Anwesen in die Hände der Nationalen Volksarmee, die es künftig als Erholungssheim für Offiziere nutzt.

Erst in den sechziger Jahren kehrt der Tourismus ins Kurhaus zurück, als das staatliche DDR-Reisebüro deren Leitung übernimmt. Es entwickelt sich zu einem beliebten Konferenzzentrum für SED-Funktionäre, ehe es schließlich nach der Wiedervereinigung zurück in Privatbesitz gelangt und – ganz nach den Plänen Spaldings – rekonstruiert und modernisiert wird.

Geschichten wie die des Kurhauses zu erzählen, die anderen umliegenden Prachtvillen zu haben. Ervra die Villa Baltik, einer jener weißfassadigen Prachtbauten mit weißen Säulen vor dem Eingang, großen Fenstern, mehreren Balkonen und dem in Binz fast schon obligatorischen Türmchen auf der Dachspitze. Der Rasen im Garten ist so akribisch gleichmäßig geschnitten wie die Hecken, die blühende Rosenbüsche umzäumen.

Das Haus ist eines der ersten, das in der wilhelminischen Zeit an der Strandpromenade gebaut wird. 1888 ist es fertiggestellt, zwei Jahre vor dem Kurhaus. Damals trägt es noch den Namen „Villa Burmeister“ und war von dem gleichnamigen Architekten aus dem Rügener Ort Putbus errichtet worden. 1927 ist es ebenfalls Kaba-Klein, der auch die Villa erwirbt. Anfang der dreißiger Jahre verpachtet er das Anwesen an die Frau des Rittmeisters Eggers, die 1945 gemeinsam mit ihrer Familie vor den heranrückenden russischen Truppen mit einem der letzten Schiffe der KdF-Bewegung Richtung Westen flieht. Im Laufe der sich anschließenden DDR-Jahre ist die Villa wie viele andere der einstigen Prachtbauten zusehends heruntergekommen und sanierungsbedürftig geworden.

„Die Wiedervereinigung war für uns ein echter Glücksfall“, erzählen Einheimische des Ortes auf Nachfrage immer wieder nicht ohne eine Portion Stolz über ihre heutige Puderzuckerbau-Flaniermeile an der Strandpromenade. Da ist etwa die Villa Glückspilz, die einzige Backsteinvilla an der Binzer Strandpromenade. Oder die Villa Häiderose und die Villa Quisisana mit ihren geschniegelten und gepflegten Vorgärten. Andere Häuser bestechen durch Kreativität, haben etwa eine Badewanne im Garten stehen und darin Blumen angepflanzt. Oder etwa die Holzvilla Undine, die zwar nicht farblich, aber doch vom Baustil ein wenig an Pippi Langstrumpf Villa Unterbunt erinnert.

Der Stolz der Binzer spiegelt sich auch in einer Freiluft-Ausstellung zu 125 Jahren Seebad Binz wieder, zu dessen Anlaß im Jahr 2009 noch heute 125 Tontafeln an der Strandpromenade in Nähe des Kurhauses hängen, auf denen die Ereignisse eines jeden Jahres festgehalten sind. Auch die Besucherzahlen des Ostseebades sind dort für fast jedes Jahr dokumentiert.

Rauher geht es hingegen auf dem langgezogenen Steg Richtung Fährze zu. Hier herrscht steife Brise statt laues Puderzucker-Lüftchen. Von hier fahren die Gäste des Seebades ab Richtung Kreidefelsen. Und können sich so von dem vom „Meeresgott erschaffenen“ Naturwunder auch von der Seeseite aus inspirieren lassen.

Sandstrand und dem blauen Meer, mit denen es farblich ein fantastisches Bild erzeugt.

Auch das Kurhaus stammt aus der wilhelminischen Zeit, wird am 22. Juli 1890 eröffnet, nachdem Berliner Bankiers mit der Ostseebad Binz AG Geld in den Ausbau des Seebades gepumpt hätten. Keine Geringere als die damals amtierende Kaiserin Auguste Viktoria zählt zu den ersten Gästen des Kurhauses.

Was vielversprechend beginnt, endet sechzehn Jahre später zunächst in einer Tragödie. Feuer zerstört das damals noch in Fachwerk erbaute Haus. Doch nur ein Jahr später entschließt sich der Gemeinderat dazu, den Bau neu zu errichten. Diesmal in Stein und nach den Plänen des Berliner Architekten und Jugendstil-Experten Otto Spalding.

Es ist der Beginn des Kurhauses als Wahrzeichen des Binzer Seebades, das in den zwanziger Jahren von dem jüdischen Kaufmann Adalbert Bela Kaba-Klein erworben wird. Gemeinsam mit seiner Frau Anna Dorothea Bergner, einer Sozialdemokratin, leitet er das Hotel. „Schon damals zählen zahlreiche Künstler zu den Gästen des Hauses“, weiß das Personal hier zu erzählen. Dann kommen die Nationalsozialisten an die Macht, alles wird plötzlich anders. Im Zuge der Arierisierung übergeben. Als der Zweite Weltkrieg ausbricht, gehen die Besucherzahlen drastisch zurück. Als er endet, nutzen es Ausgebombte und Flüchtlinge als Zufluchtsstätte.

Das Gebäude selbst übersteht den Krieg ohne Schäden. Auf die Flüchtlinge folgen russische Soldaten als neue Bewohner. 1948 kehrt der ursprüngliche Besitzer Kaba-Klein nach Binz zurück, will sein Eigentum zurück erhalten. Tatsächlich spricht ihm das Landgericht Greifswald das Kurhaus 1950 wieder zu. Doch der Geschäftsmann hatte die Reconstruction ohne das kommunistische Regime gemacht, das jetzt die Macht in der neu geschaffenen DDR ausübt. Nur drei Jahre später enteignet es Kaba-Klein erneut, verurteilt ihn zu zehn Jahren Zuchthaus und übergibt das Anwesen in die Hände der Nationalen Volksarmee, die es künftig als Erholungssheim für Offiziere nutzt.

Erst in den sechziger Jahren kehrt der Tourismus ins Kurhaus zurück, als das staatliche DDR-Reisebüro deren Leitung übernimmt. Es entwickelt sich zu einem beliebten Konferenzzentrum für SED-Funktionäre, ehe es schließlich nach der Wiedervereinigung zurück in Privatbesitz gelangt und – ganz nach den Plänen Spaldings – rekonstruiert und modernisiert wird.

Geschichten wie die des Kurhauses zu erzählen, die anderen umliegenden Prachtvillen zu haben. Ervra die Villa Baltik, einer jener weißfassadigen Prachtbauten mit weißen Säulen vor dem Eingang, großen Fenstern, mehreren Balkonen und dem in Binz fast schon obligatorischen Türmchen auf der Dachspitze. Der Rasen im Garten ist so akribisch gleichmäßig geschnitten wie die Hecken, die blühende Rosenbüsche umzäumen.

Das Haus ist eines der ersten, das in der wilhelminischen Zeit an der Strandpromenade gebaut wird. 1888 ist es fertiggestellt, zwei Jahre vor dem Kurhaus. Damals trägt es noch den Namen „Villa Burmeister“ und war von dem gleichnamigen Architekten aus dem Rügener Ort Putbus errichtet worden. 1927 ist es ebenfalls Kaba-Klein, der auch die Villa erwirbt. Anfang der dreißiger Jahre verpachtet er das Anwesen an die Frau des Rittmeisters Eggers, die 1945 gemeinsam mit ihrer Familie vor den heranrückenden russischen Truppen mit einem der letzten Schiffe der KdF-Bewegung Richtung Westen flieht. Im Laufe der sich anschließenden DDR-Jahre ist die Villa wie viele andere der einstigen Prachtbauten zusehends heruntergekommen und sanierungsbedürftig geworden.

„Die Wiedervereinigung war für uns ein echter Glücksfall“, erzählen Einheimische des Ortes auf Nachfrage immer wieder nicht ohne eine Portion Stolz über ihre heutige Puderzuckerbau-Flaniermeile an der Strandpromenade. Da ist etwa die Villa Glückspilz, die einzige Backsteinvilla an der Binzer Strandpromenade. Oder die Villa Häiderose und die Villa Quisisana mit ihren geschniegelten und gepflegten Vorgärten. Andere Häuser bestechen durch Kreativität, haben etwa eine Badewanne im Garten stehen und darin Blumen angepflanzt. Oder etwa die Holzvilla Undine, die zwar nicht farblich, aber doch vom Baustil ein wenig an Pippi Langstrumpf Villa Unterbunt erinnert.

Der Stolz der Binzer spiegelt sich auch in einer Freiluft-Ausstellung zu 125 Jahren Seebad Binz wieder, zu dessen Anlaß im Jahr 2009 noch heute 125 Tontafeln an der Strandpromenade in Nähe des Kurhauses hängen, auf denen die Ereignisse eines jeden Jahres festgehalten sind. Auch die Besucherzahlen des Ostseebades sind dort für fast jedes Jahr dokumentiert.

Rauher geht es hingegen auf dem langgezogenen Steg Richtung Fährze zu. Hier herrscht steife Brise statt laues Puderzucker-Lüftchen. Von hier fahren die Gäste des Seebades ab Richtung Kreidefelsen. Und können sich so von dem vom „Meeresgott erschaffenen“ Naturwunder auch von der Seeseite aus inspirieren lassen.

Es ist der Beginn des Kurhauses als Wahrzeichen des Binzer Seebades, das in den zwanziger Jahren von dem jüdischen Kaufmann Adalbert Bela Kaba-Klein erworben wird. Gemeinsam mit seiner Frau Anna Dorothea Bergner, einer Sozialdemokratin, leitet er das Hotel. „Schon damals zählen zahlreiche Künstler zu den Gästen des Hauses“, weiß das Personal hier zu erzählen. Dann kommen die Nationalsozialisten an die Macht, alles wird plötzlich anders. Im Zuge der Arierisierung übergeben. Als der Zweite Weltkrieg ausbricht, gehen die Besucherzahlen drastisch zurück. Als er endet, nutzen es Ausgebombte und Flüchtlinge als Zufluchtsstätte.

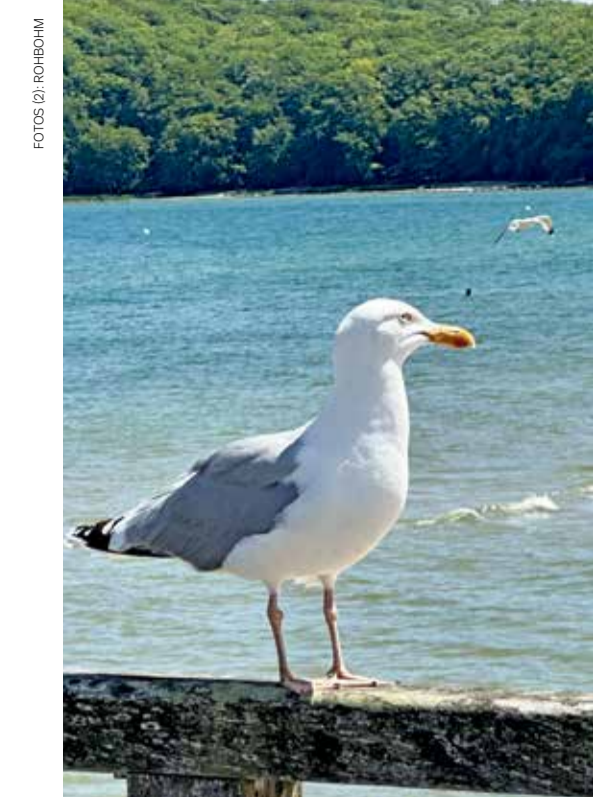
Das Gebäude selbst übersteht den Krieg ohne Schäden. Auf die Flüchtlinge folgen russische Soldaten als neue Bewohner. 1948 kehrt der ursprüngliche Besitzer Kaba-Klein nach Binz zurück, will sein Eigentum zurück erhalten. Tatsächlich spricht ihm das Landgericht Greifswald das Kurhaus 1950 wieder zu. Doch der Geschäftsmann hatte die Reconstruction ohne das kommunistische Regime gemacht, das jetzt die Macht in der neu geschaffenen DDR ausübt. Nur drei Jahre später enteignet es Kaba-Klein erneut, verurteilt ihn zu zehn Jahren Zuchthaus und übergibt das Anwesen in die Hände der Nationalen Volksarmee, die es künftig als Erholungssheim für Offiziere nutzt.



Rügenbrücke: Sie verbindet die Insel mit dem Festland



Rasender Roland: Rügens historische Schmalspurbahn unter Dampf



Silbermöwe: Allgegenwärtig auf See



Kurhaus Binz: Direkt am Sandstrand



OSTSEE

Büchner-Preis geht
an Oswald Egger

HAMBURG. Der Südtiroler Schriftsteller Oswald Egger bekommt in diesem Jahr den Georg-Büchner-Preis. Das teilte die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung in Darmstadt mit. Sie lobte vor allem den „Wortkosmos“ des Lyrikers, der in der Mehrsprachigkeit und den Landschaften seiner Südtiroler Herkunft wurzelt. Mit seinem Werk überschreite und erweitere er die Grenzen der Literaturproduktion. Wörtlich heißt es in der Begründung der Jury: „Egger arbeitet an einem Werkkontinuum, das Sprache als Bewegung, als Klang und Performance begreift und sich in der Veränderung des Sprachgebrauchs entwickelt.“ Seine Prosagedichte und Textgewebe widersetzten sich der raschen Lektüre. Sie „laden zum assoziierenden Entschlüsseln von Bedeutungen ein und unterminieren spielerisch Erklärungssysteme, die wir zu kennen glauben“. 1963 in Lana bei Meran geboren, lebt Egger heute in Wien und auf der ehemaligen Raketensstation Hombroich bei Neuss. Auf der Museumsinsel verantwortet er die Literatur-Arbeit der Stiftung. Seit 2011 ist er Professor für Sprache und Gestalt an der Muthesius Kunsthochschule in Kiel. Zuletzt ist von ihm der Band „Farbkompimente“ (2023) erschienen. Verliehen wird der mit 50.000 Euro dotierte Büchner-Preis am 2. November in Darmstadt. (tha)

► www.deutscheakademie.de

Uwe-Johnson-Preis
für Iris Wolff

NEUBRANDENBURG. Die Autorin Iris Wolff (46) erhält den diesjährigen Uwe-Johnson-Preis für ihren Roman „Lichtungen“. Die Verleihung findet im Rahmen der Uwe-Johnson-Tage am 20. September in der Landesvertretung Mecklenburg-Vorpommern in Berlin statt. Die Jury würdigte Wolffs Roman, erschienen im Frühjahr 2024 bei Klett-Cotta, als Spurensuche ganz im Sinne von Uwe Johnson (1934–1984), Autor des vierbändigen Romans „Jahrestage“. Der Autorin gehe es darum, erzählend eine vergangene Wirklichkeit wiederherzustellen. Und wie Johnson verweigere sie sich der Mitlieferung einer Moral. Der Uwe-Johnson-Preis ist mit 20.000 Euro dotiert. (JF)

► www.uwe-johnson-preis.de

Zentrum für Künstliche
Intelligenz eröffnet

KAISERSLAUTERN. Bundesdigitalminister Volker Wissing hat ein neues Zentrum für Künstliche Intelligenz (KI) eröffnet. Es soll den Einsatz von vertrauenswürdiger KI vorantreiben. Angesiedelt ist es am Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI) in Kaiserslautern. In dem Zentrum könnten KI-Anwendungen einem „Qualitätscheck“ unterzogen werden, sagte der FDP-Politiker vergangenen Freitag bei der Eröffnung gemeinsam mit der rheinland-pfälzischen Wirtschaftsministerin Daniela Schmitt. Forscher und Start-up-Unternehmer können dort prüfen lassen, ob ihre Programme sicher sind. Kontrolliert werden soll zum Beispiel, ob die Daten, die KI-Anwendungen verwenden, zuverlässig sind. Und ob das Computerprogramm nachvollziehbare Entscheidungen trifft. So soll eine Art Gütesiegel für deutsche KI-Anwendungen entstehen. (JF)

► www.dfkj.de

Erzieherische Ideengeschichte

Gedenkblatt: Zum
150. Geburtstag des
neukantianischen
Kulturphilosophen
Ernst Cassirer

UWE BÖTTCHER

Das härteste Urteil über den Kulturphilosophen Ernst Cassirer fällt Leo Strauss, der berühmteste seiner Schüler, der im Exil zum Haupt der „Neocons“ avancierte, der wirkmächtigsten Formation politischer Theorie in den USA nach 1945. Dieses Urteil hat Gewicht, denn Strauss war der erste Doktorand Cassirers, zwei Jahre nachdem der Berliner Privatdozent auf einen Lehrstuhl an der 1919 neugegründeten Universität Hamburg berufen worden war: „Cassirer war ein distinguiertes Professor für Philosophie, aber er war kein Philosoph. Er war ein Mann von Bildung, aber er hatte keine Leidenschaft. Er war ein Autor, der klar schrieb, aber seine Klarheit und Ruhe reichten nicht aus für die Probleme.“

Einen wahren Philosophen glaubte Strauss hingegen 1922 in Freiburg erlebt zu haben: Martin Heidegger. Man müsse bis Hegel zurückgehen, um einen Philosophen zu begegnen, der in ähnlicher Weise das Denken „in Deutschland, nein in Europa beeinflusst hat“. Die bundesdeutsche Rezeptionsgeschichte der beiden derart kraß unterschiedlich bewerteten Denker schien Strauss zunächst zu bestätigen. Trotz seiner Liaison mit dem Nationalsozialismus, die 1945 eine Rückkehr ins akademische Amt verhinderte, blieb Heideggers Reputation als Denker von Weltrang unangefochten. Der im April 1945 im New Yorker Exil verstorbene Cassirer hingegen, zur Zeit der Weimarer Republik noch neben Edmund Husserl, Max Scheler, Nicolai Hartmann, Karl Jaspers und deutlich vor Heidegger zu den führenden philosophischen Köpfen zählend, fiel der Vergessenheit anheim.

Kritik an seiner
Habilitationsschrift

Das begann sich erst in den 1980ern zu ändern, als Cassirers Kurswert in dem Maß stieg wie der Heideggers im Licht jener aus den Universitätsarchiven und aus dem Nachlaß zutage geförderten Quellenfunde sank, die über das wahre Ausmaß seines NS-Engagements Auskunft gaben. Und das auch, so will es eine seit Jahrzehnten kolportierte Legende, seine Philosophie nationalistisch, völkisch, rassistisch „kontaminiert“ habe. Um so heller erstrahlte fortan das Bild Cassirers, dessen Biographie und Werk eine jüngere Generation deutscher Intellektueller unwiderstehlich zur Identifikation einlud. Wie schon Walter Benjamin und Hannah Arendt, so profitierte auch dieser Gelehrte von einem dreifachen Stigma, das sich in eine Auszeichnung verwandelte: Jude, Liberaler, Emigrant.

Ernst Cassirer, am 28. Juli 1874 in Breslau geboren, einer in Schlesien und Berlin vielfach verzweigten jüdischen Unternehmerfamilie entstammend, verschmähte die ihm zugedachte Karriere als Jurist, um bei Hermann Cohen und Paul Natorp, zwei Exponenten des Marburger Neukantianismus, Philosophie zu studieren. 22-jährig bereits promoviert, mit einer aus der Dissertation hervorgegangenen Preisschrift über „Leibniz' System in seinen wissenschaftlichen Grundlagen“ von der Preußischen Akademie der Wissenschaften prämiert, steuerte der junge Mann aus reichem Hause 1906 in Berlin seine Habilitation an, die in der inzwischen unüberschaubar gewordenen Cassirer-Literatur zeitweilig einen der vermeintlichen Belege für den



Ernst Cassirer (1874–1945): Anwalt der kosmopolitischen Ideale der Humanität

grassierenden Antisemitismus an wilhelminischen Universitäten lieferte.

Tatsächlich spielte die Herkunft für die Kritik an der eingereichten Habilitationsschrift, dem ersten von vier Bänden seiner „Geschichte des Erkenntnisproblems in der Philosophie und Wissenschaft der neueren Zeit“, nicht die geringste Rolle. Die Reserve der Gutachter begründete sich vielmehr aus dem Vorwurf mangelnden historischen Sinns, da Cassirer nachzuweisen versuchte, daß die gesamte neuzeitliche Philosophiegeschichte auf die rationalistisch-idealistische Weltdeutung des Marburger Neukantianismus zulaufe. Nicht antisemitische Ressentiments, sondern dieser Makel bremste die akademische Laufbahn des fleißig produzierenden Privatdozenten aus, der zwar auf aussichtsreiche Plätze einiger Berufungslisten gelangte, aber nie zum Zuge kam, weil die Fakultäten stereotypisch den „gewaltsamen“, aktualisierenden Umgang des Kandidaten mit der Philosophiegeschichte rügten.

Er begriff Kultur getrennt von
ihren nationalen Wurzeln

Noch die Kritik, die Hans Leisegang gegen Cassirers letztes, 1932 kurz vor Emigration in Deutschland veröffentlichtes Werk richtete, folgt diesem Muster: Die „Philosophie der Aufklärung“ sei der „unsolide Versuch“, den ethischen Rationalismus, der im Zentrum von Cohens wie Cassirers Philosophie stand, philosophisch zu legitimieren, indem er den Reichtum und die Vielgestaltigkeit der historischen Mächte der europäischen Aufklärung auf den Strang reduziere, der von Newton zu Kant führe.

Das weltanschaulich-politische Potential, das in solchen Konstruktionen steckte, setzte Cassirer erstmals im Ersten Weltkrieg frei. In der Essayammlung „Freiheit und Form“ (1916), die sich Leibniz, Kant, Goethe, Schiller und der Philosophie des deutschen Idealismus widmete, war der Autor bemüht, den in den „Ideen von 1914“ pro-

pagierten Gegensatz einer national eigentümlichen, idealistischen deutschen gegen die materialistische westeuropäische Philosophie abzuschleifen, indem er die europäischen Traditionen der deutschen Geistesgeschichte konturierte, um das Selbstverständnis der Deutschen „über alle nationalen Schranken hinweg“ europäisch neu auszurichten. Was nicht wenige Kollegen in der Philosophenzunft als eine Art intellektuellen Dolchstoß in den Rücken der zur geistigen Mobilisierung angetretenen Professoren empfanden.

Mit seinem während der Hamburger Zeit geschriebenen Hauptwerk „Philosophie der symbolischen Formen“ (1923–1929) setzte Cassirer diese Anstrengung fort, Kultur getrennt von ihren nationalen Wurzeln zu begreifen und sich als Fortsetzer des ethischen Sozialismus der Marburger Schule, als Anwalt der kosmopolitischen Ideale der Humanität, liberaler Verteidiger der individuellen Freiheit und insoweit konsequent der Verfassung von Weimar zu exponieren. Und im Grunde ein unpolitischer deutscher Bildungsbürger zu bleiben, den Theodor W. Adorno nach der ersten und einzigen persönlichen Begegnung im Exil als „konformistischen Trottel“ verhöhnte.

Denn sein in der Endphase der Weimarer Republik gezeigter öffentlicher Einsatz, als erster jüdischer Rektor der Hamburger Universität, als von der Universalität der Menschenrechte schwärmender Verfassungspatriot und weiterhin unermüdet Ideengeschichte in politischer Erziehungsabsicht treibender Lehrer, kam über von marxistisch angehauchten Denkern wie Adorno belächelte moralische Appelle an das Gute im Menschen nie hinaus. Parallel zum rasanten Niedergang des parteipolitischen Linkliberalismus, dem sich der DDP-Wähler Cassirer zurechnete, zerfiel die dünn besetzte geistige Abwehrfront gegen linke und rechte Feinde der „Demokratie ohne Demokraten“. Die barbarische Zerstörung der welthistorisch einzigartigen deutsch-jüdischen Symbiose bekommt auch durch dieses politische Versagen eine wahrhaft tragische Dimension.

Umfrage: Vertrauen zu
Kirchen ist im Keller

HAMBURG. Die Kirchen in Deutschland stecken in einer tiefen Vertrauenskrise. Das geht aus einer repräsentativen Online-Befragung durch das Marktforschungsinstitut GfK im Auftrag der in Hamburg ansässigen Stiftung für Zukunftsfragen hervor. Demnach vertraut lediglich jeder 20. Befragte den Kirchen (fünf Prozent). Schlechter schneiden nur die Parteien beziehungsweise Politiker sowie die Social-Media-Plattformen ab (jeweils drei Prozent). Die Medien liegen knapp vor den Kirchen (sechs Prozent). Mehrheitlich vertrauen die Bundesbürger derzeit lediglich dem Partner oder der Partnerin (64 Prozent) und Freunden (59 Prozent). Dahinter folgen die Wissenschaft (30 Prozent), Kollegen (16 Prozent), Nachbarn (15 Prozent) und gemeinnützige Organisationen (14 Prozent). Für die Erhebung wurden 2.000 Personen ab 18 Jahren befragt. Wie es in einer Auswertung des Instituts heißt, haben Institutionen, die einst als Garanten für Objektivität und Verlässlichkeit galten, in den Augen vieler Bürger an Glaubwürdigkeit verloren: „Medien werden verdächtigt, nicht neutral zu berichten oder bestimmte Interessen zu verfolgen. Kirchen werden – statt als moralische Instanzen – durch Skandale oder als zu dogmatisch wahrgenommen. Politiker wiederum sind oft Ziel von Mißtrauen, sei es aufgrund von Unverständnis, unerfüllten Versprechungen oder dem Gefühl der Entfremdung von den Bürgern.“ Die Empfehlung des Instituts: „Sämtliche Institutionen müssen sich verstärkt um Reformen bemühen, die auf mehr Transparenz, Rechenschaftspflicht und Bürgernähe abzielen. Eine offene Kommunikation über Herausforderungen und Fehler sowie ein konsequentes Handeln zur Wiederherstellung verlorenen Vertrauens sind entscheidend, um Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen.“ (idea)

► www.stiftungfuerzukunftsfragen.de

Neue Dauerausstellung
im Schiffahrtsmuseum

BREMERHAVEN. Nach zwei Jahren Bauarbeiten ist vergangenes Donnerstag ein Gebäudeteil des Deutschen Schiffahrtsmuseums (DSM) in Bremerhaven mit einer neuen Dauerausstellung wiedereröffnet worden. Der sogenannte Bangert-Bau wurde seit 2022 saniert. Im Mittelpunkt der neuen Dauerausstellung „Schiffswelten – Der Ozean und wir“ mit mehr als 2.000 Exponaten steht eine 34 Meter lange begehbare Forschungsschiff-Installation mit Mitmachstationen. Auf drei Decks lassen sich Arbeitsbereiche des Eisbrechers erkunden und Forschung interaktiv erleben. „Die Besucher können sich selbst auf Expedition begeben“, sagte Museumsdirektorin Ruth Schilling. So können die Besucher etwa einen Stapellauf nacherleben. Auch sind mehr als tausend Schiffsmodelle zu sehen, die sich auf einer Fläche von rund 2.800 Quadratmetern verteilen. Viele der Exponate, darunter ein Pottwal-Skelett und Gezeitenrechner, stammen aus der DSM-Sammlung und werden erstmals in einer Ausstellung gezeigt. Die Schau ist in die fünf Themenbereiche „Schiffbau“, „Schiff und Physik“, „Schiff und Umwelt“, „Schiff und Ausrüstung“ sowie „Forschungsschiffahrt“ gegliedert. Ein umfangreiches Begleitprogramm rundet die Ausstellung ab. Bis zum 30. Oktober 2024 ist das Schiffahrtsmuseum täglich von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Danach zur selben Uhrzeit außer montags. Der Eintritt kostet 10 Euro, ermäßigt 5 Euro. (JF)

► www.dsm.museum

CATO
MAGAZIN FÜR NEUE SACHLICHKEIT

Jetzt am Kiosk
oder unter
cato-magazin.de/bestellen

Ihre Arche für die Stürme von heute

CATO bietet Orientierung im Hinblick auf Politik, Kultur, Religion, Alltag und Familie und ist dem Wahren, Guten und Schönen verpflichtet. CATO ist ideologiekritisch, jenseits vom Zeitgeist angesiedelt und beansprucht Gültigkeit über Tag und Jahr hinaus.

Bestellen Sie sich CATO bequem nach Hause. Das Einzelheft für regulär 17 Euro, 6 Ausgaben bekommen Sie für nur 90 Euro im Jahr.

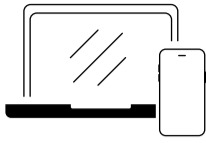
Weitere Details und Angebote
www.cato-magazin.de/abo
Telefon 030. 81 09 67 80

Meine Bundesrepublik
Von Heimo Schwilk

Stauffenberg
Von Karlheinz Weißmann

Die Paradoxie der Abschreckung
Von Konstantin Fechter

Augenblick mal!
Im Interview: Klaus-Rüdiger Mai dechiffriert Sahra Wagenknecht
Eric Hendriks analysiert Chinas philosophischen Weg zur Weltmacht
Alex Baur dekonstruiert die lateinamerikanischen Sozialisten



Blick in
die Medien

Von der App zum Anwohnerplausch

Von Gil Barkei

Eigentlich haben die Macher der Social-Media-Kanäle „App Democracy“ hochgesteckte Ziele: „Ersetzen von Politikern, Parteien und institutioneller religiöser Macht durch eine gemeinnützige Non-Profit-App für community-basierte Wahlen und Regierung“. Na, wenn's kleiner nicht geht. „Gemeinsam brechen wir aus den Fesseln traditioneller Politik aus und befreien uns von machthungrigen Politikern. Endlich können wir Kriege, Ausbeutung und Umwelzerstörung beenden“, heißt es tiefstapelnd in einem Video auf Youtube.

Doch wie so oft bei sehr ambitionierten Projekten bleibt das eigentliche Vorhaben häufig auf der Strecke. Und so findet man weder eine fertige Software noch nur einen geplanten Namen einer möglichen Anwendung. Ein Verweis auf ein freies E-Book führt ins Leere. Ist die ganze Geschichte vielleicht gar nicht so ernst gemeint oder recht schnell einfach schon gescheitert?

Die Meinungen sind anders
gelagert als ÖRR-Fragen
an Undercover-Politiker bei
Demonstrationen vorgaukeln.

Was bleibt, sind jedoch zahlreiche Straßenumfrage-Videos, die das Bürgernetzwerk-Programm anscheinend einst begleiten sollten – und nun angesichts von ordentlich Klicks fleißig weiter umgesetzt werden. Die kurzen Gespräche in deutschen Fußgängerzonen sind dabei durchaus erhellend; selbst wenn die allumfassende App wahrscheinlich nie Realität wird.

Unermüdlich zieht der junge, augen- und ohrenscheinlich mit Migrationshintergrund ausgestattete Mann am Mikro von Passant zu Passant. Energiepolitik, Corona-Maßnahmen, Migration, GEZ-Medien, Linke, Rechte, Moslems, Christen, Deutsche, Ausländer: Alles und Jeder ist eingeladen, sich äußern – ohne Verteilung und ausgelegte Fallen.

Äußerungen wie „Natürlich gibt es Rassismus gegen Deutsche“, „Einen Klimawandel gibt es seit Jahrmillionen“ oder „Straftäter abschieben, abschieben, abschieben“ zeigen, daß die Sorgen und Meinungen der Normalos anders gelagert sind, als es ARD-Fragen an Undercover-Politiker auf „Gegen Rechts“-Demos vorgaukeln. Natürlich gibt es auch Stimmen wie „Multikulti ist das Beste überhaupt, ich liebe es“, aber die Straße ist eben in der Tat vielfältiger als woke Redaktionsstuben.

Medien-Tip

Arte, 30. Juli, ab 20.15 Uhr

Geheimdienste im Kalten Krieg

Dreitellige britische Doku (Paranoia / Verrat / Operation Pimlico) über Spione, ihre Netzwerke und Aktivitäten in den 1980er Jahren.



Dietmar Koschmieder, Geschäftsführer der „Jungen Welt“, zu Beginn des Prozesses gegen das Bundesinnenministerium



FOTO: PICTURE ALLIANCE/DPA

Hatte Lenin eine Zeitmaschine?

Die Tageszeitung „Junge Welt“ verliert in einem skurrilen Prozeß gegen den Verfassungsschutz

FLORIAN WERNER

Lenin war nicht nur Schriftsteller, Revolutionär und Staatsmann, sondern offenbar auch Erfinder der Zeitmaschine. Eine grandiose Entdeckung, die das Verwaltungsgericht Berlin im Prozeß der Tageszeitung *Junge Welt* gegen das Bundesamt für Verfassungsschutz gemacht hat. „Lenin ist jemand, der die freiheitlich-demokratische Grundordnung (FDGO) in energischster Weise bekämpft, indem er eine Einparteiendiktatur in Rußland errichtet hat“, so die Juristen, kurz bevor sie die Klage der marxistischen Tageszeitung gegen die Auflistung in Berichten des Verfassungsschutzes abwiesen – und so die Beobachtung einer etablierten Zeitung durch staatliche Behörden absegneten.

Verfassungsschutz listet „Junge Welt“ wegen Kapitalismuskritik

Die *Junge Welt* kreuzt solide Berichterstattung mit Agitprop, was historisch an Vorgänger wie den *Vorwärts* oder die *Rote Fahne* erinnert. An deren Blattgestaltung – neben dem Schwarz-Weiß des Textes wurde nur mit Rot gearbeitet – erinnern die Seiten der in Ostberlin entstehenden *Jungen Welt* oftmals.

Die „bürgerliche, historische Logik“, mit der das Verwaltungsgericht unterdessen die Figur Lenins einordnete, läßt sich nur durch Zeitreisen erklären. Die FDGO trat mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949 in Kraft. Lenin wiederum starb 1924 – vor hundert Jahren. Wenn der Autor von „Staat und Revolution“ also die FDGO bekämpft haben soll, muß er zu vor mindestens 25 Jahre in die Zukunft gereist sein.

Der Vorwurf, den das Verwaltungsgericht Berlin der *Jungen Welt* macht, lautet: Wer Lenin sympathisch findet, übernimmt auch dessen Sichtweise. Ironie der Geschichte: In seinem Hauptwerk „Was tun?“ von 1902 hatte der russische Marxist die Gründung einer landesweit berichtenden Zeitung zur Hauptaufgabe erklärt, um die Demokratie im zaristischen Rußland zu erkämpfen.

Der Verfassungsschutz, auf dessen Kenntnisse sich das Gericht in seinen Stellungnahmen aus-

giebig bezog, breitete die Anschuldigungen indes schon 2021 weiter aus. Verfassungsfeindlich sei schon die Annahme, daß in Deutschland überhaupt eine Klassengesellschaft existiere, wie die Behörde damals in ihrer Antwort auf eine Anfrage der Linkspartei erläuterte.

Die „Aufteilung einer Gesellschaft nach dem Merkmal der produktionsorientierten Klassenzugehörigkeit“ widerspreche der Menschenwürde. Folgerichtig sei auch das Ziel, den Kapitalismus als Gesellschaftsform zu überwinden, mit der FDGO unvereinbar. Bezeichnend auch die Auskunft des BfV, die Listung der *Jungen Welt* erfolge ganz bewußt, um dem Medium zu schaden. „Es ist gerade das Ziel dieser Norm, die Öffentlichkeit über verfassungsfeindliche Bestrebungen zu informieren, um diesen damit den weiteren Nährboden entziehen zu können.“

Doch scheint die *Junge Welt* tatsächlich etwas Ungeheuerliches im Schilde zu führen – zeigt sie ihren Lesern doch schon seit langem eine ulkige kleine Fotomontage auf ihren Seiten, auf der Lenin im Kreml sitzend zu sehen ist, wie er die erst seit 1947 im Druck befindliche Tageszeitung liest. Was, wenn es sich dabei gar nicht um eine Fotomontage handelt? Hat ein *JW*-Vertriebsmitarbeiter den russischen Revolutionär etwa mit Lesestoff aus der Zukunft versorgt? Zugegeben – wenn sich die Redaktion im Besitz einer Zeitmaschine befindet, muß der Staat aufpassen. Auf dem Foto sieht man den Gründer der Komintern sichtlich erheitert. Liest er womöglich schon den Beschluß des Bundesverfassungsgerichts aus einer Ausgabe der *JW* im Jahr 2027, der die Auflistung der Zeitung untersagt?

Verlagsgeschäftsführer Dietmar Koschmieder jedenfalls zeigte sich unmittelbar nach Prozeßende entschlossen, dieses in „absurder Unlogik“ getroffene Urteil anzufechten. Das Gericht habe „eins zu eins das krude und dumme Zeug des Verfassungsschutzes übernommen“, klagte der Journalist, der seit den 1990ern für das Blatt arbeitet. Seine Zeitung werde alle Möglichkeiten ausschöpfen, um sich zu wehren.

Wohin die Erwähnung in Verfassungsschutzberichten führen kann, zeigt nicht zuletzt das Beispiel von Koschmieders ehemaligem *JW*-Kollegen Jürgen Elsässer. 1997 wurde dem DKP-Politiker im Streit um den künftigen Kurs der Linken von Elsässers Freunden eine Torte ins Gesicht geworfen. Heute bangen beide um ihr Lebenswerk.

Und auch eine weitere Koinzidenz spricht für die Existenz einer Zeitmaschine, von der Lenin, Koschmieder, das Verwaltungsgericht Berlin oder irgendwer anders zur Zeit exzessiven Gebrauch zu machen scheinen. Der Prozeß der *Jungen Welt* gegen das Bundesamt für Verfassungsschutz findet seinen Präzedenzfall nämlich ausgerechnet im JUNGE FREIHEIT-Urteil von 2006.

Damals hatte diese Zeitung gegen den Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen geklagt, weil dieser über Jahre hinweg „Anhaltspunkte für den Verdacht auf rechtsextremistische Bestrebungen“ zu wittern vorgab. Das Bundesverfassungsgericht kassierte damals ein Urteil des Verwaltungsgerichts Düsseldorf, wonach die JUNGE FREIHEIT kein Recht auf die Streichung der Erwähnung habe. Der Verlag werde durch die Auflistung zwar nicht an der Arbeit gehindert. Allerdings würden seine Wirkungsmöglichkeiten nachteilig beeinflusst. Diese Begründung ließe sich theoretisch auf die *Junge Welt* übertragen. Allerdings muß hierbei auch gesagt werden: Die JUNGE FREIHEIT besaß zu keinem Zeitpunkt ihrer Existenz jemals eine Zeitmaschine. Die Gefahr war also nie vergleichbar.

Internationale Medien sorgen sich um Pressefreiheit in Deutschland

Nicht nur heimische Blätter zeigten sich unterdessen besorgt über das Schicksal der *Jungen Welt*. „Wenn legitime Kritik zum vermeintlichen Verfassungsfeind wird, stirbt ein Stück Pressefreiheit einen stillen Tod“, betonte beispielsweise die *Berliner Zeitung*. Auch die internationale Presse äußerte sich erschrocken über den Gerichtsbeschuß. „Im Land von Karl Marx wird es immer schwieriger, den Marxismus zu verteidigen“, warnte etwa *L'Humanité* aus Frankreich. Der britische *Morning Star* wiederum sprach von einer „Schmutzkampagne“.

Für die *Welt* bezeichnete Deniz Yücel die im Gerichtssaal erhobenen Anschuldigungen als „Banane“. Das Publikum sei in Gelächter ausgebrochen, als der *Jungen Welt* angekreidet wurde, sie vertrete einen „Klassenstandpunkt“. Wer nun ebenfalls in sich hinein kichern will, sollte lieber achtgeben. Denn wie schon der Philosoph Walter Benjamin wußte, ist Lachen der revolutionärste aller Affekte – und somit für das Verwaltungsgericht Berlin womöglich ebenfalls verdächtig.

Negativpreis für FDP-Minister Wissing

HAMBURG. Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) hat es abgelehnt, den Negativpreis „Verschlossene Auster“ von der Journalistenorganisation Netzwerk Recherche persönlich entgegenzunehmen. Wissing und sein Haus sollten wegen des „problematischen Umgangs“ mit Recherchen des *Handelsblat*-Reporters Daniel Delhaes ausgezeichnet werden. Der Reporter hatte im Juli 2023 berichtet, daß ein Abteilungsleiter im Verkehrsministerium „einem persönlichen Freund eine Millionenförderung zugeteilt hatte“. Doch statt für Aufklärung zu sorgen, sei Wissing Ministerium aggressiv gegen den Reporter vorgegangen und habe die Mißstände geleugnet, kritisierte das Netzwerk. Das Verkehrsministerium konterte schriftlich, es habe vielmehr frühzeitig eine umfassende interne Aufklärung vorangetrieben. Darüber hinaus sei nicht das Ministerium, sondern der damalige Abteilungsleiter als Privatperson gegen die Berichterstattung vorgegangen. Die Auster wird seit 2002 an den „Informationsblockierer des Jahres“ verliehen. Wissing sollte den Preis am vergangenen Samstag entgegennehmen. Im Vorjahr hatte der Verleger der *Berliner Zeitung*, Holger Friedrich, den Negativpreis erhalten. (mec)
► <https://netzwerkrecherche.org>

Journalisten-Verband: Keine Gespräche mit der AfD

BERLIN. Der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) distanziert sich Wochen vor den Landtagswahlen in Ostdeutschland von der AfD. In einem Positionspapier des Bundesvorstands der Gewerkschaft heißt es zum Umgang mit der AfD, man werde „keine politischen Gespräche mit Repräsentant*innen verfassungsfeindlicher Parteien oder Gruppierungen führen, egal auf welcher staatlichen Ebene“. Man werde auch keine Vertreter zu Veranstaltungen entsenden, die von verfassungsfeindlichen Parteien und ihnen nahestehenden Organisationen initiiert oder dominiert werden. Bislang gilt der Passus laut DJV für die AfD. Man halte ihn aber bewußt offen, falls weitere Parteien hinzukommen sollten. Das Papier sei nicht bindend für die Mitglieder, es beschreibe die Haltung des Vorstands. Der DJV-Bundesvorsitzende Mika Beuster sagte zur Begründung: „Die AfD versucht, Diskurs zu zerstören.“ In der Erklärung heißt es auch, die Gewerkschaft Sorge sich um die Pressefreiheit. „Es ist nicht mehr auszuschließen, daß extreme und pressefeindliche politische Kräfte in den Bundesländern in Regierungsverantwortung kommen und ihre verfassungsfeindlichen Vorstellungen von Medienpolitik umsetzen.“ Die Gewerkschaft warf unter anderem der AfD vor, durch Haß und Hetze ein gesellschaftliches Klima befördere zu haben, in dem Übergriffe auf Journalisten alltäglich geworden seien. (JF)
■ Meinungsbeitrag Seite 2

Aufgelesen

„Die Hilfssheriffs von der Antifa haben mich bei der Ausübung meiner Arbeit erwischt. Potzblitz!“

Reaktion der „Zeit“-Autorin Mariam Lau auf X (vormals Twitter) auf den Vorwurf des X-Accounts „RechercheteamB“, sie sei bei einem Vortrag des „Rechtsextremisten“ Martin Sellner zugegen gewesen.



Exklusiv-Interview

Jürgen Elsässer: Nancy Faeser wird verlieren

Das Verbot des Compact-Magazins ist für die Bundesrepublik ein höchst alarmierender Vorgang. Wir haben mit dem Herausgeber Jürgen Elsässer gesprochen, der uns einige Details zu der Durchsuchung verraten hat.

Jetzt auf:

► jf.de/tv



Jetzt ansehen

Separatismus als Streßtest für die spanische Nation

Eine wackelige Angelegenheit

Von Jorge Soley

Was als „katalanischer Prozeß“ in die Geschichte einging, begann im heute schon weit entfernt wirkenden Jahr 2011, als sich katalanische Nationalisten angesichts zahlreicher Korruptionsfälle (der damalige Präsident der katalanischen Regierung, Artur Mas, mußte sogar per Hubschrauber zum Regionalparlament fliegen, um den Demonstranten auszuweichen, die es umzingelten) für den zukunftsweisenden Weg der Abspaltung vom Mutterland Spanien entschieden. Zu dieser Zeit herrschte im Land eine Wirtschaftskrise. Ein öffentlich befeuert katalanischer Opfermythos suggerierte, daß im Fall der Unabhängigkeit alle reich würden. Das führte zu einer Rekordunterstützung für den Separatismus. Eine mit staatlichen Geldern finanzierte Kampagne der katalanischen Regierung ging so weit, daß sie „jeden Tag Eis zum Nachtisch“ versprach, wenn sich Katalonien nur von Spanien abspaltete.

In den Umfragen stieg die Unterstützung für den Separatismus, doch trotzdem hat er niemals alle Katalanen repräsentiert. Seit dem Auftreten der ersten Separatisten vor mehr als einem Jahrhundert haben diese nie eine Mehrheit erreicht. Jedoch ereignete sich mit der Einführung der Demokratie nach Francos Tod eine entscheidende Veränderung, nämlich ein Wahlgesetz, das die Separatisten im politischen Betrieb begünstigte. Während in Barcelona ein Sitz im Regionalparlament 50.000 Stimmen kostet, erhält man ihn in Lérida mit nur wenig mehr als 20.000 Stimmen. Nun ist es leicht zu verstehen, daß die Separatisten seit den 1980er Jahren in der katalanischen Regierung vertreten sind. Diese Tatsache läßt vermuten, daß die Krise des katalanischen Separationsprozesses ein weiteres Symptom für die zunehmende Dysfunktionalität des Regimes ist, das in Spanien mit der Verfassung von 1978 entstand.

Die „Katalanische Republik“ lebte nach ihrer grotesken Proklamation gerade einmal acht Sekunden lang – bis sie von den Leuten, die sie ausgerufen hatten, wieder ausgesetzt wurde.

Der Prozeß der Separation hat Katalonien stark verarmt, da Tausende von Unternehmen in andere Regionen Spaniens geflohen sind und die ausländischen Investitionen eingebrochen sind. Er endete mit der grotesken Ausrufung einer „Katalanischen Republik“, die acht Sekunden lang dauerte – die Zeit, die verstrich, bevor dieselben Leute, die sie ausgerufen hatten, verkündeten, daß sie ausgesetzt werde –, und der Flucht des damaligen katalanischen Regierungspräsidenten Carles Puigdemont im Kofferraum eines Autos mit Ziel Belgien, während er seine „Minister“ täuschte, indem er sie für den nächsten Tag einberief. Seitdem hat sich der Niedergang Kataloniens unaufhaltsam fortgesetzt, und der Rückgang der Unterstützung für die Separatisten (bei den letzten Regionalwahlen im Mai 2024 erzielten die separatistischen Parteien ihr schlechtestes Ergebnis seit 1980) hat ein katalanisches Parlament geformt, das extrem zersplittert ist und in dem es nach mehreren Monaten immer noch nicht möglich war, eine Einigung zur Bildung einer Regierung zu erzielen.

Der separatistische Prozeß in Katalonien scheint in eine Sackgasse geraten zu sein, aber gleichzeitig hat er um sich gegriffen und im nationalen Parlament in Madrid Wurzeln geschlagen. Was wir sehen, ist, daß einige der Schwächen, die bereits in der institutionellen Blaupause des Spaniens von 1978 vorhanden waren, nun bis in ihre letzte Konsequenz getrieben werden, befreit von allen Hindernissen, die wie ein veraltetes Rückstand diese Auflösungstendenzen noch einschränkten.

So fördert das spanische Wahlrecht die Zweiparteienherrschaft, schadet dritten Parteien mit breiter nationaler Präsenz und begünstigt regionale abtrünnige Parteien, die zu den wichtigsten Parteien werden und über die Zusammensetzung der Regierung entscheiden. So werden spanische Regierungen oft durch einen Pakt über Straffreiheit für separatistische Gruppen gebildet, die im Austausch für ihre Unterstützung im spanischen Parlament in ihren Regionen despotisch regieren können.

Doch heute gehen die Gemeinsamkeiten zwischen den katalanischen Separatisten und der sozialistischen Regierung von Pedro Sánchez über ein vorübergehendes Bündnis hinaus und sind Ausdruck eines Politikverständnisses, das Spanien in die Nähe bestimmter gescheiterter Staaten bringt. Zum Beispiel die offene Verachtung des Gesetzes und ein Regierungskonzept, das davon ausgeht, daß derjenige, der die Unterstützung des Volkes erhält, über den schwerfälligen Regeln steht, die im Grunde genommen als dem Geist des Volkes zuwiderlaufend angesehen werden. Oder der Angriff auf und die Unterwerfung von allen Institutionen, die ein Minimum an Unabhängigkeit von der Exekutive bewahren, angefangen natürlich bei der Justiz. Oder die schamlose Verwendung öffentlicher Mittel zur großzügigen Belohnung von Parteihängern und zur Fütterung einer gigantischen Propagandamaschine, die mit den Steuergeldern aller bezahlt wird. Es sind diese Merkmale, die wir in ihrer ganzen Roheit im katalanischen Separatismus gesehen haben und die nun auch die Regierung von Pedro Sánchez kennzeichnen.

Wie ist es so weit gekommen? Die Vermutung liegt nahe, daß, wie bereits erwähnt, die meisten dieser Probleme schon in der Verfassung von 1978 angelegt waren. Eine Verfassung, die die Nachfolge des Franco-Regimes



Die Menschentürme „Castells“ sind altes katalanisches Kulturgut: Sinnbild eines auf ziemlich wackeligen Füßen stehenden Staates

antrat, um einen abrupten Bruch zu vermeiden, der die wirtschaftliche Blüte Spaniens seit den 1960er Jahren gefährdet hätte. In einer Laune, die sich seither mehrmals wiederholte, war die spanische Rechte bereit, im Austausch für wirtschaftliche Stabilität in fast allen anderen Bereichen Konzessionen zu machen. Bei der Verhandlung dieser Kompromisse spielte auch die Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens eine wichtige Rolle. Die PSOE war in den letzten Jahren des Franquismus unbedeutend, schaffte

es aber dank der Unterstützung der USA und vor allem der deutschen Sozialdemokratie von Willy Brandt und Helmut Schmidt, die Kommunistische Partei Spaniens als zentralen Bezugspunkt der Linken zu überholen und Spanien in die Nato zu führen (und damit das Gegenteil von dem zu tun, was sie ihren Wählern eigentlich versprochen hatte). Die Verfassung von 1978 entschied sich für ein System der Parteienherrschaft, das von einer Dynamik angetrieben wird, die dem Wählerwillen fremd bleibt und

eine direkte Demokratie fast unmöglich macht. In diesem System verschwindet die Unterscheidung zwischen Legislative und Exekutive – selbst die richterliche Gewalt liegt weitgehend in den Händen der Parteien.

Als Ergebnis der Verhandlungen zwischen den Kräften von 1978 kamen lauter kalkulierte Unklarheiten und ungeschriebene Pakte zustande, insbesondere mit den Separatisten, die im Gegenzug für die Selbstverwaltung ihre Sezessionsbestrebungen aufgeben sollten. Die Konsequenzen sind, fast ein halbes Jahrhundert später, für alle sichtbar. Was man von der Marxschen Utopie sagte, daß sie nur in einer Welt funktionieren würde, in der jeder ein Engel ist, könnte auch über die Verfassung von 1978 gesagt werden. Vielleicht hätte sie funktionieren können, wenn alle Politiker ehrliche, loyale, großzügige und verantwortungsbewußte Menschen gewesen wären. Das war nicht der Fall. In den Anfängen mögen sich manche Abgeordnete und Funktionäre vielleicht von einer gewissen Illusion täuschen lassen haben – aber schon bald wurde klar, daß das System nicht in der Lage war, seine Feuerprobe zu bestehen, auch dann vernünftig zu funktionieren, wenn echte Politiker aus Fleisch und Blut ans Ruder kamen.

Die Entwicklung in den spanischen Regionen, die jetzt als autonome Gemeinschaften bezeichnet werden, ist an diesem Punkt sehr aufschlußreich. In den Regionen, die den separatistischen Parteien überlassen wurden, entweder durch Wahlgesetze, die sie begünstigten, oder als Gegenleistung für ihre Unterstützung im nationalen Parlament, haben diese alles gegeben, um „Ministaaten“ zu schaffen. In diesen wurden enorme Ressourcen dafür aufgewendet, um durch das Bildungssystem und die Kontrolle der lokalen Medien Haß auf Spanien zu säen, in der Hoffnung, damit ihre Wählerbasis zu erweitern. Gleichzeitig begünstigten die Separatisten mit endlosen Subventionen das Entstehen einer neuen Geschäftsklasse, die denen treu ergeben ist, denen sie ihr ganzes Vermögen verdanken.

Obwohl diese Politik zur Verarmung ganzer Regionen geführt hat, hat sich der Mix aus Indoktrination und Propaganda, gepaart mit einer offensiv ausgespielten Opferrolle, als wirksames Mittel zum Machterhalt erwiesen.

Spanien ist fast ein halbes Jahrhundert nach dem Machtwechsel 1978 dem gescheiterten peronistischen Argentinien näher als Ländern mit einem Rechtsstaat.

Das Problem besteht jedoch nicht nur in dieser rücksichtslosen Wiederbelebung der Fliehkräfte im Land, sondern auch im Versagen der Mechanismen und Institutionen, die sie eigentlich eindämmen sollten. In Katalonien haben sich so zum Beispiel Regional- und Kommunalverwaltung immer wieder gewiegert, geltendes Recht umzusetzen. Sowohl die Verweigerung des Schulunterrichts in spanischer Sprache – was übrigens auch gegen die Kinderrechtskonvention verstößt –, als auch die Verletzung des Flaggengesetzes, als in bestimmten Rathäusern die spanische Flagge nicht mehr gehißt wurde, zeugen davon. Diese Angelegenheiten wurden öffentlich gerügt, und es gibt sogar Gerichtsurteile gegen die separatistischen Machthaber – die trotzdem nie vollstreckt wurden. Vermutlich, um die Pakte zwischen den Parteien nicht zu gefährden. Vielleicht gibt es auch in all diesen Fällen noch Menschen, die glauben, es handelt sich hier nur um Kleinigkeiten. Aber in Wahrheit wurde ein Grundprinzip verletzt, das die Grundlagen des Spaniens von 1978 beschädigte. Was damals von allen Beteiligten als unbedeutende Angelegenheit betrachtet wurde, führte durch seine eigene Trägheit zu einem verhassten Staatsstreich in Katalonien, der noch immer das politische Leben in Spanien bestimmt.

Gibt es einen Ausweg aus dieser Situation? Wohl kaum. Was das fehlerhafte Wahlrecht betrifft, so wurde dessen notwendige Reform trotz einer bindenden Abstimmung auf unbestimmte Zeit verschoben. Das ist logisch, wenn man bedenkt, daß diejenigen, die für die Änderung des Gesetzes zuständig sind, dessen Nutznießer sind. Das ist die Art und Weise, wie alles unter dem gegenwärtigen System funktioniert. In diesem politischen Kontext ist es gar nicht nötig, den zweideutigen Rahmen der Verfassung von 1978 zu zerstören, um ein System zu installieren, das einen gut geölten Klientelismus mit der totalen Straffreiheit vor dem Gesetz sicherstellt. Selbst das Verfassungsgericht ist in gewissem Grade in dieses System eingetaktet. Das läßt sich daran ablesen, daß es kürzlich ein Urteil kassierte, das andalusische sozialistische Führer wegen der Abzweigung von Arbeitslosengeldern verurteilte, das vorher in mehreren Instanzen bestätigt wurde. So ist Spanien fast ein halbes Jahrhundert nach 1978 dem gescheiterten peronistischen Argentinien näher als den Ländern, die über Rechtsgarantien, solide Institutionen und Grenzen für staatliche Willkür verfügen – alles Errungenschaften, die in Spanien vor unseren ohnmächtigen Augen verschwinden.



Jorge Soley, Ökonom, lehrt an der IESE Business School der Universität von Navarra und arbeitet für den katholischen Think Tank CEFAS in Madrid. Außerdem ist er Redakteur der Nachrichtenseite *El Debat* und Autor mehrerer Fachbücher über Politik und Geschichte.

Außenpolitiker des Widerstandes

Adam von Trott zu Solz bemühte sich hartnäckig um Zusagen des Auslands für die Zeit nach dem Sturz des NS-Regimes. Vor achtzig Jahren wurde der 20.-Juli-Mitverschwörer hingerichtet

ERIK LOMMATZSCH

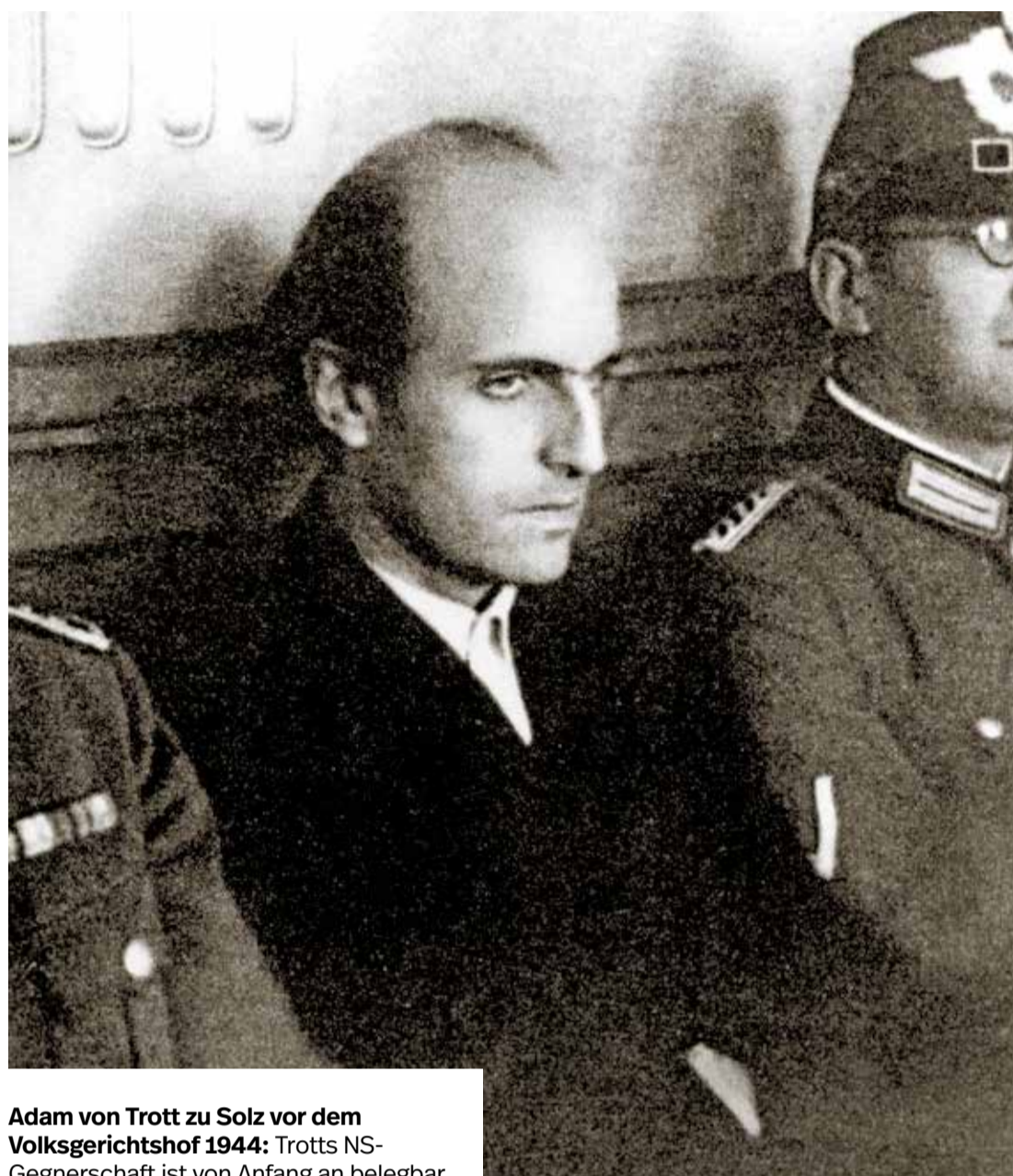
Seine Missionen endeten in der Regel enttäuschend, so auch die vom März 1944 in Stockholm, wo er etwa mit dem schwedischen Außenminister zusammengetroffen war. Adam von Trott zu Solz gab sich wie stets überzeugt von seinem Tun: „Die eigene, eigentliche Aufgabe zu erkennen, befreit und gibt dem Leben Halt und klare Wahl in den mannigfach verwirren Prinzipien und Werten, die die Horizonte des modernen Weltbürgers erfüllen.“ Von seiner Frau zur Vorsicht gemahnt, erklärte er, es gebe „einen Grad an Vorsicht, der das, weswegen man vorsichtig ist, zunichte macht“.

Schon vor Beginn des Zweiten Weltkriegs arbeitete Trott dem NS-Regime konsequent entgegen. Er verfügte über Reisemöglichkeiten und gute, weitreichende internationale Kontakte, insbesondere nach Großbritannien. Das Ausland sollte in Position gebracht werden. Zunächst, um den drohenden Krieg noch abzuwenden, vor allem dann aber, um Rückhalt für den Widerstand zu bekommen – in Form von Zusagen an eine künftige deutsche Regierung nach gelungenem Umsturz. Er selbst war als Staatssekretär im Auswärtigen Amt vorgesehen. Trotts Anliegen stießen auf taube Ohren. Obwohl er einflussreiche Fürsprecher hatte, erfuhr er nicht die erhoffte Reaktion. Teils verdächtigte man ihn, ein NS-Agent zu sein.

Mit dem Kriegsgegner zu einem annehmbaren Frieden gelangen

Im Januar 1941 hatte der britische Premierminister Winston Churchill „absolute silence“ gegenüber entsprechenden deutschen Friedensführlern verordnet und damit auch das Ignorieren der Ansinnen Trotts. Die Festlegung auf die bedingungslose Kapitulation Deutschlands, die „Unconditional Surrender“-Formel, auf die sich Churchill und der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt im Januar 1943 geeinigt hatten, wirkte zusätzlich lähmend auf das Staatsstreichvorhaben, dessen Akteure sich damit im Falle eines erfolgreichen Sturzes der NS-Machthaber in der Heimat dem Vorwurf hätten aussetzen müssen, einen „Dolchstoß“ gegen das eigene Land geführt zu haben. Trott modifizierte seine Vorstellungen, die Forderungen wurden immer weiter zurückgefahren. Weniger Optimismus, eher Hoffnung war es, die Trott bis zum Ende, dem Attentat des 20. Juli 1944, für das von ihm mit ganzer Kraft unterstützte Vorhaben hegte, das NS-Regime von innen heraus zu überwinden und mit dem Kriegsgegner zu einem annehmbaren Frieden zu gelangen.

Geboren wurde Trott am 9. August 1909 in Potsdam. Sein Vater amtierte bis 1917 als preußischer Kultusminister. Im Anschluss an das juristische Studium und die Promotion in Göttingen über Hegels Staatsphilosophie erwarb Trott 1933 in Oxford einen weiteren Abschluss, ermöglicht durch ein zweijähriges Rhodes-Stipendium. In dieser Zeit entstanden zahlreiche Verbindungen, über die er später versuchen sollte, Einfluss auf die britische Politik zu nehmen, etwa zum Labour-Politiker Stafford Cripps oder zu David Astor, dem nachmaligen Verleger des *Observer*. Trotts NS-Gegnerschaft ist von Anfang an belegbar. Zurück in Deutschland suchte er Kontakte zu Opposition und Widerstand verschiedener politischer Lager, vom sozialistischen Untergrund bis hin zu Ewald von Kleist-Schmenzin. Anfang 1937 brach er zu einer längeren Reise auf, die ihn über die USA nach China führte, wo er sich zu Studienzwecken für 14 Monate aufhielt. Seine im Juni 1940 aufgenommene Tätigkeit im Auswärtigen Amt stand im Dienst des Widerstands. Daß er durch seinen Beruf zwangsläufig auch im Sinne des NS-



Adam von Trott zu Solz vor dem Volksgerichtshof 1944: Trotts NS-Gegnerschaft ist von Anfang an belegbar

Staates wirken mußte, lastete schwer. Um unbehelligter für seine Sache agieren zu können, trat er der NSDAP bei – daß dies ausschließlich aus Tarngründen erfolgte, wurde später von keiner Seite in Frage gestellt.

Der Historiker Rainer A. Blasius betont, daß Trott gegen das NS-Regime gerichtete Initiativen auf zwei Prämissen beruhten, die für ihn maßgeblich bleiben sollten. Trott selbst schrieb bereits 1930: „Die Selbstbehauptung des Staates auf dem Wege der Rechtsabwicklung, nicht des Krieges, ist heute anzustreben.“ Von 1936 stammt die Formulierung der Quintessenz der zweiten Prämisse: „Mir scheint, daß der Friede Europas und der Welt sich nur durch eine deutsche und englische Verständigung erhalten läßt.“

Vorstellung von einem Deutschland innerhalb eines föderalen Europas

Im Juni 1939 reiste Trott – zwar noch nicht im Auswärtigen Amt, aber von deutscher Seite beauftragt – nach Großbritannien, um Klarheit über die dortige Haltung gegenüber Deutschland, insbesondere nach dem Vorgehen gegen die Tschechoslowakei wenige Monate zuvor, zu gewinnen. Das Ganze mündete in einem Bericht an Hitler. Trott, der auch mit Premierminister Neville Chamberlain gesprochen hatte, formulierte den Bericht so, daß die wachsende Kriegsbereitschaft der Briten betont wurde. Zudem forderten diese die Selbständigkeit Böhmens und Mährens, seien aber bereit, über andere offene Fragen mit Deutschland zu verhandeln, etwa über Danzig. Dieser Vorschlag geht wohl auf Trott zurück. Sein Agieren war auf Friedenserhalt gerichtet – illusorisch wie auch andere deutsche, an der NS-Politik vorbeilaufende Initiativen dieser Monate mit dem selben Ziel.

Im Herbst 1939 konnte Trott einer Konferenz-Einladung nach New York folgen, an die sich ein längerer Aufenthalt anschließen sollte. Von hier aus wirkte er maßgeblich an zwei Memoranden mit, die die Briten zur Erklärung ihrer Kriegsziele und zu Garantien für ein Deutschland nach Hitler drängen sollten. Ob es sich bei der ausbleibenden Reaktion um eine verpaßte Chance handelte, ist umstritten.

Mit dem Kreisauer Kreis um Helmuth James Graf von Moltke war Trott seit Anfang 1941 verbunden. Durch seine Dienststellung konnte er hier zahlreiche Informationen einbringen, unermüdlich warb er im Ausland um Anerkennung des Widerstandes. So wenn er Stafford Cripps, inzwischen in der britischen Regierung als Lordsiegelbewahrer, im April 1942 eine Denkschrift mit Vorstellungen eines dezentralisierten Deutschlands innerhalb eines föderalen Europas zukommen ließ. Nationalstaat und ethnographische Grenzen waren Trotts Orientierung. Auch beeinflusst von der Abweisung des Widerstandes durch den Westen sprach er später in seinen Überlegungen für den künftigen Weg von der besonderen Stellung Deutschlands in einem „Europa zwischen Ost und West“. Er war einer der wenigen Kreisauer, die sich für ein Attentat aussprachen.

Trott fungierte als außenpolitischer Berater Claus Schenk Graf von Stauffenbergs, mit dem er eng befreundet war. Bis zuletzt durch Denkschriften und persönliche Kontakte um Rückhalt aus dem Ausland bemüht, signalisierte er wenige Tage vor dem Staatsstreich, daß die Alliierten nach dem gelungenen Umsturz verhandlungsbereit wären, wofür es allerdings keine belastbaren Anhaltspunkte gab. Die Verschwörer hat er damit wohl bestärkt. Fünf Tage nach dem Attentat vom 20. Juli verhaftet, wurde Trott vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und am 26. August 1944 hingerichtet.

Der ungeliebte Schwarze

Der dilettantische NS-Putsch vom 25. Juli 1934 und der Tod des österreichischen Bundeskanzlers Engelbert Dollfuß

LOTHAR HÖBELT

Am 25. Juli 1934 wurde der österreichische Bundeskanzler Engelbert Dollfuß im Zuge eines NS-Putschversuches erschossen. In Österreich ist Dollfuß immer noch Ausgangspunkt zeitgeistig-infantiler Debatten: Ein ÖVP-Innenminister ging erst unlängst in die Knie, als er angegriffen wurde, peinlicherweise auch von den Freiheitlichen (!), weil sich in seinem Heimatort ein Dollfuß-Museum befand. Doch die Person und das Ereignis sind durchaus eine nähere Betrachtung wert.

Engelbert Dollfuß, kleingewachsen und jovial, war Weltkriegsoffizier (Kaiserschützen) und katholischer Verbindungsstudent (Franco-Bavaria), verheiratet mit einer Dame aus Pommern. Vor allem aber: Er war zwar selbst kein Bauer, aber Direktor des niederösterreichischen Bauernbundes, der mächtigsten Organisation der „schwarzen“ Reichshälfte. 1932 wurde er in einer Krisensituation zum Kanzler ernannt, wie viele meinten: zum Übergangskanzler, weil er einer Minderheitsregierung vorstand, die sich nur durch glückliche Zufälle von einer Abstimmung zur nächsten über Wasser halten konnte. Aus dieser Klemme befreite ihn eine Geschäftsordnungsfrage des Nationalrates am 4. März 1933. Alle drei Präsidenten traten zurück, als erster der Sozialdemokrat Karl Renner; die Versammlung löste sich auf. Die Regierung sah darin eine Fügung des Schicksals. Denn bei den spätestens 1934 anstehenden Neuwahlen wären die Christlichsozialen unweigerlich zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten in eine Zwickmühle geraten. So aber konnte man von der „Selbstausschaltung des Parlaments“ sprechen und – ganz nach dem Muster der Monarchie – eine Zeitlang autoritär regieren.

Dollfuß galt als Mann des nationalen Flügels der Christlichsozialen. Die Berliner Regierung Franz von Papens hatte seine Ernennung begrüßt. Doch Hitler und die NSDAP forderten ultimativ eine Regierungsbeteiligung. Der NS-Landesinspektor für Österreich, der ehemalige Kommunist Theo Habicht, ließ Dollfuß wissen: Es gäbe nur die Wahl zwischen Krieg oder Frieden. Nach ersten Terroranschlägen ließ Dollfuß die NSDAP im Juni 1933 verbieten. Hitler war zwar später bereit, mit Konservativen wie Miklós Horthy in Ungarn und Ion Antonescu in Rumänien zu paktieren und dafür NS-affine Organisationen wie „Pfeilkreuzler“ und „Eiserne Garde“ fallenzulassen. Doch in Österreich war er zu keinem Kompromiß bereit. Alle Vermittlungsversuche scheiterten.

Die erste militärische Herausforderung für Dollfuß kam von links: Ein Teil des Schutzbundes, der verbotenen Wehrorganisation der Sozialdemokratie, probte am 12. Februar 1934 den Aufstand, der militärisch zum Scheitern



Engelbert Dollfuß um 1933: Christlicher Ständestaat war nur eine Fassade

verurteilt war. Das Gros der „roten“ Funktionäre war gegen den Aufstand gewesen. Dollfuß aber ließ daraufhin am 1. Mai 1934 eine neue Verfassung verabschieden, unter dem Titel „christlicher Ständestaat“ – eine Fassade, die niemanden überzeugte: Denn von berufsständischer Selbstverwaltung konnte genauso wenig die Rede sein wie von einem „faschistischen“ System. Selbst das Kürzel „Austro-Faschismus“, das Dollfuß Koalitionspartner von den militanten Heimwehren auf ihre Fahnen schrieben, betonte in erster Linie die Unterschiede zum italienischen Original.

Inzwischen begann Hitler ungeduldig zu werden. Habicht verspreche ihm jede zweite Woche den Sturz Dollfuß, aber es geschehe nichts. Habicht geriet in Zugzwang. Er ging auf einen Putschplan ein: Als neuer Kanzler war zunächst kein Nationalsozialist ausersuchen, sondern ein Parteifreund von Dollfuß, Anton Rintelen, ebenfalls Mitglied einer katholischen Studentenverbindung. Durchführen sollten den Putsch ehemalige Bundesheerangehörige, die wegen NS-Nähe entlassen worden waren. Habicht suggerierte Hitler, das Bundesheer oder zumindest wesentliche Teile davon würden sich anschließen. Dabei hatten die Putschisten – genauso wie die „roten“ Februar-Kämpfer – nicht einmal die eigene Partei hinter sich. Ein Teil der „Illegalen“ unter Anton Reinthaller suchte den Ausgleich mit dem Regime und war gegen das Revoluzzertum. Die Putschisten firmierten unter der Bezeichnung „SS-Standarte 89“. Ihr Verhältnis zur SA war – wenige Wochen nach dem „Röhm-Putsch“ – gebrochen.

Die Putschisten ermordeten Dollfuß im Bundeskanzleramt

Der Plan der Putschisten war, in Bundesheeruniformen zum Zeitpunkt der Wachablöse ins Bundeskanzleramt einzufahren. Das – aber auch nur das – gelang. Denn der Putsch war verraten worden. Derlei Gerüchte schwirren freilich fast täglich durch die Luft. Doch Dollfuß schickte immerhin sein Kabinett heim. Die Putschisten fanden nur mehr ihn – und zwei seiner Minister – vor. Der Kanzler wollte durch einen Hinterausgang fliehen; er wurde eingeholt, widersetzte sich der Gefangennahme – und wurde offenbar im Zuge des Handgemenges von einer Kugel getroffen. Unklar ist bis heute, wer den zweiten, tödlichen Schuß abgefeuert hat. Für die Putschisten wäre der lebende Dollfuß als Geisel zweifellos wertvoller gewesen als der tote.

Doch die Putschisten waren führerlos: Ihr Kommandant hatte die Abfahrt des Lkw-Konvois versäumt. Sie waren auch isoliert. Denn von einer Unterstützung durch das Bundesheer konnte keine Rede sein. Da gab es zweifellos Sympathisanten, doch keiner wagte sich aus der Deckung. Einige Stunden herrschte in der Wiener Innenstadt kuriose Stille. Dann riegelten Polizei und Bundesheer das Gebäude ab. Verhandelt wurde nur mehr über freien Abzug, der zugesagt, dann zurückgenommen wurde unter dem Vorwand, man habe vom Tod Dollfuß' schließlich noch nichts gewußt.

Hitler vollzog einen Kurswechsel: Die Ausrüstung steckte er in den Anfängen. Er konnte vor der Saar-Abstimmung im Januar 1935 keine Krisen brauchen. Er schickte Habicht in die Wüste und nach Wien seinem ehemaligen Vizekanzler und Katholiken Franz von Papen als Gesandten – dessen Frau dort mit ihren Sortisen über Hitler auffiel. Mussolini hatte sich 1934 noch für Österreich stark gemacht. 1936 wurden im Zeichen der Völkerbund-Sanktionen gegen Italien die Karten dann neu gemischt.

Prof. Dr. Lothar Höbelt lehrt Neuere Geschichte an der Universität Wien.

Italiens Nachkriegsgeschichte und die Macht des tiefen Staates

Niedrigschwelliger Bürgerkrieg

In keinem europäischen Land hat es eine so lange und ununterbrochene Abfolge von blutigen Massakern und politischen Morden gegeben wie in Italien. Diese setzte unmittelbar nach dem Ende des Mussolini-Regimes im April 1945 ein und endete erst mit den Schlichtereien von 1992/93, denen der „Mafiajäger“ Giovanni Falcone zum Opfer fiel. Für Roberto Scarpinato, der seit 2013 als Generalstaatsanwalt von Palermo auf Falcones Spuren wandelte, 2022 in die Politik wechselte und heute als bedeutendster Ermittler gegen die „ehrenwerte Gesellschaft“ gilt, ist Italiens lange Nachkriegsgeschichte eine des permanenten „niedrigschwelliger Bürgerkriegs“. Dieselben Machteliten, die den Faschismus trugen, feudale

Großgrundbesitzer, bürgerliche Großindustrielle, Unternehmer und Bankiers, führten diesen mit Hilfe der Mafia und des „tiefen Staates“ in Polizei, Justiz und Geheimdiensten gegen die demokratische Mehrheit der Nation. Aus deren Reihen ging 1948 jene „kulturelle und moralische Aristokratie“ hervor, die dem Land eine parlamentarische Verfassung gab. Sei schon der blutige Kampf des „tiefen Staates“ bis 1993 alles andere als eine „Verschwörungserzählung über geheime Mächte“, so sei auch seine unblutige Fortsetzung kein Phantasma, sondern laufe aktuell auf die Errichtung einer „autoritären Präsidialrepublik“ zu. (dg)

► www.lettre.de

Mehr Zuwanderung behebt keinen Fachkräftemangel

Begrenzte Integrationsfähigkeit

Von Fachkräften, so definiert Tobias Maier, spricht man, wenn die Ausübung eines Berufs einen mindestens voll qualifizierenden Abschluß erfordert. Die von der Migrationslobby geschürte Hoffnung, diese spezifische Teilgruppe Erwerbstätiger, die in Deutschland demographisch bedingt schrumpft, durch Zuwanderung vergrößern zu können, wird sich für den Arbeitsbereichleiter im Bonner Bundesinstitut für Berufsbildung kaum erfüllen, wenn sich bisherige „Bildungstrends“ fortsetzen (*Aus Politik und Zeitgeschichte*, 22–23/2024). Denn diese führten seit 2000 nicht nur zu Fachkräftengaps, sondern infolge der gestiegenen Zahl Jugendlicher ohne Berufsabschluß auch zu „Fachkräfteüberhängen“.

Nehme doch seit den 2010ern im dualen System die Erfolgsquote vor allem junger Nichtdeutscher stetig ab, bei denen 38,1 Prozent keinen formalen Abschluß habe. Nur wenn es gelinge, bis 2040 die hohen Abbruchquoten in den beruflichen Bildungsstätten zu halbieren, könnten über eine Million Fachkräfte gewonnen werden. Elementare Voraussetzung dafür sei Kenntnis der deutschen Sprache. Doch Deutschkompetenz nehme in allgemeinbildenden Schulen seit 2009 bei Schülern mit und ohne Migrationshintergrund ab. Darum stoße die Integrationsfähigkeit des dualen Ausbildungssystems heute schon an Grenzen. (ob)

► www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz

Historisches Kalenderblatt

1. August 1834: Der Slavery Abolition Act 1833 schafft die Sklaverei im Britischen Empire ab und weitet den Slave Trade Act of 1807, in dem Sklavenhandel verboten wurde, massiv aus. In den USA endete die Sklaverei erst 1865, der muslimische Sklavenhandel in Afrika hielt sogar bis 1873 an.

Deutsche Pastorius-Spione:
Präzedenzfälle für 9/11

HEIDELBERG. Im Juni 1942 setzten die deutschen U-Boote U 202 und U 584 zwei Gruppen mit insgesamt acht Agenten an der Ostküste der Vereinigten Staaten ab. Deren Aufgabe bestand darin, kriegswichtige Infrastrukturen in den USA sowie Betriebe für die Produktion von Flugzeugaluminium zu sabotieren. Das „Unternehmen Pastorius“ der Abteilung II des Amtes Ausland/Abwehr der Wehrmacht scheiterte allerdings schon im Ansatz wegen der alsbaldigen Verhaftung der Mitglieder beider Gruppen durch das FBI. Danach verurteilte ein Militärtribunal sechs der Deutschen im Schnellverfahren zum Tode auf dem Elektrischen Stuhl. Ihre Hinrichtung fand am 8. August 1942 statt, nachdem der Oberste Gerichtshof in Washington diese Vorgehensweise wenige Tage zuvor in dem Urteil „Ex parte Quirin“ gebilligt hatte. Wie die Historiker Richard Hemmer und Daniel Meßner in der Online-Ausgabe von *Spektrum der Wissenschaft* vom 10. Juli 2024 darlegen, schuf der Supreme Court mit seiner Entscheidung über die Behandlung von „Irregulären Kämpfern“ einen Präzedenzfall, der nach den Anschlägen vom 11. September 2001 die juristische Grundlage für die Verfolgung tatsächlicher oder vermeintlicher islamischer Terroristen bildete. (ts)

► www.spektrum.de

„Fluch des Pharaos“: Waren
Darmwürmer tödlich?

NEW YORK. Weil einige Ägyptologen, die an der Öffnung von Herrschergräbern und der Freilegung von Mumien aus der Pharaonenzeit beteiligt gewesen waren, kurz nach solchen Ereignissen starben, verbreitete sich ab den 1920er Jahren das Gerücht vom „Fluch des Pharaos“. Dabei wurde bis heute immer wieder auch die Vermutung geäußert, daß die Grabstätten mit unbekannten giftigen Materialien kontaminiert sein könnten oder Bakterien und Viren für die mysteriösen Todesfälle gesorgt hätten. Zumindest letzteres ist aber extrem unwahrscheinlich, wie Piers Mitchell, der Direktor des Ancient Parasite Laboratory der University of Cambridge, am 8. Juli 2024 im Interview mit dem Wissenschaftsmagazin *Live Science* erläuterte: Die Erreger gefährlicher Krankheiten wie Pocken, Tuberkulose und Lepra, welche im alten Ägypten flächendeckend umgingen, benötigten lebende Wirte, um sich weiterzubreiten. Darüber hinaus zerfälle die DNA der Viren und Bakterien im Laufe der Zeit. Wenn man zehn Jahre warte, „ist alles tot“, so Mitchell. Die einzige Ausnahme seien einige parasitäre Darmwürmer, aber auch deren Eier könnten keinesfalls Tausende von Jahren überleben und dann neuerlich Menschen krank machen. (ts)

► www.livescience.com/archaeology

Erste Sätze

Süße, unennbare Bezauberung! Damals in Florenz hat sich mein Herz an das linke Arnoufer gehängt, so wie es mich in Rom immer nach Trastevere und in die janikulensische Hügelgegend gezogen hat.

Werner Bergengruen:
Die Rittmeisterin, Roman,
München 1954

Geschichtsklitterung im Parteiauftrag

Zwei Bücher kochen den DDR-Propagandamythos von der Selbstbefreiung des KZ Buchenwald im April 1945 auf

KONRAD ADAM

Buchenwald war nicht das einzige KZ, in dem die Nationalsozialisten ihre Gegner gefangenhielten, erniedrigten und quälten. Es war auch nicht das älteste, nicht einmal das größte. Sein Name stand jedoch für das System und löste, wo immer er genannt wurde, Angst und Schrecken aus. Der Standort auf der Nordseite des Erbersberges hoch über der Stadt Weimar war bewußt gewählt: er war die Faust, die das Regime dem Bürgertum vors Auge hielt, um sie ihm bei Bedarf ins Gesicht zu schlagen.

In ihrem Widerwillen gegen den Bürger, der nach Weimar pilgerte, um dort seine Heroen, die Goethes und die Schillers zu verehren, standen die nationalen Sozialisten aber nicht allein. Sie teilten ihn mit den internationalen Sozialisten, die sich nach ihrem Sieg 1945 denn auch beeilten, die Nachfolge anzutreten. Das Konzentrationslager hieß nun Speziallager, in dem die neuen Herren ihre alten Feinde, die Bürger gefangenhielten und drangsalierten.

Die traurige Geschichte Buchenwalds war damit aber immer noch nicht zu Ende. Denn nach Auflösung des Speziallagers beschloß die SED, das Areal als Bühne für ihre Geschichtslegenden herzurichten. Als weithin sichtbares Wahrzeichen wurde der Glockenturm errichtet, der bis heute die Gegend beherrscht, davor Fritz Cremers große Figurengruppe aufgestellt, die ein Ereignis feiert, das es so nie gegeben hat, die angebliche Selbstbefreiung.

In seinem Roman „Nackt unter Wölfen“, einem Klassiker der DDR-Literatur, hatte Bruno Apitz die Legende ausgeschmückt. Der SED diente sie zur Begründung ihres Anspruchs, als Sieger aus der Geschichte hervorgegangen zu sein. Eugen Kogon, selbst jahrelang in Buchenwald gefangen, kannte sie nicht. Als am Vormittag des 11. April 1945 die US-amerikanischen Panzer dem Lager näherkamen, zog die SS ab, „die Würfel waren gefallen“, heißt es in seinem Bericht. Die Häftlinge durchschnitten den Stacheldraht, besetzten die Wachtürme und hielten die weiße Fahne. Kogon spricht von Befreiung, doch nicht von Selbstbefreiung.

Der DDR war das zu wenig. Sie bestand auf dem bewaffneten Kampf, auf Heroismus und Triumph, und wenn es davon nicht genug gegeben



Aufstellung sowjetischer Soldaten vor dem Buchenwald-Denkmal 1965: Bühne für Geschichtslegenden der DDR

hatte, wurde der Rest eben ergänzt oder erdichtet. Die Einheitspartei suchte nach einer historischen Legitimation. Weil die auf geradem Wege nicht zu haben war, mußte die Geschichte verbogen, unterdrückt oder verherrlicht werden – nicht zum ersten und leider auch nicht zum letzten Mal in Deutschland.

Das war die Lage, die eine Historikerkommission vorfand, als sie 1991 gebeten wurde, sich über die nicht nur räumliche Kontinuität von KZ, Speziallager und verordnetem Antifaschismus ein Bild zu machen und das vertrackte Erbe darzustellen. Eine heikle Aufgabe, die auf Empfindlichkeiten und Befangenheiten, offene Einwände und verborgene Widerstände stieß, die sich bis heute nicht verloren haben. Denn leicht beieinander wohnen die Gedanken, wie der Historiker Lothar Gall, Schiller zitierend, zu bedenken gab, doch hart im Raume stoßen sich die Sachen.

Sich damit abzufinden fällt linken Parteihistorikern aber genauso schwer wie rechten. Sie wollen von einer Last befreit werden, die ihre Kräfte übersteigt, und da sie in Deutschland leben, gibt es Agenten und Agenturen genug, die ihnen diesen Wunsch erfüllen. Zwei Bücher aus dem in Freiburg ansässigen Ahriman-Verlag – die Wiederkehr des Verdrängten ist sein Programm – führen

vor, wie man das macht. Nur deshalb verdienen sie Beachtung.

Das eine heißt „Der Junge von Block 66“, steht in der Nachfolge von Bruno Apitz und bemüht sich, seinen Roman nachträglich auf eine harte Basis zu stellen. Was aber nicht gelingt, da sich der Erzähler zur entscheidenden Zeit verstecken muß, als Augenzeuge also ausfällt. Um die Lücke zu füllen, springt die Herausgeberin mit der Behauptung ein, die Häftlinge hätten noch zwei Tage lang, „bis zum Eintreffen der amerikanischen Infanterie“, die Kontrolle über das Lager behalten. Sie empfiehlt, sich über den Hergang bei Ernst Haberland zu unterrichten, einem ehemaligen Häftling, der seine Erinnerungen unter dem Titel „Der Pelerinenmann“ veröffentlicht habe, erschienen ebenfalls bei Ahriman.



Fritz Erik (Hrsg.):
Der Pelerinenmann.
Die Selbstbefreiung der
Buchenwälder Häftlinge,
erzählt von ihrem Orga-
nisateur Ernst Haberland.
Ahriman Verlag, Freiburg
2024, broschiert,
266 Seiten, 12,80 Euro

Wer dem Hinweis folgt und vor Geschichtsklitterung nicht zurückschreckt, kommt auf seine Kosten. Der Verfasser war seinerzeit Oberst der Nationalen Volksarmee, ausgezeichnet mit dem Karl-Marx-Orden der ehemaligen DDR. Sein Buch wird als ein Schlüsselwerk gepriesen, als ein Bericht aus erster Hand, als einzigartiges historisches Dokument, das in der finsternen BRD aber chancenlos gewesen sei und deshalb erst jetzt erscheinen könne. Sollte der Leser vergessen haben, daß er es mit Propagandaliteratur und *fake history* zu tun hat, wird er zum Schluß noch einmal darauf hingewiesen. Mit dem Aufbau „unserer sozialistischen Demokratischen Republik“, schreibt der Autor, sei etwas in Erfüllung gegangen, wofür die revolutionäre deutsche Arbeiterbewegung Opfer gebracht und generationenlang gekämpft habe.

In beiden Büchern sind die Versatzstücke eines Geschichtsbildes, das von der Wirklichkeit tausendfach widerlegt worden ist, einigermaßen vollständig versammelt. Konrad Adenauer erscheint als klerikaler Halbdiktator, Heinrich Lübke als KZ-Baumeister, Winston Churchill als Antikommunist, der den Eisernen Vorhang nicht nur erfunden, sondern auch niedergelassen habe. Am schlimmsten ergeht es den US-Amerikanern: sie hätten sich mit den Faschisten verbündet, um den von der Geschichte vorgezeichneten Siegeslauf des Kommunismus aufzuhalten. „Das sind unsere künftigen Feinde“, bemerkt denn auch ein linientreuer Häftling mit Blick auf die amerikanischen Soldaten, die ihn von seinen Peinigern befreit hatten.

Im Vorwort zu seinem Buch über den SS-Staat hatte Kogon die Geschichte als das Arsenal unserer Erfahrungen bezeichnet: man müsse sie kennen, um aus ihr bestätigt oder gewarnt zu werden. Indem sie uns den Spiegel vorhält, zeige sie uns „nicht irgendwelche Scheusale, sondern dich und mich“. Von soviel Skepsis, Skepsis gegen sich selbst, sind die modernen Gurus weit entfernt. Eine Friedenspreisträgerin geniert sich nicht, ihre ephemeren Betrachtungen unter dem Titel „Was wahr ist“ zu verbreiten; und findet damit Zustimmung. „Jeder sage, was ihm Wahrheit dünkt, und die Wahrheit selbst sei Gott empfohlen“, hatte Lessing gesagt – ein großartiges Wort, wie Hannah Arendt meinte. Von dem wollen unsere fortschrittlichen Zeitgenossen aber nichts mehr hören. Sie glauben über Arendt und Lessing, vielleicht sogar über Gott hinaus zu sein.

Monarchist und loyal zur Weimarer Verfassung

Vor 90 Jahren starb Reichspräsident Paul von Hindenburg / Die letzte Barriere zum Führerstaat Hitlers war mit seinem Tod gefallen

ERIK LOMMATZSCH

Der prominente Arzt Ferdinand Sauerbruch stand Paul von Hindenburg in dessen letzten Tagen bei. Er erinnerte sich, daß der sterbende Reichspräsident „zwischen Traum und Wachen“ Wilhelm II. beschworen habe, „ihm zu verzeihen, daß er ihn damals 1918 verlassen habe, und daß er dazu beigetragen habe, ihn zur Reise nach Holland zu bewegen.“ Von der Monarchie überzeugt, war Hindenburg – entgegen einer Reihe von Darstellungen bis kurz vor seinem Tod bei klarem Verstand – nie darüber hinweggekommen, die Abdankung des letzten Deutschen Kaisers maßgeblich mit herbeigeführt zu haben.

Der am 2. Oktober 1847 in Posen geborene Hindenburg, der an den Kriegen 1866 und 1870/71 teilgenommen hatte, konnte auf eine beachtliche militärische Laufbahn zurückblicken, als er 1911, zuletzt Kommandierender General des IV. Armeekorps, mit 64 Jahren in den verdienten Ruhestand verabschiedet wurde.

Im August 1914 in kritischer Situation reaktiviert und an die Spitze der 8. Armee in Ostpreußen berufen, begann in einer sehr späten Lebensphase der Karriere, der ihn populär machen und schließlich an die Spitze des Deutschen Reiches führen sollte. Im Zusammenwirken mit seinem Stabschef Erich Ludendorff, der als der eigentliche Kopf gilt, gelang der Sieg in der Schlacht bei Tannenberg. Der Hindenburgmythos entstand. Zum Generalfeldmarschall und Oberbefehlshaber aller deutschen Streitkräfte im Osten wurde er ernannt, im August 1916 folgte er als Generalstabschef dem glücklosen Erich von Falkenhayn nach. 1917/18 kam Hindenburg, weiterhin in einer Art Doppelspitze mit Ludendorff verbunden, auch eine politische Schlüsselstellung zu. Das Eingeständnis der absehbaren Niederlage schob er lange vor sich her.

1919 ging er abermals in den Ruhestand, in der Öffentlichkeit vertrat er vehement die unter dem

Begriff „Dolchstoßlegende“ bekannte Position. 1925 wurde er Präsidentschaftskandidat der Rechtsparteien und setzte sich gegen Wilhelm Marx zum Zentrum und den Kommunisten Ernst Thälmann durch. Entgegen den Erwartungen vieler seiner Anhänger und den Befürchtungen seiner Gegner stand Hindenburg loyal, wenn auch persönlich kaum überzeugt zur Weimarer Reichsverfassung. Der bekannte Heerführer des Weltkrieges entwickelte sich als „Ersatzkaiser“ zur Integrationsfigur – das äußere Erscheinungsbild spielte eine erhebliche Rolle. Mißtrauisch gegen Parteien und bestärkt von der Instabilität der Regierungen, forcierte Hindenburg, beraten insbesondere von Kurt von Schleicher, den Gedanken eines vom Parlament unabhängigen Kabinetts, etwa aus Beamten. Ein Weg, der in der sich immer weiter verschärfenden Krise der Republik ab 1930 mittels der Präsidialkabinette unter Rückgriff auf Artikel 48 beschritten wurde.

Widerstrebend kandidierte er im 85. Lebensjahr stehende Hindenburg im Frühjahr 1932 für

eine weitere Amtszeit als Reichspräsident. In quasi verkehrter Frontstellung wurde er gegen Hitler und Thälmann aufgeboten und auch von Zentrum und SPD unterstützt. So sehr Hindenburg mit Franz von Papen, Reichskanzler seit Juni 1932, sympathisierte, so lehnte er mit Blick auf die Verfassung Ende November 1932 eine befristete Diktatur Papens ab, ebenso von dessen Nachfolger Schleicher.

Ungern ernannte er am 30. Januar 1933 Adolf Hitler zum Reichskanzler. Dessen Inszenierungen, etwa mit dem „Tag von Potsdam“ am 21. März 1933 kamen Hindenburgs Traditionsverbundenheit entgegen; die sich revolutionär gebende „Bewegung“ stieß ihn ab. Konservative Gegner Hitlers setzten bis zuletzt Hoffnung auf seinen Rückhalt. Am 2. August 1934 starb Hindenburg auf seinem Gut Neudeck in Ostpreußen. Mit seinem Tod wurde das Amt des Reichspräsidenten mit dem des Reichskanzlers vereinigt – Hitler ließ sich allerdings stets als „Führer und Reichskanzler“ und nicht als Präsident bezeichnen.

Unsere nächsten Veranstaltungen:



Patrick Bahners

Kampagne in Deutschland
Bénédicte Savoy und der Streit um die Raubkunst

Abendkasse: 10 € / 5 €

Buchvorstellung
4. September 2024, 19 Uhr

Foto: © Wolfgang Eilmes



Bernd Wagner

Die letzten Europäer
Sieben Studien

Abendkasse: 10 € / 5 €

Buchvorstellung
25. September 2024, 19 Uhr

Foto: © Privat



Michael Andrick

Im Moralegefängnis
Spaltung verstehen und überwinden

Abendkasse: 10 € / 5 €

Buchvorstellung
9. Oktober 2024, 19 Uhr

Foto: © Privat



Mark Feldon /
Kolja Zydatiss

Interregnum
Was kommt nach der liberalen Demokratie?

Abendkasse: 10 € / 5 €

Buchvorstellung
23. Oktober 2024, 19 Uhr

Foto: © Privat



BIBLIOTHEK
DES
KONSERVATISMUS

Eintritt nur nach Anmeldung unter
E-Mail: veranstaltungen@bdk-berlin.org
Fax: 030 - 315 17 37 21

Bibliothek des Konservatismus
Fasanenstraße 4
10623 Berlin

Tel.: 030 - 315 17 37 25
Web: www.bdk-berlin.org

Denker jenseits von rechts und links

Alain de Benoists „Wir und die anderen“ ist neu erschienen

MATTHIAS HANSEN

Der französische Philosoph und Publizist Alain de Benoist (Jahrgang 1943), Vordenker und Begründer der französischen Nouvelle Droite (Neuen Rechten), war auch für nicht wenige im konservativen und rechtsintellektuellen Milieu Deutschlands ein wichtiger Impulsgeber, der mit seinen Arbeiten auch hierzulande den Aufbruch einer stärker meta-politisch orientierten, theoriefreudigen und geistig offenen Rechten mit vorbereitete. Zentral waren dabei zunächst die zweibändige Anthologie „Aus rechter Sicht“ (1983 und 1984) und die in dieser Zusammenstellung nur in Deutschland erschienene Aufsatzsammlung mit dem Titel „Kulturrevolution von rechts“ (1985/2017), später hinzukommend der Band „Aufstand der Kulturen. Europäisches Manifest für das 21. Jahrhundert“ (1999/2003). Letztere Titel sind zumindest als Geheimtip immer Dauerbrenner geblieben, erlebten vor wenigen Jahren Neuaufgaben und sind nach wie vor jedem Interessierten zugänglich.

Die zuletzt erschienene erweiterte Neuauflage seiner Veröffentlichung „Wir und die anderen. Identität ohne Wunschenken“ (2023) mag nicht ganz an diese Klassiker heranreichen, liefert aber doch interessante Einblicke in die Weiterentwicklung Benoists als Denker jenseits von rechts und links, der sich stets der Verteidigung der Vielfalt der Völker und Kulturen verschrieben hatte. Themen

sind erneut die in der Moderne aufgekommene Identitätsfrage angesichts der fortschreitenden Auflösung traditioneller Bindungen, die kommunitaristische Perspektive, Benoists Kritik am liberalen Atomismus, dem falschen Emanzipationsversprechen des Liberalismus und dem Ideal individueller Autonomie, dem die Gemeinschaftsgebundenheit des Menschen entgegengestellt wird.

Neben einer präzisen Analyse der Bedrohung der Identität in der globalistischen Marktgemeinschaft und der aus ihr folgenden Identitätskrise findet sich auch als weiteres Leitmotiv Benoists Kritik des Nationalismus in seiner jakobinisch-zentralistischen Gestalt wieder, der wie der Globalismus die Tendenz hat, partikuläre Identitäten zu unterdrücken oder gar auszulöschen. Lesenswert sind besonders seine Ausführungen zum Thema Rasse, der Leugnung der Existenz von Menschenrassen und von Rassenunterschieden, also der Negierung biologischer Realitäten wie analog der Geschlechter. Auf diese folgen Betrachtungen zur Ideologie des Antirassismus und dem grassierenden antiweißen Rassismus, der an den Universitäten regelrecht gezüchtet wurde, sowie abschließend ein Exkurs über die jüdische Identität.

Liebe zum Eigenen bei Anerkennung des Anderen

Dennoch läßt Benoist den Leser insgesamt etwas ratlos und unbefriedigt zurück. Analytisch ist sein Buch zwar durchaus stark und beleuchtet die verschiedensten Facetten und Aspekte moderner bzw. postmoderner Identität, ihre Krisen, Bedrohtheit und Verwirrungen. Was dieser wie anderen seiner neueren Veröffentlichungen letztlich fehlt, ist die nötige Konsequenz und Entschiedenheit, die appellative und mobilisierende Kraft, einen Weg zur Verteidigung konkreter kollektiver Identitäten aufzuzeigen. Seine Aufforderung, statt für eine besondere Zugehörigkeit oder eine bestimmte Identität zu kämpfen, sich für eine Weltanschauung einzusetzen, die der Identität und den Zugehörigkeiten den ihnen



Alain de Benoist 2010: Warnung vor „identitärer“ Abkapselung

gebührenden Platz einräumt, hat ihre Berechtigung, bleibt aber doch abstrakt und blutler.

Zwar ist richtig, daß Identität keine statische Wesenheit darstellt, wie Benoist verdeutlicht, sondern gleichermaßen Substanz und dynamische Realität, in der Kontinuität und Wandel zum Ausdruck kommen. Und grundsätzlich berechtigt ist auch seine Warnung vor einer essentialistischen Verabsolutierung der eigenen Herkunftsgemeinschaft und „identitärer“ Abkapselung, jedenfalls wenn damit beispielsweise eine Komplettabschottung der Europäer gegenüber der außereuropäischen Welt ohne jeden kulturellen Austausch gemeint wäre. So ziemlich jede Position – selbst die für sich genommen richtigste – läßt sich auf die Spitze treiben und kann so eine negative Richtung nehmen.

Man kann sich allerdings des Eindrucks nicht erwehren, daß der französische Meisterdenker und Universalgelehrte, der Benoist zweifellos ist, selbst bis zu einem gewissen Grade den dekonstruktivistischen und relativistischen Tendenzen unserer Zeit im Laufe der Jahrzehnte mehr und mehr seinen Tribut gezollt hat. Die von ihm propagierte Verteidigung der „Differenz“ ist ein richtiger Gedanke, bleibt jedoch eine intellektuelle Abstraktion. Wem es um den Fortbestand der Vielfalt der Völker und Kulturen geht, kommt an der Tatsache nicht vorbei, daß es in der Praxis immer um die Selbstbehauptung konkreter ethnisch-kultureller Gemeinschaften geht, auch und gerade in der Be-

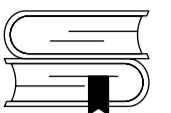
gegnung mit anderen Gruppen. Die Bedrohung der Identität geht eben nicht ausschließlich von den nivellierenden, Unterschiede einebnenden Tendenzen der Moderne aus.

Den von Benoist benannten Gefahren bestimmter Übersteigerungen bei der Identitätsverteidigung, etwa in Gestalt eines National- oder Rassenchauvinismus, wird von der Mehrzahl der identitären Kräfte Europas durch Betonung und Stärkung der verschiedenen Ebenen unserer kollektiven Identität als Angehörigen europäischer Völker und Nationen begegnet (zivilisatorische, nationale/ethnische, regionale/stammesmäßige Ebene der Zugehörigkeit), die problematischen Vereinsseitigungen entgegenwirken und der Vielschichtigkeit unserer Identität weit besser gerecht werden. Liebe zum Eigenen bei Anerkennung und Achtung des Anderen, Solidarität vor allem mit den Angehörigen der eigenen Völkerfamilie, aber prinzipielle Sympathie für jede Gemeinschaft, die ihren Bestand über die Zeiten sichern möchte, ohne deshalb die Konflikträchtigkeit menschlicher Existenz und des Staatenlebens auszublenden.

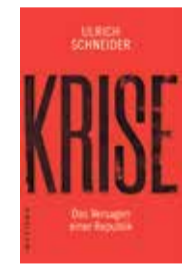
Fazit: Benoists „Wir und die anderen“ ist mit Gewinn zu lesen. Wer diesen bedeutenden Kopf der europäischen Rechten allerdings wirklich kennenlernen möchte, sei zunächst (oder parallel) auf seine eingangs erwähnten Veröffentlichungen und den lesenswerten Gesprächsband „Mein Leben. Wege eines Denkens“ (2014) verwiesen.

FOTO: JF

Frisch gepreßt



Sozialabbau. Der 1958 in Oberhausen geborene, von „ganz unten“ aufgestiegene Pädagoge Ulrich Schneider, war bis vor kurzem als Hauptgeschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes und mit seinem Backenbart à la Gladstone auch medial einprägsamster Exponent der „Armutslobby“. Der rhetorisch militante Kritiker des von Kanzler Gerhard Schröder ins Werk gesetzten Abbaus des Sozialstaats nabelte sich jedoch nur schneckenlang von seinem Ursprungsbiotop ab, trat 2016 der Partei der Linken bei und verließ sie 2022 wegen ruftandfreundlicher Positionen Sahra Wagenknechts. Seine nun vorgetragene Philippika gegen die „neoliberale“ Sozialpolitik der Ampel-Regierung regt an, die dadurch verursachte Auflösung des „gesellschaftlichen Zusammenhalts“ durch massive Umverteilung zu stoppen. Denn „Deutschland ist reich“, und seine Quellen könnten üppig sprudeln, setze der Staat die Blutgrätsche bei den Vermögens-, Erbschafts- und Abgeltungssteuern an. So entstünde eine „gleichere Gesellschaft“, die für Schneider „krisenresistenter“ ist, nicht weil sie ethnisch-kulturell, sondern materiell „gleich“ ist. Über die exorbitanten 55 Milliarden Euro Steuererlöse, die allein 2023 die Zuwanderung Fremder ins deutsche Sozialsystem kostete und die in der Familien-, Renten-, Wohnungsbau- und Bildungspolitik den Sozialabbau zuzunehmen derer forcierte, die diese Unsumme täglich erwirtschaften, schweigt Schneider. Daß Deutschland „sozial auseinanderfliegt“, hat für diesen realitätsblinden „Anwalt der Armen“ nichts mit Massenzuwanderung zu tun. (wm)



Ulrich Schneider: Krise. Das Versagen einer Republik. Westend-Verlag, Neu-Isenburg 2024, 175 Seiten, gebunden, 20 Euro

Gold. Gold lenkte jahrtausendlang die Geschichte der Weltwirtschaft – und ebenso lange versuchten Mächtige, sich davon zu entkoppeln. John Maynard Keynes bezeichnete den Goldstandard gar als ein „barbarisches Relikt“. Drei Jahre nach dem Zusammenbruch des goldbasierten Bretton-Woods-Währungssystems 1973 plädierte dagegen der inzwischen vergessene Ökonom und Historiker Antony C. Sutton in seinem neu vorliegenden Buch „Der Krieg gegen das Gold“ für eine Rückkehr zum Edelmetall als Maßstab. Die Kopplung an Goldreserven schützte die Bevölkerung vor Inflation und die Wirtschaft vor währungsrechtlichen Eingriffen. Es sei vor allem die letztere Funktion, die die Politiker, Banken und Volkswirte störe: „Es ist immer das Einfachste, mit gedrucktem Geld Stimmen zu kaufen.“ Damit sei der titelgebende „Krieg“ eine „notwendige Erscheinung zentralisierter politischer Macht“. Mit seinen Thesen gilt Sutton als Pionier der libertären und paläokonservativen Bankenkritik. (kuk)



Antony C. Sutton: Der Krieg gegen das Gold. Kopp Verlag, Rottenburg am Neckar 2024, gebunden, 288 Seiten, 18 Euro

Heute wird viel feiner als bei der Stasi gearbeitet

Claus-M. Wolfschlag präsentiert eine Fallsammlung politischen Terrors gegen rechte oppositionelle Personen in der hiesigen Antifa-Republik

WERNER OLLES

Cancel Culture, Political Correctness, Haßrede, „Rechtsextremismus“, „Nazismus“, „Homophobie“ oder relativ neu, „Transphobie“, verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates: die Liste, hinter sich der sich repressive Maßnahmen gegen Meinungs-, Rede-, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit scheinheilig verbergen, könnte beliebig verlängert werden.

Das von dem Historiker und Politikwissenschaftler Claus-M. Wolfschlag herausgegebene Buch beschreibt 22 Fälle von Diskriminierung, Diffamierung, Denunziation, Schikanen und Mobbing am Arbeitsplatz bis hin zu Kündigungen des Arbeitsverhältnisses oder bereits geschlossener Verträge, die sich durchaus als Konsequenzen jener beschriebenen Liste einordnen lassen. Die Spitze des Eisbergs bilden Sachbeschädigungen wie Zerstören des Autos und Beschädigen des Wohnhauses politisch mißliebiger Personen bis zu schweren

Körperverletzungen, bei denen von den „Antifa“-Terroristen der Tod der Angegriffenen bewußt in Kauf genommen wird.

Die Mainstream-Medien ignorieren diese Vorfälle in der Regel oder ordnen sie als lokale „Einzelfälle“ ein, die keine überregionale Berichterstattung wert sind. Dabei wird bei genauer Beobachtung nicht selten deutlich, daß in den Redaktionen der ÖRR-Zwangsgebühren-Sender und einiger privater Print-Leitmedien hinter vorgehaltener Hand oder zwischen den Zeilen – nach dem Motto „Die haben es schon verdient“ – durchaus gewisse Schadenfreude herrscht. Bei schweren Verbrechen gegen Leib und Leben verzeihen die politisch Verantwortlichen gern ein paar Krokodilstränen und schwören, selbstverständlich gegen jeglichen „gewalttätigen Extremismus“ energisch und mit der ganzen Härte des Gesetzes vorzugehen, doch sind dies nur Lippenbekenntnisse, auf die keinerlei Taten folgen – außer der materiellen Aufblähung genau jener Gruppen, die bei dem staatlich subventionierten „Kampf gegen Rechts“ die wahren Schuldigen sind.

Glücklicherweise gibt es inzwischen die Sozialen Medien und Autoren, die die eigentliche Aufgabe des Staatsfunks, nämlich objektiv und wahrheitsgetreu zu berichten anstatt regierungsamtdliche Kommentare unkritisch wiederzugeben und einseitig zu informieren, übernommen haben. In Wolfschlags Buch finden sich dokumentierte Fälle, die man sicher nicht mehr als „Kollateralschäden“ bezeichnen kann, denn tatsächlich hat man die Betroffenen „direkt und ganz bewußt ausgehakt, um gemobbt, denunziert oder attackiert zu werden“.



Claus-M. Wolfschlag (Hrsg.): Meinung – Pranger – Konsequenzen. Zweiundzwanzig Fälle. Verlag Antaios, Schnellroda 2024, gebunden, 296 Seiten, 23 Euro

In diesem Zusammenhang zitiert der Herausgeber die DDR-Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley, die die „Stasi-Strukturen, die geheimen Verbote, das Beobachten, das Isolieren und Ausgrenzen, das Brandmarken und Mundtotmachen derer, die sich nicht anpassen“, bereits 1991 auch für die Bundesrepublik prophezeit hatte: „Man wird Einrichtungen schaffen, die viel effektiver arbeiten, viel feiner als die Stasi. Auch das ständige Lügen wird wiederkommen, die Desinformation, der Nebel, in dem alles seine Struktur verliert.“

Natürlich kann Wolfschlags Buch nur einen Bruchteil der Repressionsgeschichten beleuchten, weit über neunzig Prozent dieser traumatischen bis zu lebensbedrohlichen Erfahrungen gelangen nie an die Öffentlichkeit. Die hier vorgestellten Fälle vom Kabarettisten Uwe Steimle, den AfD-Politikern Uwe Junge und Andreas Licht bis zu den Gewerkschaftern von „Zentrum Automobil“ Jens Dippon, Oliver Hilburger und Andreas Ziegler, um nur einige zu nennen, sind jedoch exemplarisch: Ein wertvolles Buch zur rechten Zeit!

ABIGAIL FAVALE

Die gelegnete Natur
Warum die Gender-Theorie in die Irre führt



Sind Gender und das natürliche Geschlecht Gegensätze? Abigail Favale zeigt die versteckten Widersprüche der Gendertheorie und ihre fatalen Auswirkungen. Ein Buch, das viel Diskussionsstoff bietet und einen wichtigen Beitrag für alle darstellt, die sich mit der Genderthematik auseinandersetzen möchten. 272 S., geb.

Best.-Nr.: 97793

26 Euro

MORTIMER J. ADLER

Aristoteles to go
Der leichte Zugang zu komplexen Gedanken



Aristoteles lehrte Alexander den Großen die Logik und durch seine philosophischen Werke jeden Philosophen seither, von Mark Aurel über Thomas von Aquin bis zu Mortimer J. Adler. Jetzt lehrt Adler die Welt die aristotelische Logik, indem er Aristoteles' Erkenntnisse in einer aktuellen, wunderbar verständlichen Weise präsentiert. 256 S., geb.

Best.-Nr.: 97864

18 Euro

KATHRIN HARTMANN

Öl ins Feuer
Wie eine verfehlte Klimapolitik die globale Krise vorantreibt



Weltklimakonferenzen in Ölstaaten, LNG-Terminals vor deutschen Küsten, eine grüne Regierung, die kein Geld für Bus und Bahn hat, aber für die Subvention von Dienstwagen? Es ist die bittere Wahrheit: Was momentan passiert, verschärft die Erderwärmung. 272 S., Pb.

Best.-Nr.: 97865

18 Euro

PETER HEATHER / JOHN RAPLEY

Stürzende Imperien



In den letzten drei Jahrhunderten stieg der Westen auf, um den Planeten zu dominieren. Doch plötzlich, um die Jahrtausendwende, kehrte sich die Geschichte um. Angesichts wirtschaftlicher Spagnation und innerer politischer Spaltung befindet sich der Westen in einem rapiden Niedergang. 288 S., geb.

Best.-Nr.: 97859

25 Euro

JF Buchdienst

Hiermit bestelle ich zur sofortigen Lieferung folgende Titel:

Expl.	Bestell-Nr.	Autor / Kurztitel	Euro

Bestelladresse Kundennummer
Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen. (Falls zur Hand)

Vorname/Name

Straße/Nr. (Kein Postfach)

PLZ/Ort

Telefon E-Mail

Datum Unterschrift

Datenschutzhinweis:
 Ja, ich bin einverstanden, daß mir schriftlich, per E-Mail oder telefonisch weitere interessante Angebote der JUNGE FREIHEIT Verlag GmbH & Co. KG unterbreitet werden und daß die von mir angegebenen Daten für Beratung, Werbung und zum Zweck der Marktforschung durch den Verlag gespeichert und genutzt werden.
Vertrauensgarantie: Eine Weitergabe meiner Daten an unberechtigte Dritte erfolgt nicht. Meine Einwilligung kann ich jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen. Weitere Informationen zum Datenschutz finde ich unter jf.de/datenschutz

Versand: Deutschland: Versandkostenfrei bei Bestellungen ab 40 Euro. Darunter beträgt der Versandkostenanteil 2,90 Euro. Auslandslieferung nur gegen Vorkasse. EU: 12 Euro. Übriges Europa: 14 Euro. Welt: 18 Euro. Bücher sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Hohenzollerndamm 27a · 10713 Berlin Fax: 030-864953-40
Bestelltelefon: 030-864953-25 · www.jf-buchdienst.de

Abbildungen können vom Original abweichen.

Ökoklage: Formfehler stoppt Bayerische Wolfsverordnung

MÜNCHEN. Der Münchener Verwaltungsgerichtshof (VGH) hat die Bayerische Wolfsverordnung (BayWolfV) und die zugehörige Ausführungsverordnung des Umwelt- und Verbraucherministeriums (StMUV) wegen eines Formfehlers gekippt. Die Landesregierung aus CSU und Freien Wählern (FW) hatte 2023 darauf verzichtet, den Bund Naturschutz (BN) und andere Vereine an der Erstellung der BayWolfV zu beteiligen, weil sie von einer Eilbedürftigkeit des Herdenschutzes ausging. Der VGH habe „deutlich gemacht, daß auf die Beteiligung der Umweltverbände bei Erlass einer solchen Verordnung nur in absoluten Ausnahmefällen verzichtet werden kann“, erklärte die Würzburger BN-Anwältin Lisa Hörtzsch. Das StMUV will die BayWolfV nicht verändern: „Wir werden jetzt schnell handeln und das Verfahren zum Neuerlaß der Verordnung einschließlich der Verbändehörung starten“, erklärte Umweltminister Thorsten Glauber. Um Almwirtschaft und Weideterhaltung überall zu ermöglichen, sei Pragmatismus nötig. Weideterie seien eine Grundlage für die Artenvielfalt: „Zu einem konsequenten Wolfsmanagement zählt auch der schnelle Abschluß von auffälligen Wölfen“, so der FW-Politiker. (fis) www.vgh.bayern.de/entscheidungen

EU-Ökodesign-Verordnung: Digitale Produktpässe nötig

BRÜSSEL. Wegen der im Juli in Kraft getretenen EU-Ökodesign-Verordnung für nachhaltige Produkte (ESPR) müssen bis 2030 sektorübergreifend digitale Produktpässe (DPP) eingeführt werden. Schon bis 2027 muß jede Batterie einen Datenträger mit Link zur DPP-Datenbank haben. Diese „weltweit führende Initiative“ Sorge dafür, daß „ressourcen- und energieeffiziente Produkte auf dem EU-Markt zur Norm werden“, erklärte Maroš Šefčovič, Vizepräsident der EU-Kommission und zuständig für den Green Deal. Produkte, die repariert und wiederverwertbar seien, brächten neue Geschäftsmöglichkeiten, schufen innovative Arbeitsplätze und böten einen Mehrwert für die Verbraucher. „Wir werden nun rasch Ökodesign-Produktvorschriften einführen – angefangen bei den Produkten mit den größten Umweltauswirkungen und dem größten Potential für Energieeinsparungen und Kreislaufwirtschaft“, so der 58jährige slowakische Ex-Kommunist. (fis) ce-engineering.de/category/oekodesign

Zuckerabgabe bringt vor allem höhere Einnahmen

CAMBRIDGE. Die 2018 von der Tory-Regierung unter Theresa May eingeführte Zuckerabgabe (Soft Drinks Industry Levy/SDIL) bringt wachsende Einnahmen: im Haushaltsjahr 2022/23 waren es 355 Millionen Pfund (421 Millionen Euro); 2021/22 waren es nur 334 Millionen Pfund. Der tägliche Zuckerkonsum reduzierte sich nur gering: bei Kindern um 4,8 Gramm und bei Erwachsenen um 10,9 Gramm. Der Verzehr von Zucker in Getränken sank nur um drei bzw. 5,2 Gramm. Das ergab eine Studie von Forschern um Nina Trivedy Rogers (University of Cambridge/Journal of Epidemiology and Community Health 6/24). Datengrundlage war der National Diet and Nutrition Survey mit Konsumdaten von 7.999 Erwachsenen und 7.656 Kindern. (fis) doi.org/10.1136/jech-2023-221051



Mann oder Frau?: Was für Gender-Forscher nicht einfach zu unterscheiden ist, läßt sich in der Selbstorganisation des Hirns nachweisen

MATHIAS PELLACK

Wissenschaftler sind überrascht: Männer und Frauen sind unterschiedlich. Und zwar in der Art wie sich ihr Gehirn organisiert. Völlig verblüffend dabei ist: Es gibt keinen fließenden Übergang, kein Kontinuum, wie es bei vielen biologischen Merkmalen der Fall ist und wie Gender-Apostel auch gern annehmen, sondern einen harten Bruch. Die Forscher in der Abteilung für Psychiatrie und Verhaltenswissenschaften an der kalifornischen Stanford University haben eine XAI – eine spezielle Künstliche Intelligenz (KI), die für all ihre Aussagen Belege bringen können soll – mit rund 1.500 funktionellen Magnetresonanztomographie-Scans (fMRT) gefüttert. Aus den MRT-Scans, die die Hirnaktivität zeigen, konnte die mit einem Teil der Daten trainierte KI mit über neunzigprozentiger Sicherheit bestimmen, wer Frau und wer Mann ist. Besonders spezifisch seien dabei die Hirnfunktionen gewesen, die mit dem Ruhezustandsnetzwerk, dem limbischen System und dem Striatum in Zusammenhang stehen, schreiben die Autoren um Srikanth Ryali und Yuan Zhang in den *Proceedings of the National Academy of Sciences* (PNAS 2/24). Das Ruhezustandsnetzwerk wird vor allem beim „Nichtstun“ und beim Lösen von Aufgaben aktiv. Dem limbischen System werden die Entstehung von Emotionen und das Triebverhalten zugeschrieben. Und das Striatum hat entscheidenden Einfluß auf das Zusammenwirken von Motivation, Emotion und Kognition.

Wo werden sich Personen mit Gender-Dysphorie einordnen?

Weiterhin konnten mit Hilfe der KI geschlechtsspezifische kognitive Profile erstellt werden. Die Autoren um Doktor Srikanth Ryali und Professor Vinod Menon werten ihre Erkenntnisse selbst so, „daß geschlechtsspezifische Unterschiede in der funktionellen Hirndynamik nicht nur in hohem Maße replizierbar und verallgemeinerbar sind, sondern auch verhaltenrelevant, was die Vorstellung eines

Kontinuums in der männlichen und weiblichen Hirnorganisation in Frage stellt“. Das Geschlecht habe eine „entscheidende Rolle“ als „Determinante in der Organisation des menschlichen Gehirns“.

Die Erkenntnis ermöglicht weitere Forschung, die sich mit geschlechtsspezifischen neurologischen Störungen beschäftigt. So könnte es beispielsweise ein Ansatz sein, um zu erklären, warum Frauen häufiger an Depressionen, Alzheimer, Angstzuständen und Eßstörungen leiden oder andererseits Männer verhältnismäßig mehr an Autismus, Aufmerksamkeitsdefizit-Hyperaktivitätsstörung (ADHS), Parkinson und Schizophrenie erkranken. Geschlechtsspezifische Krankheiten bedeuten im Umkehrschluß auch unterschiedliches Normverhalten, schließen die Autoren.

Auch bei anderen Arbeiten hatten sich im Aufbau des Hirns bisher einige Unterschiede herausarbeiten lassen. So ist etwa im männlichen Hirn durchschnittlich mehr weiße Hirnmasse vorhanden als im weiblichen. Weibliche Hirne weisen dagegen mehr graue Hirnmasse auf. Ebenso variiert die Größe von Amygdala, Hippocampus und Insula mit den beiden Geschlechtern. Interessant ist die Verdrahtung. Hier zeigt sich eine stärkere Vernetzung

innerhalb der Hirnhälften bei Männern und eine stärkere Vernetzung zwischen den beiden Hirnhälften bei Frauen. All diese Merkmale variieren aber auf einem Kontinuum. Männer rechts, Frauen links und in der Mitte einige wenige Wesen, bei denen es schwerfällt, sie zu einer Seite zuzuordnen.

Mit der Erkenntnis, daß das aber nicht so ist für die Verknüpfungsmuster ruhender männlicher und weiblicher Gehirne, haben die Stanford-Forscher nun einige Unruhe in die Geschlechterforschung gebracht. Diese sich im fMRT zeigenden Verknüpfungen sind so spezifisch, daß einzelne Individuen wie mit Fingerabdrücken aus einer Gruppe von Personen identifiziert werden können. Die Wissenschaftler haben nun die KI die Fingerabdrücke auf zwei Dimensionen herunterbrechen lassen, und dabei zeigte sich, daß es keine Überlappung gibt. Man kann daraus schließen, daß das, was im weiblichen Hirn im Ruhemodus vor sich geht, sich stark von dem unterscheidet, was das männliche Hirn in der Ruhezeit umtreibt.

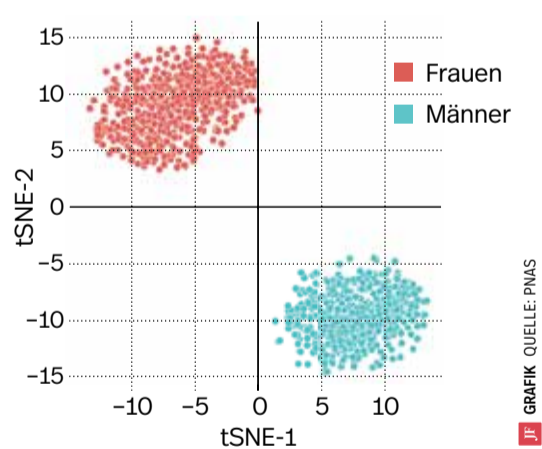
Im nächsten Schritt wurde versucht, diese Fingerabdrücke mit bestimmten Verhaltensweisen in Einklang zu bringen. Auch hierbei wurden sie fündig und konnten etwa die Intelligenz der Männer, aber auch der Frauen aus den Datensätzen vorhersagen. Allerdings wurde für jedes der beiden Geschlechter ein eigenes Modell genutzt, da das weibliche Modell nichts über die Intelligenz der männlichen Hirne aussagen konnte, so wie das männliche Modell nicht die Intelligenz der Frauen vorhersagen konnte. Diese Feststellung ist ein weiteres Indiz, daß gegen die Kontinuumshypothese spricht.

Die Forscher sind sich im klaren über die Implikationen für die weitere Forschung und hoffen, daß bald anschließende Erkenntnisse zutage gefördert werden, etwa darüber, wie Menschen mit diagnostizierter Gender-Dysphorie sich in das Schema einordnen. Die These, daß Männer und Frauen nur soziale Konstrukte sind, wie die Gender-Forschung in Nordamerika und Westeuropa behauptet, hat damit von asiatischstämmigen Wissenschaftlern einen schweren Schlag erhalten.

„Deep learning models reveal replicable, generalizable, and behaviorally relevant sex differences in human functional brain organization“ (PNAS 2/24): pnas.org/doi/abs/10.1073/pnas.2310012121

Kein fließender Übergang

Heruntergebrochen auf zwei Dimensionen bieten die einzigartigen multi-dimensionalen „Fingerabdrücke“ der Hirnscans im Ruhemodus eine klare Unterscheidbarkeit für Männer und Frauen



GRAPHIK QUELLE: PNAS

Umwelt
Regen für Bäume und Pilze

Von Volker Kempf

Jahrelang war der Dürremonitor des Helmholtz-Zentrums für Umweltforschung (UFZ) orange, rot und braun gefärbt: Es gab zu wenig Regen für die Wälder, sie waren anfällig für den Borkenkäfer, auch Äcker litten unter Trockenheit. Bäume mußten in großem Stil gefällt werden, und regnete es einmal, hieß es, das reiche nicht aus. Das UFZ postete Dürrefotos, um das Narrativ der Helmholtz-Klima-Initiative zu befeuern: Der Klimawandel sei schockierend. Auf trockene Jahre folgen regenreichere Jahre, wandten kritische Stimmen ein – aber stimmt das noch? Der Beweis folgte am 3. Juli mit der Meldung des Deutschen Wetterdienstes, noch nie seit Meßbeginn 1881 gab es in Deutschland so niederschlagsreiche zusammenhängende zwölf Monate wie im Zeitraum Juli 2023 bis Juni 2024. Auch die Viehwirtschaft in den Bergen dürfte aufatmen. Programme zur Wasserversorgung in trockenen Sommermonaten werden dennoch weiterlaufen, man weiß nie, ob trockene Jahre nicht wiederkommen.

Für Kinder ist es ein Erlebnis, die ersten selbstgesammelten Pfifferlinge nach Hause zu tragen.

Im Augenblick ist der Nebeneffekt der regenreichen Monate, daß es in den Wäldern feucht ist und in Kombination mit der Wärme optimale Bedingungen für Pilze herrschen. Pfifferlinge gibt es in den Gebirgswäldern so viele wie schon lange nicht mehr. Deren Saison beginnt üppig. Es darf selbst gesammelt werden, zumindest in haushaltsüblichen Mengen zur Deckung des Eigenbedarfs. Als Sammler unterwegs zu sein, da ist man Mensch, da kann man es sein. Für Kinder ist es ein besonderes Erlebnis, das erste Eimerchen selbstgesammelter Pilze nach Hause zu tragen, sie zu braten und im Kreise der Familie zu verspeisen. Pilze einkaufen kann jeder im Supermarkt, sie auch im Restaurant essen, aber mit der Natur zu erleben ist von einer nicht zu ersetzenden Qualität, sie vermittelt das Gefühl, in den Kreislauf des Lebens hineingestellt zu sein und nicht nur als ein Konsument unter Konsumenten zu leben.

Erkenntnis

„Vom Blutfettwert Lp(a) geht ein deutlich erhöhtes Risiko für Herzinfarkte und andere kardiovaskuläre Erkrankungen aus. Wenn junge Menschen einen Schlaganfall erleiden, steckt oft ein hoher Lp(a)-Wert dahinter. Bei epidemiologischen Studien zeigte sich auch, daß verschiedene Ethnien unterschiedlich stark betroffen sind. Bei Schlaganfällen im sehr hohen Alter sehen wir keine deutliche Korrelation zum Lp(a). Da dominieren Ursachen wie hoher Blutdruck oder Vorhofflimmern.“

Elisabeth Steinhagen-Thiessen, emeritierte Professorin für Geriatrie an der Charité

EBERHARD ZELLER

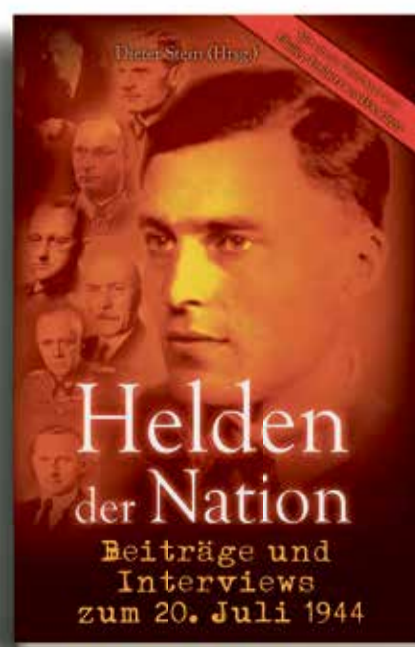


Unter den unzähligen Veröffentlichungen zur Geschichte des 20. Juli gilt Zellers »Geist der Freiheit« bis heute als Meilenstein der Widerstandsgeschichtsschreibung. Zeller findet in der Berücksichtigung des »nationalen Mythos«, der die Gesänge Hölderlins und die Gedichte Georges gespeist habe, den authentischen Zugang zum Selbstverständnis der Männer um Stauffenberg.

Best.-Nr. 88498, 18 Euro

Zwei Klassiker – jetzt neu aufgelegt

DIETER STEIN (HRSG.)



Die JUNGE FREIHEIT sieht sich als Wochenzeitung aus der deutschen Hauptstadt dem Erbe des nationalkonservativen Widerstands verpflichtet und ehrt ihn in ihrer kontinuierlichen Berichterstattung. Davon legt dieser Dokumentationsband mit Interviews und Beiträgen – insbesondere von und mit überlebenden Zeitzeugen der Erhebung des 20. Juli 1944 – bereites Zeugnis ab.

Best.-Nr. 89787, 18 Euro

JF Edition

jf-buchdienst.de

„Ein Wegweiser für unsere Zeit“

Zum Schwerpunktthema:

„Aufstand für die Nation“, JF 30/24

Vor Gott und meinem Gewissen geprüft

Stauffenberg ist ein Wegweiser für unsere Zeit. Der Grund, weshalb sich unser Volk schwertut, was den Umgang mit den Männern des 20. Julis betrifft, liegt darin, daß wir deren Grundhaltung nicht verstehen. Von Stauffenberg stammen die Worte: „Ich habe mich vor Gott und meinem Gewissen geprüft. Es muß getan werden, denn dieser Mann ist das personifizierte Böse.“ Das Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott veranlaßte ihn dazu, sich dem Bösen entgegenzustellen.

Heute werden Gott und unsere Verantwortung ihm gegenüber geleugnet. Dadurch wird das Böse als solches nicht mehr erkannt und es kann ungehindert Schaden anrichten. Stauffenberg und seine Mannen waren Nachfolger Jesu Christi. Aus diesem Grund erkannten sie den Führer als Verführer und stellten sich gegen ihn. Auch wenn das Attentat kontrovers unter Christen diskutiert wird, ist Stauffenberg ein Wegweiser für unsere Zeit. Wie er sollen wir nicht blind dem Mainstream oder einer Ideologie folgen, sondern uns stets vor Gott und unserem Gewissen prüfen.

JAN WEREMCHUK, FRANKENTHAL

Zu: „Ein historischer Knall“

von Fabian Schmidt-Ahmad, JF 30/24

Gott sei Dank gut weggesteckt

Joe Biden oder Donald Trump, wer ist denn nun der bessere Präsident für die USA? Selbst dieses Attentat auf Donald Trump kann diesen Mann nicht stoppen. Gott sei Dank hat er den üblichen Anschlag auf ihn einigermaßen gut wegstecken können. Mir wäre in der Tat ein Donald Trump als US-Präsident, der sich für sofortige Friedensverhandlungen zwischen Rußland und der Ukraine einsetzen will, viel lieber als der jetzige Präsident Joe Biden, der ständig weiteres Öl ins russisch-ukrainische Feuer schüttert.

KLAUS P. JAWOREK, BÜCHENBACH

Zu: „Gesichert undemokratisch“

von Thorsten Hinz, JF 30/24

Kein Verfassungsschutz, aber Regierungsschutz

Mit dieser Aktion hat sich unser sogenannter Verfassungsschutz einmal wieder als reiner Regierungsschutz demaskiert. Die Meinungsfreiheit ist in unserer Verfassung ein hohes Gut. Das bedeutet, daß Meinungen auch dann zu tolerieren sind, wenn sie der Regierung nicht passen. Eine „verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ ist in unserer Verfassung nicht vorgesehen. Diese Erfindung Thomas Haldenwangs bedeutet eine verfassungswidrige Einschränkung der Meinungsfreiheit. Diese Formulierung klingt harmlos, ist in Wirklichkeit aber brandgefährlich, weil sie dem Obrigkeitstaat Tür und Tor öffnet, indem sie ihm unbegrenztes Ermessen zubilligt. Mit Demokratie hat das nichts mehr zu tun. Beim Verbot eines Presseorgans müssen Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß von diesem eine konkrete Gefahr für die verfassungsmäßige Ordnung ausgeht. Nancy Faesers Bedenken allein genügen da nicht. Mir ist aber kein einziger Fall bekannt, der als Beleg dafür herangezogen werden könnte. Ich halte das Verbot daher für rechtswidrig und hoffe, daß es noch objektive Richter gibt, die das genauso sehen.

MANFRED LORENZ, NEUSTADT AN DER WEINSTRASSE

Aus dem Tollhaus Tocquevilles

Der wohl größte Analytiker der modernen Demokratie, Alexis de Tocqueville, sah die größte Gefahr für die Demokratie in einer Mehrheit, die staatliche Organe zu ihrer Machterhaltung instrumentalisiert: „Erfährt ein Mensch oder eine Partei eine Ungerechtigkeit, an wen sollen sie sich wenden? An die öffentliche Meinung? Gerade die bildet die Mehrheit. An die gesetzgebende Gewalt? Sie repräsentiert die Mehrheit und gehorcht ihr blind. An die ausführende Gewalt? Sie wird von der Mehrheit ernannt und ist deren gehorsames Werkzeug. An die Geschworenen? Das Geschworenkollektiv ist die Mehrheit mit dem Recht, Urteile zu fällen.“ Exakt das beobachten wir heute in steigendem Maße. Tocqueville sah zwar die Ge-



JF-Ausgabe 30 / 24 vom 19. Juli 2024

fahr, daß „die öffentliche Meinung einen geistigen Druck ausübt, dem sich niemand entziehen kann“, aber daß dies sogar eine regierende Minderheit ungehindert tun kann, hätte sich Tocqueville wohl nicht träumen lassen.

PROF. DR. WOLFGANG LEISENBERG, BAD NAUHEIM

Die letzte Maske fallengelassen

Vielen Dank für Ihre Berichte zum Compact-Verbot! Meine spontane Reaktion auf diese „Ungeheuerlichkeit“ (Thorsten Hinz) war: Jetzt wurde auch die letzte Maske fallengelassen! Man feiert das Grundgesetz und tritt es gleichzeitig mit den Füßen (Art. 5 und insbesondere Art. 16a).

PETER KALINER, BERLIN

Es wird zu Recht gewarnt: 1933 ist jetzt

Beim Verbot von Jürgen Elsässers Compact-Magazin kommt mir sofort die schwarze Zeit von 1933 bis 1945 im Sinn. Wie hat es 1933 angefangen? Es wurden die Opposition unterdrückt, Medien kontrolliert, Parteien verboten, Kinder indoktriniert, Meinungen unterdrückt, das Volk gespalten, Medientellen eingerichtet, Andersdenkende verraten und Bürger diffamiert – nicht durch eine neue Partei, sondern durch die Altparteien. Heinrich Heines Zeilen „Denk ich an Deutschland in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht“ dürften schon lange nicht mehr so aktuell gewesen sein wie heute.

ROLF KLÜSENER, OBERHAUSEN

Zu: „Erinnerungen an den Mann als Held“

von Matthias Matussek, 30/24

Wunderbar geschrieben

Der Beitrag von Herrn Matussek über den Schriftsteller Ernest Hemingway ist wunderbar geschrieben. Ich habe als junger Mann alle seine Werke gelesen und war fasziniert von seiner Männlichkeit, bis ich viel später erfahren habe, daß er im Zweiten Weltkrieg an der Italienfront einfach aus purer Lust zwölf deutsche Kriegsgefangene im Lager erschossen hat. Mit Männlichkeit, Ehre und Stolz hat das nichts mehr zu tun!

ERWIN REUS, OBERST D. R., COBURG

Hemingways Weltkriegsbriefe

Diese unkritische Eloge von Matthias Matussek auf Ernest Hemingway weckt Widerspruch. Es werden zwar die „vielen Briefe“ erwähnt, die „nur in Auszügen bekannt“ seien. Vergessen scheinen dagegen Hemingways Briefe, in denen er sich mit der Ermordung deutscher Soldaten brüsten und genüsslich die Erschießung eines 17jährigen schildert, der um sein Leben bettelnd vor ihm gekniet habe. Zur Kenntnis zu nehmen ist auch, daß Hemingway als Kriegsberichterstatter im Zweiten Weltkrieg nicht einmal einen rechtmäßigen Kombattanten-Status hatte und damit ein Gewehr zum Töten – bei ihm war es Morden – gar nicht in die Hand hätte nehmen dürfen. Entsprechend kann er in Deutschland gemäß Rechtsprechung als Mörder und Kriegsverbrecher bezeichnet werden.

PETER GÖTZ, STUTTGART

Zu: „Kabinenkatsch / Folgt auf Quantität

Qualität?“ von Ronald Berthold, JF 30/24

Fußballreporter reißt Höcke vom Hocker

Ein Kommentator der Fußball-EM hat doch tatsächlich gesagt: „Dieser Spieler gibt ALLES FÜR DEUTSCHLAND“. Muß er jetzt vor Gericht?

KLAUS HOLZ, STRAUBENHARDT

Zu: „Lebensschutz und Sprachverhuzung“

von Werner Olles, JF 29/24

Gesetzestexte und Behördenbriefe

In dieser Zeitschriftenkritik wird auf das Genderverbot in Sachsen hingewiesen, als beträfe es nur den Schulbereich. In der Gesetzgebung wird jedoch weiterhin gegedert, so daß durch das Änderungsgesetz vom 12. April 2024 (SächsGVBl. S. 405) im Sächsischen Beamtengesetz jetzt folgende Formulierung zu finden ist: „Mit Ablauf einer Gesamtdienstzeit als kommunale Wahlbeamtin oder kommunaler Wahlbeamter von bis zu 14 Jahren oder in den Fällen des Paragraph 147 Absatz 1 Nummer 3 Satz 2 ist der Staatsbeamtin oder dem Staatsbeamten auf ihren oder seinen Antrag dasselbe Amt zu übertragen, das sie oder er bis zum Amtsantritt als kommunale Wahlbeamtin oder kommunaler Wahlbeamter innehatte.“ (Paragraph 40 Absatz 4 Satz 3). Solche Formulierungen finden sich zuhauf in verschiedenen Bundesländern und werden immer mehr. Meine Auszubildende sagte dazu nur: „Das ist doch überflüssig – es ist ja klar, daß es Männer und Frauen gibt.“ Überflüssig und ärgerlich für den Rechtsanwender, denn wer Gesetzestexte oder Behördenbriefe liest, tut dies nicht aus Vergnügen, sondern um oft unter Zeitdruck rechtssichere Entscheidungen zu treffen. Angesichts komplexer und komplizierter Sachlagen ist eine verständliche Sprache nötig. Es ist deshalb wichtig, Genderverbote auf alle Ministerien und Behörden auszuweiten.

MARTINA KUHNE, REGENSTAUF

Zu: „Stigmatisiert und kriminalisiert“, JF 29/24

Grüne Lobby für Wölfe und Krötentunnel

Daß sich in einem Umfeld von rund 100.000 vorgeburtlichen Tötungen im Jahr immer wieder Widerstände aus der Bevölkerung kundtun, ist nachvollziehbar und eigentlich begrüßenswert, wenn man bedenkt, wofür derzeit sonst auf die Straßen gegangen wird. Warum schafft es die tonangebende Politik immer noch nicht, ein kinderfreundliches Klima zu schaffen, damit Frauen mit guter Hoffnung ein Kind erwarten können? Was ist da noch grün und lebensfördernd, wenn die grüne Familienministerin mit der Ampelregierung ungebrochenes Leben noch weniger schützen und Demonstranten vor Beratungsstellen wie vor Abtreibungspraxen mit 5.000 Euro bestrafen will. Was wird dagegen alles unternommen, um Leben zerstörende Wölfe zu schützen? Wie viele Millionen werden immer wieder für Krötentunnel ausgegeben, um vielleicht auch so ein schlechtes Gewissen zu beruhigen? Warum gibt es keine „Willkommenskultur“ für Kinder, die doch Stabilitätsfaktoren für unsere Sozialsysteme sind? So manches vorgeburtliche Leben könnte

erhalten bleiben, wenn es eine staatliche Prämie – anstelle des Bußgeldes von 5.000 Euro – für eine Leben schaffende Frau geben würde. Warum werden nicht solch familienfreundliche Signale ausgesandt? Ist das nicht skandalös, wenn gerade auch noch unser festgefahrenes Pensions- und Rentensystem wie ein Kindervermeidungsprogramm wirkt, weil häusliche Erziehungsleistungen kaum honoriert und im Rentensystem weitgehend als Nichtarbeit berechnet werden?

Da Kinder mit erheblichen Kosten und Mehrfachbelastungen verbunden sind, verhindern sie nicht selten schnelle Karrieren, so daß in der Politik Kinder wie Mütter- und Familieninteressen zu kurz kommen. Das führt zu einem kinderarmen Land. Sind nicht wenige Mütter und Väter wie Alleinerziehende in unserem Staat die Verlierer, obwohl sie mit ihren Kindern unser zunehmend vergreisendes wie pflegebedürftiges Volk am Leben erhalten? Auch wenn es hier um echtes Wachstum geht, zählen häusliche Erziehungsleistungen noch immer nicht zum Wirtschaftswachstum. Wer solche Defizite lieber mit einer Willkommenskultur für Asylanten und Migranten lösen will, mißachtet sein eigenes Land.

SIMON KIRSCHNER, GAIMERSHEIM

Zu: „Im Osten was Neues“ von Falk Degner,

JF 27/24

Alles andere als „kampfbereit“

Lieb Vaterland, magst ruhig sein! Denn die 5.000 Bundeswehr-Soldaten in Litauen sind eine bloße Planungsgröße für 2027, also wird noch viel Wasser die Spree hinunterfließen. Derzeit steht dort ein verstärktes PzGren-Bataillon, also etwa 800 Köpfe. Aber „kampfbereit“? Da sind Zweifel angebracht. Salopp ausgedrückt, heiße „kampfbereit“ Gesicht geschwärzt und das Messer zwischen den Zähnen. Selbstverständlich tun die Bundeswehrgoldaten dort Dienst, wie in der Heimat auch: stete Ausbildung, Soldatensportwettkampf und penible Mülltrennung. Und beim amtierenden Bundeskanzler läßt sich ein deutsches „Vordrängeln“ schon jetzt ausschließen.

Das Bundeswehr-Bataillon in Litauen ist auch nicht Ausdruck Baerbockscher Blut- und Eisen-Politik, sondern eine Reaktion der Nato auf Putins fortgesetzte Zwangsbeglückungsmaßnahmen gegenüber seinen Nachbarn: die meisten Nato-Mitglieder stellen Kontingente, die als „Stolpersteine“ zusammengefaßt die eher kleinen (bedrohten) Staaten an der Nato-Ostgrenze schützen sollen. Von einigen Zeitgenossen ausgeblendet, gibt es eben den erklärten Wunsch im Kreml nach Wiederherstellung des russischen respektive sowjetischen Reiches in den Grenzen von 1940–1991. Entsprechend groß ist die Angst in den baltischen Staaten. Übrigens – im Widerspruch zu diesbezüglichen Leserbriefen (JF 29/24) – griff Deutschland nur einmal Rußland an, 1941. Im Sommer 1940, nach Stalins Angriffskrieg gegen Finnland, war es die Rote Armee, die unter Bruch bestehender Nichtangriffspakte, die drei souveränen baltischen Republiken gewaltsam besetzte. Schuldkulgebaut wird vom „Wüten“ der Wehrmacht im Baltikum phantasiert. Die Bewertung des Verhaltens der deutschen beziehungsweise russischen Soldaten dürfen wir getrost den Balten selbst überlassen.

Von Peter dem Großen (um 1700) bis Stalin expandierte Rußland mit militärischer Gewalt, und ohne den Charme zivilisatorischer Überlegenheit wie etwa des „American Way of Life“. Man blicke auf die Einwandererströme und die Zielländer: Wird in Rußland der Bau eines Grenzzauns gegen illegale Einwanderermassen erwogen?

HERWIG DUDDERSTADT, EISENBACH



FOTO: ULRICH REINER

Fragebogen

Beate Bahner

Medizinrechtlerin

Wo möchten Sie jetzt am liebsten sein?

Genau hier an meinem Schreibtisch mit Blick auf die Stadt Heidelberg ...

Wofür lassen Sie alles stehen und liegen?

Falls Mensch oder Tier in Not sind.

Was bedeutet Heimat für Sie?

Heimat ist dort, wo ich von Liebenswerten und wohlwollenden Menschen umgeben bin und wo ich mich wohlfühle.

Was ist Ihnen wichtig im Leben?

Respekt- und freundvolles, verantwortliches Miteinander mit den anderen Menschen. Seit Corona die Aufklärung über die größten Lügen aller Zeiten: WHO, Impfungen, Uno, Klima und die dazugehörigen Narrative; daher auch mein Telegram-Kanal.

Was haben Ihnen Ihre Eltern mitgegeben?

Respekt, Zuverlässigkeit, Wachsamkeit, Humor. Ferner die Möglichkeit, mein Leben nach meinen Wünschen zu gestalten.

Welches Buch hat Sie nachhaltig beeinflusst?

Derzeit wieder der große indische Lehrer und Philosoph Krishnamurti (1895–1986), dessen Lehren mich zutiefst berühren.

Welche Musik mögen Sie?

Klassische, aber auch Jazz, Blues, Soul und auch Rock, Pop oder Techno, wenn es wirklich gut gemacht ist. Ich teile die Auffassung des Philosophen Rolf Dobelli, daß das meiste allenfalls mittelmäßig ist.

Welches Ereignis ist für die Welt das einschneidendste gewesen?

Corona: der ungeheuerliche Betrug und das gigantische Verbrechen, welches meisterhaft inszeniert und umgesetzt wurde.

Was möchten Sie verändern?

Daß die Menschen Lug und Trug ertragen.

Woran glauben Sie?

An die Kräfte des Lebens der Natur.

Welche Werte sollen wir unseren Kindern weitergeben?

Alle Werte des Humanismus. Eine Aus- und Herzensbildung mit Humor, Liebe, Leichtigkeit, ohne Indoktrination.

Welche Bedeutung hat der Tod für Sie?

Der Tod ist Teil des großen und universellen Kreislaufs des Lebens und er bleibt dessen größtes Geheimnis.

Beate Bahner, Jahrgang 1966, ist Juristin für Arzt-, Medizin- und Gesundheitsrecht und Autorin mehrerer Fachbücher im renommierten Springer-Verlag. Sie gehörte zu den ersten Kritikern des Corona-Regimes und schrieb die Spiegel-Bestseller „Corona-Impfung“ (2021) und jüngst „WHO-Pandemievertrag: Der finale Angriff auf Ihre Freiheit!“. www.beatebahner.de & https://t.me/rechtsanwaeltin_beate_bahner

JUNGE FREIHEIT

WOCHENZEITUNG FÜR DEBATTE

GEGRÜNDET 1986 IN FREIBURG I. BR. • WOHENZEITUNG IN BERLIN SEIT 1994 • ISSN 0932-660X

Herausgeber und Verlag:

JUNGE FREIHEIT Verlag GmbH & Co. KG

Chefredakteur: Dieter Stein

Stellv. Chefredakteur: Thorsten Thaler

Chef vom Dienst: Matthias Bäkermann

Verantwortliche Redakteure:

Meinung, Thema: Mathias Pellack; Im Gespräch: Moritz Schwarz; Politik: Christian Vollradt; Außenpolitik, Hintergrund: Dr. Curd-Torsten Weick; Wirtschaft, Natur & Technik: Jörg Fischer; Kultur: Thorsten Thaler; Geschichte, Literatur: Matthias Bäkermann; Medien, Sein & Zeit: Gil Barkei; Forum: Florian Werner; Leserforum: Christian Dorn; Reporter: Hinrich Rohbohm, Martina Meckelein; Online: Henning Hogggaard (Leitung), Dr. Alexander Graf, Vincent Steinkohl, Zita Tipold, Sven Versteegen

Schlußredaktion: Matthias Seegrün

Satz und Gestaltung:

Bärbel Böhm, Daniela Lemke, Andrea Müller, Vera Wischniewsky

Die Wochenzeitung JUNGE FREIHEIT hält sich an die bewährte traditionelle Rechtschreibung, wie sie bis zum 1. August 1999 gültig war.

Vertrieb für den Zeitschriftenhandel: IPS-Ver-

trieb GmbH, Postfach 1211, 53334 Meckenheim

Druck: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG,

Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel

Anzeigen: Es gilt die Preisliste vom 1.1.2024.

E-Mail: beck@berliner-medienvertrieb.de

Jahresabonnement: 242 Euro (Sozialabo

154,50 Euro; Schülerabo 113,50 Euro);

Bezugspreis für die EU: 317 Euro (Sozialabo

229,50 Euro; Schülerabo 188,50 Euro); Nicht-

EU: 232 Euro (Sozialabo 235,50 Euro; Schüler-

abo 194,50 Euro). Das Abonnement verlängert

sich um ein Jahr, wird es nicht vier Wochen vor

Ablauf schriftlich gekündigt.

Konto: Postbank Berlin BIC: PBNKDEFF

IBAN: DE57 1001 0010 0002 7161 08

Nachdruck: Nur mit Genehmigung des Verlages.

Sammelanschrift: JUNGE FREIHEIT,

Hohenzollerndamm 27 a, 10713 Berlin

Telefon: 030 / 86 49 53 - 0

Fax: 030 / 86 49 53 - 14

E-Mail: verlag@jungefreiheit.de

Internet: www.jungefreiheit.de



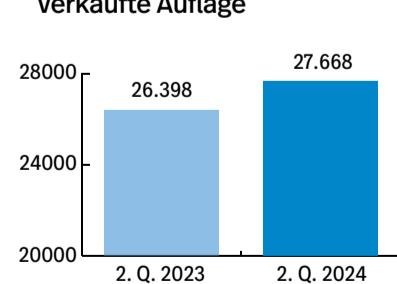
JF-Intern

Im Aufwind

Erfreuliche Nachricht zu Beginn unserer Sommerpause: Die JUNGE FREIHEIT hat ihre verkaufte Auflage erneut gegen den Branchentrend gesteigert. Laut der unabhängigen Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern (IVW) legte die verkaufte Auflage der JF im zweiten Quartal 2024 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 4,81 Prozent auf 27.668 Exemplare zu. Die Zahl der Abonnements plus der Einzelverkäufe am Kiosk erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 3,7 Prozent. Die Zahl der Online-Abos stieg um 24,6 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal auf 7.951.

Liebe Leser, Sie halten hier die im Umfang auf 28 Seiten erweiterte Doppelausgabe 31-32/24 in den Händen. In der nächsten Woche erscheint we-

Verkaufte Auflage



gener unserer kollektiven Redaktionspause keine neue Ausgabe. Leser- und Buchdienst bleiben für Ihre Anliegen jedoch selbstverständlich erreichbar. Mit einer neuen Zeitungsausgabe lesen Sie uns wieder am 8. August. Bis dahin wünschen wir allen unseren Lesern und Freunden von Herzen Gottvertrauen und Zuversicht. Bleiben Sie gesund! (JF)

Wir suchen ab sofort günstig
Zimmer oder Wohnung in Berlin
für vertrauenswürdige junge
JF-Mitarbeiter.
Bitte melden Sie sich bei
JUNGE FREIHEIT
VERLAG GmbH & Co. KG
Antje Stein | a.stein@jungefreiheit.de

Der Flaneur

Abendlicher Spaziergang



Von Holger Ziehm

Ich bin beruflich in Frankfurt und hatte einen guten Tag. Jetzt habe ich Zeit. Neugier und meine lebenslange Abenteuerlust packen mich mal wieder. Vom schönen Palmengarten spaziere ich Richtung Hauptbahnhof. Bald wird es dämmern. Für eine Weile bleibt das Umfeld unauffällig, aber plötzlich ändert sich die Umgebung. Ein letztes Lokal, an dem ich vorbeigehe, gehört noch zu dieser Welt. Ich sehe fröhliche Menschen, die vor ihren Spaghetti- oder Lasagnetellern sitzen, mit ihren Wein- oder Weizengläsern.

Schlagartig komme ich in eine Zombiewelt. Ich gehe durch Arkaden. Dort stehen oder sitzen Männer, die normalen Fußgänger sind plötzlich verschwunden. Es sind Schwarze, die hier die Szene beherrschen. Ich werde gemustert und falle auf, nett sind die Blicke nicht. Ich werde immer wieder unauffällig angesprochen. Jemand steckt Geldscheine ein. Man sieht auf einem Klappstisch portionierte Ware, ganz offen.

Jetzt bin ich in einem anderen Revier, in dem junge, breite und selbstbewußte Männer dominieren.

Ich bin ein Greenhorn, alles ist mir fremd an diesem Handel, an jener Welt. Ich werfe Blicke in undefinierbare Geschäfte, alles stößt mich hier ab. Wer angegriffen würde, wäre wohl verloren. Hier gelten andere Gesetze. Wo ist die Polizei, wo ist das Ordnungsamt, nichts so weit man schauen kann. Kampfsportfernung strahlt etwas aus, so sagt man, aber ausschließlich verlassen darf möchte ich mich nicht heute.

Nun nähere ich mich dem Bahnhof. Endlich sehe ich wieder Bio-Deutsche. Schmutzige Gestalten sitzen auf dem Bürgersteig, die leeren Flaschen sind umgekippt, die vollen stehen noch. Flecken und Lachen von undefinierbaren Flüssigkeiten neben der Gruppe. Andere taumeln durch die Gegend. Reste von Spritzen liegen an der Fahrbahn. Eine junge Frau torkelt an mir vorbei, übersät von Furunkeln im Gesicht, sie wiegt vielleicht 40 Kilo.

Dann bin ich in einem neuen Revier. Ich tippe auf Südosteuropäer, jung, breitschultrig, sehr selbstbewußt, sicher kampfprobt. Niemand wagt, sie länger anzusehen. Direkt vor dem Bahnhofseingang stehen drei Sicherheitsleute, sie sind völlig abgekoppelt von dem Geschehen. Ich muß durch eine Gruppe von Taxifahrern, komme kaum vorbei. Als sie mich sehen, lachen sie, machen mir Platz.

»Wenn man anfängt, seinem Paßbild ähnlich zu sehen, sollte man Urlaub machen.«

Ephraim Kishon,
israelischer Autor
(1924–2005)

Mit Laptop im Single-Bungalow

Die neuesten Urlaubstrends, bei denen selbst die Kriminellen verreisen

LUDDGER BISPING

Ferien sind ganz schön anstrengend. Das wissen Urlauber seit Gerhard Polts boshafter Kino-Urlaubssatire „Man spricht deutsch“. Dennoch packen auch in diesem Jahr wieder Millionen ihre Koffer für eine reservierte Liege am Pool oder einfach weniger Regentage. Wenn der Klimakleber gen Tropen fliegt und die Baerbock das Nachtflugverbot bricht, wenn der Bundeslauterbach Überlebensstips für heiße Tage erteilt und die Autobahnbaustellen wie Pilze aus dem Boden schießen – dann ist Urlaubszeit!

Kürzlich erschreckten jedoch Berichte aus spanischen Touristenhochburgen deutsche Espania-Fans: In Barcelona, Palma de Mallorca und anderen Metropolen kam es zu Demonstrationen gegen den Massentourismus und wurden ausländische Gäste mit Wasserpistolen bespritzt. Der Frust der Einheimischen wegen überlasteter Innenstädte, Preiswucher und Wohnungsmangel ist verständlich. Doch daran sind nicht die Besucher schuld, sondern Hauseigentümer, die ihre Wohnungen lieber an den lang ersehnten Luxus-Touristen als an örtliche Normalo-Familien vermieten.

Wer sich sonst gern Arbeit mit nach Hause nimmt, kann sie auch gleich mit in den Urlaub nehmen: „Workation“ (Work + Vacation) ist das Homeoffice auf Reisen. Dieser neue aus Corona-Zeiten mitgebrachte Trend klingt verlockend: Statt



im Büro mit Gummibaum liegt man bei der Arbeit entspannt unter Palmen in der Hängematte. Excel-Tabellen, Mails und Powerpointfolien lassen sich schließlich auch vom Strand aus bearbeiten. Doch Vorsicht! Erstens muß die Verlagerung des heimischen Schreibtisches an den Urlaubsort mit dem Arbeitgeber abgesprochen sein, und zweitens kann eine Arbeitserlaubnis des Urlaubslandes nötig werden.

FKK ist vom Aussterben bedroht

Auch versicherungstechnisch ist das Modell heikel: Gilt es als Arbeitsunfall, wenn ich mit dem Laptop in einen Seeigel trete? Außerdem muß die technische Infrastruktur vor Ort stabil sein. Mit der Bambus-Internetleitung funktioniert der E-Mail-Verkehr möglicherweise nicht, doch zum Glück gibt es in der Zweiten Welt oft besseres Netz als in der Bundesrepublik.

Wer einwendet, der Partner habe ja nichts von einem, wenn man im Urlaub dauernd arbeitet, kennt den neuen Trend zum Alleinreisen nicht. Immer mehr Deutsche fahren ohne Begleitung in die Ferien. Im vergangenen Jahr waren es über zwei Millionen Urlaubs-Singles. Ein Plus von 20 Prozent zum Vorjahr. Für die Tourismusbranche eine wachsende Nachfrage, auf die sich Restaurants, Hotels und Veranstalter einstellen müssen. Das Kieler Institut für Tourismus- und Bäderforschung fand heraus, daß überwiegend Frauen (55 Prozent) ohne Anhang verreisen. Reise-Ratgeber mahnen allerdings, daß Solo-Reisende eben auch alleine an alles denken müssen und niemanden haben, der sich darum kümmert, Pässe oder Tickets nicht zu vergessen. Frauen wird dringend geraten, nur Länder des eigenen Kulturkreises alleine zu bereisen, um nicht zu Freiwild zu werden. In islamischen Regionen könnte zum Beispiel barbusiges Baden zu kulturellen Mißverständnissen mit schlimmen Folgen führen.

Glaubt man jedoch den Medien, steht Nacktbaden ohnehin kurz vor dem Aussterben. Der Deutsche Verband für Freikörperkultur (DFK) wollte eigentlich in diesem Jahr sein 75jähriges Bestehen feiern, mußte das Fest aber mangels Teilnehmern absagen. In den letzten zwanzig Jahren hat sich die Zahl der Mitglieder halbiert, der Altersdurchschnitt liegt bei über 60 Jahren. Also bald kein FKK mehr in der Dünenlandschaft und auf eigenen Nackt-Campingplätzen? Die Gründe? Der Verband klagt, der Körperkult auf TikTok oder Instagram Sorge bei jungen Leuten für größere Hemmungen beim Ausziehen. Außerdem hätte der Nachwuchs Angst vor Sonne (macht Krebs) sowie Spanneraktivitäten mittels Handy oder sogar Drohne.

Wer statt zu verreisen zu Hause bleibt, muß nun zumindest weniger Angst haben: Beim Urlaub auf Balkonien oder im heimischen Garten läuft man zum Beispiel deutlich geringer Gefahr, zum Opfer von Kriminalität zu werden. Und das eigene Bett ist sowieso am bequemsten.

Alleinreisen und „Workation“ liegen im Trend: Überbleibsel der Corona-Krise

Haltungsnote

Es gibt sone und solche

VINCENT STEINKOHL

Sie kommen auf Einladung, sie machen sich hier die Hände schmutzig – und gehen danach wieder nach Hause. Was die indische Fregatte „Tabar“ in Hamburg veranstaltete, zeigt: Es gibt sie noch, die funktionierende Völkerverfreundschaft.

Vom 17. bis zum 20. Juli waren die Marinesoldaten vom Subkontinent zu Gast bei der Bundeswehr am Hamburger Hafen. Es gab einen Tag der offenen Tür, Schiffsinteressierte konnten Fotos machen und die Besatzung kennenlernen. Ganz normaler Staatsbesuch, alles nach Protokoll.

Doch der Truppe aus Delhi reichete das nicht, sie wollte sich bei den

Deutschen für die Gastfreundschaft und den produktiven Austausch bedanken. Kurzerhand greift sie zu Pinsel und Farbröle – und hilft im Hamburger Hesse-Diederichsen-Pflegeheim bei den Renovierungsarbeiten. „Das verdient Respekt und Anerkennung! Tolle Aktion! Danke!“, heißt es auf dem Facebook-Profil der Bundeswehr in der Hansestadt.

Wer angesichts der täglichen Horrormeldungen über gewalttätige Einwanderer zunehmend zynisch wird und langsam beginnt, Ressentiments gegen alles Fremde zu entwickeln, sollte an die Kameraden auf der indischen Fregatte „Tabar“ denken. Auch wenn es nach einer abgedroschenen Phrase klingt, aber: es gibt eben überall sone und solche. Namaste, liebe Freunde aus Indien und bis zum nächsten Mal.



„Tabar“-Helfer

Kabinenklatsch

Warnungen vor Terror

RONALD BERTHOLD

Eigentlich ist es eine wunderbare Idee, die Eröffnungsfeier der Olympischen Spiele auf der Seine stattfinden zu lassen. Die Mannschaften kommen auf Booten den Fluß entlang. Nur paßt sie leider nicht in eine Zeit, in der sich die Politik dazu entschieden hat, Millionen Muslime nach Europa zu holen. Nun sind sie halt da, würde Merkel sagen, und so wird Paris zur Hochsicherheitszone, weil niemand weiß, wie viele davon bereit sind, die Zeremonie und später auch die Wettkämpfe vor dem Eiffelturm oder dem Invalidendom anzugreifen. Sicherheitsexperten warnen vor den Islamisten wie noch nie. Ein renommierter, der Franzose Alain Bauer, bekräftigte seine seit Jahren andauernde Warnung vor dem „Wahnsinn“ nun noch einmal, indem er sagte, eine Karte für die Eröffnungsfeier würde er

nicht geschenkt nehmen. Das hat mir ein wenig Angst gemacht. Vielleicht lesen Sie, liebe Leser, diese Kolumne erst nach der Zeremonie vom Donnerstagabend, und alles ist gutgegangen.

Aber es liegen noch 15 weitere hochriskante Tage vor uns. Und daß man mehr an möglichen Terror denkt als an die Schönheit der Flußfahrt im Pariser Abendlicht und Wettkämpfe vor traumhaften Kulissen, ist traurig. 55.000 schwer bewaffnete Polizisten müssen die Olympischen Spiele, das Fest der Völkerverständigung, vor Menschen schützen, die nicht hier sein dürften. Schon seit Wochen suchen Spezialisten nach Unterwerfungen und Bomben. Sorge bereiten die umliegenden Wohnungen. Wird sich dort ein Scharfschütze auf die Lauer legen? Was ist das für eine Welt geworden?

Wenn man schon die Grenzen nicht sichern will, versucht man es nun eben mit Olympia. Hoffen wir, daß wenigstens das gelingt.

Das JF-Kompakt-Abo für Sie oder als Geschenk:

Ja, ich möchte die JUNGE FREIHEIT zum Aktionspreis von 35 Euro für 12 Wochen bestellen oder verschenken. Das Abo verlängert sich bis auf weiteres um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, wenn es nicht zwei Wochen vor Ablauf schriftlich gekündigt wird.

Rechnungs/Lieferschrift (Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen) Kundennummer, falls zur Hand: Lieferbeginn:

Vorname/Name
Straße/Nr.
PLZ/Ort
Telefon

E-Mail
Die Prämie wähle ich für mich für den Beschenkten



Lieferschrift des Geschenk-Abonnement-Empfängers
Vorname/Name
Straße/Nr.
PLZ/Ort

Ja, ich habe die Einwilligung des Beschenkten, seine Daten zum Zweck des Abo-Versands weiterzugeben.
 Datenschutzhinweis: Ja, ich bin einverstanden, daß mir schriftlich, per E-Mail oder telefonisch weitere interessante Angebote der JUNGE FREIHEIT Verlag GmbH & Co. KG unterbreitet werden und daß die von mir angegebenen Daten für Beratung, Werbung und zum Zweck der Marktforschung durch den Verlag gespeichert und genutzt werden. Vertrauensgarantie: Eine Weitergabe meiner Daten an unberechtigte Dritte erfolgt nicht. Meine Einwilligung kann ich jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen. Weitere Informationen zum Datenschutz finde ich unter jf.de/datenschutz

Datum Unterschrift

Ausschneiden und absenden an: JF-Leserdienst · Hohenzollerndamm 27 a · 10713 Berlin · Fax 030/86 49 53 - 50

Das KOMPAKT ABO

Bleiben Sie besser informiert.

jf.de/kompakt

12 Ausgaben + Prämie für 35 Euro